

DAS ARGUMENT 149

Editorial	1
Erich Fried: Nicaragua, Ende 1984	7
Günther Anders: The Spade	8
Erziehungsverhältnisse	
Rolf Nemitz	
Familie und Schule als Dispositiv der Erziehung	10
Adalbert und Brita Rang	
Das Subjekt der Pädagogik	29
Gerhard Zimmer	
Selbsteinordnung in die Berufswelt	44
* * *	
K. Ruoff: Texas-Denk — Zur Popularität Ronald Reagans	55
W.v. Treeck: Machiavelli und die Soziologie im Faschismus	61
H. Tiedemann-Bartels: Kritischer Ideologiebegriff	80
W. Popp: Für einen ungezähmten Jahn	88
<u>Interventionen:</u> Diskussionskultur? (Metscher, van Treeck); Faschismus und linke Geschichtswissenschaft (Bindseil)	92
<u>Kongreßberichte:</u> 22. Soziologentag; 35. Historikertag; Lehrerbildung für die Schulreform; Kulturwissenschaftler für den Frieden; Gesundheitstag 1984; Freie Herbstuni Bochum; Volksuni Zürich	101
<u>Besprechungen:</u> Frauenschwerpunkt: Moral; Musikgeschichte; Berufsbildung und Handlungsfähigkeit; Antike; Staatstheorie; Gewerkschaften	113
Verfasser/innen; Zeitschriftenschau; Summaries	164
27. Jahrgang Januar/Februar 1985	

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter: Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Heinz-Harald Abholz (Berlin/W), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Kuno Füssel (Münster), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/W), Heiko Haumann (Freiburg), Jutta Held (Osnabrück), Dieter Herms (Bremen), Klaus Holzkamp (Berlin/W), Urs Jaeggi (Berlin/W), Baber Johansen (Berlin/W), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), Dorothee Sölle (Hamburg), Karl Hermann Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion: Dr. Dieter Borgers, Wieland Elfferding, Claudia Gdaniec, Dr. Karl-Heinz Götzte, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Thomas Laugstien, Rolf Nemitz, Jo Rodejohann, Dr. Werner van Treeck

Autonome Frauenredaktion: Sünne Andresen, Prof. Dr. Jutta Brückner, Anke Bünz-Elfferding, Dr. Dagmar Burgdorf, Ursula Czock, Claudia Gdaniec, Dr. Frigga Haug, Kornelia Hauser, Gisela Heinrich, Birgit Jansen, Marlies Koschinek, Hannelore May, Dr. Barbara Nemitz, Dr. Sigrid Pohl, Nora Rätzhel, Dr. Brita Rang, Petra Sauerwald

Geschäftsführung: Helga Karl

Verlag und Redaktion: Argument-Verlag GmbH, Altensteinstraße 48a, D-1000 Berlin 33, Tel. 030/8314079 (montags bis freitags 10 bis 14 Uhr)

Anzeigen (o.Tausch): Runze/Casper, Jungfernstieg 20, 1 Berlin 45, Tel. 030/7722443
Argument-Vertrieb: Tegeler Str. 6, 1 Berlin 65, Tel. 030/4619061

Besprechungen

Philosophie

<i>Gilligan, Carol</i> : Die andere Stimme. Lebenskonflikte der Frau (F. Haug)	113
<i>Mack, Arien (Ed.)</i> : Women and Morality (F. Haug)	114
<i>Regenbogen, Arnim (Hrsg.)</i> : Moral und Politik (K. Hauser)	115
<i>Gröll, Johannes</i> : Die Moral der Familie (F. Haug)	117
<i>Jaide, Walter</i> : Wertewandel? (K. Hauser)	119
<i>Beauvoir, Simone de</i> : Soll man de Sade verbrennen? (K. Hauser)	120

(Fortsetzung auf S. XI)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1985 in 6 Hefen (alle 2 Monate). Jahresumfang 924 Seiten. — Einzelheft 12,80 DM; Stud., Schüler, Erwerbslose 9,80 DM. Jahresabo inkl. Versand 69,60 DM; Stud. etc. 55,80 DM. — Kündigung des Abos nur zum Jahresende bei Einhaltung einer Dreimonatsfrist. — Die Redaktion bittet um Mitarbeit, haftet aber nicht für unverlangt eingesandte Texte und Rezensionsexemplare. Aufsätze sollen höchstens 20. Rezensionen 2 MS-Seiten (1 1/2zeilig m.Rand) haben. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. Das Argument wird regelmäßig von den folgenden sozialwissenschaftlichen Dokumentationsdiensten und Informationsbanken ausgewertet: Bulletin Signalétique 521, Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Politische Dokumentation, Social Science Citation Index, Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem. — Copyright © Argument-Verlag GmbH. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Postscheck Berlin West 5745-108, BiG 11 14 40 13 00, BLZ 100 101 11. — Satz: Barbara Steinhardt. Druck: Fuldaer Verlagsanstalt. — 1.-7. Tausend Januar/Februar 1985. — Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3.

Editorial

Zum vorliegenden Heft

Im Themengeflecht dieser Zeitschrift bildet die Frage nach Schule und Erziehung einen wichtigen Strang. In diesem Heft wird er nicht nur einmal mehr aufgenommen, sondern es geht auch um seine Erneuerung. Darin zeigt sich die wechselseitige Befruchtung erziehungswissenschaftlicher (und -historischer) Forschungen mit Forschungen zu Ideologie und Kultur, aber auch zur Entwicklung der Arbeit. Unter dem Titel der *Erziehungsverhältnisse* deutet sich die Problemverschiebung an. Die gesellschaftliche Anordnung der (und zur) Erziehung wird untersucht. In diesem Rahmen können die in ihm produzierten Diskurse neu verstanden werden. Die Erziehungsverhältnisse mit ihrem pädagogischen Dispositiv — der sozialen Anordnung, die den Erziehungsvorgang konstituiert — werden daraufhin befragt, wie sie ins »Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse« der bürgerlichen Gesellschaft eingelassen sind. Dadurch fällt neues Licht auf Möglichkeiten (und Barrieren) des pädagogischen Handelns.

Rolf Nemitz legt Umriss zu einer marxistischen Theorie der Erziehung vor, wie sie in dieser historisch ausgreifenden Form bisher aussteht. Er versucht zu zeigen, daß »Erziehung« eine spezifisch bürgerliche Entwicklung ist. Sie unterstellt einen Dualismus Erwachsene/Kinder und die Wechselwirkung zweier moderner Einrichtungen: der bürgerlichen Familie und des allgemeinen staatlichen Schulsystems. Der entsprechende Typ von »Familie« entsteht mit der Abtrennung der Warenproduktion von der Kinderaufzucht. Die allgemeine Struktur des pädagogischen Prozesses ist nach Nemitz durch folgende Elemente mitbestimmt: Zusammenfassung von Aufgaben der Kinderaufzucht in der Person der »Erzieher«; Abwesenheit gemeinsamer Aufgaben von »Erziehern« und »Erzogenen«; »Schutz« des »Kindes« vor den Einflüssen der außerpädagogischen Welt; zugleich — und im Widerstreit damit — Vorbereitung des Kindes für jene Welt. Nemitz rekonstruiert die Verwandlung der universitären Wissenschaften in das schulische Wissen und die pädagogischen Methoden, durch welche dieses Wissen wie von innen aus den Schülern auftaucht, vermittelt durch ihre Selbsttätigkeit. Er umreißt drei koexistierende Raster der »Normalisierung«: Trennung der Erziehbaren und der Unerziehbaren; Konstruktion qualitativer Begabungsunterschiede; quantitatives Bewertungssystem. Herrschaftsverhältnisse werden demnach nicht einfach reproduziert von der Schule, sondern umgeformt und neu angeordnet entlang der Trennungslinien dieser Normalisierungsraster.

Adalbert und Brita Rang fragen von der Geschichte der bürgerlichen Pädagogik her. In prüfender Auseinandersetzung mit W.F. Haugs Skizze der Geschichte des Bewußtseinsdiskurses in der Philosophie (in: *Camera obscura der Ideologie*, Argument-Sonderband AS 70/1984) zeigen sie die real-widersprüchlichere Stellung der Pädagogik im Vergleich zur Philosophie. Die ideologische Prägung der beiden Institutionen ist daher unterschiedlich strukturiert. Vernunft, Sinnlichkeit und Weltaneignung haben eine spezifische Stellung in der Pädagogik. Andererseits hat es diese unmittelbar mit der Bildung

von Subjekten des Konsens zu tun, zugleich mit einer gesellschaftlich geteilten Subjekthaftigkeit, derzufolge die Individuen an unterschiedliche Plätze der hierarchischen Struktur kommen und insgesamt der Hierarchie eingepaßt werden. Dabei werden Sozialbeziehungen »von innen nach außen« rekonstruiert. Seit der Französischen Revolution wurde Gesellschaftsveränderung als »pädagogischer Prozeß« gedacht. Die Erziehung der Individuen galt als *Voraussetzung* für die Verbesserung der Verhältnisse. Die Pädagogik wirkt auf diese Weise mit an der Konstruktion von Dichotomien wie Gemeinschaft/Gesellschaft oder Lebenswelt/System. Sie selbst stellt sich als Vermittlerin in diesen Widersprüchen vor.

Gerhard Zimmer untersucht Mechanismen der Berufswahl und -bildung. Er fragt nach den Anordnungen, innerhalb derer die Jugendlichen quasi »selbsttätig« sich in die Berufswelt einordnen. Zimmer faßt diesen Vorgang (der ideologische Effekte kapitalistischer Integration künftiger Lohnarbeiter/innen haben kann) als *Selbstpositionierung*. Die Selbsttätigkeit dabei kann die Wahrnehmung der Entfremdung der Lohnarbeit blockieren.

Karen Ruoff behandelt eine nicht nur in den USA weitverbreitete Einstellung und Denkweise, die sie in Anlehnung an Orwell »Texas-Denk« nennt und in der sie ein wichtiges Element für die Erklärung des Massenanhangs des US-Präsidenten Reagan sieht.

Werner van Treeck untersucht in seinem Habilitationsvortrag drei einander ausschließende Machiavelli-Rezeptionen im Bezug auf den Faschismus: Hans Freyer, René König und Antonio Gramsci schrieben etwa gleichzeitig (unterm Faschismus bzw. NS) über jenen klassischen Denker der Staatsmacht. Vor allem im *Principe* geht es um die Frage, wie eine neue Herrschaft etabliert und aufrechterhalten werden kann. Daher konnte im Faschismus diese Theorie zum Feld werden, auf dem die Auseinandersetzung um die Politik in Form einer Erbe-Diskussion geführt wurde.

Hella Tiedemann-Bartels greift die Fragestellungen auf, die Thomas Metzger in seiner »Kritik an Haug und PIT« (in *Argument* 137/1983) aufgeworfen hatte. Sie besteht auf der Notwendigkeit (und Fruchtbarkeit), den Begriff der Ideologie als kritischen Begriff zu halten, wie er bei Marx und Engels gebraucht war. An zwei literaturhistorischen Beispielen (Jakob Grimms »Von der Poesie im Recht« und Flauberts »Bouvard et Pécuchet«) prüft sie, ob mit der vom PIT getroffenen Unterscheidung des Kulturellen (als horizontal-gemeinschaftliche Verständigung) und des Ideologischen (als auf die staatsförmige Reproduktion gesellschaftlicher Über- und Unterordnung zielend) gearbeitet werden kann. Sie weist nach, wie Kultur und Ideologie in dieser Weise Momente einer Widerspruchseinheit bilden, an der und mit der Literatur und Tradition arbeiten. Dabei geht es darum, wie widersprüchliche gesellschaftliche Erfahrungen *ideell*, abgehoben von den Interessengegensätzen, in die Literatur und literarische Überlieferung eingemeindet werden.

Zum Anti-Argument der DKP

Im Herbst 1984 erschien ein 320-Seiten-Buch der DKP gegen diese Zeitschrift.* Es trägt den redenden Untertitel: *Krise des Marxismus oder Krise des »Arguments«?* Da werden sehr ungleiche Dinge gegeneinander abgewogen. Ob man nicht fürchtet, sich international damit lächerlich zu machen? Wäre man nicht verpflichtet, seinen Mitgliedern die internationale Diskussion zur Kenntnis zu bringen, die sich (höchst mannigfaltig und widersprüchlich) in diesem Stichwort »Krise des Marxismus« zusammenfaßt? Und schließlich: will man wirklich die Augen davor verschließen, daß es im internationalen Marxismus viele Krisenerscheinungen und insgesamt brennende Entwicklungsnotwendigkeiten gibt? Verdummt man nicht seine Leute, wenn man ihnen einredet, die Rede von der Krise sei nur Gerede und am Ende nur Gerede einer Zeitschriftenredaktion, die damit ihre eigene Krise bemäntelt?

Der Vorgang ist politisch, er ist ungewöhnlich. Wie er einzuschätzen ist, wird Gegenstand politischer Diskussionen sein. Wir werden darauf zurückkommen.

Die Herausgeber schreiben im Vorwort: »Unsrerseits werden wir alles tun, um jede Verselbständigung der theoretischen Auseinandersetzung zu vermeiden« (7). Es ist nicht eindeutig, was mit »Verselbständigung« gemeint ist. Zunächst überblendet diese Versicherung die Tatsache, daß in Gestalt dieses Buches sich Auffassungsunterschiede bereits verselbständigt haben. Das Buch enthält Kritiken zu Aufsätzen, Fußnoten, Bemerkungen aus fast einem Vierteljahrhundert, vor allem aus dem letzten Jahrzehnt. Es ist, als würde ein jahrelang gesammeltes Schweigen versammelt gebrochen. Kritisiert wurde nicht zum jeweiligen Thema und Zeitpunkt und — wozu immer eingeladen war — womöglich im *Argument* direkt. Das hätte die Entfaltung des Diskussionszusammenhangs gefördert und möglicherweise auch den Erkenntnisfortschritt. Nein, nachträglich und nachtragend wird ein eigenständiger Kontext hergestellt, in dem es nicht mehr primär um die einzelnen Themen in ihrem jeweiligen Zusammenhang geht. Vielmehr wird die Beschäftigung mit den verschiedenen Argument-Aufsätzen einer ganz andern Absicht unterstellt: der Abrechnung mit der Zeitschrift, ihren Herausgebern und Redakteuren und einem Teil ihrer Mitarbeiter. Zielscheibe der meisten Beiträge sind vor allem die Schriften von W.F. Haug. Kurz, im buchstäblichen Sinn haben sich hier viele Auseinandersetzungen zu einer verdichtet und verschoben. So unterschiedlich — im Ausnahmefall auch freundlich und geradezu konstruktiv — die verschiedenen Beiträge sind: dadurch, daß sie zwischen zwei Buchdeckel zusammengeschlossen sind, konstituieren sie ein neues Objekt, eine Problematik, ein Angriffsziel ...

Wie kann sinnvoll darauf geantwortet werden? Keinem Autor wäre es möglich, den vielerlei Bezügen aus gut zwei Jahrzehnten nachzugehen, sich ans Erwidern, Richtigstellen oder Rechtgeben im einzelnen zu machen. Auch wäre ein solches konzentriertes Aufeinanderfeuern zweier Mannschaften die »Ver-

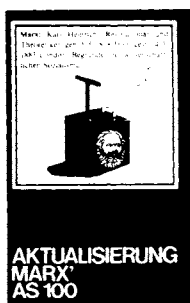
* Hans Heinz Holz, Thomas Metscher, Josef Schleifstein, Robert Steigerwald (Hrsg.): *Marxismus — Ideologie — Politik. Krise des Marxismus oder Krise des »Arguments«?* Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1984

selbständig« zweiten Grades. Vor allem wäre der Vorgang so unfaßlich sinnwidrig in unsrer Landschaft, ablenkend, verfeindend ... Also kein Anti-DKP-Buch des *Argument!* Einzelne Beiträge, die dies sachlich lohnen, werden wir beantworten in der Zeitschrift. Da viele entlegene, schwer oder nicht greifbare Texte von W.F. Haug zitiert werden, stellen wir sie zusammen in der Hoffnung, daß es unter den Adressaten auch solche gibt, die nicht nur andere für sich urteilen lassen, sondern selbst sich ein Urteil bilden wollen. Den Titel dieses demnächst erscheinenden Buchs entnehmen wir einem Dichtepunkt der Kontroverse selbst in Gestalt einer Formel der Französischen Kommunistischen Partei, die in der Polemik immer wieder W.F. Haug zugeschrieben wurde: *Pluraler Marxismus*.

Im übrigen bereiten wir längerfristig eine Fortsetzung von Argument-Sonderband AS 100 (*Aktualisierung Marx*) vor unter dem Arbeitstitel *Weiterentwicklung des Marxismus*. Denn neben der Meinungsvielfalt und dem offen ausgetragenen Widerspruch ist es wesentlich dies, was man uns vorwirft: daß wir uns der Notwendigkeit nicht verschließen, den Marxismus weiterzuentwickeln.

Auch werden wir versuchen, in Einzelfällen auch in den Organen der DKP mit Erwidern zu Wort zu kommen. Der Sache nach wird die Auseinandersetzung uns noch lange Zeit beschäftigen. In den Interventionen werden weitere kontroverse Stellungnahmen abgedruckt. Und im Editorial werden wir versuchen, die Konzeption der Zeitschrift zu reflektieren, zu historisieren und den neuen Aufgaben anzupassen.

Die eingangs zitierte Versicherung der DKP-Herausgeber, sie wollten das ihrige tun, einer Verselbständigung der Auseinandersetzung vorzubeugen, signalisiert vielleicht die Absicht, den »Konflikt begrenzt« zu halten. Wir werden jedenfalls versuchen, das Unsere zu tun, der Situation ein Möglichstes an Diskussionszusammenhang abzugewinnen — schon damit wir weiter werden, was wir vor sieben Jahren, im Editorial zu Heft 107, programmatisch formulierten: »eine wissenschaftliche Zeitschrift mit Pluralität marxistischer und anderer progressiv-sozialkritischer Positionen«. Man bedeutet uns, nachdem man sich die Kritik von der Seele geschrieben und öffentlich die Dinge klargestellt habe, könne man wieder unbefangener im *Argument* veröffentlichen. Wir werden Frank Deppe u.a. beim Wort nehmen. W.v.Tr./W.F.H.



Aktualisierung Marx'

Kritische Neulektüre von Marx vom Standpunkt der heutigen Probleme. Albers, Altvater, Volker Braun, Deppe, Frigga Haug, W.F. Haug, Hirsch, Holzkamp, Tjaden u.a.

Argument-Sonderband AS 100
17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Jutta Held und Kuno Füssel als neue Ständige Mitarbeiter

Freunde erkennt man in der Not. Unterm Eindruck der Attacken aufs *Argument* traten Jutta Held und Kuno Füssel dem Kreis der Ständigen Mitarbeiter bei.

Jutta Held lehrt Kunstgeschichte an der Universität Osnabrück. Sie betont vor allem kultur- und mentalitätshistorische Aspekte. Sie forscht über das 18. Jahrhundert, vor allem über französische und spanische Kunst. Im 20. Jahrhundert befaßt sie sich vor allem mit Realismustheorie und antifaschistischer Kunst. Sie ist Mitinitiatorin des Ulmer Vereins für Kunst- und Kulturwissenschaft. Sie ist engagiert in der Frauenbewegung und in der Friedensbewegung — in der Krefelder Initiative und in der Friedensinitiative der Kulturwissenschaftler. Am *Argument* arbeitet sie seit 1978 mit (vgl. AS 21). 1983 gab sie den Argument-Sonderband *Kultur zwischen Bürgertum und Volk* (AS 103) heraus. Zur Zeit bereitet sie einen Sonderband über Frauen im 18. Jahrhundert vor.

Kuno Füssel ist katholischer Theologe aus der Schule von Johann Baptist Metz in Münster. Als Theologe unter Konkordatsrecht stehend, verfiel er bischöflichem Berufsverbot mitten im Prozeß der Habilitation. Seither arbeitet er als Handwerker. Er unterhält enge Beziehungen zur lateinamerikanischen Theologie der Befreiung, wie sein Editorial in Heft 148 zeigte. Er verkörpert das in unserem Land seltene, aber vielleicht zukunftsfähige Paradox einer Verbindung von Marxismus und Theologie. Im Argument-Verlag bereitet er eine Ausgabe von Schriften Mariáteguis vor, den man den Gramsci Lateinamerikas nennen kann.

W.F.H.

Presse-Echo

»... Es ist eigentlich schade, daß dieses *Kritische Wörterbuch* des Marxismus erst jetzt erscheint. Stellen wir uns vor, es wäre 1975 erschienen, als die zahlreichen ml-Gruppen noch das belebende Geschäft der Konkurrenz mit nimmer endender Energie betrieben. Was hätte man sich streiten können! Kein Schimpfwort wäre ausgelassen worden. Binnen kürzester Zeit hätte der KBW im KWM einen ideologischen Stützpunkt des Sozialimperialismus ausgemacht, die GIM ein Produkt des Neostalinismus, die KPD/ML erneut die Giftküche des Revisionismus entlarvt. Leider ist diese äußerst produktive Form der Diskussion fast völlig aus der Mode gekommen. Nur die DKP (...) polemisiert kräftig drauf los. Dabei ist eigentlich gar nichts passiert. Das »Argument« war schon immer ein recht pluralistisches Organ des akademischen Marxismus. Zu jedem beliebigen Zeitpunkt hätte eine Kampagne der DKP die gleiche Berechtigung gehabt wie heute. Allein die Staatsdiskussion im »Argument« No. 124 (Okt. 1980) bot Zündstoff genug ...«

Arbeiterkampf, Dezember 1984

Verlagsmitteilungen

Kritisches Wörterbuch des Marxismus, 3. Bd. G-J: Seit einiger Zeit erreichen uns Bestellungen für ein Buch »Spiel und Spaß mit Marxismus-Stichwörtern«. Einen solchen Titel haben wir zwar nicht im Programm — es handelt sich vielmehr um die Überschrift einer Besprechung des *KWM* in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* — wohl aber in wenigen Wochen den dritten Band des Kritischen Wörterbuchs des Marxismus zu den Stichwörtern »Gattung« bis »Judenfrage«. Er enthält unter anderem ausführliche Artikel zu »Gewerkschaft«, »Gewalt«, »Gramscismus«, »Hegemonie«, »Historischer Kompromiß«, »Ideologie«, »Intellektuelle« und »Imperialismus«.

Das *Jahrbuch für Kritische Medizin 10: Krankheit und Ursachen* (AS 119) bringt den Beitrag eines Historikers aus Oxford über Eugenik und medizinische Praxis bei Alfred Grothejahn. Der Pionier einer fortschrittlichen Sozialhygiene, auf den sich auch die Kritische Medizin beruft, wird auf seine Nähe zu rassenhygienischen Vorstellungen untersucht. Weitere Themen sind aktuelle umweltmedizinische Fragen — u.a. »Gesundheit durch biologischen Landbau« (ein Beitrag aus dem Freiburger Öko-Institut) — plötzlicher Kindstod, Ganzheitlichkeit in der Medizin Afrikas, Stressprävention durch Arbeitsmedizin, Alkoholismus und Arbeitslosigkeit.

Arbeits- und Jugendforschung sind die Schwerpunkte im *Forum Kritische Psychologie 15* (AS 121). Die finnischen Forscher K. Toikka, Y. Engeström und L. Norros kritisieren in ihrem Beitrag die soziologische Qualifikationsforschung, die den Dualismus des arbeitenden Individuums und seiner technologisch-organisatorischen »Rahmenbedingungen« immer neu reproduziert. Überlegungen der »Projektgruppe Automation und Qualifikation« (PAQ) weiterentwickelnd, erarbeiten sie ihr Konzept einer nicht-dualen »entwickelnden Arbeitsforschung«. Damit Arbeiter auch Produzenten ihrer »Rahmenbedingungen« sein können, muß das Resultat ihrer Lerntätigkeit ein theoretisches Verhältnis zur Wirklichkeit sein. Klaus Wagenhals untersucht, wie Unternehmer sich die neuartigen Kooperationskonflikte von Automationsarbeitern (Teams an automatisierten Pressenstraßen) zurechtlegen: als Charakterschwächen der Arbeiter. — Den Forschungen des Birminghamer »Centre for Contemporary Cultural Studies« (CCCS) kommt das Verdienst zu, marxistische Klassenperspektive in der Jugendforschung zusammengebracht zu haben mit der Analyse der Ausgrenzungsmechanismen (Devianzforschung). Gary Clarke, Mitarbeiter des CCCS, stellt einen Ausschnitt aus der Subkulturforschung vor in der Perspektive der Weiterentwicklung. Er kritisiert, daß die Konzentration von Widerstandsforschung auf »abweichende« Jugendliche und kulturell-symbolische Widerstandsforschung im Effekt die Masse der Arbeiterjugendlichen zu ordentlichen und angepaßten macht. Clarke will vor allem die Jugendarbeitslosigkeit und den Thatcherischen Monetarismus in die Fragestellung der Jugendkulturforschung aufnehmen. S. Mørch kritisiert, daß die Birmingham-Schule den Klassenbegriff nicht analytisch, sondern lediglich empirisch fasse. Durch die Reduktion auf kulturelle Identität bleibe das reale Jugendproblem verborgen: die Notwendigkeit der Entwicklung von Fähigkeiten eines Erwachsenenlebens. Mørch diskutiert die Konsequenzen dieser Mängel für das theoretische Verständnis und für soziale Arbeit. Die Aufsätze von Clarke und Mørch werden ergänzt durch redaktionelle Vorbemerkungen, in denen der Bezug zur Kritischen Psychologie diskutiert und am Beispiel der Arbeiten des PAQ dargestellt wird, wie die Forschungen des CCCS fruchtbar gemacht werden können.

In der *Edition Philosophie und Sozialwissenschaften* ist der 4. Band erschienen: *Grundlagen einer materialistischen Theorie der Persönlichkeit* — *Eine Einführung in die Ansätze von Sève und Leontjew* von Dorothee Seeger und Manfred Holodynski. T.L.

Erich Fried

Nicaragua, Ende 1984

Die Contras haben

Señora Pilar Berrios gewarnt :

»Wenn du deinen Kaffe erntest
fällt dein Kopf in den Erntekorb«

Eine andere Frau hat geweint :

»Wenn ich meinen Kaffe nicht ernte
dann nimmt mir die Bank
meine Hacienda weg

aber wenn ich ihn ernte
dann zünden die Contras mein Haus an
und ziehen mir die Machete
durch die Kehle«

Die Contras haben

in der Zeit von Mitte November
bis Mitte Dezember
sechzehn Plantagen verbrannt

und zwar nur wenige
Köpfe abgeschnitten
aber viele Frauen und Kinder
erstochen oder erschossen

Nicaragua lebt

von seiner Kaffe-Ernte
Darum argumentieren die Contras
mit Mord und Brand

Die Contras werden
von der CIA unterstützt
Die Regierung Reagan
befiehlt diese Unterstützung

Es wäre nicht fein, Ronald Reagan
einen Massenmörder zu nennen
Andere morden
Er selbst spielt Cowboy und lacht

(Quelle dieser Informationen : *The Guardian*, London, 15.12.1984,
Bericht von Tony Jenkins, Jinotega, Nicaragua)

Günther Anders

The Spade

»Im nächsten Jahre«, erklärte der Präsident der M-Stahlwerke, »werden wir uns wohl zu einer gewissen Strukturveränderung bequemen müssen.« »Was Sie nicht sagen!« rief ich, »dürfte ich Sie fragen, welchen Sinn Sie mit dem schönen akademischen Wort *Strukturveränderung* verbinden?«

Er blickte mich verblüfft an. »Eine gewisse Rationalisierung«, antwortete er nach einer Weile, »wenn Sie so wollen.«

»Nein«, sagte ich daraufhin ganz leise und bescheiden, »ich will nicht.«

»Bitteschön?« (Pause) »Was wollen Sie damit sagen?«

»Daß ich auch die Vokabel *Rationalisierung*, obwohl auch sie den Gebildeten verrät, sogar an das Wort 'Rationalismus' anklängt, nicht recht verstehe. Was meinen Sie mit ihr?«

Nun blickte er mich nicht nur befremdet an — befremdet schienen plötzlich auch die anderen — sondern sehr mißtrauisch. Und das um so mehr, als er offenbar nicht recht wußte, worauf sein Mißtrauen abzielen sollte: ob auf meinen geistigen Zustand oder auf meinen politischen. Oder ob ich vorhatte, ihn irgendwie lächerlich zu machen. Das störte mich freilich wenig. »Meinen Sie mit diesem Wort 'Rationalisierung' vielleicht zufällig, daß Sie 'einen nicht unbeträchtlichen Bruchteil der Belegschaft' — diesen Ausdruck habe ich gestern im Radio aus Ihrem Munde gehört — 'freizustellen' erwägen? Oder ihn freistellen können? Und das deshalb dürfen? Und das deshalb müssen?«

Er zuckte mit den Schultern. Offenbar mochte er diese Art von Fragen nicht. »Wenn Sie so wollen«, knurrte er von neuem.

»Aber Herr Präsident«, mahnte ich ihn, »nachgerade wissen Sie doch, daß ich sowas nicht will. Denn auch dieser Ausdruck 'freistellen' bleibt ja undurchsichtig. Unter 'frei' verstehe ich nämlich gewöhnlich etwas anderes. Könnten Sie mir nicht auch diesen Ausdruck erklären?«

»Mein Gott«, stöhnte er da, im Kreise um Sympathie bettelnd, »muß ich denn jedes Wort für Sie übersetzen?«

»*Rückübersetzen!*« korrigierte ich. »Denn die Wörter, die Sie bisher vorgeschlagen haben, sind ja die Übersetzungen. Worum ich Sie bitte, ist deshalb das Gegenteil dessen, was Sie vermuten. Nämlich die Übersetzung rückgängig zu machen und das Original anzusteuern.«

»Verstehen Sie ihn?« wandte er sich an die Runde, und eine Dame tippte sich an die Stirn.

»Das dürften Sie auch gar nicht verstehen«, erklärte ich ihm beruhigend. »Wenn Sie das nämlich verstünden, dann würden Sie sich dadurch ins eigene Fleisch schneiden. *Es liegt in Ihrem vitalsten Interesse, ein Vokabular zu verwenden, das Ihnen selbst nicht deutlich mitteilt, was Sie eigentlich sagen.*«

Die Dame wiederholte ihr symbolische Geste.

»Meinen Sie«, fuhr ich fort, »mit dem von Ihnen akzeptierten Ausdruck 'freistellen' vielleicht, daß Sie ein paar tausend Arbeiter *entlassen* werden? Daß ein paar tausend arbeitslos werden?«

Bei dem Wort »entlassen« war er zusammengezuckt, bei dem Wort »arbeitslos« noch einmal, und es war so stumm im Raume geworden, als hätte ich schweinische Wörter benutzt. Die Wege der Tabus sind verschlungen.

»Kann *ich* vielleicht etwas dafür?« zischte er schließlich.

Ich schüttelte lächelnd meinen Kopf. »Natürlich nicht. Nicht das Mindeste«, gab ich milde zu. »Daß Menschen durch Geräte ersetzt werden können und darum, wie man glaubt, auch ersetzt werden dürfen oder sollen oder müssen, das ist ja *nicht Ihre* Erfindung oder Schuld.«

Er blickte mich ungläubig an. Wie einer, der Prügel erwartet hatte, statt dessen aber ein Praliné angeboten bekommt.

»Ich behaupte noch nicht einmal«, überbot ich mich, »daß Sie dann Schuld trügen, wenn die unvermeidliche Erfindung zufälligerweise gerade von Ihnen stammen würde.«

»Selbst dann nicht?« fragte er fassungslos und griff sofort nach diesem zweiten Praliné. »Ja, was um Gottes Willen wünschen Sie denn eigentlich von mir?«

»Ganz einfach«, antwortete ich, nun jedes Wort einzeln skandierend, »*that you call a spade a spade*. Weil wir, wenn überhaupt (was gar nicht feststeht), nur dann unsere heutigen Probleme in den Griff bekommen können.«

Nach diesem dritten Angebot, das kein Praliné war, streckte er die Hand freilich nicht mehr aus. Ich aber stand auf, verbeugte mich und ging.



Hermand/Peitsch/Scherpe (Hrsg.):
Nachkriegsliteratur 2:
Autoren, Sprache, Traditionen

Aufnahme der Exil-Autoren (Döblin,
Kolbenhoff, Zuckmayer); Nachkriegs-
sprache; Ortega y Gasset: Philosoph
des Wiederaufbaus? Neue Schreib-
experimente (Andersch, Richter,
Arno Schmidt, Gruppe 47)

Argument-Sonderband AS 116

17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Familie und Schule als Dispositiv der Erziehung

Elemente einer marxistischen Erziehungstheorie*

»Die Wurzeln des Erziehungsbegriffs reichen in die Ursprünge der menschlichen Zivilisation zurück, die Erziehung bleibt dem Intimbezirk verbunden und damit unabhängig von einer jeweils erreichten Bewußtseinshöhe; sie hat archetypisch mütterlichen Charakter und weist auf die Einfügung in das Vorgegebene und Unabänderliche.« (Heydorn 1980, 8)

1. Die beiden Arten der Produktion

Die grundlegende Bedingung dafür, daß wir von »Erziehung« sprechen können, scheint mir darin zu bestehen, daß die Produktion von Lebensmitteln und die »Produktion von Menschen« institutionell voneinander getrennt sind. Dies geschieht in nennenswertem Maßstab erst im Kapitalismus, mit der Entstehung der modernen Familie und der allgemeinen Schulpflicht; Erziehung ist, wie ich im folgenden ausführen will, eine *Verbindung zwischen Familie und Schule*. Für die Unterscheidung von »Lebensmittelproduktion« und »Menschenproduktion« greife ich auf die programmatischen Formulierungen von Engels zurück. Er schreibt im »Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats«: »Nach der materialistischen Auffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte: die Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens. Diese ist aber selbst wieder doppelter Art. Einerseits die Erzeugung von Lebensmitteln, von Gegenständen der Nahrung, Kleidung, Wohnung und den dazu erforderlichen Werkzeugen; andererseits die Erzeugung von Menschen selbst, die Fortpflanzung der Gattung.« (MEW 21, 27f.) Die »Fortpflanzung der Gattung« ist keineswegs, wie es etwa in der »Deutschen Ideologie« in einer ähnlichen Passage heißt, auf die »Zeugung« beschränkbar (MEW 3, 220); sie umfaßt vielmehr in allen Gesellschaften — ähnlich wie die Lebensmittelproduktion — einen großen Komplex verschiedener, vielfach ineinandergreifender Funktionszusammenhänge: die Produktion der Nachkommenschaft mitsamt den verschiedenen Formen ihrer Regulierung, das Aufziehen der Kinder (Pflegen, Hüten usw.), den Erwerb von kulturspezifischen Verhaltensweisen, die Ernährungspraktiken, die Formen der Unterkunft, die Herstellung von Gesundheit, das Altern und auch die Art und Weise des Sterbens (zur Kritik an Marx und Engels vgl. Wolf-Graaf 1981). All diese Funktionen erfordern eine aktive Organisation, nie erfolgen sie »spontan« und »natürlich«; und wenn in ihnen die physiologische Beschaffenheit der

* Entstanden im Zusammenhang der Arbeit des Projekts Ideologie-Theorie. Bruchstücke des Textes wurden vorgetragen auf dem Internationalen Seminar »Subject and Ideology«, veranstaltet vom Institut für Philosophie an der Freien Universität Berlin und dem Projekt Ideologie-Theorie vom 3. bis 6.10.1984 in Berlin/West.

Menschen wirksam ist, so nur in bestimmten gesellschaftlichen Formen. Diese Funktionen setzen zu ihrer Realisierung die Herstellung von Produktions- und Lebensmitteln voraus. Dies gilt jedoch auch umgekehrt: ohne »Menschenproduktion« keine Lebensmittelproduktion. Es handelt sich also um zwei einander wechselseitig voraussetzende grundlegende Funktionskomplexe.

Ich verwende »Aufziehen« und »Enkulturation« als Begriffe für einen Ausschnitt aus dem Bereich der »Produktion von Menschen«, und zwar für jenen Ausschnitt, der dann in der bürgerlichen Gesellschaft die Form der »Erziehung« annimmt. »Aufziehen« vermeidet die moralische Konnotation; es steht dem lateinischen »educare« nahe, nach dessen Vorbild unser »erziehen« gebildet worden ist, das sich im Lateinischen jedoch auch auf Tiere bezieht und sogar auf allgemein vegetative Vorgänge (*ager educat uvas*: der Boden bringt Trauben hervor). Die Unterscheidung von »aufziehen« und »erziehen« entspricht im Deutschen dem Unterschied von traditionellem und modernem Sprachgebrauch. Die bäuerliche Sprache kennt das Wort »erziehen« nicht, das Plattdeutsche bezeichnet mit »uppteht«, das Süddeutsche mit »aufziehen« nur die Pflege des kleinen Kindes (Rosenbaum 1983, 99). Statt von »Sozialisation« spreche ich lieber von »Enkulturation«, da »Sozialisation« eine zunächst ungesellschaftliche menschliche Natur unterstellt, die erst von außen gesellschaftlich gemacht werden muß. Dagegen halte ich die Auffassung der Kritischen Psychologie von der »gesellschaftlichen Natur« des Menschen für richtig. Was den Menschen jedoch fehlt, wenn sie geboren werden, sind kulturspezifische Fähigkeiten, sie müssen »enkulturiert« werden. In allen Gesellschaften nehmen das Aufziehen und die Enkulturation bestimmte soziale Formen an, man denke an das Aufgezogenwerden durch ältere Geschwister, die Initiation, das Dienen in fremden Haushalten, das Ammenwesen usw. Die Aufgabe einer Erziehungstheorie in der Tradition des Marxschen Materialismus scheint mir darin zu bestehen, zu untersuchen, welche historisch konkreten Formen die allgemeinen lebensnotwendigen Funktionen des Aufziehens und der Enkulturation annehmen, welche Herrschafts- und Vergesellschaftungsprozesse damit verbunden sind und durch welche Widersprüche die Entwicklung dieser Formen bestimmt ist (vgl. Nemitz 1984).

2. Der Dualismus von »Kindern« und »Erwachsenen«

Ich denke, daß es für vorbürgerliche Gesellschaften keinen Sinn macht, von »Erwachsenen« und »Kindern« zu sprechen. Dieser Dualismus setzt zwei Bedingungen voraus:

a) Es muß einen Haupteinschnitt in den individuellen Lebensläufen geben (Kind/Erwachsene) — und nicht beispielsweise drei, wie sie sich etwa für die Frau ergeben würden, wenn wir die Fortpflanzungsfähigkeit zum Kriterium nähmen: Vor-Gebärfähigkeit/Gebärfähigkeit/Nach-Gebärfähigkeit. Dieser Haupteinschnitt setzt zugleich voraus, daß die Entwicklung individueller Kompetenzen synchronisiert ist. Faktisch haben ja zum Beispiel Sprechfähigkeit, Arbeitsfähigkeit und Gebärfähigkeit völlig unterschiedliche Phasenbildungen. Wenn wir vom Unterschied von Kindern und Erwachsenen sprechen, dann beziehen wir uns auf das Ensemble der verschiedenen Entwicklungsdimensionen

als auf eine Einheit. Wie kommt es zu dieser Vorstellung eines synchronisierten Entwicklungsverlaufs?

b) Die Zweiteilung der individuellen Lebensgeschichte muß für alle Individuen gelten (es sei denn, sie sind »verrückt«).

In den meisten Gesellschaftsformationen sind diese beiden Bedingungen nicht gegeben. In der von Meillassoux (1973) untersuchten »häuslichen Produktionsweise« mit Patrilinearität haben wir etwa eine Dreigliederung der Gesellschaft: Junge Männer / Frauen mit Kindern / Alte. Bei den Initiationsriten wird nicht ein Jugendlicher zum Erwachsenen, sondern beispielsweise ein männliches Kind, das bislang zur Gruppe der Frauen gehörte, zu einem Mitglied der Gruppe der Jungen Männer. Linton (1974, 58) hat deshalb sieben Elementarkategorien für die Ontogenese vorgeschlagen:

Kleinkind	Knabe	erwachsener Mann	alter Mann
	Mädchen	erwachsene Frau	alte Frau

Wenn wir die Kategorien »Kinder« und Erwachsene« materialistisch verwenden wollen, dann müssen sie einer wirklich existierenden Dualisierung der Biografien und einer wirklichen Allgemeinheit dieser Dualität entsprechen; sie dürfen nicht von außen zeitwidrig auf jüngere und ältere Menschen aufgeklebt werden.

Die allgemeine Zweiteilung der Biographien ist erst in der bürgerlichen Gesellschaft gegeben. Sie ist ein Effekt der Konstituierung des allgemeinen Rechtssubjekts und basiert auf der juristischen Unterscheidung in »Minderjährigkeit« und »Volljährigkeit«. Diese ist wiederum durch die Kategorie der juristischen »Handlungsfähigkeit« begründet. Während jedes Individuum von Geburt an »rechtsfähig« ist, wird es in der Regel erst mit der »Volljährigkeit« »handlungsfähig«, nämlich geschäfts-, delikt- und verschuldungsfähig. Ein im juristischen Sinne »handlungsfähiges« Subjekt kann also Rechtsgeschäfte abschließen, ist für unerlaubte Handlungen verantwortlich und muß für schuldhaftige Pflichtverletzungen einstehen. Die Allgemeinheit dieser juristischen Handlungsfähigkeit, ihre Gültigkeit vor allem auch für Frauen, ist keineswegs mit der Kodifizierung des bürgerlichen Rechts von Anfang an gegeben — so gilt der Gleichberechtigungsgrundsatz im Zivilrecht in der Bundesrepublik erst seit 1958. Die juristische Handlungsfähigkeit ist jedoch auch hier wirksam, sie stellt gewissermaßen die »Transformationsmatrize« (Foucault 1983, 120) dar, die den Kampf um die Demokratisierung des Geschlechterverhältnisses strukturiert.

In der Gegenüberstellung von »Kindern« und »Erwachsenen« wird die juristische Unterscheidung naturalisiert. Man muß also nicht nur die »Kindheit« als eine historische Kategorie begreifen (vgl. Ariès 1975), sondern auch das »Erwachsenensein«, wobei dem Erwachsenenstatus das Primat zukommt: Es ist das neuartige bürgerliche Rechtssubjekt, wozu die sich herausbildende »Kindheit« in Opposition steht und deren Entwicklungsziel sie zugleich bildet. Es ist

dieser juristische Einschnitt, der die unterschiedlichen Dimensionen der Entwicklung synchronisiert und ihre Zweiteilung organisiert.

3. Die Familie

3.1 Die hauswirtschaftlichen Produktionseinheiten

Die meisten vorkapitalistischen Produktionsweisen — die hauswirtschaftliche (Meillassoux 1979), die orientalische, die antike und die feudale — beruhen auf einer gemeinsamen ökonomischen Grundlage: auf der Hauswirtschaft oder, wie sie bei Engels heißt, der »Hausgenossenschaft« (MEW 21, 63). Die Einheit des »Hofs« und des »Hauses« bildet hier die Elementarform der Produktion: die »beiden Arten der Produktion« sind institutionell vereinigt. Die konkreten Ausbeutungsverhältnisse sind ein veränderlicher Überbau über dieser gleichartigen hauswirtschaftlichen Basis. Oft ist sie durch ein patriarchalisches Herrschaftsverhältnis im engeren Sinne des Wortes bestimmt, also durch die unmittelbare Herrschaftsgewalt des »Hausvaters« über Frau(en), Kinder und andere verwandte und nichtverwandte Haushaltsmitglieder.

Man darf diesen Typus von Produktionseinheit nicht mit unserer »Familie« verwechseln. Der Unterschied wird vielleicht am besten deutlich, wenn man nach der Bedeutung des Worts »familia« in der römischen Antike fragt. Zur »familia« gehören alle Personen, die der Gewalt des Hausvaters unterstehen, auch die Sklaven und nichtverwandten freien Abhängigen (die Klienten), außerdem der gesamte Besitz (vgl. Pauly 1979, 511). »Familia« ist also der Hof mit lebendem und totem Inventar. Außerdem bezeichnet »familia« das, was wir heute als »Verwandtschaft« bezeichnen würden, eine nicht notwendig zusammenwohnende Gruppe mit gemeinsamer Herkunftsbezeichnung. Wir verwenden »Familie« in dieser Bedeutung auch heute noch, etwa wenn wir von einem »Familien«-Treffen sprechen. Man muß diese beiden Bedeutungen von »Familie« strikt von der heute vorherrschenden unterscheiden, als einer zusammenwohnenden Gruppe von Blutsverwandten. Diese letzte Bedeutung bildete sich erst im achtzehnten Jahrhundert heraus (vgl. Flandrin 1978) — und zwar im Lauf des Prozesses, in dem die Warenproduktion sich von der »Produktion von Menschen« absondert. Die Familie (im heutigen Sinne des Wortes) ist eine moderne Erscheinung, sie hat zur Voraussetzung die Auflösung der hauswirtschaftlichen Produktionseinheit (vgl. Rosenbaum 1982). Erst wenn diese Auflösung stattfindet, denke ich, hat es einen Sinn, von »Erziehung« zu sprechen.

3.2 Die Aufspaltung in Familie und Betrieb

Das Charakteristikum der Familie, wodurch sie sich von den hauswirtschaftlichen Produktionseinheiten unterscheidet, ist die Durchsetzung der Warenproduktion und die Abtrennung eines Bereichs der »Menschenproduktion« und der Subsistenzproduktion von Erwerbsarbeit. Die Entwicklungsdynamik bezogen auf die Produktion von Gütern geht nicht von den Familien aus, sondern von der Warenproduktion kapitalistischen, später sozialistischen Typs. Die kapitalistische Warenproduktion ist, wie in den Debatten über Hausarbeit zu Recht betont wurde, keineswegs die einzige Form der Produktion von Lebens-

mitteln, sie ist aber »dominierend« im Sinne von »entwicklungsbestimmend«. In kapitalistischen und in den meisten sozialistischen Gesellschaften stehen sich also zwei Arten von Produktionseinheiten gegenüber: die familialen Produktionseinheiten (Aufziehen der Kinder, Subsistenzproduktion) und die »Betriebe« (Fabriken, Läden, Büros usw.), in denen die »Erwerbsarbeit« stattfindet. (Ich verwende den etwas diffusen Terminus »Betrieb«, um den gesellschaftsformationsübergreifenden Charakter der Aufspaltung in Familie und Betrieb zu markieren.) Mit der Aufgliederung in familiäre und betriebliche Produktionseinheiten (kapitalistischer oder sozialistischer Form) spaltet sich gewissermaßen die materielle Basis der Gesellschaft: aus zwei im Rahmen einer einzigen Institution ineinandergreifenden Funktionskomplexen werden zwei institutionell ausdifferenzierte Bereiche (vgl. Zaretsky 1978). Beide greifen ineinander. Die Familie ist von der Warenproduktion abhängig, sie produziert und reproduziert Arbeitskräfte, sie ist ein Zentrum des Warenkonsums, die Dynamik der betrieblichen Qualifikationsanforderungen und der Warenästhetik wirken in sie hinein. Zum anderen determiniert die Familie die Struktur der außer ihr stattfindenden Produktion, vor allem durch einen mit dem Kapitalismus aufkommenden Typ von geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung. Diese basiert auf der neu entstehenden »Familienarbeit«, wie Marx sie einmal nennt (MEW 23, 417, Fn. 120 und 121), auf der »Hausarbeit«: der familialen Subsistenzproduktion und der Kinderaufzucht. Vielleicht sollte man statt von »Hausarbeit« besser von »Hausfrauenarbeit« sprechen, denn mit der Familie entsteht die »Hausfrau«, die Haupt- (wenn nicht Allein-)Verantwortlichkeit der Frauen für die familiäre Produktion. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung wird im Kapitalismus durch diesen Hausfrauen-Status strukturiert.

Im Zentrum dieser neuen Form der Frauenunterdrückung steht das Aufziehen der Kinder. Denn es ist letztlich die Verantwortung für die Kinder, die »Tyrannei der Mutterschaft« (Barrett/McIntosh 1982, 61f.), auf der die untergeordnete Stellung der Frauen beruht. Und es ist zugleich die Kindererziehung, die diese Stellung erträglich und oft sogar erstrebenswert macht, die die Frauen zum Mitspielen und zur Mittäterschaft bei der Reproduktion der sie unterdrückenden Verhältnisse bewegt.

3.3 Die Innen-Außen-Struktur

Die Abspaltung einer zusammenwohnenden Gruppe von Eltern und Kindern von der Erwerbsarbeit ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die Existenz von Familien. Auch vor der bürgerlichen Familie hatte es in manchen Berufen die Trennung von Arbeitsplatz und Wohnung gegeben, ohne daß es sich schon um »Familien« handelte. Es muß vielmehr eine bestimmte materielle Ausstattung hinzukommen, die einen gewissen materiellen Wohlstand voraussetzt (Rosenbaum 1982, 379). Erst auf dieser Basis kann sich ein »Familienleben« entfalten. Die wesentlichen Bedingungen sind eine bestimmte räumliche Ausstattung, die »Wohnung« (vgl. Wenk 1985) und ein das Familienleben ermöglichendes Zeitbudget. Die Wohnung erlaubt die Abschließung nach außen; hinzu kommt die Separierung der Klassen nach Stadtvierteln, die der »Erziehung durch die Straße« vorbeugt. Im Inneren der Wohnung werden

die Räume gegeneinander abgegrenzt und spezialisiert. Die für die Familie aufgewandte Zeit ist vor allem die der Hausfrau; wenn sie erwerbstätig ist, ist die Verkürzung des Arbeitstages Bedingung dafür, daß sie ihrer zweiten Funktion als Hausfrau nachkommen kann. Die Wohnung wird »intimisiert«: Im Inneren werden den Nichtverwandten (Domestiken, Gesinde) spezielle Räume zugewiesen, zunehmend werden sie ganz ausgeschlossen; im Proletariat wiederholt sich dies mit der Beseitigung der Untermieter und Schlafgänger. Nach außen wird die Familie horizontal gegen Nachbarschaft und Verwandtschaft, vertikal gegen Vorgesetzte und Untergebene isoliert; Besuche müssen angemeldet werden und werden auf bestimmte Zeiten festgelegt. Neben der Trennung von der Erwerbsarbeit ist diese Isolierung und Intimisierung der Familie die zweite Bedingung, unter der das Aufziehen und Teile der Enkulturation die Form der »Erziehung« annehmen.

Die Abgrenzung der »Privatsphäre« ist nicht absolut. Es gibt mindestens drei für die Erziehung relevante Verbindungen zwischen der »Öffentlichkeit« und der »Privatsphäre«:

- Gesetze entziehen die Kinder der elterlichen Autorität; sie laufen letztlich darauf hinaus, die *Schulpflicht* gegenüber den Familien durchzusetzen.
- Der von Donzelot (1979) so genannte *Bevormundungskomplex* aus Jugendgerichtsbarkeit, Sozialarbeit usw. umstellt die Arbeiterfamilien und greift, vor allem wenn sie in ihrer Erziehungsfunktion versagen, in die Familie ein.
- Die *Familienideologie* durchsetzt die gesamte Gesellschaft; sie tritt vor allem in zwei Formen auf: als *Artikulationsmuster* für andere Herrschaftsverhältnisse (das Kapital als Dallas-Familie, der Regierungschef als haushaltender Familienvater usw.; vgl. Barrett 1982; Barrett 1983, 166ff.; Barrett/McIntosh 1982); als reduktionistische Ideologie, als *Familiarismus* analog zum Ökonomismus: das Kind ist hier der Vater des Erwachsenen, die Familie Ursache aller Störungen — z.B. der Störungen des Schullebens — und zugleich Ursprung und Ziel allen Glücks. Die Mutter nimmt eine ambivalente Stellung ein: die »Mutter-Kind-Symbiose« wird zur Quelle des Heils und des Wahnsinns.

3.4 Die Erziehungsmutter

Der Begriff »Mutter« ist mehrdeutig. Er bezeichnet zum einen das biologische Abstammungsverhältnis, zum anderen eine Relation im Verwandtschaftssystem (die Mutter im Sinn der Verwandtschaftsterminologie muß mit der leiblichen Mutter nicht identisch sein). Neben diesen beiden traditionellen Bedeutungen gibt es eine moderne, die erst mit der Familie entsteht: die Mutter als Erziehungsperson. Während die Mutter-Kind-Beziehung im biologischen und verwandtschaftsmäßigen Sinne bis ans Lebensende bestehen bleibt, ist die Mutter-Kind-Beziehung im Sinne eines Erziehungsverhältnisses vorübergehend; man hört hier auf, das »Kind« der Mutter zu sein. (Der Begriff »Kind« hat die drei korrespondierenden Bedeutungen, dazu noch zwei weitere: das »Kind« im Gegensatz zum »Erwachsenen«, und das »Kind« oder die »Kindheit« als Lebensabschnitt, gefolgt von der »Jugend« oder »Adoleszenz«.) Die

ser neue Typ der »Erziehungsmutter« entsteht dadurch, daß die Funktionen des Kinderaufziehens, die vorher auf verschiedene Personen verteilt waren, in einer Person weitgehend konzentriert werden. Die Kinderbetreuung durch Geschwister, andere Verwandte und Nachbarn, in wohlhabenden Familien durch Ammen, Wärterinnen, Gouvernanten und Hauslehrer verliert stark an Bedeutung, mehr und mehr Funktionen werden auf die Mutter verlagert. Diese Konzentration von Funktionen ist eine dritte Entwicklungslinie, durch die das Aufziehen die Form der »Erziehung« bekommt.

3.5. *Das »double bind«*

In allen Gesellschaften scheinen grundlegende Strukturen des individuellen Verhaltens determiniert zu sein durch die Form, in der die Trennung von den Pflegepersonen vor sich geht, durch die Art der Gruppe, in die ein Individuum nach dieser Trennung hineinwächst und durch die Art und Weise, wie es danach in die »beiden Arten der Produktion« eingeführt wird. In der Familie werden diese Prozesse grundlegend verändert. Die »Intimität« der Familie besteht keineswegs nur in einer besonders engen Bindung der Mitglieder aneinander, sondern vielmehr in einer zugespitzten Dramatik von Bindung und Trennung, von Gewähren und Versagen, von Festhalten und Abstoßen. Die Wohnung trennt die Familie nach außen ab — und ermöglicht es, die einzelnen Familienmitglieder gegeneinander zu isolieren. Die Tatsache, daß der Zusammenhalt nicht über gemeinschaftliche Arbeit vermittelt ist, erzeugt das Klima einer unmittelbaren Beziehung »von-Mensch-zu-Mensch«; dieser Typ von affektiver Beziehung enthält aber genauso zentrifugale wie zentripetale Tendenzen. In dem Maße, in dem sich die Paarbindung durchsetzt, wird die Familie instabil, wie die Zunahme der Scheidungen und der alleinerziehenden Mütter bezeugt. Das »double bind« — das Ineinander von Verschmelzungs- und Abstoßungstendenzen, die Ambivalenz der Beziehungen — ist ein strukturelles Merkmal der Familie.

Die Beschränkung auf einige wenige Identifikationsmöglichkeiten für das Kind — die »unilaterale« statt der »multilateralen« Identifikationsstruktur — enthält den Keim des Bruchs mit den Eltern. Die Familie macht das Kind von einigen wenigen Personen abhängig und diese Beziehung zugleich äußerst riskant. Die Trennung von der Pflegeperson wird hier zum Drama, das sich in den körperlichen Austausch des Kindes mit seiner Umwelt einschreibt: in die Nahrungsaufnahme, die Defäkation und in die genitalen Umweltbeziehungen (orale, anale, genitale Stadien). Den vergleichenden Untersuchungen der Ethnopschoanalyse und Ethnopsychiatrie zufolge befördert die familiäre paradoxe Beziehung von Trennung und Verschmelzung die Tendenz zum exklusiven Besitzen von Mensch und Dingen, die aggressive Rivalität um Objekte. Hingegen wird die Fähigkeit zur wechselseitigen Identifikation mit den Mitgliedern der verschiedenen Gruppen, in denen man lebt, eher zurückgedrängt. Es kommt zur Herausbildung eines sich strikt abgrenzenden Ich-Körpers, eines Ich-Intimraums und von egozentrischen Ich-Tätigkeiten (vgl. Parin 1983; Wulff 1969). Da die Ausbildung des »Gewissens« im engen Rahmen der Familie stattfindet, kommt es zur Entwicklung eines »Über-Ichs« statt etwa eines

»Über-Uns« (Haug 1979, 191), z.B. in der Form eines »Clan-Gewissens« (Parin 1983, 157f.)

Die so geförderten Verhaltensdispositionen könnte man als »Ich-Identität« bezeichnen, wobei dies dann eine kulturspezifische, historische Kategorie wäre (vgl. Schubert 1984). Sie scheint vor allem dazu zu befähigen, in Vereinzelungen handlungsfähig zu sein — sei es in der Konkurrenz des Marktes, sei es im Verhältnis des einzelnen Staatsbürgers zum Staat, sei es aber auch im politischen oder wissenschaftlichen Konflikt. Sie scheint eine gute Voraussetzung dafür zu sein, daß die rasche Produktivkraftentwicklung und der damit einhergehende permanente kulturelle Wandel von den Individuen getragen werden kann. Die Familie liefert das Material für die romantische Liebe, für Kinderliebe und für Konkurrenzverhalten, für unsere Formen der Hilfsbereitschaft und Solidarität wie für die Bewußtseinspaltung. Das familiäre Ineinander von Verschmelzung und Trennung ist eine der Formen, durch die der »Erwachsene« entsteht, der aus konkreten Bindungen herausgelöste, der abstrakte Mensch. Im übrigen kann man auch in unseren Gesellschaften Elemente jener »Gruppen-Identität« finden, wie sie ähnlich für traditionelle Gesellschaften beschrieben worden sind; das gilt sowohl für den betrieblichen Arbeitsplatz als auch für die Familie. Vielleicht sollte man sogar eher von einer »Familien-Identität« als von einer »Ich-Identität« sprechen? Denn das »isolierte Individuum« ist in seiner vorherrschenden Form in Wirklichkeit das Mitglied einer Familie.

Zugleich ist die Familie der entscheidende Ort für die Ausbildung der geschlechtlichen Identität. Die Familie reproduziert die ungleiche Positionsverteilung in der Familie und damit den Kern der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung: »Töchter werden zu »Müttern«, Söhne zu »Vätern«. Dies ist ein Widerspruch in der Familienerziehung: sie zielt zum einen auf das Rechtssubjekt, zum anderen auf die Reproduktion der Familie. Das erzeugt eine grundlegende Ambivalenz im Prozeß des »Erwachsenwerdens«. Die Vereinbarkeit von »Frausein« und »Erwachsensein« muß historisch erkämpft werden; die Frauenbewegung sucht unter anderem das egalitäre Potential des bürgerlichen Rechts in die familialen Beziehungen hineinzutragen, sie kämpft also auch um die Möglichkeit für Frauen, »erwachsen« zu werden.

Es läßt sich leicht zeigen, daß die Schule durch dieselbe Struktur des Pädagogischen bestimmt ist: die Abschirmung gegen außen zugleich mit dem Zwang, die Schüler wieder zu entlassen; die Konzentration der Erziehungsfunktionen im Lehrer; die Abwesenheit von gemeinsamen Aufgaben von Schülern und Lehrern, durch welche die abgehobene Stellung der Lehrer relativiert werden könnte. Ich verfolge diesen Argumentationsstrang jedoch hier nicht weiter und versuche einen anderen Zugang zur Schule zu gewinnen durch die Frage: Was sind die schulspezifischen Tätigkeiten? Diese Frage führt uns unweigerlich zur Rolle der Schrift.

4. Die Schule

4.1 Staat und Schrift

Die verbreitetste Definition der Schule lautet, daß sie als Form von planmäßig organisierten Lernprozessen begriffen werden müsse, entstanden durch die Ausgliederung von Lernprozessen aus dem »echten« Vollzug der zu lernenden Praktiken. Das Problem dieser Definition besteht darin, daß sie es nicht erlaubt, einen Unterschied zu machen, den wir dann, wenn wir von »Schulen« reden, gewöhnlich voraussetzen. Es sträubt sich einiges in uns, die Institutionen des öffentlichen Unterrichtswesens mit Einrichtungen wie Reit-»Schulen«, Segel-»Schulen« usw. auf eine Stufe zu stellen — was wir nach der obigen Definition aber tun müßten. Offenbar ist die Definition von »Schule« als institutionalisiertem, ausgelagertem Lernprozeß zu weit. Wir meinen mit »Schule« einen speziellen Typ solcher Lernprozesse, nämlich solche, die um die *Schrift* und um Texte herum organisiert sind. Der Zugang zur Erklärung der Schule führt über die Schrift.

Um die gesellschaftliche Funktionsweise der Schrift zu begreifen, muß man mit der Vorstellung brechen, es handele sich dabei um ein einfaches Aufzeichnungssystem von Lauten (vgl. Coulmas 1981; Derrida 1974). Dem widerspricht nicht nur die Existenz zahlreicher nicht-phonetischer Schriftzeichen selbst in unserem lautnahen Alphabet, die Interpunktionszeichen, die Ziffern, Zeichen wie §, \$, %, &, (, “ usw., sondern vor allem die Tatsache, daß eine phonetische Schrift die fortwährenden Schwankungen des Lautstandes nachzeichnen müßte, was sie faktisch nicht tut. Man kann die Schrift nicht aus der Rede ableiten; man muß sie vielmehr in ihrer eigenen Materialität und Wirkungsweise begreifen.

Schriftsysteme sind in allen Gesellschaftsformationen vom Typ der »orientalischen Despotien« entstanden, in Mesopotamien, Ägypten, Indien, China, Mittelamerika und — was lange bezweifelt wurde — auch bei den Inka. Die Antriebskräfte für diese Entstehung scheinen in sämtlichen Staatsfunktionen zu liegen: in der Erzeugung des Mehrprodukts (Kalender), in seiner Verwaltung (Buchführung), in Recht und Religion. Gegenüber den protoschriftlichen Systemen ermöglichen es diese »Staatsschriften«, einen »Wortlaut« zu konstituieren. Ich vermute, daß die Schrift entstanden ist aus einer extremen Verschärfung gesellschaftlicher Gegensätze nach der Entstehung eines Klassenstaats. In den neuartigen Konflikten wird jede Absprache nachträglich umkämpft gewesen sein, da unter Herrschafts-Druck zustande gekommen. Es könnte so ein Bedarf entstanden sein, einen möglichst schwer bezweifelbaren »Wortlaut« zu erzeugen: die Schrift. Sie ermöglicht es zugleich, die Staatsbeamten zu kontrollieren, und trägt so zur Vereinheitlichung des Staates bei. Es gilt jetzt das, was geschrieben steht. Der Text wird zu einer Bewegungsform gesellschaftlicher Konflikte, und das traditionelle Umformulieren, Eliminieren und Ergänzen von gesellschaftlich relevanten mündlichen Diskursen wird zunehmend überlagert durch Kämpfe um die Interpretation sakrosankter schriftlicher Diskurse.

Mit der Verschriftlichung kommt es zu einer Umwälzung der Prozesse staat-

licher Vergesellschaftung. In den »orientalischen Despotien« werden die Staatsfunktionäre zu »Schreibern«. Ihre Schreibkompetenz kann sich — je nach Ausdifferenzierung von Staatsfunktionen — auf militärische, juristische, religiöse und ökonomische Funktionen zugleich beziehen.

Der Schriffterwerb scheint sich zunächst, wie für Ägypten vermutet wird, in der Form des »Famulus-Systems« abgespielt zu haben, also im »helfenden Mitvollzug«. Erst später (in Ägypten vermutlich in den »Wirren« nach dem Zusammenbruch des Alten Reichs) kommt es dann zur Herausbildung abgetrennter Unterrichtsformen (vgl. Brunner 1957). Auch das Schreiben muß also nicht zwangsläufig schulmäßig erlernt werden. Damit staatliche Schreibschulen entstehen, scheinen — über den reinen Schriffterwerb hinaus — zusätzliche Funktionen realisiert werden zu müssen. Ich vermute, daß die schulförmige Schriftvermittlung sich dann durchsetzt, wenn der *innere Zusammenhalt* der Staatsfunktionäre zu einem Problem wird, sei es durch die Verschärfung der Gegensätze innerhalb der die Staatsträger stellenden Klasse, sei es dadurch, daß antagonistische Klassen für die Beamtschaft rekrutiert werden. Die schulische Zusammenfassung der Beamten-Anwärter wird dann zu einer Form, in der so etwas wie ein »Korpsgeist« und eine die Klassenbindung einschränkende Bindung an die Herrscher erzeugt werden.

Unser heutiges Schulwesen bildet sich aus vier Entwicklungssträngen heraus:

- aus der Funktion der Beamtenausbildung,
- aus der Funktion, dem Volk eine bestimmte Kenntnis ideologischer Diskurse zu vermitteln (Kirchengemeindeschulen),
- aus der Funktion, bestimmte Gruppen auf die Universität vorzubereiten (Lateinschulen),
- aus der Funktion, Schreib- und Rechenkenntnisse für die Warenzirkulation zu vermitteln (Stadtschulen im Feudalismus).

All diese Funktionen erfüllt auch unser heutiges Schulwesen. Will man dessen historische Spezifik erfassen, muß man sich fragen, wie diese traditionellen Funktionen neu arrangiert werden und wie sie durch neue Funktionen überlagert und reorganisiert werden. Die wichtigsten neuen Merkmale sind

- die allgemeine Schulpflicht und die damit verbundene allgemeine Literalität (Schriftkenntnis),
- die Bedeutung der wissenschaftlichen Diskurse.

4.2 Die allgemeine Staatsschule

Die Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht ist Teil des Prozesses, in dem sich der bürgerliche Zentralstaat herausbildet (Leschinsky/Roeder 1976). Erst in kapitalistischen, dann in staatssozialistischen Gesellschaften ist jeder einzelne Bürger »staatsunmittelbar«, kann der Staat, ohne Vermittlung partikularer Gewalten, auf den einzelnen unmittelbar zurückgreifen. Dies aber ist die Bedingung für die Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht. Sie geht zwangsläufig einher mit dem Zurückdrängen der lokalen Mächte des Adels, der korporativen Rechte der Städte und Zünfte und der »hausväterlichen« Gewalt. In der obligatorischen Schule werden alle, gewöhnlich zum ersten Mal, unmittel-

bar mit dem Staat konfrontiert und als »Schüler« in ihn eingebaut. In der Schule ist der einzelne ein nicht-mündiger Staatsbürger: Untertan. Die moderne Schule reduziert den Druck verschiedener nicht-staatlicher Gewalten auf die Heranwachsenden, aber um den Preis der Unterordnung unter die Staatsmacht.

Die Schule bildet staatliche Subjekte heran, und zwar in einem dreifachen Sinne:

- als *Rechtssubjekte*, damit fähig zur Vertragsschließung (also zum Abschluß von Kauf-, Arbeits- und Eheverträgen),
- als *Staatsbürger* im engeren Sinne, als Teilnehmer an der »politischen Willensbildung« (»citoyens«),
- als *Mitglieder einer Nation*, mit gemeinsamer Geschichte, Sprache und Kultur. In den bürgerlichen Gesellschaften werden die Offizialsprachen zu nationalen Hochsprachen umgeformt; es entsteht der Gegensatz zwischen nationalen Hochsprachen und Umgangssprachen und regionalen »Dialekten«. Die Schule ist die wichtigste Institution zur Durchsetzung der Nationalsprachen. (Zum Zusammenhang von Sprachunterricht und ideologischer Vergesellschaftung vgl. Nemitz 1981)

Diese drei Dimensionen des staatlichen Subjekts — des »Erwachsenen« — sind nicht zwangsläufig miteinander verträglich und entsprechen auch nicht notwendig dem Charakter der Schule als eines Staatsapparats, als Teil der staatlichen Administration. So kann die Schule als »nationale Anstalt« gegen die Schule als »Staatsanstalt« artikuliert werden (wie bei Humboldt). Mit diesen drei Dimensionen sind Bahnen vorgesehen, innerhalb deren Kämpfe um die Schule und in der Schule ausgefochten werden.

Man kann den modernen Schultypus, wie er sich im Kapitalismus herausbildet, als »allgemeines Staatsschulwesen« bezeichnen; darunter fallen dann auch die sogenannten »Privatschulen«, die ja zum einen meist von staatlicher Finanzierung abhängig sind, zum anderen gezwungen sind, einschneidende staatliche Auflagen einzuhalten. Die Auseinandersetzungen um »private« und »alternative« Schulen sind in der Regel Kämpfe um den Einfluß privater Interessen und um die Möglichkeiten der Demokratisierung *innerhalb* eines »allgemeinen Staatsschulwesens«.

4.3 Die Raster der Normalisierung

Das Schulwesen ist durchzogen vom Ensemble der Herrschaftsverhältnisse: dem Klassenverhältnis, der Frauenunterdrückung, dem Rassismus, der Ausbeutung des Landes durch die Stadt, der »Dritten Welt« durch die »Metropolen«. Es lassen sich viele Elemente des Schulwesens angeben, die diese Herrschaftsverhältnisse unmittelbar zum Ausdruck bringen: die Separierung von Arbeiterkindern und Mittelschichtkindern, von Jungen und Mädchen, von »Einheimischen« und »Ausländerkindern«, die Unterversorgung des Landes mit schulischen Einrichtungen, das Schulwesen als Mittel zur Erzeugung einer kollaborierenden Intellektuellenschicht in den Kolonien usw. Diese unmittelbaren Trennungen nach sozialen Gruppen sind ein traditionelles, gewissermaßen »ständisches« Element des Schulwesens. Die Entwicklungsdynamik geht

jedoch in eine andere Richtung. Die Auseinandersetzungen um eine Demokratisierung des Schulwesens führen dazu, daß die formelle Gleichbehandlung der beschulten Bevölkerung ein wachsendes Gewicht bekommt und daß deren Gliederung nach schulspezifischen Merkmalen, nämlich nach dem Unterschied in den schulischen Leistungen, zu mehr wird als zu einem bloßen Täuschungsmanöver. Die schulspezifische Gliederung der Schülerschaft ist durch drei verschiedenartige Gliederungs-»Raster« bestimmt. Die Prozesse, die diese »Rastereung« oder »Klassifizierung« erzeugen, nenne ich, in Anlehnung an Foucault (1976), die schulischen »Normalisierungs«-Prozesse.

a) *Gegensatz von »Erziehbaren« und »Unerziehbaren«.* — Die allgemeine Schulpflicht bringt den Gegensatz von »Erziehbaren« und »Unerziehbaren« mit sich. Es entstehen Institutionen zur Betreuung der »Lernbehinderten«, »Schwererziehbaren« und »Schulschwachen«, all derjenigen, die gegenüber den schulischen Praktiken unempfindlich sind. Voraussetzung hierfür ist, daß es keinen unüberbrückbaren Graben zwischen »Gebildeten« und »Ungebildeten« gibt, wie er vor allem in Gesellschaften mit Illiteralität (ethnozentrisch formuliert: mit Analphabetismus) der Bevölkerungsmehrheit existiert. Charakteristisch für das moderne Schulwesen ist, daß aufgrund der allgemeinen Schriftkenntnis die Übergänge zwischen »Gebildeten« und »Ungebildeten« fließend sind. Diejenigen, die keine Schriftkompetenz und keine Kompetenz in den offiziellen Diskursen haben, sind hier also keine feste soziale Gruppe, sondern eine Ansammlung von individuellen »Versagern«. Sie fallen nicht einfach aus dem Schulwesen heraus, sondern werden in Spezialeinrichtungen mit pädagogischen Spezialverfahren konfrontiert. Erst im Rahmen dieser Spaltung entfalten sich die beiden anderen »Raster« schulischer Klassifizierung.

b) *Qualitative Verschiedenheit.* — Im Schulbereich findet sich eine Einteilung nach spezifisch pädagogischen qualitativen Differenzen: nach »Begaubungstypen«, »Neigungen«, nach »praktischer« oder »theoretischer« Orientierung (vgl. Charlot/Figuet 1979).

c) *Quantitative Abstufung.* — Dieses Raster kennzeichnet den alltäglichen Schulbetrieb. Die Schüler werden durch eine Reihe von Einrichtungen in graduelle Differenzen der Schrift- und Diskurskompetenz eingeteilt. Die meisten dieser schulischen Prozeduren sind in der Frühgeschichte des bürgerlichen Schulwesens erfunden worden, vor allem von den Jesuiten (vgl. Snyder 1971).

Diese Klassifizierung wird erzeugt durch

- die Konstruktion von individualisierten Aufgaben (Hausaufgaben, Tests, Unterrichtsbeiträge usw.);
- die Anordnung des schulischen Kanons nach dem Prinzip des stufenweisen Aufbaus (statt beispielsweise Auswendiglernen eines Textkorpus durch Wiederholung; vgl. Aries 1975);
- quantifizierte Bewertungsverfahren von Schulleistungen (Noten, Zeugnisse); Voraussetzung hierfür ist u.a. die Verwandlung der Prüfungen aus öffentlichen Zeremoniellen in Techniken der individuellen Auslese;
- die Konstruktion von Räumen mit individualisierten und kontrollierbaren Plätzen, von abgegrenzten Klassenräumen und einer gegen die Außenwelt abgegrenzten Schulumwelt.

- die Zerlegung der Zeit in Stunden mit festem Pensum und in aufeinander aufbauenden Jahrgangsklassen.

4.4 Die Verrückung der Herrschaftsverhältnisse

Das eigentliche Geheimnis des allgemeinen Staatsschulwesens besteht darin, daß und wie die Reproduktion der Herrschaftsverhältnisse durch diese schulspezifische Anordnung der Schülerschaft hindurchgeht, und zwar gleichzeitig mit einem Prozeß, in dem die Arbeiterbewegung und die Frauenbewegung die »ständischen« Elemente des Schulwesens zurückdrängen und ihre demokratischen Züge verstärken. Das Ensemble der Herrschaftsverhältnisse wird im Bereich der Schule »übersetzt« in Unterschiede der Bildung — genauer: der staatlich anerkannten Bildung. Man kann zeigen, wie die Herrschaftsverhältnisse sich im schulischen Normalisierungsdispositiv niederschlagen, etwa in klassen- und geschlechtsspezifischen Bildungschancen, in Gestalt verschiedener »Netze der Beschulung« im Rahmen der Einheitsschule (Baudelot/Establet 1980). Im Verlauf der Kämpfe um die Demokratisierung des Schulwesens verändern sich die Formen der Herrschaftsreproduktion; so kann sich etwa die Trennung der sozialen Klassen im Bildungswesen immer weiter nach »oben« verlagern und die Dauer des Schulbesuchs zum klassendistinktiven Merkmal werden oder, bei Demokratisierung des Universitätszugangs, die Art der Universität, die man nach der Schule besucht (vgl. Bowles/Gintis 1978).

Man muß aber den in solchen Analysen oft anzutreffenden Fehlschluß vermeiden, als sei die Schule ein leerer Raum, innerhalb dessen die Herrschaftsverhältnisse nur zum Ausdruck kommen, als ob die Schule diesen Herrschaftsverhältnissen nichts hinzufüge. Tatsächlich ist die Schule nicht nur reproduktiv, sondern auch »produktiv« (Petitat 1982). Sie stellt nicht nur eine Arena dar, in der Klassen, Geschlechter, Ethnien und Nationen kämpfen, sondern sie verändert zugleich die Formen der Herrschaftsverhältnisse und damit die gegensätzlichen sozialen Gruppen selber. Das schulische Leistungsprinzip ist kein bloßer Schein, falsches Bewußtsein. Es ist vielmehr eine eigene Wirkungskraft, deren Effekte zwar von den sehr viel stärkeren Herrschaftsverhältnissen überlagert werden, die damit aber nicht völlig unwirksam gemacht werden. Die »Meritokratie« — der Zugang zu gesellschaftlichen Positionen nach individuellem Verdienst — ist kein bloßer Schleier, sondern eine in die Herrschaftsverhältnisse intervenierende Variable, die eigenständige Auswirkungen hat. Die Schulkarriere ist zwar statistisch durch Klassen- und Geschlechtszugehörigkeit determiniert, aber keineswegs für die einzelnen Individuen. Der Schulerfolg kann tatsächlich von mehr oder weniger großem Einfluß auf die berufliche Zukunft sein, neben den finanziellen Ressourcen und dem beruflichen »Durchsetzungsvermögen«. Schulleistungen können für Frauen die Chance verbessern, in männliche Domänen einzudringen; diese Chance mag unterschiedlich groß sein, sie mag mehr oder weniger realistisch eingeschätzt werden — sie ist nichtsdestoweniger eine wirksame Größe. Die Schule bewirkt eine Verschiebung im Kräfteverhältnis zwischen Herrschenden und Beherrschten, eine »Verrückung« und »Verstellung« ihrer Positionen: eine »Transposition«, nicht nur eine »Transfiguration« der Herrschaftsverhältnisse.

4.5 Die Verwandlung von Wissenschaft in Wissen

Das allgemeine Staatsschulwesen vermittelt eine Reihe von »sekundären diskursiven Kompetenzen«, d.h. nicht die (»primäre«) Fähigkeit zur Erzeugung neuer Diskurse, sondern die zu ihrer Rezeption und Reproduktion. Die Auseinandersetzungen um den Anteil der »Realien« im Unterricht verlassen in der Regel nicht den Rahmen der Aneignung von Diskursen. »Realien« wie Geographie, Geschichte, Naturkunde sind sprach- und textorientiert; selbst Pestalozzis berühmter »Anschauungsunterricht« ist tatsächlich eine Technik zur Vermittlung hochsprachlicher Kompetenzen. Auch der mathematische und der naturwissenschaftliche Unterricht sind schriftorientiert, die symbolische Formulierung mathematischer und naturwissenschaftlicher Zusammenhänge ist gerade das Charakteristikum der modernen Wissenschaftsentwicklung. Das Experiment dient in der Schule nicht zur Erkenntnisgewinnung, sondern nur zur Demonstration; es hat hier keine Macht gegenüber dem wissenschaftlichen Kanon der Lehrbücher.

Zu den Auffälligkeiten der Entwicklung des modernen Schulwesens im Kapitalismus gehört die geringe *unmittelbare* Verknüpfung mit der Ökonomie. Die Versuche zur Vermittlung direkt produktionsbezogener Fertigkeiten (wie in den Industrieschulen) stellen Sackgassen in der Evolution des Schulwesens dar. Als Institution zur Vermittlung sekundärer diskursiver Kompetenzen ist das allgemeine Staatsschulwesen unmittelbar an die Universität angeschlossen, damit an eine der Institutionen zur Produktion wissenschaftlicher Diskurse. Die schulische Lizenzvergabe, die Entwicklung der Inhalte, die Gliederung des Schulwesens sind primär von der Universität her strukturiert (vgl. Müller 1981). Vor allem auf dem Umweg über die Universität ist die Schule mit der Produktivkraftentwicklung verkoppelt. (Eine direkte Verbindung zwischen Schule und Ökonomie stellt natürlich das Berufsschulwesen dar.)

Im Unterschied zur Universität wird an der Schule kein neues Wissen produziert. Die Schule setzt die wissenschaftlichen Prozesse voraus und nimmt sie in der Form von »Ergebnissen« selektiv auf. Sie organisiert die Rezeption solcher »Ergebnisse«, indem sie sie »pädagogisch« bearbeitet. Die Schule eliminiert die konfliktuösen Erzeugungsprozesse von wissenschaftlichem Wissen und dessen ständige Revisionen; sie fixiert bestimmte Ergebnisse als Kanon, als »Inhalte« und »Stoff«. Sie vermittelt einen Teil der Antworten der Wissenschaft, jedoch ohne die Fragen, die damit gelöst werden sollten (Bachelard 1978). Sie verwandelt den Diskurs wissenschaftlicher Antworten in einen Diskurs von Aussagen (vgl. Jäger 1985)

Tatsächlich gibt es jedoch keine reinen Rezeptionsvorgänge. In einer elementaren schulischen Tätigkeit wie dem Lesen beispielsweise wird immer auch etwas produziert, was über den Text hinausgeht. In der »Aneignung« von Diskursen, auch von wissenschaftlichen, entsteht eine Art Überschuß, ein »Lern-Plus«; und man kann die schulischen Prozesse durch die Art ihres Umgangs mit diesem »Lern-Plus« charakterisieren. Es ist im Rahmen der Schule äußerst schwer, diesen Überschuß — der Sinn und Unsinn, alte Irrtümer und neue Fragestellungen enthalten kann — fruchtbar zu machen. Ein Grund hierfür ist

die schulische Fiktion eines abgeschlossenen Wissens, das dem Streit enthoben ist. Es besteht für die Schule als Institution kein Bedarf, über die in den Lehrplänen festgelegten »Inhalte« hinauszukommen; die Aufgabe der Lehrer besteht darin, die Pläne einzuhalten, nicht, sie zu überwinden aufgrund von Unterrichtserfahrungen. Damit hängt zusammen die negative Rolle des Irrtums in der Schule (vgl. Bachelard 1978). Im Rahmen der Schule sind Irrtümer ein wichtiges Mittel, die Schüler in die Normalisierungs-Raster einzutragen. Es ist deshalb äußerst schwierig, Irrtümer produktiv zu machen und ihnen die Schlüsselstellung einzuräumen, die ihnen in der Produktion von neuen Erkenntnissen zukommt.

4.6 *Selbsttätigkeit*

In diesen beiden Punkten — in der Verwandlung von wissenschaftlichen Antworten in schulische Aussagen und in der negativen Stellung des Irrtums — ist die Schule passivierend. Sie schließt die Schüler von der Erzeugung von Wissen aus. Damit ist jedoch nur die eine Seite schulischer Prozesse beschrieben. Auf der anderen Seite finden wir eine gegenüber früheren Schulformen völlig neuartige Aktivierung der Schüler. Indikator hierfür ist die in der pädagogischen Literatur immer wieder anzutreffende Polemik gegen das »Auswendiglernen«. Dagegen setzt die bürgerliche Schule ein »Inwendiglernen«. Als wirklich gelernt gilt erst das, was durch die eigene Aktivität gefunden wurde. Das pädagogische Arrangement soll dafür sorgen, daß das außerhalb existierende Wissen von den Schülern neu entdeckt wird, indem sie es gewissermaßen in sich selbst finden (vgl. hierzu Petrat 1979). Die Kunst des Lehrers besteht darin, solche Tätigkeits-Arrangements zu konstruieren und zu bedienen, die dazu führen, daß die Schüler durch ihre eigene Aktivität einen präexistierenden Wissenskanon reproduzieren.

Ein wichtiges Mittel hierbei sind die schulischen Kommunikationstaktiken (manchmal »Methoden«, manchmal »Didaktik« genannt). Es handelt sich dabei vorwiegend um einen Typ von Fragespielen, bei denen die Möglichkeit zu fragen und zu antworten durch das schulische Machtverhältnis polar auf Lehrer und Schüler verteilt ist; wo auch die Schüler fragen dürfen, können sie, anders als die Lehrer, keine Antwort erzwingen. Deren Kompetenz, Antworten zu erzwingen, zeigt, daß es sich nur an der Oberfläche um ein Fragespiel, in Wirklichkeit aber um ein Befehlsspiel handelt: die Lehrerfragen sind verkappte Befehle, Antworten zu geben. Der Schüler hat hierbei keine Möglichkeit zur »widersprechenden Antwort« (Jäger 1985), das heißt zu einer Antwort, die die Frage selbst in Frage stellt. (Zur Kontroverse über Unterrichtsmethoden vgl. Nemitz 1983b)

Das allgemeine Staatsschulwesen ist also charakterisierbar durch Normalisierungs-Raster, in die sich die Schüler, in der Rezeption von pädagogisch zubereitetem Wissen, selbsttätig einordnen, im Rahmen der staatlichen Kompetenz, Fragen zu stellen, Aufgaben zu definieren und Beurteilungen abzugeben.

Die schulische Normalisierung führt zu einer Normalisierung der Individualentwicklung. Ohne einen einheitlichen festgelegten Schulbeginn, die stufenweise Anordnung des »Stoffs«, dessen Verkopplung mit Schulklassen und deren

jahrgangsmäßige Organisierung wären die meisten unserer heutigen Vorstellungen darüber, zu was ein »normaler« Heranwachsender in welchem Alter fähig sein sollte, nicht entstanden. Erst die schulisch fixierte »Normalentwicklung« erzeugt die Kategorien der »Frühreifen« und der »Spätentwickler«. Die schulische Normalisierung wirkt auf die vorschulische Periode zurück, diese erhält in der Fähigkeit zum Schulbesuch ihr Entwicklungsziel. Die ängstliche Sorge der Eltern um die Normalentwicklung ihrer Kinder reflektiert die Übersetzung von Herrschaftsverhältnissen in die schulischen Normalisierungsprozesse: Bestimmte diskursive Kompetenzen müssen zu festgelegten Zeitpunkten erreichbar sein; davon ist mit abhängig, ob es dem Kind gelingen wird, seine soziale Position gegenüber der der Eltern zu verbessern, zu halten, oder ob es sozial »absinken« wird (vgl. Baudelot/Estabiet 1980)

5. Der widersprüchliche Zusammenhang von Familie und Schule

Heute hat sich ein »duales Erziehungssystem«, basierend auf den Institutionen der Familie und der Schule, durchgesetzt. Man kann historisch verfolgen, wie es konkurrierende Formen verdrängt, die Monopolisierung der Erziehung in der Familie etwa mit Hilfe von Hauslehrern und die Monopolisierung der Erziehung in der Schule, in Form der Internatserziehung. Quantitativ nimmt die Schulzeit gegenüber der »Familienzeit« zu und scheint sie zu verdrängen. Tatsächlich wird die Familienerziehung jedoch in dem Maße, in dem sie zeitlich abnimmt, intensiviert. Die Psychoanalyse wird zum Teil des Alltagsbewußtseins, nicht als Therapie, wohl aber in der Einschätzung der Bedeutung der frühkindlichen Entwicklung.

Gemeinsam ist der Schule und der Familie die Abgrenzung gegen die Erwerbsarbeit (was das Verhältnis von Schule und Betrieb in staatssozialistischen Gesellschaften betrifft, wären hier erhebliche Modifikationen zu machen). In kapitalistischen Gesellschaften sind auf jeden Fall Familie und Schule der *unmittelbaren* Verwertungsdynamik entzogen. Beides sind Sozialformen, in denen die Beziehungen nicht primär über Eigentum und Geld vermittelt sind; das Zurückdrängen solcher Besitz- und Geldbeziehungen stellt eine wichtige Linie in der Entwicklung beider Institutionen dar. Familie und Schule sind klassenübergreifende Formen, und zwar nicht, wie die parlamentarische Demokratie, im Sinne einer repräsentativen Allgemeinheit, sondern in Form allgemeiner unmittelbarer Teilhabe: kaum ein Individuum, das nicht in einer Familie aufwächst und die Schule durchläuft. Zwar gibt es klassenspezifisch erhebliche Differenzen in der konkreten Ausgestaltung der Familie und des Schulbesuchs, aber im Rahmen der allgemeinen Grundstruktur. Trotz der »ständischen« Elemente des Schulwesens ist historisch die Tendenz bestimmend, Klassen und Geschlechter im Rahmen der Schule zusammenzuführen, statt sie zu trennen. Gemeinsam ist beiden Institutionen schließlich die Grundstruktur der Erziehung: der Dualismus von Erziehern und Erzogenen, das Zurückdrängen gemeinsamer Aufgaben, von denen aus dieser Dualismus relativiert werden könnte, die Abschirmung nach außen zugleich mit dem Zwang zur Öffnung.

Zugleich sind die Beziehungen beider Institutionen von tiefen Gegensätzen durchzogen. Der Dualismus von Familie und Schule ist Teil des sich mit dem

Kapitalismus durchsetzenden Gegensatzes von Staat und »Gesellschaft«, von »Öffentlichem« und »Privatem«. Die Schule kann sich gegen die Familie richten: sie raubt dem Familienvorstand einen Teil seiner hausväterlichen Gewalt. Vom Standpunkt der Schule aus erscheint die Familie als Quelle der Störungen des Schullebens. Die Schule ist ein entscheidender Stützpunkt, von dem aus der Staat in die Familie hineinregiert, sie umbaut und normalisiert. Die schulische Sexualerziehung, vom Kreuzzug der Philanthropen gegen die Onanie bis zur modernen Sexualkunde, steht im Dienste der Regulierung der Familie. Unangepaßtes Schulverhalten dient als Indikator für gestörtes Familienleben und ruft die Institutionen der Sozialfürsorge auf den Plan (vgl. Donzelot 1980).

Umgekehrt beziehen sich die Familien aktiv auf die Schule. In dem Maße, in dem das Schulwesen demokratisiert wird, wird der Schulerfolg zu einer wichtigen Möglichkeit, die Klassenzugehörigkeit »weiterzuerben«. Die klassenspezifischen »Bildungschancen« beruhen nicht nur auf der unterschiedlichen Distanz zwischen Familienkultur und Schulkultur (Bourdieu/Passeron 1971 und 1973), sondern überdies auf verschiedenen Schulstrategien in den Familien (Donzelot 1980; Willis 1979). Zugespitzt formuliert: die Schule ist nicht so sehr durch eine Klassenkultur gekennzeichnet als vielmehr die Familien der oberen Klassen durch eine Art Schulkultur. Die Klassenspezifität im Bereich der Erziehung scheint also weniger in der Struktur der jeweiligen Familien und Schulen zu bestehen als vielmehr in der unterschiedlichen *strategischen Verbindung* zwischen beiden Institutionen, eine Differenz der Schulorientierung, die durch ökonomische Zwänge gestützt, aber nicht erzwungen wird und von daher eine Reihe strategischer Optionen offenläßt. Arbeitereltern haben dabei gewöhnlich mit dem Problem zu kämpfen, daß der schulische Erfolg sie von ihren Kindern kulturell zu entfremden droht — selbst dann, wenn sie diesen Erfolg positiv bewerten.

Die Verknüpfung von Familie und Schule im Prozeß der Erziehung kombiniert eine Reihe von Gegensätzen: Sie verbindet Isolierung, Affektivität und Willkür der Familie mit schulischer Leistungskonkurrenz, Diskurskompetenz und Legalität; sie verbindet die Mütter und die Beamten; sie lenkt die in der Familie genährten Allmachtsphantasien in die Bahnen schulischer Arbeitszwänge (vgl. Erdheim 1984, 271-368). Die Verknüpfung von Familie und Schule stellt das »Erziehungs-Dispositiv« dar, diejenige soziale Anordnung, durch die der Vorgang des Erziehens, der Zwang zur Pädagogik überhaupt erst erzeugt wird und in dessen Rahmen sich die pädagogischen Taktiken und Diskurse entfalten. Man sieht, weshalb es unsinnig ist, »intentionale« und »funktionale Erziehung« voneinander getrennt zu behandeln: Das Erziehungs-Dispositiv ist eine nicht-intentionale Struktur, die eine ungeheure, in der Geschichte einmalige Entfaltung intentionaler Praktiken der »Menschenproduktion« provoziert.

Die Verbindung Familie — Schule ermöglicht es, die Frage nach den Herrschaftsverhältnissen in die nach der »Chancengleichheit« zu übersetzen, in die Frage nach der Relation zwischen Klassenherkunft und Klassenzukunft von Individuen, nach der Demokratisierung des Zugangs zu Herrschaftspositionen. Sie stellt eine Form bürgerlicher Hegemonie dar, und zwar in doppelter

Hinsicht: zum einen durch Beteiligung der Unterdrückten an der Lösung eines fundamentalen Problems gesellschaftlicher Reproduktion: welche Individuen besetzen welche gesellschaftliche Positionen? Zum anderen als eine Verbindung zwischen Staat und »Gesellschaft«: des schulischen Staatsapparats und der familialen Produktionseinheiten.

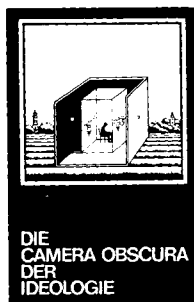
Das Verhältnis von »Kindern« und »Erwachsenen« gehört zu den wenigen Ungleichheiten, die in die demokratische bürgerliche Ideologie offen eingeschrieben sind. Es eignet sich deshalb ausgezeichnet dazu, zum Artikulationsmaterial für Herrschaftsverhältnisse zu werden: für das Geschlechterverhältnis, für das Klassenverhältnis, für das Verhältnis zwischen Staat und Staatsbürgern, für das Verhältnis zwischen Kolonialmächten und ausgebeuteten Völkern: Frauen, Proletarier, Untertanen, Kolonisierte figurieren dann als unvernünftige Kinder, die vor Dummheiten geschützt und erzogen werden müssen.

Alle Versuche, das Element der Meritokratie (oder der »Chancengleichheit«) gegenüber den gesellschaftlichen Blockierungen durchzusetzen, müssen zwangsläufig zur Konfrontation mit den gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen führen. Ob das für eine Demokratisierung genutzt werden kann, hängt vor allem davon ab, wie die Kämpfe um die Schule konkret geführt werden. Die Gesamtschulen wurden *ohne* die Eltern und *gegen* große Teile von ihnen durchgesetzt; die Reform ist daran teilweise gescheitert (vgl. für England: CCCS 1981). Ein Lehrstück, das zeigt, wie sehr es darauf ankommt, den Zusammenhang von Familie und Schule nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch-politisch in Rechnung zu stellen.

Literaturverzeichnis

- Ariès, Philippe, 1975: Geschichte der Kindheit. München
- Bachelard, Gaston, 1978: Die Bildung des wissenschaftlichen Geistes. Frankfurt/M.
- Barrett, Michèle, 1982: Die unsoziale Familie. In: *Das Argument* 136, 24.Jg., 820-827
- Barrett, Michèle, 1983: Das unterstellte Geschlecht. Umrisse eines materialistischen Feminismus. Berlin/West
- Barrett, Michèle, und Mary McIntosh 1982: The anti-social family. London
- Baudelot, Christian, und Roger Establet 1980: L'école capitaliste en France. Paris
- Bourdieu, Pierre, und Jean-Claude Passeron 1971: Die Illusion der Chancengleichheit. Stuttgart
- Bourdieu, Pierre, und Jean-Claude Passeron 1973: Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt. Frankfurt/M.
- Bowles, Samuel, und Herbert Gintis 1978: Pädagogik und die Widersprüche der Ökonomie. Frankfurt/M.
- Brunner, Hellmut, 1957: Altägyptische Erziehung. Wiesbaden
- CCCS 1981 = Centre for Contemporary Cultural Studies: Unpopular Education. Schooling and social democracy in England since 1944. London usw.
- Charlot, Bernard, und Madeleine Figeat 1979: L'école aux enchères. L'école et la division social du travail. Paris
- Coulmas, Florian, 1981: Über Schrift. Frankfurt/M
- Derrida, Jacques, 1974: Grammatologie. Frankfurt/M.
- Donzelot, Jacques, 1980: Die Ordnung der Familie. Frankfurt/M.
- Erdheim, Mario, 1984: Die gesellschaftliche Produktion von Unbewußtheit. Frankfurt/M.
- Flandrin, Jean-Louis, 1978: Familien. Frankfurt/M, usw.
- Foucault, Michel, 1976: Überwachen und Strafen. Frankfurt/M.
- Foucault, Michel, 1983: Sexualität und Wahrheit. Frankfurt/M.

- Haug, Wolfgang Fritz, 1979: Umriss zu einer Theorie des Ideologischen. In: Projekt Ideologie-Theorie: Theorien über Ideologie. Berlin/West, 178-204
- Heydorn, Heinz-Joachim, 1980: Zum Verhältnis von Bildung und Politik. In: Ders.: Ungleichheit für alle. Bildungstheoretische Schriften 3. Frankfurt/M., 7-62
- Jäger, Michael, 1985: Die Methode der wissenschaftlichen Revolution, Bd.1. Berlin/W. (in Vorbereitung beim Argument-Verlag).
- Leschinsky, Achim, und Peter Martin Roeder 1976: Schule im historischen Prozeß. Stuttgart
- Linton, Ralph, 1974: Gesellschaft, Kultur und Individuum. Frankfurt/M.
- Meillassoux, Claude, 1973: Versuch einer Interpretation des Ökonomischen in den archaischen Subsistenzgesellschaften. In: Klaus Eder (Hrsg.): Seminar: Die Entstehung von Klassengesellschaften. Frankfurt/M., 31-69
- Meillassoux, Claude, 1978: »Die wilden Früchte der Frau.« Über häusliche Produktion und kapitalistische Wirtschaft. Frankfurt/M., 2. Aufl.
- MEW = Marx/Engels: Werke, Berlin/DDR 1960-1968
- Müller, Detlev K., 1981: Sozialstruktur und Schulsystem. Gekürzte Studienausgabe. Göttingen
- Nemitz, Rolf, 1981: Bildung statt Ideologie? Antwort auf A. und B. Rang. In: Die Wertfrage in der Erziehung. Berlin/West, 45-66
- Nemitz, Rolf, 1983: Education contra Experience. In: Sakari Hänninen, Leena Paldán (Hrsg.): Rethinking Ideology. Berlin/West, 98-103
- Nemitz, Rolf, 1984: What can be learned from Marx on education? In: Sakari Hänninen, Leena Paldán (Hrsg.): Rethinking Marx. Berlin/West, 128-130
- Parin, Paul, 1983: Der Widerspruch im Subjekt. Frankfurt/M.
- Pauly 1979 = Der Kleine Pauly. Lexikon der Antike. Bd.2. München
- Petitot, André, 1982: Production de l'école — Production de la société. Analyse socio-historique de quelques moments décisifs de l'évolution scolaire en Occident. Genf
- Petrat, Gerhardt, 1979: Schulunterricht. Seine Geschichte in Deutschland 1750-1850. München
- Rosenbaum, Heide, 1982: Formen der Familie. Frankfurt/M.
- Schubert, Volker, 1984: Identität, individuelle Reproduktion und Bildung. Gießen
- Snyders, Georges, 1971: Die große Wende der Pädagogik. Paderborn
- Wenk, Silke, 1985: Zur Diskussion um eine »weibliche Ästhetik« in der Architektur. In: Eduard Führ (Hrsg.): Heimat — worin noch niemand war. Wiesbaden
- Willis, Paul, 1979: Spaß am Widerstand. Frankfurt/M.
- Wolf-Graaf, Anke, 1981: Frauenarbeit im Abseits. München
- Wulff, Erich, 1969: Grundfragen transkultureller Psychiatrie. In: *Das Argument* 50, 227-260
- Zaretsky, Eli, 1978: Die Zukunft der Familie. Frankfurt/M.



Projekt Ideologie-Theorie Die Camera obscura der Ideologie

Bereichsstudien zur Rekonstruktion der
Marxschen Kritik der philosophischen
Ideologie (W.F. Haug), zum
Ineinandergreifen ökonomischer
Erfahrungen und politischer Ideologien
(S. Hall) und zum Verhältnis von
Wissenschaft und Ideologie (V. Pietilä)
Argument-Sonderband AS 70
17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Adalbert Rang und Brita Rang

Das Subjekt der Pädagogik

Vorüberlegungen zum Zusammenhang von Pädagogik und ideologischer Praxis*

Vorbemerkung: *Das Subjekt der Pädagogik* (oder *der Erziehung*) gibt es ebensowenig wie das Subjekt der Philosophie oder der Theologie. Hier steht vielmehr alles im Plural. Man schaut sich um, blickt zurück, schlägt alte und neue Bücher auf — und findet *Pädagogiken*, *pädagogische Praxen*, *Subjektkonzepte*, abhängig jeweils von bestimmten historischen Entwicklungsperioden und von wechselnden Dominanzen und Konstellationen der sozialen Standorte, Interessen, Traditionen und Perspektiven leibhaftiger Individuen. Daß wir uns hier nur auf eine kleine Auswahl derjenigen Individuen beziehen, die als Kopfarbeiter das Privileg besaßen, über das Subjekt der Pädagogik nachdenken zu können, ändert an jenem Plural nichts: Das Subjektkonzept des neuhumanistischen Idealisten Humboldt unterscheidet sich von dem des faschistischen Pädagogen Krieck mindestens ebensosehr, wie sich die Befreiungstheologie Boffs von der Beschränkungstheologie Ratzingers unterscheidet.

I. Das Subjekt der Pädagogik ist nicht das Subjekt der Philosophie

Die bürgerliche Pädagogik scheint gegenüber der bürgerlichen Philosophie in mehrfacher Hinsicht im Vorteil. Ihr Gegenstand (Erziehungs- und Bildungsprozesse und die damit zusammenhängenden Probleme) und ihre praktische Zielsetzung (die subjektive Aneignung von gesellschaftlich erforderlichen Kenntnissen, Einstellungen und Handlungsorientierungen) nötigen die Pädagogik zu einer *relativen Praxisnähe*. Noch das abstrakteste pädagogische System trägt den Stachel einer bestimmten — und sei es auch nur indirekten — Handlungsrelevanz in sich. Keine pädagogische Theorie kann völlig davon absehen, daß nicht nur diejenigen Pädagogen sind, die über Erziehung nachdenken, sondern auch diejenigen, die Kinder wirklich zu erziehen und zu unterrichten versuchen. Die sogenannte »geisteswissenschaftliche Pädagogik« hat sich insofern mit Recht von Anfang an als die »Theorie einer Praxis« verstanden.

Die »Vorteile«, die daraus erwachsen, werden sichtbar, wenn man auf Wolf Haugs kürzlich veröffentlichte Kritik der Bewußtseinsphilosophie zurückblickt (Haug 1984). Der von ihm kritisierte Camera-obscura-Effekt kommt gewiß auch in der bürgerlichen Pädagogik vor. Insofern muß man zugeben: Auch Pädagogen produzieren Selbsttäuschungen, stellen die Welt (zumindest das eine oder andere daran) »auf den Kopf«. Also muß man die Pädagogen kritisieren und korrigieren. Eben dies haben wir vor. Aber wir werden einen Umweg machen und zunächst zu zeigen versuchen, warum Haugs Kritik der Bewußt-

* Vortrag, gehalten auf der Internationalen Konferenz »Subjekt und Ideologie«, veranstaltet vom Institut für Philosophie an der Freien Universität Berlin und dem Projekt Ideologietheorie, vom 3. bis 6. Oktober 1984 in Berlin/West.

seinsphilosophie im Fall der Pädagogik nicht umstandslos greift. Die Pädagogik geht nämlich mit dem Subjekt anders um als die (Bewußtseins-)Philosophie. Sie stellt es sich nicht bloß vor (so wie die Philosophie sich das Erkenntnis- oder das Handlungssubjekt vorstellt) — sie meint auch, für das Subjekt *zuständig und verantwortlich* zu sein. »Es bleibt aber dabei, daß das individuelle Moment ... gegenüber dem universalen für den Erzieher den entscheidenden Ton zu tragen hat: er ist verantwortlich für das Subjekt.« (Nohl 1963, 128)

Dieser Anspruch hängt mit bestimmten Fundamental- oder Basisstrukturen pädagogischer Praxis und der darauf bezogenen pädagogischen Theoriebildung zusammen — aber auch mit den gesellschaftlichen Funktionen, die der Pädagogik zufallen und von ihr mehr oder weniger reflektiert übernommen werden. Jene Theorien und Praxen und diese gesellschaftlichen Funktionen haben sich zwar im Verlauf der bürgerlichen Entwicklung verändert, aber dabei handelt es sich in den meisten Fällen nur um Nuancierungen und Akzentverschiebungen innerhalb eines letztlich doch durchgehaltenen strukturellen Kontinuums. Wir heben daraus folgende Momente hervor:

Wenn es schon im Falle einer Kritik an der Bewußtseinsphilosophie etwas einseitig ist, nur deren rationalistischen Strang zu berücksichtigen (und z.B. Bacon, Locke und Hume vor der Tür zu lassen) — im Falle einer Kritik an der subjektzentrierten Pädagogik wäre solche Einseitigkeit ein schwerwiegender Mangel. Hier ist man zwingend darauf angewiesen, sich auch (vielleicht sogar vorwiegend) mit dem *empiristischen Ansatz* der Pädagogik zu beschäftigen. In der gesamten bürgerlichen Pädagogik seit Comenius und Raticius gibt es niemanden, der nicht — in dieser oder jener Variante — »Anschauung« als »Fundament« des Unterrichts angesehen hätte. *Nihil est in intellectu quod non fuerit in sensibus* — diese Formel der empiristisch-sensualistischen Philosophien haben alle bürgerlichen Pädagogen ohne Zögern unterschrieben. Damit hängt zusammen, daß die Pädagogik über ihr Objekt (= das Kind als Subjekt der Pädagogik) mehr oder weniger *genetisch* zu denken genötigt ist. Zu ihren Problemen gehört insofern nicht so sehr das *Bewußtsein* als vielmehr das *Bewußtwerden* (vgl. Ricoeur, in: Guttandin 1980, V)

Wer Subjekthaftigkeit und Bewußtsein als Qualitäten ansieht, die im Verlauf von Sozialisations-, Erziehungs- und Bildungsprozessen überhaupt erst *entstehen*, der wird aufmerksam darauf, daß die werdenden Subjekte zugleich auch *tätig* sind. Die Metaphern, Kinder seien »Wachs« in den Händen der Erzieher oder »tabula rasa«, die passiv auf ihre Anfüllung warte, sind auf dem Höhepunkt der Bewußtseins- bzw. Subjektphilosophie — im deutschen Idealismus — längst als inadäquat erkannt und aufgegeben worden. Man meint zwar, Kinder »disziplinieren« (Kant), ihren Eigenwillen »brechen« (Hegel), sie fester pädagogischer »Regierung« (Herbart) oder gar gesellschaftlicher »Verstümmelung« (Pestalozzi) unterwerfen zu müssen — aber man schreibt ihnen zugleich Spontaneität und — sei es auch nur keimhaft — Vernunft und Willen zu. Und wo immer man sie als Lernende sieht, betont man zunehmend das Moment spezifischer Aktivität, die tätige Seite der Aneignungsprozesse, Interesse, Energie und »Selbsttätigkeit« als ursprüngliches, allen Menschen — und

also auch den Kindern — eigenes »Lebensprincip« (Humboldt). Kurzum: Man weiß, daß die dem Erziehungsprozeß unterworfenen Kinder von vornherein durch Momente der Subjektivität mitbestimmt sind und daß der veranstaltete Bildungsprozeß insofern stets auch Elemente der »Selbstbildung« (Humboldt) enthält, eine seiner Kraftquellen im Subjekt der Pädagogik selbst hat.

Die genetische Betrachtungsweise impliziert oder legt zumindest nahe, daß Pädagogen sich die werdenden Subjekte auch unter dem Gesichtspunkt der *Zweck-* bzw. *Zielorientierungen* der Erziehung vorstellen müssen. Die Erziehungs- und Bildungsprozesse sollen ja doch nicht ins Leere gehen, sondern auf bestimmte *Ziele und Resultate* zulaufen. Zur Pädagogik gehört daher die Doppelfrage: Wie und von wem werden diese Ziele definiert und legitimiert? Und wie lassen sich die zu diesen Zielen führenden (bzw. führen sollenden) Prozesse pädagogisch organisieren? Diese Ziel- bzw. Resultatorientierung bringt es schließlich mit sich, daß die Pädagogik ihr Subjekt stets auch unter dem praktischen Aspekt des »Eintritts ins Leben« zu sehen genötigt ist. Der Sprachgebrauch ist symptomatisch: Das Subjekt der Pädagogik wird am Ende des pädagogischen Prozesses »ins Leben entlassen«. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, es gebe eine *Praxis*, einen gesellschaftlichen *Verwendungszusammenhang* für das, was das Subjekt im Verlauf der Erziehungs- und Bildungsprozesse gelernt hat. *Non scholae, sed vitae.* »Aber über Grundlagen, Ursachen und Zwecke der wichtigsten Tatsachen und Ereignisse müssen *alle* belehrt werden, die nicht nur als Zuschauer, sondern auch als künftig Handelnde in die Welt eintreten.« (Comenius 1960, 59) Es sieht nach alledem so aus, als würde die bürgerliche Pädagogik den Forderungen Haugs (und damit der Feuerbachthesen) wenn nicht genügen, so doch ein gutes Stück entgegenkommen:

(1) Genötigt von ihrem Subjekt/Objekt (nämlich von den erziehungs- und lernbedürftigen Kindern, deren vernünftige Urteils- und Handlungsfähigkeit zunächst nur der Möglichkeit nach vorhanden ist), müssen Pädagogen sich (auch) *empirisch/sinnlich/genetisch* orientieren: *Homo non nascitur, sed fit.*

(2) Dieser Prozeß läuft nicht von selbst und nicht so ab, daß Pädagogen es sich leisten könnten, ihn lediglich kontemplativ-philosophisch sich vorzustellen. Das Mensch- und Subjektwerden der Kinder in der bürgerlichen Gesellschaft kann zwar ohne Bewußtsein von pädagogischer Theorie, also unreflektiert, *nicht jedoch ohne pädagogische Praxis* erfolgen.

(3) Wenn die bürgerliche Pädagogik Kinder als ihr Objekt/Subjekt vor sich hat, dann sieht sie nicht allein auf das »cogitare«, sondern auch auf das »agere« — und zwar zum einen insofern, als sie die Kinder als *interessierte, aktive, sensu-motorisch und kognitiv tätige Wesen* anzuerkennen genötigt ist (woraus sich die empiristisch-sensualistische Komponente der bürgerlichen pädagogischen Theorien entwickelt — vgl. u.a. Rousseaus »Emile«, Buch 1-3); zum anderen insofern, als die Erzogenen vorgestellt werden als solche, »die nicht nur als Zuschauer, sondern auch als künftig *Handelnde* in die Welt eintreten« (Comenius 1960, 59). Dort, wo — wie im deutschen Idealismus — der Bewußtseinsdiskurs auf die Spitze getrieben zu sein scheint, schreibt Humboldt: »Die Selbstbildung kann *nur an der Weltgestaltung fortgehen.*« (Humboldt 1963, III, 404, Hervorh. A.R./B.R.)

(4) Dem fügen wir einen vierten Aspekt hinzu in der Absicht, etwas von der relativen Überlegenheit der klassischen pädagogischen Theorie gegenüber der Bewußtseinsphilosophie vorzuführen. Diese (zeit- und stellenweise) Überlegenheit verdankt sich auch hier dem Umstand, daß der bürgerliche Erziehungsdiskurs erfahrungs- bzw. praxisbezogener ist als der philosophische Bewußtseinsdiskurs. Während Fichte das Subjekt sich selbst konstituieren (»setzen«) läßt und diesen Vorgang gleichsam wie der Baron von Münchhausen als ein Sich-an-den-eigenen-Haaren-aus-dem-Sumpf-Ziehen konstruiert, beschreibt Pestalozzi Subjektkonstitution schon 1797 als einen dialektischen Prozeß der Wechselwirkungen von »Ich« und »Welt«. Beide Seiten, die »subjektive« und die »objektive«, sieht er als ineinander übergehende, miteinander durch menschliche Tätigkeit verschränkte. Allenfalls analytisch lassen sie sich voneinander unterscheiden; faktisch gehen sie wechselseitig so ineinander über, daß im »Ich« die »Welt«, in der »Welt« das »Ich« wiederzufinden ist: »ich *ungesondert von ihr*, bin ein Werk der Welt — sie *ungesondert von mir*, ist mein Werk« (SW XII, 122. Hervorhebung A.R./B.R.). Von hier bis zu Marx und Engels ist es — zumindest theoretisch — nur ein Schritt: »... daß also die Umstände ebensosehr die Menschen, wie die Menschen die Umstände machen.« (MEW 3, 38) Etwa zur gleichen Zeit wie Pestalozzi notiert Humboldt, die Bemühungen der Menschen, sich die Welt »anzueignen« (Humboldt 1960, I, 478, 512), führten über »die Verknüpfung unsres Ich mit der Welt« in Prozessen der »allgemeinsten, regesten und freiesten Wechselwirkung« (a.a.O., 235f.) zur Herausbildung der Sozialität autonomer Subjekte (vgl. Rang 1984, 247ff.). Diese Autonomie wird jedoch bei ihm nicht im Sinne des Bewußtseinsdiskurses hypostasiert, sondern im Sinne des Prinzips der »Wechselwirkung« *relativiert*. Das Subjekt Humboldts ist vorgestellt als »bedingt und wieder bedingend« (Humboldt 1963, III, 403). Die Fragestellung bei Pestalozzi und Humboldt geht mithin sowohl »von innen nach außen« (Haug 1984, 31) *als auch* »von außen nach innen«. Und es ist eben diese doppelte Fragerichtung, die 50 Jahre später bei Marx, 100 Jahre später bei Dewey (»adjustment« als unsere Anpassung an die Welt und als von uns vorgenommene Anpassung der Welt an uns) und 150 Jahre später bei Piaget (accomodation/assimilation) auf jeweils anderen Abstraktions- und Konkretionsebenen wiederkehrt.

Bevor wir Aspekte der ideologischen Seiten der bürgerlichen Pädagogik zu thematisieren versuchen, nehmen wir einige der von Haug hervorgehobenen Bemerkungen aus der »Deutschen Ideologie« beim Wort und fragen: Was hatte die Subjektphilosophie bzw. der Bewußtseinsdiskurs mit dem »wirklichen Leben« zu tun? Läßt sich auch hier zeigen, daß die »Produktion der Ideen, Vorstellungen, des Bewußtseins ... zunächst unmittelbar verflochten in die materielle Tätigkeit und den materiellen Verkehr der Menschen, Sprache des wirklichen Lebens« (MEW 3, 26) ist? Kann auch die Bewußtseinsphilosophie als »Manifestation praktischer Betätigung unter bestimmten Bedingungen erklärt werden« (Haug 1984, 22)?

Wir erwägen die Möglichkeit der Beantwortung dieser Fragen und zögern zugleich. Was sich hier sagen läßt, ist jedermann bekannt und insofern banal. Daß die bürgerliche Philosophie sich als Bewußtseinsphilosophie konstituiert,

das hat natürlich (genauer: das hat historisch) mit der von Anfang an widersprüchlichen Dynamik der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft zu tun. Es enthält insofern — und sei es auch nur im Sinne »transitorischer Notwendigkeit« (Marx) — eine *auch emanzipatorische Seite*. Denn die Dominanz, die hier dem Subjekt und seinem Bewußtsein zugeschrieben wird, ist zweifellos auch (!) als die historische »Manifestation« eines neuen *Selbstbewußtseins* zu interpretieren. Den Revolutionen, die dem Bürgertum politisch zur Macht verhelfen, ging — wie unter anderem Gramsci hervorhebt — nicht nur die Expansion des Handelskapitalismus, sondern parallel damit eine kulturevolutionäre Entwicklung voraus. Die Bourgeoisie erkämpft sich ihre hegemoniale Position sowohl ökonomisch auf dem Markt als auch philosophisch und wissenschaftlich in der Arena der »Produktion der Ideen« und »Vorstellungen«. Indem sie sich selbst, die neue Klasse, als Handlungszentrum, das heißt als Akteur und Promotor der gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse teils weiß, teils »imaginiert«, wertet sie zugleich das Subjekt, insbesondere die Vernunft des Subjekts, so auf, daß es dabei — wie wir nachträglich leicht konstatieren können — zu Selbsttäuschungen und Hypostasierungen kommt. Aber zunächst einmal haben die Subjektüberschätzungen des Bewußtseinsdiskurses eine entwicklungsbefördernde historische Funktion. Das Hegel-Zitat, das Tugendhat seinen Vorlesungen über »Selbstbewußtsein und Selbstbestimmung« vorangestellt hat, verweist unübersehbar auf die gesellschaftlich vorantreibenden und vorausweisenden Impulse der bürgerlichen Subjektphilosophie. Es geht hier um die »Philosophie der neuen Welt«, und diese fängt — so Hegel — »mit Cartesius an. Mit ihm treten wir eigentlich in eine selbständige Philosophie ein, »welche weiß, daß sie selbständig aus der Vernunft kommt ... Hier, können wir sagen, sind wir zu Hause, und können, wie der Schiffer nach langer Überfahrt auf der ungestümen See, 'Land' rufen ... In dieser neuen Periode ist das Prinzip das Denken ... Das allgemeine Prinzip ist jetzt, die Innerlichkeit als solche festzuhalten, die tote Äußerlichkeit, Autorität zurückzusetzen, für ungebührig anzusehen«. (Hegel, zit. n. Tugendhat 1981, 9)

Uns interessieren an dieser Würdigung des Cartesianismus nicht so sehr die ideologischen Implikate (in der Tat sind hier die von Haug, a.a.O., 31, angeführten »Determinanten ... des philosophischen Bewußtseinsdiskurses« beinahe wörtlich wiederzufinden) als vielmehr bestimmte inhaltliche Akzentuierungen, die sich mit der These von der entwicklungsbefördernden historischen Funktion des Bewußtseinsdiskurses konkretisierend verknüpfen lassen. Was hebt Hegel an der Philosophie des Descartes hervor? Daß sie eine »selbständige Philosophie« sei, »welche weiß, daß sie selbständig aus der Vernunft kommt«; und daß hier »das von sich ausgehende Denken« dem »allgemeine(n) Prinzip« folge, »die tote Äußerlichkeit, Autorität zurückzusetzen, für ungebührig anzusehen«. Ein solches Denken mag sich, erkenntnistheoretisch gesehen, in Aporien verstricken, für die Ideologiekritik als Manifestation des in der Camera obscura Eingesperrtbleibens gelten — dem Historiker kommt als erstes in den Blick, daß es sich hier um die Artikulation konkreter menschlicher Interessen in Zusammenhang mit ihrem »wirklichen Lebensprozeß« (MEW 3, 26), mithin um die »ideologischen Reflexe und Echos dieses Lebensprozesses«

(ebd.) handelt. Der Rationalismus Descartes' und Spinozas ist — ebenso wie der Empirismus Bacons, Lockes und Humes — Ausdruck des frühbürgerlichen Selbstvertrauens, Reflex und zugleich Agens der vom Bürgertum praktisch und theoretisch vorangetriebenen Entwicklungen auf den partiell sich überlappenden Feldern der Ökonomie, der Politik, der Wissenschaft und Kultur. Mag immer Descartes aus dem Haus bei der Amsterdamer Westerkerk hinausgeblickt und dabei erwogen haben, daß die Passanten draußen unter Umständen auch Automaten sein könnten — in Amsterdam war er deshalb gerne, weil ihn die interne Liberalität der neuen bürgerlichen Lebenspraxis faszinierte; und in diese Praxis griff er sowohl als Philosoph wie auch als Physiker ein, letzteres unter anderem, indem er vor Newton eine Theorie der Schwerkraft entwickelte, Untersuchungen zur Optik vornahm, für die Notwendigkeit systematischer empirischer Forschung in der Form der gemeinsamen Anstrengung der Naturwissenschaftler plädierte (vgl. Bernal 1970, 418f.).

Ähnlich praxisbezogen war das rationalistisch-empiristische Subjekt- und Vernunftkonzept des Comenius. Wenn er den Verstand mit einem »kugelförmigen Spiegel« verglich, »weil er die Erscheinungen aller Dinge auffängt« (zit. n. Haug 1984, 27), dann ging es ihm zugleich auch schon um jenes »sapere aude«, das nach Kant die Parole der bürgerlichen Aufklärung ist. So sehr die Metapher des Spiegels auf bloße Rezeptivität zu weisen scheint — für Comenius war das »Auffangen« der Dinge im Verstand nicht nur mit aktiven Ordnungs- und Beurteilungsleistungen der Subjekte verknüpft, sondern auch mit dem praxisbezogenen Gesichtspunkt, daß »wahre Kenntnis wahren Nutzen fürs Leben bringt« (Comenius 1960, 138f.). Wenn Kinder belehrt werden und lernen sollen, dann deshalb, damit »ihnen in dieser Weltbehausung nichts so Unbekanntes begegne, daß sie es nicht mit Bescheidenheit *beurteilen* und ohne mißlichen Irrtum zu dem ihm bestimmten Gebrauch *klug verwenden* können« (ebd., 59; Hervorhebung A.R./B.R.). Von einer »Ausschließung der Tätigkeit« (Haug, 31) kann also im Falle der Pädagogik des Comenius ebensowenig gesprochen werden wie von einer »Einschließung ins Individuum« (ebd.). »Dem Wißbaren ist das Ausführbare beizufügen, in dem die Unsrigen geübt werden sollen, das heißt, der Kenntnis der Dinge ist die Aktivität der Handlungen anzuschließen ...« (Comenius 1657, Bd.III, 11)

Das Subjekt, um das es hier geht, ist nicht das isoliert-autonome des aufgeklärten Bewußtseinsdiskurses. Es gehört von vornherein zu den »Unsrigen«, das heißt es ist ein- und zurückgebunden in die Gemeinde der Böhmisches Brüder — und insofern »ideell vergesellschaftet«. Aber handelt es sich um ideelle Vergesellschaftung »von oben«? Wohl doch nicht; denn die Sekte der Böhmisches Brüder gehört dem Strom der Ketzer- und Volksbewegungen an, glaubt, denkt und handelt »von unten her« und wird infolgedessen fast überall unterdrückt, verfolgt und vertrieben. Zwar ist hier das konsequent aufgeklärte Stadium eines auf Religion sich *nicht* mehr stützenden humanistischen Subjekt- und Autonomiebewußtseins noch nicht erreicht (den Schritt zu dem hin, was Gramsci als »Immanentismus« bezeichnet hat, vollzieht zu Lebzeiten des Comenius als einer der ersten Spinoza). Aber das immer noch fromme Subjekt des Comenius ist zugleich doch schon als vernünftiges, erfahrungs- und tätig-

keitsbezogenes, ja auch als kritisches vorgestellt. Glaubend und denkend *tätig*, steht es in Opposition zu den Autoritäten seiner Epoche: zur offiziellen Kirche, zu Klerus und Adel, zu absolutistischer Herrschafts- und Staatsgewalt, zu den bornierten und bornierenden Elementen des zeitgenössischen »senso commune«. Selbst die Bibel, hier noch als einziges ausgenommen von relativierender Kritik und insofern das letzte Bollwerk der Heteronomie, selbst die »Heilige Schrift« wird in die Autoritätskritik hineingezogen dadurch, daß sie — Katechismus hin, Katechismus her — zur subjektiven Benutzung und Auslegung gleichsam freigegeben wird. Insofern konnte die Reformation — nicht nur von Hegel, sondern auch von Gramsci — als (auch) befreiendes historisches Ereignis angesehen werden. Es war das neue Selbstbewußtsein des bürgerlichen Subjekts, dem der Protestantismus dadurch mit Ausdruck gab, daß er die Bibellektüre und -interpretation *demokratisierte*. Jeder darf, jeder kann, jeder soll das »Buch der Bücher« lesen. Das Privileg der Theologen wird universalisiert und eben dadurch — zumindest tendenziell — abgeschafft. »Alle müssen Theologen sein.« (Wycliffe, zit. n. Kautsky 1947, 295)

Die pädagogische Folgerung, die Comenius (nicht nur, aber auch) aus diesem religiösen Demokratisierungspostulat zieht, lautet: Man muß alle alles lehren — *omnia omnes*. Dem liegt die Überzeugung zugrunde, ein jeder (eine jede) könne den Vernunftgebrauch *lernen*, ein jeder (eine jede) könne Subjekt im Sinne der vernünftigen und freien Selbstbestimmung *werden*. Gut ein Jahrhundert später nimmt diese ursprüngliche Universalisierungstendenz die Gestalt des Konzepts der »Menschenbildung« an. Das Subjekt der französischen Aufklärungs- und Revolutionspädagogik (Rousseau, Diderot, Condorcet) ist ebenso wie das Subjekt der neuhumanistischen Pädagogik im revolutionslosen Deutschland (Humboldt, Schleiermacher) als zukünftiger bürgerlicher *Mensch* vorgestellt. Die Zielvorstellung, daß es — zumindest im Prinzip — um dessen Autonomisierung gehe, ist den französischen und den neuhumanistischen deutschen Pädagogen gemeinsam. Die Kritik an dem, was daran ideologische Praxis war, artikuliert Gramsci so, daß er die bürgerlich-hegemoniale Seite jenes Subjektkonzeptes aufdeckt — aber auch so, daß er das christliche Postulat Wycliffes auf das sozialistische Projekt hin reformuliert: Alle Menschen sind Philosophen, Intellektuelle, Politiker (Gramsci 1971, 9, 265, 323, 330, 347).

II. Das Subjekt der Pädagogik in den Anordnungen ideologischer Praxis

Pädagogen vermitteln zwischen Voraussetzungen, Aufgaben, Anforderungen, die einerseits mit »der Gesellschaft«, andererseits mit »den Subjekten« zu tun zu haben scheinen. Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind ja doch so, daß die jeweils neu heranwachsende Generation — zumindest tendenziell — auch auf dem historisch jeweils erreichten Produktions- und Lernniveau sozialisiert und qualifiziert werden muß. Das ist ein Sachverhalt, der als solcher trivial ist. Ideologietheoretisch interessant wird es erst dann, wenn es zur Ausdifferenzierung von Ansprüchen einerseits der Gesellschaft, andererseits der Subjekte kommt. Diese Ausdifferenzierung ist konstitutiv für die *bürgerliche* Gesellschaft — und das vor allem deshalb, weil hier der gesellschaftliche Zusammenhang und Zusammenhalt nicht mehr primär durch unmittelbare Gewalt(andro-

hung), sondern eher durch indirekte, strukturelle Gewalt, vor allem aber: durch Prozesse der sozialen *Konsenserzeugung* und *Konsenserbringung* gewährleistet wird. Wenn gesellschaftlicher Konsens nicht mehr unmittelbar erzwungen, sondern als freiwillige Leistung angesehen und erwartet wird, kommt man ohne ein positives Subjektkonzept nicht mehr aus. Fortan spielt — zumindest als postulierter Grenzwert — die auf Einsicht basierende Freiwilligkeit des Zustimmens (die Konsenserbringung) eine zentrale Rolle. Diese Art der Zustimmung kann nur von *Subjekten* kommen. Der Übergang von traditioneller zu moderner, von unmittelbarer zu mittelbarer Herrschaft ist daher historisch von der Herausbildung des Konzepts der Subjektautonomie begleitet. Das bedeutet leider auch: Subjektautonomie ist hier weniger ein Zeichen dafür, daß die Menschen nun endlich ins »Reich der Freiheit« eingetreten wären, als vielmehr auch dafür, daß das System der gesellschaftlichen Heteronomie nur eine andere Gestalt angenommen hat. In der konsensgestützten bürgerlichen Gesellschaft ist die Autonomie der Subjekte (auch!) eine Funktion der in neuen Formen bestehenbleibenden Heteronomie. Mit dieser Formulierung nehmen wir die These des ersten Teils unseres Textes (das bürgerliche Subjektkonzept als Ferment emanzipatorischer Umwälzungen) nicht zurück, aber wir fügen ihr eine ebenso bestimmende Seite hinzu. Im Gegensatz zu Althusser (1977) oder Foucault (1976) wollen wir das Subjekt nicht völlig in Heteronomie aufgehen und damit verschwinden lassen. Wir halten vielmehr insofern daran fest, als wir im Subjektkonzept und seiner praktischen Umsetzung jene beiden »Seiten« — mit jeweils historisch sich verlagerndem Gewicht — als *ineinander verschränkte* und zugleich doch — analytisch — als *zu unterscheidende* Komponenten ansehen.

Das Projekt Ideologietheorie (PIT) gibt dieser Nichtabtrennbarkeit Ausdruck, indem es in einem Block von »Kompetenz/Inkompetenz-Strukturen« spricht. Analog dazu könnten wir von Autonomie/Heteronomie-Strukturen sprechen. Das PIT hat jedoch das Netz ideologischer Praxis, das die Kompetenz/Inkompetenz-Strukturen überzieht, als so eng geknüpft beschrieben, daß die *Differenz* von Kompetenz und Inkompetenz zugedeckt wird. Kompetenz wird so zur Inkompetenz, Autonomie zur Heteronomie. Die an Althusser anschließende Äußerung von Nemitz, die »Anrufung« des autonomen Subjekts sei ideologisch insofern, »als die individuelle Kompetenz im Umgang mit der Natur die kollektive Kompetenz für die Produktionsverhältnisse« besetze »und so die Herrschaftsverhältnisse befestigt werden« (Nemitz 1981, 59), belegt diese *Reduktionstendenz*. Wir meinen, daß hier nur alternativ, nicht auch dialektisch in den Widersprüchen gedacht wird. Undiskutiert bleibt, daß kollektive Handlungsfähigkeit auch der je individuellen bedarf. Zu fragen bleibt, was an der Vorstellung von Subjektautonomie über das Moment der Vereinzelung hinaus — in wie widersprüchlicher Weise auch immer — auf individuelle Bewußtheit als *integrales Element kollektiver Handlungsfähigkeit* verweist (vgl. Holzkamp 1983, 238). Undifferenziert bzw. reduziert bleibt bei Nemitz jedoch nicht nur das Subjekt. Dem Kollektiv ergeht es ähnlich. Welche kollektive Kompetenz ist gemeint? Warum ist kollektive Kompetenz per se *nicht* ideologisch? Bedarf nicht auch die Klassengesellschaft einer spezifischen »kol-

lektiven Kompetenz für die Produktionsverhältnisse«? Wir fragen das aus dem Interesse heraus, die schlechte Allgemeinheit des Redens über kollektive Handlungsfähigkeit differenzierend und konkretisierend aufbrechen zu wollen. Ohne analytische Differenzierung und historische Konkretion läßt sich etwas Genaueres weder über die ideologische An- und Hinfälligkeit des Subjekts noch über dessen festzuhaltende und weiterzuentwickelnde Leistungsfähigkeit ausmachen. Auch bezogen auf den Aspekt der »Befestigung der Herrschaftsverhältnisse« scheint uns das Urteil über das autonome Subjekt zu schnell gesprochen. Die Wut zum Beispiel der Nationalsozialisten gegen den »aufrechten bürgerlichen Liberalen« deutet zumindest darauf hin, daß (imaginierte) Autonomie auch gegen staatliche Ansprüche geltend gemacht werden konnte. Ein Stück davon, nämlich jenes »Ich stehe hier, ich kann nicht anders«, ist vielleicht auch ein Element, das als die individuelle Seite kollektiver Courage angesehen werden könnte und nicht völlig aufgegeben werden sollte.

Kompetenz/Inkompetenz, Autonomie/Heteronomie im hier angedeuteten nicht-reduktionistischen Sinne begreifend, betonen wir daher, daß Pädagogik und Pädagogen in den *Spannungsfeldern* dieser Strukturen theoretisieren und praktizieren, an ideologischer Praxis teilhaben und sie zugleich auch durchbrechen. Deshalb haben wir im ersten Teil unter anderem zu zeigen versucht, welche gerade auch auf *Sozialität* verweisenden Elemente dem bürgerlichen Subjektkonzept ursprünglich mit inhärent waren. Zur Abtrennung allein aus analytischen Gründen genötigt, fragen wir nun: Wo und wie wird pädagogische Theorie und Praxis zu ideologischer? Wo und wie trägt sie dazu bei, daß Inkompetenz- und Heteronomiestrukturen (mit der und trotz der postulierten Subjektorientierung) durchschlagen?

Aus dem umfangreichen Komplex dessen, was möglicherweise als ideologische Praxis, gewiß als ideologischer Effekt bezeichnet werden kann, greifen wir hier auswählend zwei Problemfelder heraus. Es geht dabei um bestimmte Denkformen und Praxen bürgerlicher Pädagogik und um deren historisch-gesellschaftliche Bestimmtheit. Was wir dazu sagen, hat eher den Charakter von Vermutungen, Fragen und Hinweisen als den von apodiktischen »So ist es«-Statements.

1. Die *Partialisierung der Autonomie*

Die bürgerliche Pädagogik denkt ihr Subjekt *auf bestimmte Verhältnisse hin und in diese hinein*. Das hat positive und negative Seiten. Das Positive besteht unter anderem darin, daß diese Pädagogik die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht abstrakt-utopisch überspringt, sondern sie konkret-pragmatisch ernstnimmt. Subjektwerdung ohne gesellschaftliche Praxis, ohne sozialen Verwendungszusammenhang, wäre — so scheint man zu denken — ins Leere gerichtet, hätte eher subjektblockierende als subjektbefördernde Effekte. Es ist jedoch häufig nicht dieser in Grenzen lobenswerte Realismus, sondern kleinmütiger Opportunismus und von ihrer sozialen Herkunft mitbestimmte Orientierungs- und Hilflosigkeit gewesen, was die Pädagogen zu ihren subjektbeschränkenden Rücksichten auf die bestehenden gesellschaftlichen Hierarchien veranlaßt hat. Gewiß, am Anfang steht, gerichtet gegen die traditionelle »stän-

dische« Bildung, die Utopie des Comenius — *omnia omnes*: die Entwicklung eines Konzepts autonomisierender »Menschenbildung« im Interesse der Subjektwerdung. Aber anderthalb Jahrhunderte später (als die Bourgeoisie bereits ein Stück weitergekommen ist und die deutschen Bürger in einer Mischung aus Bewunderung, Befremdung und Angst auf die Französische Revolution reagieren) stellt ein Philanthropist die These auf, es müsse nun einmal die Vollkommenheit des Menschen seiner Brauchbarkeit »aufgeopfert« werden (vgl. Villaume 1785). Selbst Humboldt, der von der »unbeschränkten menschlichen Bildungsfähigkeit« (1963, III, 399) geschrieben und gegen die Meinung protestiert hatte, »daß jene Geistesfreiheit und Aufklärung nur für einige Wenige des Volks sei« (1960, I, 127) anstatt für »ihre ganze ungeteilte Masse« (1964, IV, 213) — selbst Humboldt glaubte mit Blick auf die von ihm mit geplanten preußischen Schulreformen betuern zu müssen, daß »der Bauer und niedrige Städter schlechterdings nichts« lernen solle, »was über seinen Kreis hinausginge« (1964, IV, 224).

»Kreis« — das ist ein klassischer Topos bürgerlicher Pädagogik. Er hat schon mit der heraufkommenden bürgerlichen Klassengesellschaft, aber auch noch mit der untergehenden ständisch-feudalen zu tun. Jeder in »seinem« Kreis: darin klingt noch etwas wider vom sozialen Festgelegtsein unter den Bedingungen der einfachen Warenproduktion. Man denkt an den Stadt/Land-Gegensatz, an die Zünfte und ihre starren Ordnungen, an alte Abzählreime: Kaiser, König, Edelmann / Bürger, Bauer, Bettelmann. Aber zugleich weist die Metapher des »Kreises« auch schon auf die Befürchtungen der selber so beweglichen Bourgeoisie, daß auch andere — die Bauern und Tagelöhner zum Beispiel oder die ersten Industriearbeiter — (zu) beweglich werden und nach oben drängen könnten. Bürgerliche Bildung muß sein, aber von den Pädagogen wird erwartet, daß sie die Bildung quantitativ und qualitativ zu dosieren wissen. »Kreis« — das verweist auf *klassen- und schichtenspezifische Beschränkungen*, auf *Kompetenzvorenthaltungen durch Kompetenzhierarchisierungen*. Man plädiert zwar für die Einrichtung *allgemeinbildender* Schulen, für die *allgemeine* Schulpflicht, gar für bürgerliche Bildung als *Menschenbildung* — aber sobald die Pädagogik nach der Richtung und Reichweite jener Selbstbestimmung fragt, zu der die Subjekte befähigt werden sollen, antwortet sie mit einem *System der Ein- und Abgrenzungen*: Keiner soll lernen, »was über seinen Kreis hinausginge«. Die Autonomie des Subjekts wird *partialisiert*, sein Handlungs- und Reflexionsspielraum *provinzialisiert*. *Suum cuique*.

Was damit gemeint ist, faßt kurz vor der 1848er Revolution ein heute Unbekannter frei heraus so zusammen: »Jedem das Seine, dem Volke richtige Ansichten (Anschauungen), dem industriellen Stande richtige An- und Einsichten (Vorstellungen), dem gelehrten Stande richtige An- und Ein- und Nebensichten (Begriffe) zugleich.« (W.J.G. Curtmann 1842, 106f.) Was die Philosophie als Stufen oder »Momente« im Erkenntnisprozeß eines jeden Menschen diskutiert, wird hier von der Pädagogik nach sozialen Klassen hierarchisiert. Die einen — das Volk — beläßt man in der Sphäre der Anschauungen; andere werden bis hin zur Begriffsbildung gefördert. Und die Begründung für diese pädagogisch organisierte Inkompetenz/Kompetenz-Struktur? »Die Stände, für

welche die Volksschule die allgemeine Vorbildung geben will, sind vorzugsweise berufen, im Leben *nicht über das Leben zu denken.*« (H. Gräfe 1850, 186; Hervorhebung A.R./B.R.) Diese Subjekte (sie machen bei weitem die Mehrheit der Bevölkerung aus!) werden von *dieser* Pädagogik als Menschen angesehen, die es im Alltagsbewußtsein festzuhalten, von weitergehender Reflexion und den damit zusammenhängenden Handlungsmöglichkeiten fernzuhalten gilt. Die Trennung von Kopf- und Handarbeit ist zugleich als Klassenantagonismus identifizierbar. Die einen arbeiten und ordnen sich unter, die anderen denken nach und ordnen sich über. Für diese sind die Gymnasien und Universitäten, für jene die Volksschulen da. In den Volksschulen geht es nicht ums Begreifen, sondern ums Anschauen — um »volkstümliche Bildung«. Nicht: Jeder ist ein Intellektueller. Sondern: Die Kinder des Volkes muß man vor der »Verbildung« durch »Intellektualismus« bewahren.

Nichts davon ist bloße, inzwischen längst erledigte Vergangenheit. Die Theorie der »volkstümlichen Bildung« wurde zwar von der offiziellen Pädagogik um 1960 herum ad acta gelegt (vgl. Glöckel 1964) — aber die Hierarchisierung der Lernprozesse und ihrer Formen, Ziele und Inhalte ist geblieben. Zum Ausdruck kommend unter anderem in unterschiedlichen Schularten, Ausbildungsgängen, Curricula, Abschlüssen und Berechtigungen, spiegelt sie die auf dem Festhalten an der »alten Arbeitsteilung« basierenden »Hierarchien des Gesamtarbeiters« (Marx) zurück und nimmt sie diese zugleich voraus. Das Ausbildungssystem ist insofern Reflex und Antizipation des Beschäftigungssystems. Das wissen die Pädagogen, aber sie sehen sich außerstande, daran etwas zu ändern. Dem Bedauern darüber sind jedoch rechtfertigende Argumente nicht selten beigemischt. Zwar macht es sich niemand mehr so einfach wie vor 30 Jahren der Pädagoge Weinstock, der die hierarchischen Stufen der drei allgemeinbildenden Schularten schlicht im Stil des 19. Jahrhunderts damit begründete, es gebe in der Gesellschaft »Leitende« und »Ausführende« und zwischen ihnen eine Klasse der von oben nach unten »Vermittelnden«. Das Rechtfertigungsargument, dessen man sich heute bedient, kommt auf psychologisch-anthropologischem Umweg daher. Man verweist auf die doch wohl nicht wegzudiskutierenden Leistungsunterschiede von Kindern und führt diese auf individuell unterschiedliche Leistungsfähigkeit, letztlich auf genetisch-biologisch vorgegebene Begabungsunterschiede zurück. Vor über zwei Jahrhunderten hatte Helvetius erklärt, wer so argumentiere, sehe gesellschaftliche Unterschiede als natürliche an und sei rationalisierend auf die Absicherung von sozialen Privilegien aus. Was der Mensch ist, das sei er nicht durch seine »Natur« (oder »Begabung«), sondern allein durch Erziehung. (Zur ideologischen Praxis als Praxis des Vorenthaltens vgl. auch A. Rang / B. Rang 1981, v.a. 27ff.)

2. Ideologische Aspekte und Effekte der pädagogischen Denkform »von innen nach außen«

Eine Kritik der hierarchisierenden und damit zugleich privilegierenden und diskriminierenden Effekte von Schule ist in den letzten Jahren so oft vorgebracht worden (vgl. u.a. Apple, Bourdieu und Passeron, Bowles und Gintis, Bernstein, Willis, Hurrelmann), daß es inzwischen so aussieht, als könne man

dazu allenfalls noch weitere Belegmaterialien liefern. Wir wenden uns daher einem anderen Aspekt pädagogisch-ideologischer Theorie und Praxis zu. Er spielt bisher vielleicht auch deshalb eine wenig beachtete Rolle, weil es sich hier — im Unterschied zum »heimlichen« Lehrplan, von dem mittlerweile jeder redet — um scheinbar selbstverständliche pädagogische Denkformen und Praktiken handelt. Auch sie nisten sich ein in (und liefern Beiträge zu) jenem Geflecht von Über- und Unterordnungen, Kompetenz-/Inkompetenz-, Autonomie/Heteronomie-Strukturen, das die selbstbestimmte Handlungsfähigkeit gesellschaftlicher Subjekte eher blockiert als fördert.

Wir meinen jene vielschichtigen Vorstellungs- und Handlungskomplexe, denen ein polarisierendes »Innen- und Außendenken« zugrunde liegt. Es handelt sich dabei um eine Eigentümlichkeit, die man sonst wohl nur noch in der christlichen Religion wiederfindet und deren pädagogische Ausprägung man darum auch mit ihr (der Religion) in Verbindung bringen muß: Pädagogik als ein Stück säkularisierter Theologie; Erzieher als Prediger in weltlicher Gestalt. So (oder doch so ähnlich wie) Priester und Prediger denken nämlich auch (viele) Pädagogen von »innen« *nach* »außen«. Sie tun das, indem sie Erziehung als eine der gesellschaftlichen Außenwelt vorgeordnete Innenwelt konstruieren: »Pädagogik geschieht innen.« (Mollenhauer 1983, 46) Historisch hat sich dieses grundlegende Muster pädagogischen Denkens spätestens seit der Französischen Revolution wenn nicht herausgebildet, so doch zunehmend durchgesetzt. Und diese auffällige Parallelität von politisch-sozialen Umwälzungen einerseits, pädagogischen Einstellungs- und Mentalitätsveränderungen andererseits wird man wohl nicht als zufällige ansehen dürfen.

Aus dem Komplex jener Denkform heben wir drei Elemente hervor. Es handelt sich 1. um die Überzeugung, daß die (pädagogisch zu bewirkende) Veränderung der Menschen der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse *vor- ausgehen* müsse; 2. um die damit zusammenhängende Vorstellung, daß Erziehung als das *Hauptmittel* aller gewünschten gesellschaftlichen Veränderungen anzusehen sei; 3. um die der Dichotomisierung von »Innen« und »Außen« am deutlichsten Ausdruck gebende Vorstellung, daß man die Schule — analog zur Familie — als Ort gemeinschaftlichen Lebens zu begreifen habe, das heißt als gleichsam »wärmenden« Schon- und Innenraum, in welchem die Unmittelbarkeit pädagogisch-menschlicher Kommunikation der Kälte und Härte des als »Draußen« vorgestellten Lebens abtrennend und schützend gegenübersteht. (Mag es sich auch zunehmend um die öffentliche — kommunale oder staatliche — Schule handeln, man erkennt unschwer die vertrauten dichotomisierenden Topoi wieder: innen — außen, Wärmepol — Kältepol, Individuum — Gesellschaft, privat — öffentlich, Gemeinschaft — Gesellschaft, Lebenswelt — Systeme usw.)

Diese Denkmuster haben sich gewiß auch handlungsorientierend und insofern ideologiepraktisch ausgewirkt. Wir treffen sie bereits relativ früh an, das heißt noch vor der Etablierung und Durchsetzung eines öffentlichen allgemeinbildenden Schulwesens. Aber erst mit der Französischen Revolution — zumal seit der »Schreckensherrschaft« — verdichtet sich der pädagogische Diskurs zu jener polarisierenden Denkform, die der Innenwelt einseitig den Primat zu-

schreibt: »alles Hoffen auf bessere Zeiten ist vergeblich, wenn nicht die Menschen selbst gebessert werden.« (Stephani 1813, XI) »Von Innen heraus muß der Bau der Menschheit geführt werden.« (A.a.O.) Nicht nur die alte christliche Vorstellung (»tut Buße, ändert Euren Sinn«, »trachtet am ersten nach dem Reiche Gottes«) ist hier wiederzuerkennen — sichtbar wird auch, wie eng das theologische Denken in der pädagogischen Gestalt, die es nun zusätzlich annimmt, mit der Zäsur der Französischen Revolution — zumal mit den Reaktionen des Bürgertums auf den »terreur« — zusammenhängt. Campe, den Lehrer Humboldts, hatte es noch zum Tatort getrieben: er reiste mit Humboldt nach Paris. Die Revolution ihrerseits ernannte Pestalozzi und Schiller zu französischen Ehrenbürgern. Jener war und blieb (anders als Schiller) stolz darauf — aber auch bei Pestalozzi kommt es nach dem Zusammenbruch der Helvetischen Revolution zu jenem Primat der Innenwelt, der fortan für das Denken der meisten Pädagogen charakteristisch blieb. Hatte er vor und während der Revolution noch realistisch — ja dialektisch — politische und pädagogische Bemühungen im Verhältnis wechselseitiger Ergänzung gesehen (die Revolutionsepoche »mußte mit Gewalt anfangen ... aber sie muß mit Psychologie enden ...« (SW XII, 25). »Auch sind alle innere Krefte von äußeren Laagen abhenglich, und die Abenderung ihrer äußeren Laagen verendert ihre innere Wirkung.« (SW I, 244) — wenige Jahre später übernimmt er idealistisch-moralistisch den vorherrschend gewordenen Pädagogenstandpunkt: »Der Traum, aus den Menschen durch die Politik etwas zu machen, eh sie würrklich etwas sind, dieser Traum ist in mir verschwunden. Meine einzige Politik ist jez, aus den Menschen etwas zu machen ...« (Briefe V, 251) »Ich konnte nicht anders, ich mußte auf den erhabenen Grundsatz Jesu Christi bauen: macht erst das Inwendige rein, damit auch das Aeußere rein werde.« (SW XIII, 14)

Zunächst Erziehung, dann solidarische, auf die Änderung der Verhältnisse gerichtete Anstrengungen? Diese Reihenfolge — zuerst die individuelle, aufs »Inwendige« bezogene und von Pädagogen beförderte Katharsis, danach die gesellschaftliche Veränderung — mag bei Pestalozzi noch mitgedacht sein (vgl. Rang 1967, 159ff.). Die Mehrzahl der Pädagogen legt sich das Konstrukt des Innen/Außen-Gegensatzes anders zurecht. Ihnen gilt das (erzogene) Subjekt der Pädagogik nicht als eines, dem es darauf ankommt, »die Welt zu verändern«, sondern als eines, das den nun einmal vorhandenen Verhältnissen freudig zustimmt. Sie verstehen die erzieherische Seite der Qualifikations- und Bildungsprozesse vornehmlich als soziale Konsenserzeugung und sich selbst als die Organisatoren dieser Zustimmungproduktion. »... zur Erreichung seiner höheren Zwecke braucht er (d.h. der neue Staat und sein aufgeklärter Souverän, A.R./B.R.) Menschen, die freudig mitwirken — nicht unthätige Knechte, die es nur gezwungen und ungerne thun — zu ersteren wird eine vernünftige Erziehung sie bilden ...« (von Türk 1806, VIII)

Das mag man als eine »moderne« These insofern ansehen können, als sie dem historischen Sachverhalt Ausdruck gibt, daß nun — zumindest dem Prinzip nach — die relative Freiwilligkeit des sozialen Zusammenschlusses (pactum societatis) an die Stelle vorbürgerlich-autokratischer Herrschaft (pactum subjectionis) zu treten beginnt. Aber zugleich wird sichtbar, daß man pädagogisch

beitragen will zum freudigen und freiwilligen Mitwirken in und an Verhältnissen, die vom Widerspruch (alt)neuer Autonomie/Heteronomie-Strukturen gekennzeichnet sind. In diesem Widerspruch richten viele Pädagogen sich zustimmend und um Zustimmung werbend ein. Ihre Angst vor offenen sozialen Auseinandersetzungen ist ebenso groß wie ihre Sehnsucht nach einverständlichen (an der traditionellen »moral economy« und am neuen bürgerlichen Familienmodell orientierten) Regelungen. Das Einverständnis jedoch, für das sie eintreten und zu dem sie erziehen wollen, ist nicht das radikaldemokratische von Rousseaus »volonté générale«. Das (erzogene) Subjekt der Pädagogik ist bourgeois, aber kein selbstständiges politisches Subjekt (citoyen). An seine Subjekthaftigkeit wird zwar appelliert (»freudig mitwirken«), aber diese Appelle verstricken sich in die Aporie, den Menschen ein selbstbestimmtes Ja sagen zur Fremdbestimmung abzuverlangen. Zwar bleibt dabei vom Subjekt mehr übrig als das »sujet« Althusser — aber wieviel mehr? Denn wo der angestrebte soziale Konsens keiner von bewußt gesellschaftlichen Subjekten, keiner von Freien und Gleichen ist, läuft die erzielte »Willenseinigkeit« darauf hinaus, daß individualisierte und isolierte Subjekte ihr Objektsein akzeptieren. Angesichts dieses Dilemmas empfiehlt sich die Pädagogik als diejenige Instanz, die bei der Erfüllung dieser widersinnigen Aufgabe die wichtigste und »wohlthätigste Rolle« zu spielen vermag. Daß sie Subjektwerdung »von innen nach außen« denkt, ist in diesem Zusammenhang funktional. Dem moral- und individualpädagogischen Impetus entspricht ein Vergesellschaftungsmodus, der noch immer — wenn nicht nur, so doch weithin — »von oben nach unten« gerichtet ist. Der gutwillige und in vieler Hinsicht damals fortschrittliche Pädagoge Stephani hat bereits 1813 fast alle der eben genannten Aspekte exemplarisch zusammengefaßt: »... die Nation und ihre väterlichen Vorsteher müssen zur Willenseinigkeit gebracht werden ... Man bekenne sich jedoch zu welchem politischen Systeme man immer will: so wird man der öffentlichen Erziehung dabei die wohlthätigste Rolle übertragen müssen ... Kläre man mithin durch richtige Leitung der öffentlichen Erziehung die Menschen erst über ihr wahres bürgerliches Interesse auf, entreibe man sie erst der *inneren Sklaverei*, ehe man sie von außen freier zu machen sucht, und bilde sie dadurch allmählig zur *wahren Willenseinigkeit* mit ihren *Regierungen*. Auch diejenigen Staatsmänner, welche für allmähliges Entlassen der Völker aus ihrer Unmündigkeit gestimmt sind, müssen die Nothwendigkeit anerkennen, eben diese Völker vorher zur *wahren Mündigkeit an Geist* zu erziehen, ehe man sie ohne Gefahr ihrem jetzigen Zustande entlassen kann.« (Stephani 1813, 22f.; Hervorh. im Original)

Literaturverzeichnis

- Alt, Robert, 1978: Das Bildungsmonopol. Berlin/DDR
 Althusser, Louis, 1977: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Hamburg
 Bernal, John Desmond, 1970: Wissenschaft — Science in History. Bd.2: Die wissenschaftliche und industrielle Revolution. 3.Aufl. Reinbek
 Comenius, Jan Amos, 1657: Opera didactica omnia. Bde. I-III. Amsterdam
 Comenius, Jan Amos, 1960: Große Didaktik. Übersetzt und hrsg. v. A. Flitner, 2.Aufl., Düsseldorf, Mannheim
 Curtmann, W.J.G., 1842: Die Schule und das Leben. Friedberg

- Foucault, Michel, 1976: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt/M.
- Glöckel, H., 1964: Volkstümliche Bildung? Versuch einer Klärung. Ein Beitrag zum Selbstverständnis der Volksschule, Marburg
- Gräfe, H., 1850: Die deutsche Volksschule oder die Bürger- und Landschule nach der Gesamtheit ihrer Verhältnisse. Bd.I, Leipzig
- Gramsci, Antonio, 1971: Selections from the Prison Notebooks. Übersetzt u. hrsg. v. Q. Hoare und G.N. Smith, London
- Guttandin, Friedhelm, 1980: Genese und Kritik des Subjektbegriffs. Zur Selbstthematizierung der Menschen als Subjekte, Marburg
- Haug, Wolfgang Fritz, 1984: Die Camera obscura des Bewußtseins. Zur Kritik der Subjekt/Objekt-Artikulation im Marxismus. In: Projekt Ideologietheorie: Die Camera obscura der Ideologie. Berlin/West 1984, 9-95 (= Argument-Sonderband 70)
- Holzkamp, Klaus, 1983: Grundlegung der Psychologie. Frankfurt/M.
- Humboldt, Wilhelm von, 1960-1981: Werke in fünf Bänden. Hrsg. v. A. Flitner u. K. Giel, Darmstadt (I: 1960; III: 1963; IV: 1964)
- Kautsky, Karl, 1947: Vorläufer des neueren Sozialismus. Bd.1, Berlin
- Mollenhauer, Klaus, 1983: Vergessene Zusammenhänge. Über Kultur und Erziehung, München
- Nemitz, Rolf, 1981: Bildung statt Ideologie? Antwort auf A. und B. Rang. In: Die Wertfrage in der Erziehung, Berlin/West, 45-66 (= Argument-Sonderband 58)
- Nohl, Herman, 1963: Die pädagogische Bewegung in Deutschland und ihre Theorie. 6.Aufl. Frankfurt/M.
- Pestalozzi, Johann Heinrich, 1927ff.: Sämtliche Werke (SW). Hrsg. v. A. Buchenau, E. Spranger, H. Stettbacher. Berlin
- Pestalozzi, Johann Heinrich, 1949-1962: Sämtliche Briefe. Bde. III-VI. Hrsg. v. Pestalozzianum u.v.d. Zentralbibliothek Zürich. Zürich
- Rang, Adalbert, 1984: Sozialität autonomer Subjekte. Anmerkungen zum Subjektbegriff bei Wilhelm von Humboldt und Antonio Gramsci. In: Deutsche Pädagogen der Gegenwart, Bd.I. Hrsg.v. R. Winkel. Düsseldorf, 247-273
- Rang, Adalbert, 1967: Der politische Pestalozzi. Frankfurt/M. (= Frankfurter Beiträge zur Soziologie Bd.18, hrsg.v. Th.W. Adorno und W. Dirks)
- Rang, Adalbert, und Brita Rang 1981: Schule und Ideologie. In: Die Wertfrage in der Erziehung, Berlin/W., 8-44 (= Argument-Sonderband 58)
- Ricoeur, Paul, 1973: Die Frage nach dem Subjekt angesichts der Herausforderung der Semiologie. In: Ders.: Hermeneutik und Strukturalismus, München
- Stephani, Heinrich, 1818: System der öffentlichen Erziehung. Ein nothwendiges Handbuch für alle, welche an derselben zweckmäßigen Antheil nehmen wollen, 2.Auf., Erlangen
- Tugendhat, Ernst, 1981: Selbstbewußtsein und Selbstbestimmung, Frankfurt/M.
- Türk, W.C.C. von, 1806: Beiträge zur Kenntniß einiger deutschen Elementar-Schulanstalten, namentlich der zu Dessau, Leipzig, Heidelberg, Frankfurt am Mayn und Berlin. Leipzig
- Villaume, Peter, 1785: Ob und inwiefern bei der Erziehung die Vollkommenheit des einzelnen Menschen seiner Brauchbarkeit aufzuopfern sei? In: Allgemeine Revision des gesammten Schul- und Erziehungswesens, von einer Gesellschaft practischer Erzieher, hrsg. v. J.H. Campe, Hamburg

Selbsteinordnung in die Berufswelt*

1. Zum Problem der Berufsvorbereitung

Zur Vorbereitung der Schüler in allgemeinbildenden Schulen auf die Arbeits- und Berufswelt gehört nicht nur die Vermittlung allgemeiner berufsbezogener Handlungsfähigkeiten, sondern auch die Unterstützung in der Berufswahl. Die Berufswahl, obgleich in freier Entscheidung von den Individuen getroffen, ist ein Vorgang im Schnittpunkt sich überlagernder und durchkreuzender Ebenen und Interessen.

Auf der gesellschaftlichen Ebene besteht oberflächlich das Problem darin, über den Arbeitsmarkt die Aufnahmekapazitäten der einzelnen Berufe und die Berufsnachfragen hinreichend in Übereinstimmung zu bringen. Vor allem aufgrund der Entwicklung der Automation entstehen nicht nur neue Berufe und werden alte Berufsbilder verändert, sondern die traditionelle Schneidung der Berufe wird in Frage gestellt. Horizontale und hierarchische Grenzen zwischen verschiedenen Berufen geraten in einen Auflösungsprozeß. Wie zu keiner Zeit früher wird Flexibilität und ständiges Lernen von den Arbeitenden verlangt (vgl. Projekt Automation und Qualifikation). Seit Jahren wird um den Berufsbegriff sowie um die Tendenz der Ent- oder Verberuflichung gestritten. Die Veränderungen geschehen nicht in allen Berufsfeldern gleichzeitig, und sie werden im Gegeneinander der gesellschaftlichen Interessen zu Kompromissen umgearbeitet. Zu Zeiten der Bildungsreform sollte auf der sozialen Ebene erreicht werden, daß berufliche Chancen sich nicht mehr nach sozialer Herkunft, sondern nach individueller Leistung verteilen. Neuere Längsschnitt-Untersuchungen zeigen jedoch, daß trotz verlängerter Schulzeit, wachsender Schülerzahlen in höheren Schulen und gleich guter Leistungen die Ausbildungschancen von Arbeiterkindern ungleich schlechter sind als die von Kindern aus bürgerlichen Familien (vgl. Hurrelmann 1983; Bolder 1983). Ob die allgemeinbildende Schule dafür kann oder nicht, sei dahingestellt. Im Effekt ist sie, wenn auch etwas abgeschwächer als früher, eine Reproduktionsinstanz des segmentierten Arbeitsmarktes. Auf der individuellen Ebene legt die freie Berufswahl nahe, die Interessen und die Leistungsfähigkeit und -bereitschaft gemäß einem ökonomischen Kalkül von Aufwand und Nutzen an das Berufsangebot anzupassen. Auf dem Ausbildungsmarkt werden die Berufe noch immer so angeboten und gewählt, als würde die einmal gewählte Berufsausbildung für 40 bis 50 Jahre Berufstätigkeit vorhalten. Dies wird durch die Berufskultur gestützt. Berufsausbildung und Ausübung eines Berufs verschaffen nach wie vor gesellschaftliche Anerkennung und Identität, trotz massenhaften Berufswechsels und ständiger Verschiebungen der beruflichen Schnittlinien (vgl. dazu Beck, Brater, Daheim 1980). Die Jugendarbeitslosigkeit stellt die Schüler vor das Dilemma, ihre Berufsperspektiven nicht absehen zu können, aber dennoch ihre

* Vortrag auf der 9. Konferenz der Association for Teacher Education in Europe, Linz/A, 3.-7. September 1984.

Kurse im Hinblick auf bestimmte Berufe bzw. Berufsfelder wählen zu müssen. Wir haben es mit Widersprüchen auf mehreren Ebenen zu tun, von denen wir annehmen, daß sie auch die Strukturen des berufsorientierenden Unterrichts prägen und darüber vermittelt die Berufswahl der Schüler wesentlich beeinflussen.

Die herkömmliche Berufswahlforschung fragt nach den relevanten Faktoren der Berufswahl. Sie unterstellt einen funktionalen Zusammenhang zwischen dem Wahlausgang und psychologischen, sozialen und wirtschaftlichen Faktoren, die als Prädikatoren relevant zu sein scheinen (vgl. dazu Stauffer 1983). Solange die skizzierten Widersprüche und deren Ausprägung in den verschiedenen sozialen Bezügen nicht dominant sind oder werden, lassen sich so statistisch gesicherte Zusammenhänge empirisch nachweisen. Wobei impliziert ist, daß die individuellen Muster der Berufswahl in allen sozialen Gruppen relativ konstant sind. Mit dem Dominantwerden der Widersprüche ändert sich dies jedoch radikal. Die Widersprüche können funktionalistisch nicht abgebildet werden, ebensowenig deren Wahrnehmung und Umarbeitung durch die Schüler. Zudem ist das erkenntnisleitende Interesse dieser Berufswahlforschung, den Widerspruch zwischen freier Berufswahl und staatlicher Berufsunterweisung zu überbrücken.

Wir schlagen daher eine andere Problemsicht vor und formulieren die Fragen zur Untersuchung der Berufswahl entsprechend um: Uns interessiert die Entwicklung der arbeitsbezogenen Handlungsfähigkeit der Schüler. Wie wählen sie ihren Beruf? Wie arbeiten sie die Widersprüche zwischen ihren bisher entwickelten Handlungsfähigkeiten, ihren Arbeitsinteressen und den berufsorientierenden Einflüssen in eine Berufswahl um? Wie positionieren sie sich in der Welt der Berufe?

Unsere empirischen Erhebungen haben wir in 10 von 28 Berliner Gesamtschulen im Fachbereich Arbeitslehre durchgeführt. Dabei wurde uns durchgängig berichtet, daß im Ergebnis der Berufswahlen sich annähernd die gegebene geschlechtsspezifische Verteilung der Berufe widerspiegelt, obgleich bei allen Kursen darauf geachtet wird, daß sie zu gleichen Teilen mit Mädchen und Jungen besetzt sind. Schülerinnen und Schüler sagten uns, daß sie die Kurse nicht nach »typischen« Frauen- oder Männerarbeiten wählen; Mädchen arbeiten genauso gern an den Maschinen in den Schulwerkstätten wie Jungen. Auch in dem Bestreben, einen Beruf zu lernen, gibt es keinen geschlechtsspezifischen Unterschied. Uns interessieren hier jedoch nicht die Ergebnisse der Berufswahlen; wir sind auch nicht an der individuellen Berufswahl interessiert. Wir wollen vielmehr einige strukturelle Prozesse der Berufsorientierung untersuchen, die durch das Handeln der Lehrer und Schüler in Gang gesetzt werden. Dabei ist das Denken und Handeln der Lehrer, obgleich der Rahmenplan eine weitgehende Selbständigkeit der Schüler fordert, nach wie vor von primärer Bedeutung. (Alle Zitate ohne Quellenangabe sind im folgenden Interviewausagen von Lehrern.) Bevor wir einen Ausschnitt aus den Untersuchungsergebnissen vorstellen, wollen wir einen kurzen Überblick über die Berliner Gesamtschule und die Unterrichtsstrukturen geben.

2. Strukturen: Gesamtschule, Arbeitslehre, Berufsorientierung

Die Berliner Gesamtschule umfaßt die Klassenstufen 7 bis 10. In ihr wird der Unterricht der Oberschulzweige Hauptschule, Realschule und Gymnasium integriert. Mehr als ein Viertel der Schüler dieser Klassenstufen (= 22000) gehen in die Gesamtschule. Etwa 60% davon kamen aus der Grundschule mit einer Hauptschulempfehlung, ca. 32% mit einer Realschulempfehlung und ca. 5% mit einer Gymnasialempfehlung. Am Ende der 10. Klassenstufe erhalten etwa 28% das Versetzungszeugnis in die gymnasiale Oberstufe, ca. 44% erhalten den Realschulabschluß und ca. 28% einen Hauptschulabschluß. Von den Schülern, die in die gymnasiale Oberstufe überwechseln können, treten ca. 33% ein Ausbildungsverhältnis an. Die Zahlen zeigen, daß der Unterricht in der Gesamtschule sehr vielen Schülern die Erlangung höherer Abschlüsse ermöglicht und ihnen damit günstigere berufliche Chancen eröffnet (vgl. Senator 1984).

Das Fach Arbeitslehre gehört heute zu den Kernfächern. Es ist unterteilt in einen Pflicht- und einen Wahlpflichtteil. Die Berufsorientierung ist im 9. und 10. Schuljahr der Inhalt des Pflichtunterrichts. Sie wird in Kooperation mit der Berufsberatung durchgeführt. »Die Vorbereitung auf die Berufswahl erstrebt ... die behutsame kontinuierliche Steigerung der Fähigkeiten zur Prüfung der persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung des Arbeitsmarktes und des beruflichen Wandels. (...) Von besonderer didaktischer Bedeutsamkeit ist die Entwicklung und Stärkung beruflicher Erwartungen sowie ihre kritische Überprüfung an der Berufs- und Arbeitswelt.« (Rahmenplan 1983, 105) Dieses Unterrichtsziel impliziert drei Aspekte unterrichtlicher Einflußnahme auf die Berufswahl: Erstens bedeutet die Befähigung zum Erkennen der persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten Vereinzelung der Individuen; zweitens drängt die Berücksichtigung des Arbeitsmarktbedarfs die Schüler zu einer berufsspezifischen Entwicklung ihrer Handlungsfähigkeit; drittens bedeutet die Stärkung beruflicher Erwartungen und deren kritischer Überprüfung Befähigung zur Selbstpositionierung als vereinzelt Individuum in der Berufswelt. Dies wird konterkariert durch die Handlungsfähigkeiten, die etwa ein Drittel der Schüler im Wahlpflichtteil entwickeln können. So viele sind es, die Arbeitslehre zusätzlich als Wahlpflichtfach wählen.

Der Wahlpflichtunterricht findet in allen Klassenstufen überwiegend in Projekten statt. Die Projekte werden von den Schülern mit Unterstützung des Lehrers weitgehend selbständig geplant, durchgeführt und kontrolliert. Sie sind jeweils bestimmten Sachfeldern zugeordnet: zum Beispiel Mechanische Technologie, Elektronik, Textil, Kunststoffe, Werkstoffprüfung, Sozialisation. Resultate sind in der 7. Klassenstufe Gegenstände für den eigenen Bedarf, in der 8. Klassenstufe für einen außerschulischen Auftraggeber und in den letzten Klassenstufen für den Markt. Neben der Planung, Durchführung und Kontrolle der produzierten Gegenstände akquirieren die Schüler auch die Aufträge, machen Markterkundungen, kalkulieren die Kosten und schließen die Lauf- und Lieferverträge ab. In diesem Zusammenhang werden auch die über die einzelnen Projekte hinausreichenden technischen, einzel- und gesamtwirtschaftlichen und politisch-gesellschaftlichen Aspekte behandelt und auch

mehrere Betriebserkundungen durchgeführt (vgl. Rahmenplan 1983). Etwa 50% der Projektzeit ist ausgefüllt mit der Arbeit an den Werkbänken und Maschinen der (sehr gut ausgestatteten) Schulwerkstätten. Resultat ist, daß die Schüler im Unterschied zu manchem anderen Fach mit großem Interesse und Engagement arbeiten und lernen und in allem wachsende Selbständigkeit entwickeln. Dies beeinflußt auch ihre Vorstellungen über die Berufsausbildung als Einstieg in ihre Beteiligung an der gesellschaftlichen Arbeit. — Unsere Ergebnisse beziehen sich auf die Schülergruppe, die Arbeitslehre als Wahlpflichtfach gewählt hat.

3. Interesse an gesellschaftlicher Arbeit

Wir fragten nach der Entwicklung der Berufswünsche und den erhaltenen Ausbildungsplätzen. Aufgrund widersprüchlicher Befunde haben wir gelernt, daß zwischen der Wahl eines Berufes und den darin sich ausdrückenden Interessen an gesellschaftlicher Arbeit zu unterscheiden ist.

An allen Schulen wurde uns gesagt: »Die Schüler haben zwar berufliche Vorstellungen, aber wenn dann die Bewerbungen rausgehen, sind sie doch sehr anpassungsfähig.« So korrigieren sie ihre Berufswünsche entsprechend den zu erwartenden Abschlußzeugnissen, oder sie halten ihre konkreten Berufswünsche bis zuletzt offen, oder sie schicken ihre Bewerbungen erst an die Betriebe, wenn sie das Abschlußzeugnis in den Händen halten, obgleich sie um die Jugendarbeitslosigkeit wissen, oder sie ändern ihre Berufswahl, wenn Bewerbungen erfolglos bleiben. Das Bemerkenswerte ist nicht ihre anscheinend grenzenlose Anpassungsfähigkeit an den Ausbildungsmarkt. Bemerkenswert ist vielmehr, daß sie »berufliche Vorstellungen« haben, die ihre Berufswahlalternativen bestimmen. Ihre Anpassungsfähigkeit ist meistens auf bestimmte Berufsfelder begrenzt. Wie wichtig ihnen die Verwirklichung ihrer beruflichen Vorstellungen ist, zeigt ein weiterer Befund: So beklagen die Lehrer durchweg, daß die Schüler auch nach dem berufsorientierenden Unterricht nur diffuse Berufspläne hätten, aber im Unterricht »sich im Grunde nur für das interessieren, was sie später vorhaben, so daß man sich mit großen Schwierigkeiten nur durchsetzen kann, wenn der Schüler sich mit einem Berufsfeld auseinandersetzen soll, das er bis jetzt noch nicht ins Auge gefaßt hat.« Wie paßt das zusammen? Wie können Schüler diffuse Berufspläne und dennoch relativ feste berufliche Vorstellungen haben?

Wir fragten, ob die Schüler Vorstellungen über alternative Betriebe haben und eventuell in einem solchen Betrieb lieber als in einem »normalen« Betrieb eine Ausbildung beginnen wollten, weil darin eine Gebrauchswertorientierung ihrer Berufsinteressen zum Ausdruck kommen könnte. Aber »Alternativen sind für sie noch nicht so erstrebenswert, weil sie die Belastungsmomente, Weisungsabhängigkeiten etc. in den normalen Betrieben noch gar nicht so kennen.« Informationen über alternative Betriebe bekommen sie vor allem über die Medien, einige kennen auch Leute, die in ihrer Nachbarschaft zum Beispiel eine alternative Druckerei betreiben. Viele Schüler beginnen über alternative betriebliche Organisationsformen nachzudenken. Wenn ihnen dennoch Alternativen nicht so erstrebenswert scheinen, so spielt dabei eine Rolle, daß es in

diesen Betrieben nur selten Ausbildungsplätze gibt. Zudem ist die Tatsache, daß die meisten als abhängig Beschäftigte arbeiten werden, eine kulturelle Selbstverständlichkeit. Erfahrungen über die hierarchischen Eingrenzungen des Arbeitens in den Betrieben konnten sie noch nicht sammeln; aufmerksame Beobachtungen im dreiwöchigen Betriebspraktikum vermitteln ihnen höchstens erste Eindrücke.

Auch wenn Perspektiven in alternativen Betrieben noch außerhalb ihres Entscheidungshorizontes liegen, so »haben die Schüler natürlich eine ganze Menge Utopien!« Offenbar stellen die Schüler an ihre Berufsausbildung und -tätigkeit in normalen Betrieben Ansprüche, die Lehrer für völlig unrealistisch halten. Zweifel sind angebracht. Die Anpassungsfähigkeit in der Berufswahl zeigt, daß die Schüler sehr »realistisch« entscheiden. In den Projekten haben sie gelernt, die Voraussetzungen und Bedingungen der Realisierung ihrer Pläne zu analysieren und zu beachten. Es ist anzunehmen, daß sie dies auch bei der Entwicklung ihrer beruflichen Vorstellungen tun. In der Schulwerkstatt haben sie gelernt, kollektiv zu arbeiten, selbstbestimmt zu planen und zu organisieren, sie haben gesehen, welche vielfältigen Möglichkeiten die technische Entwicklung für die Naturbearbeitung bietet. Das prägt auch ihre Vorstellungen und Interessen, an der gesellschaftlichen Realisierung solcher Möglichkeiten im zukünftigen Beruf mitzuarbeiten. Der Lehrer nennt sie »Utopien«. Er mag aufgrund der herrschenden Produktionsverhältnisse recht haben. Die Projektarbeit hat den Schülern gezeigt, daß ihre Vorstellungen durchaus Realität haben.

4. Verwicklung in die herrschende Berufsästhetik

Die schicken Fassaden der »normalen« Betriebe, die vornehm gedämpften Büroausstattungen, die restaurantartigen Kantinen, also die äußerlich angenehme Arbeitsumwelt, auch in Produktionsbetrieben, verleitet die Schüler dazu, über die wirklichen Arbeitsverhältnisse hinwegzusehen. Der ästhetische Aufwand der Betriebe ist groß. Jedoch sind die Eltern, Lehrer, Berufsberater und Schüler an der Inszenierung einer Ästhetik der Arbeitswelt beteiligt.

»Also aus den Unterhaltungen in den Elternhäusern werden keine eigentlichen Probleme in den Unterricht gebracht, sondern nur die allgemein bekannten: Geld, Zeit, d.h. spätes Nachhausekommen der Eltern, das wollen die Schüler später nicht: 'Also so was will ich niemals lernen, ich will was lernen, wo ich schon nachmittags um vier Uhr fertig bin!' Was inhaltliche berufsmäßige Anforderungen sind, das kommt dann schon nicht mehr. Solche äußeren Dinge, die sie miterleben, ja: 'Was verdient man dabei? Urlaub? Wie früh muß man aufstehen?' Darüber hinaus? Kaum.« Die Schüler stellen sich anscheinend die Berufsarbeit als ein notwendiges Übel zum Geldverdienen vor, nicht als eine gesellschaftliche Betätigung, in der sie sich entfalten können. Ausreichende Freizeit erscheint als wichtigste Voraussetzung individueller Entfaltung. Nun ist diese Sichtweise keineswegs schülerspezifisch, sondern weit verbreitet.

Aber es ist außerordentlich erstaunlich, daß die Schüler diese Sichtweise scheinbar widerspruchlos übernehmen. Ihr Engagement im Lernen und Ar-

beiten in den Projekten steht dazu im Gegensatz. Wir sehen darin einen radikalen Bruch in ihrer Orientierung, den sie scheinbar auch leben können. In der Schulwerkstatt galt ihr Interesse den Gebrauchswerten, in der Auseinandersetzung mit dem Problem der Berufswahl interessieren sie sich für die »Äußerlichkeiten« der Berufsarbeit. Zweifelsohne ist dies für die Zukunft der Schüler wichtig, auch weil sie daran erkennen können, in welchem Rahmen und unter welchen Zwängen sie ihre Interessen an gebrauchswertschaffender Arbeit später entfalten können. Jedoch werden die Ausbildungsbedingungen unter diesem Aspekt in der Regel nicht reflektiert. Vielmehr stehen pragmatische Berufsinformationen und Übungen im Vordergrund: Wie schreibt man eine Bewerbung? Wie verhält man sich im Einstellungsgespräch? Welche Kleidung trägt man? Wie besteht man einen Eignungstest? Und das Ganze wird in Rollenspielen geübt. An dem Ausbildungsschicksal der Schüler ändert dies nichts. Allerdings fördert es die Entwicklung eines den betrieblichen Herrschaftsverhältnissen angepaßten Verhaltens.

Der Pragmatismus der Berufsorientierung verleitet nicht nur dazu, über die wirklichen Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse hinwegzusehen, sondern auch die Lehrer dazu, die oft nur ungenau artikulierten Fragen von Schülern nach den konkreten Tätigkeiten in verschiedenen Berufen nicht zu beachten. Die Schüler haben — mit Ausnahme des Betriebspraktikums — noch keine Erfahrungen an betrieblichen Arbeitsplätzen über die Anforderungen an die Tätigkeiten und Qualifikationen machen können. Den Lehrern fehlen aufgrund ihrer Ausbildung diese Erfahrungen in der Regel ebenfalls. Sie aufzuholen, scheint aus schulorganisatorischen Gründen schwierig zu sein: »Wir müßten ständig Kontakt mit Leuten 'draußen' haben. Und aus Büchern kann man da nicht leben. So daß also hier von den Schülern kaum was kommt. Aber das Bedürfnis der Schüler, viel Information zu erhalten, ist groß.« Bedenkt man, daß die Lehrer aufgrund der Betreuung der dreiwöchigen Betriebspraktika und mehrerer Betriebserkundungen in jedem Jahr viele Gespräche mit Geschäftsleitungen, Meistern, Ausbildern, Angestellten und Arbeitern führen, scheint der Pragmatismus einer eingengten Sichtweise auf die betriebliche Arbeit geschuldet zu sein, die nur den äußeren Bedingungen Beachtung schenkt. Im Handeln der Lehrer findet sich der gleiche Bruch, wie wir ihn schon bei den Schülern feststellten. — Die Problematik der Sichtweise liegt darin, daß nicht zwischen den Anforderungen der Arbeitsplätze, den Aufgabenstellungen seitens der Unternehmer und den Tätigkeiten der Arbeiter unterschieden wird und die Tätigkeiten nicht als Umarbeitungen von Anforderungen und Aufgaben gedacht werden. Wenn die Schüler ungenau nach den Tätigkeiten in den Berufen fragen, so äußert sich darin aufgrund ihrer Erfahrungen selbständiger Arbeit in den Schulwerkstätten die Ahnung, daß sie in den Betrieben auf irgendeine Weise mit den gestellten Aufgaben fertig werden müssen. Die Lehrer sehen dagegen die Tätigkeiten der Arbeiter als bloße Ausführungen tayloristisch organisierter Anweisungen der Unternehmer.

Indem in der Berufsorientierung nicht die Realisierungschancen gesellschaftlicher Arbeitsinteressen in den Berufen thematisiert werden, bestimmen die ästhetischen Angebote der Unternehmer über die Berufswahl mit.

5. Selbstpositionierung in die Welt der Berufe

Uns interessiert, wie die Schüler die skizzierten Widersprüche zu einer Berufsentscheidung umarbeiten und so die gesellschaftlichen Berufsstrukturen reproduzieren. Die Berufswahl ist ein Vorgang individueller Vergesellschaftung in bereitgestellte Berufspositionen. Wir schlagen dafür den Begriff Selbstpositionierung vor. Er soll eine Bewegungsform des Widerspruchs zwischen der Freiheit der Berufswahl und der Reproduktion der Berufsstruktur begreifbar machen (vgl. zum Begriff 'Position' auch Holzkamp 1983, 196f., 360ff. und 484f.)

Die Gesamtschule bietet aufgrund ihrer Leistungsdifferenzierung und Durchlässigkeit in den Leistungsniveaus im Vergleich zum gegliederten Schulwesen der Selbstpositionierung andere Voraussetzungen. Daher sind »die Erwartungen, mit denen die Schüler zunächst an eine Berufsausbildung herangehen, ... doch wesentlich höher, als was dann tatsächlich hinterher Realität wird«. Ein Lehrer erwägt dafür folgende Begründung: »Das mag vielleicht ein wenig damit zusammenhängen, daß man hier — bedingt dadurch, daß praktisch alle drei großen Schulrichtungen vertreten sind — den Schülern generell so etwas von den weiten Möglichkeiten vorgaukelt, ohne ihnen sehr gezielt zu sagen — wie es doch im Hauptschulbereich eher unterschwellig vorhanden ist —, daß sie doch mit ihren Grenzen ziemlich eingengt sind auf praktisch-technische oder praktisch-kaufmännische Berufe.«

Interessant ist nicht, daß die Gesamtschüler aufgrund des Verdrängungswettbewerbs anscheinend keine anderen Berufspositionen erreichen als die Schüler aus dem gegliederten Schulwesen. Interessant ist vielmehr, daß die Schüler Berufswahlen versuchen, die ihnen weit größere Möglichkeiten eröffnen, als ihnen derzeit tatsächlich zugänglich sind. Sie akzeptieren also nicht einfach die vorgegebenen Möglichkeiten erreichbarer Berufspositionen. Ihre höheren Erwartungen können als Versuch begriffen werden, selber die Berufspositionen zu definieren. Die im projektorientierten Unterricht erfahrenen Möglichkeiten selbstorganisierten Lernens und Arbeitens, die Entwicklung der Kollektivität, die Erlebnisse der produktiven Kraft der eigenen Arbeit drängen auf Fortsetzung in der Berufsausbildung. Dies können sie nicht anders als in vorfindbaren Berufsbildern artikulieren. Im Grunde richten sich ihre höheren Erwartungen gegen die von oben strukturell festgelegten und hierarchisch gegliederten Berufspositionen. Sie artikulieren darin einen Anspruch, ihre Ausbildung und damit ihren Beitrag zur gesellschaftlichen Arbeit selber zu bestimmen. Und dieser Anspruch geht offenbar weit über das hinaus, was ihnen zur Wahl gestellt wird. Noch wird von den Schülern nicht der Vorgang der Berufswahl in Frage gestellt, noch begeben sie sich auf die vorgegebenen Positionen, was ein Lehrer als »die große Ernüchterung« darstellt, die »spätestens dann kommt, wenn die ersten fünf oder zehn Absagen da sind, wenn die ersten Einstellungstests absolviert sind und auch Nachrichten da sind, daß man abgelehnt ist; dann schrauben sie doch allmählich die Erwartungen wieder herunter«. Der Lehrer stellt diesen Vorgang der Selbstpositionierung als Anpassungsprozeß überspannter Erwartungen dar, statt die Widerständigkeit des herrschenden Ausbildungssystems und dessen mögliche Überwindung zu the-

matisieren. Dies verleitet ihn dazu, die emanzipatorischen Intentionen, die in den Schülererwartungen zum Ausdruck kommen, zu verkennen und die darin liegende Kraft selbstbestimmter Entwicklung gesellschaftlicher Arbeitsfähigkeiten zu verharmlosen, eine Kraft, die sich zugleich kritisch gegen das institutionalisierte System einer vielfach gegeneinander abgeschotteten und hierarchisch gegliederten Berufsbildung richtet.

Manche Schüler leisten der »Ernüchterung« noch über die Schulzeit hinaus Widerstand, indem sie zum Beispiel Zeiten des Wartens auf einen gewünschten Ausbildungsplatz in Kauf nehmen und bis dahin jobben oder gar ein halbes Jahr Arbeitslosigkeit riskieren. Manchen wird das Warten gelohnt, aber oftmals müssen sie doch eine Lehrstelle annehmen, die sie sich nicht gewünscht hatten. Immer jedoch sind es die Schüler als einzelne, die Erwartungen formulieren oder Widerstand leisten; ihre Vereinzelung macht sie unfähig, um Veränderungen zu kämpfen; ihre individuellen Bemühungen enden nicht selten in Enttäuschungen. Diese Vereinzelung der Schüler in der Berufsorientierung ist ein Effekt der Selbstpositionierung. Die Selbstpositionierung ist eine Form der Privatisierung der Entwicklung gesellschaftlicher Arbeitsfähigkeiten.

6. Entwicklung berufsbezogener Lernmotivation

Die Vereinzelung als Effekt der Selbstpositionierung wirft die Probleme der Berufswahl auf die einzelnen Schüler zurück. Die meisten Lehrer geben lediglich pragmatische Berufsinformationen und üben das Bewerben. Auf dieser Grundlage aber können die Schüler nicht über die gesellschaftliche Bedeutung und den möglichen individuellen Sinn einer in Erwägung gezogenen Berufstätigkeit im Unterricht nachdenken. Das müssen sie mit sich selbst ausmachen oder außerhalb der Schule mit Gleichaltrigen oder den Eltern diskutieren. Das ist jedoch in der Regel nicht der Fall. Insbesondere Arbeitereltern sprechen zu Hause wenig über ihre Arbeit, kümmern sich auch wenig um die Berufswahl ihrer Kinder, wie sie sich überhaupt wenig für die schulischen Belange interessieren. Die Schüler sind somit weitgehend alleingelassen, ihnen fehlt ein Gegenüber, das zur Entwicklung einer Sprache zwingt, in der sie gemeinschaftlich über Hoffnungen und Wünsche sprechen können; ihre Sprache, die sie lernen, wenn sie über die Berufsorientierung sprechen, ist eine pragmatische, in der zwar das Wort Berufswunsch vorkommt, aber die Begriffe fehlen, diesen auch zu reflektieren. Berufswünsche, Arbeitsinteressen usw. sind eben vorhanden oder nicht, jedenfalls kein Gegenstand der Auseinandersetzung. Wir wollen an zwei mehrfach berichteten Problemsituationen analysieren, wie Schüler im Unterricht auf eine Aufhebung der Vereinzelung drängen:

Das Betriebspraktikum wird von vielen Schülern auch unter dem Gesichtspunkt gewählt, ob sie in dem Berufsbereich später eine Berufsausbildung beginnen wollen. Sie sondieren die Chancen und prüfen, ob ihnen die Arbeit dort Spaß machen wird oder ob sie besser einen anderen Bereich in Erwägung ziehen sollten. Dies bewirkt nun, daß sich ihre Lernmotivation schlagartig verändert. Entweder sie sagen, so wie im Praktikum möchte ich auf keinen Fall arbeiten, also muß ich meine Schulabschlüsse verändern, damit ich andere Möglichkeiten bekomme, oder, wenn sie gut untergebracht waren, sagen sie, das

möchte ich gern machen, und nun muß ich ran, sonst kann ich das nicht erreichen; sie erkundigen sich dann sehr genau, ob der Betrieb sie nehmen würde und wie das Zeugnis aussehen muß. Die Schüler haben einige Eindrücke von den Arbeitsanforderungen in Betrieben und reflektieren diese auf dem Spiegel ihrer beruflichen Vorstellungen und schulischen Leistungen. Die Diskrepanzen und Defizite veranlassen sie zu verstärkten Lerneranstrengungen und zu oft vehement vorgetragenen Lernerforderungen an die Projektkollektive und Lehrer. Obgleich die Lernmotivationen individuell begründet sind, bedeutet ihr Einbringen in die Kurse, sofern sie aufgegriffen und verallgemeinert werden, ein Stück Entwicklung kollektiver Lerninteressen und Aufhebung der Vereinzelung.

Die zweite Problemsituation: Im 10. Schuljahr ist häufig die Selbstpositionierung schon so weit fortgeschritten, daß sich viele Schüler nur noch für »ihren« Beruf bzw. »ihr« Berufsfeld interessieren und beinahe völlig desinteressiert sind an den Berufswünschen der anderen. Pragmatisch orientierte Lehrer stehen dem hilflos gegenüber. Sie meinen, die Lösung läge in der völligen Individualisierung des berufsorientierenden Unterrichts; aber zugleich sagen sie, daß dies aus organisatorischen Gründen unrealistisch ist. Sie sehen sich in einer scheinbar ausweglosen Situation. Aber was zeigt sich in dieser Entwicklung? Die Schüler beginnen ihr Lernen selbständig so zu strukturieren, daß sie möglichst optimal das vorgestellte Ziel erreichen; alles, was daneben liegt oder vom Ziel wegführt, damit beschäftigen sie sich nicht; sie hören auf, sich für alles und jedes zu interessieren. Sie haben offenbar bereits ein zielorientiertes Lernen herausgebildet. Nicht zuletzt im projektorientierten Unterricht haben sie zielgerichtetes und nach Aufwand und Nutzen kalkulierendes Lernen und Arbeiten gelernt. Hier bedeutet dies jedoch paradoxerweise eine Einschränkung des Lernens. Die Lehrer wollen eine Zerstörung der individuellen Zielorientierung vermeiden und riskieren damit die Zerstörung des unterrichtlichen Zusammenhangs, was wiederum die Lernmotivation beeinträchtigt. Die Lehrer erkennen nicht die Vergesellschaftungsperspektive, die in der Entwicklung der Zielorientierungen zum Ausdruck kommt; sie versuchen nicht, diese Zielorientierungen weiterzuentwickeln, indem sie zum Beispiel gemeinsam mit den Schülern herausarbeiten, daß die Zielvorstellungen eher verwirklicht werden können, wenn sie im Zusammenhang mit der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung der Arbeit betrachtet werden.

7. Praktizierte Wege gegen eine Vereinzelung in der Berufsorientierung

Wir fanden drei im Entwicklungsniveau unterschiedliche Wege, sowohl der Herausbildung individuellen zielorientierten Lernens als auch der Entwicklung der Kollektivität Rechnung zu tragen.

Im ersten Fall berücksichtigt der Lehrer bei der Auswahl des Informationsmaterials über die verschiedenen Berufsfelder die Interessen der Schüler und versucht diese gemeinsam mit den Schülern so zu verallgemeinern, daß die Themenstellung für weitgehend alle Schüler interessant ist. Falls sich kein allgemeines Interesse herstellen läßt, werden Gruppen eingeteilt, oder manche Schüler arbeiten auch einzeln. Jeder Schüler hat so die Möglichkeit, seine indi-

viduellen beruflichen Vorstellungen und Wünsche auf ihre Realisierbarkeit hin zu überprüfen. Dies geschieht jedoch ausschließlich auf der pragmatischen Ebene. In welchem Verhältnis die individuellen Vorstellungen zur Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit stehen, welchen Zwecken und Nutzen sie möglicherweise dienen, bleibt den privaten Überlegungen der Schüler überlassen. Das Gemeinsame wird durch die Schnittmenge der individuellen Vorstellungen und Interessen gebildet.

Im zweiten Fall untersuchen die Schüler in der Form von Referaten auf der Basis der Materialien des Berufsinformationszentrums die Gemeinsamkeiten und Unterschiede vergleichbarer Berufsbilder. Dabei geht es darum, daß sie erkennen, daß sie ihre Fähigkeiten und Wünsche nur in einem bestimmten Beruf verwirklichen können. Aufgrund der Kenntnis vergleichbarer Berufsbilder sollen sie eher in der Lage sein, in der konkreten Berufswahl ihre Interessen mit den Ausbildungsplatzangeboten einigermaßen in Übereinstimmung zu bringen. Im Unterschied zum ersten Fall werden hier die Realisierungsmöglichkeiten der individuellen Interessen gemeinsam diskutiert. Auch wenn sich die Kollektivität in der Berufsorientierung auf einem höheren Niveau entfalten kann, so bleibt die Ebene eine pragmatische.

Anders ist das im dritten Fall. Hier werden »typische Situationen« zum Thema gemacht, die ganz unterschiedliche Berufsfelder betreffen können, wie zum Beispiel die Automatisierung und ihre gesellschaftlichen Voraussetzungen und Folgen. Die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit wird so »vor« ihrer Form als Berufsarbeit thematisiert, also berufsunspezifisch, und dennoch ist dieser Unterricht viel näher an den aktuellen Problemen vieler Berufe, als das bei der Vorstellung einzelner Berufsbilder der Fall ist. Die Schüler setzen auf dieser Grundlage ihre Arbeitsinteressen in eine Beziehung zur Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit; sie versuchen zu beurteilen, welchen Zwecken und Nutzen ihre Absichten dienen werden; sie versuchen abzuschätzen, welche Berufe Zukunftschancen haben und welche Veränderungen möglicherweise in den Berufsinhalten zu erwarten sind. Die Schüler sind am Begreifen der technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen interessiert. Ihre Motivation spaltet sich nicht je nach den thematisierten Berufsbildern auf; dennoch entwickeln sie ihre individuellen Berufsinteressen.

Literaturverzeichnis

- Beck, U., M. Brater und H. Daheim, 1980: Soziologie der Arbeit und der Berufe. Reinbeck
- Bolder, A., 1983: Ausbildung und Arbeitswelt. Eine Längsschnittuntersuchung zu Resultaten von Bildungsentscheidungen. Frankfurt/M.
- Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.) 1981: Betriebspraktika in schulischen Bildungsgängen. BMBW-Werkstattberichte 37. Bonn
- Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (Hrsg.) 1982: Modellversuche mit Gesamtschulen. Bühl/Baden
- Fausser, P., K.H. Fintelmann und A. Flitner (Hrsg.) 1983: Lernen mit Kopf und Hand. Berichte und Anstöße zum praktischen Lernen in der Schule. Weinheim und Basel
- Holzkamp, K., 1983: Grundlegung der Psychologie. Frankfurt/M. und New York
- Hurrelmann, K., 1983: Kinder der Bildungsexpansion. Die Integration der eigenen Bildungs- und Berufschancen durch Angehörige der Geburtsjahrgänge 1962-1964. In: Z.f. Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, H.2, 263-283

- Projektgruppe Automation und Qualifikation: Automationsarbeit: Empirische Untersuchungen, Teil 1, 1980; Teil 2, 1981, Teil 3, 1983; Teil 4 (Zerreißproben — Automation im Arbeiterleben) 1983. Argument-Sonderbände AS 43, 55, 67 und 79, Berlin/W.
- Senator für Schulwesen, Jugend und Sport (Berlin) 1983: Rahmenplan für Unterricht und Erziehung in der Berliner Schule, Fach Arbeitslehre. Sonderdruck, Berlin/W.
- ders. 1984: Daten zur Berliner Gesamtschule. Berlin/West
- Stauffer, E., 1983: Die Berufswahl als Produkt von Eignung und Neigung. In: F. Stoll (Hrsg.): Arbeit und Beruf. Kindlers »Psychologie des 20. Jahrhunderts«, Band 1. Weinheim und Basel
- Tremel, A., 1982: Theorie struktureller Erziehung. Grundlagen einer pädagogischen Sozialisationstheorie. Weinheim und Basel
- Ziefuß, H., und H. Lienker 1983: Jugend zwischen Schule und beruflicher Praxis. IPN-Arbeitsberichte 54 (Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften). Kiel
- Zimmer, G., zus. mit N. Rätzfel, 1980: Ermöglicht die Qualifikationsentwicklung Bildung für alle? Thesen zu einem perspektivischen Bildungsbegriff. In: Projekt Automation und Qualifikation: Bildungsökonomie und Bildungsreform. Argument-Studienheft SH 37, Berlin/W.
- ders. 1983: Faszination der Technik — Entwicklung von Handlungsfähigkeit in Arbeitslehre. In: Universität Bremen (Hrsg.): Arbeit und Technik. Symposium, Tagungsband, 483-494
- ders. (in Vorbereitung): Bildung und Erziehung zur Arbeit in Gesamtschulen. (Arbeitstitel)



Zerreißproben Automation im Arbeiterleben

Empirische Untersuchungen, Teil 4:
Arbeit und Privatleben, Arbeits-
beziehungen, Geschlechterverhältnisse
Argument-Sonderband AS 79
17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)



»1984«

Zur Aktualisierung von Orwells Vision:
Staatstheorie, Ökologie, Arbeitskontrolle,
Frauen und Gentechnologie;
Orwell im Englischunterricht
Argument-Sonderband AS 105
17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Karen Ruoff

Texas-Denk: Überlegungen zur Popularität von Ronald Reagan*

Es gibt Anlaß zur Sorge, daß die Wiederwahl Reagans zu einer weiteren welt-politischen Destabilisierung, zu verstärktem Wettrüsten und zu einem militärischen Angriff auf Nikaragua führen könnte. Daß die Reagan-Regierung knapp drei Tage nach der Wahl bereits vor den Häfen Nikaraguas Kriegsschiffe auffahren ließ, hat die Befürchtungen verstärkt. Ich will aber hier nicht der Frage nachgehen, welche Politik von den USA in den nächsten vier Jahren zu erwarten ist, sondern der Frage, wie sich die schlagende Popularität gerade dieses Präsidenten verstehen läßt — eine Popularität, die überraschenderweise nicht bei der älteren Bevölkerung, sondern gerade bei den Wählern unter 25 Jahren am stärksten war (was zu einer neuen Version des alten Spruchs aus der Studentenrevolte — »Trau keinem über 30!« — geführt hat: »Trau keinem unter 25!«). Ich will also untersuchen, warum die Reagansche Botschaft so erfolgreich »angekommen« ist — und dabei auf eine Analyse der eher »politischen« Gründe verzichten, wie etwa dem Gefühl vieler Amerikaner, daß ihre persönliche ökonomische Lage etwas weniger prekär ist als vor vier Jahren, oder der Mißerfolge der Außenpolitik Carters, die mit Hilfe einer weiterhin eifrig aufrüstenden Sowjetunion die Entspannungspolitik zu diskreditieren schien. Diese Gründe waren nicht unwichtig, aber ausschlaggebend wurden sie erst im ideologischen Kontext einer zunehmend komplexen und widersprüchlichen Lebenserfahrung.

Ich möchte im folgenden einen besonderen Aspekt des allgemeineren Phänomens des Reaganismus beschreiben, den ich »Texas-Think« — »Texas-Denk« — nennen will. Mein Interesse daran ist nicht durch die öffentlichen Auftritte des Präsidenten geweckt worden, sondern durch die Art und Weise, wie die Amerikaner über ihn sprechen. »Texas-Denk« ist ein verwirrendes Phänomen, weil es einige unserer bewährten (und deswegen ja noch nicht richtigen) Denkweisen über Ideologie und ihre Funktionen grundlegend in Frage stellt — unser Denken über so etwas wie Klassen, wahrgenommene Interessen, über die Beziehung zwischen dem, was das Projekt Ideologie-Theorie im Anschluß an Engels »ideologische Mächte« genannt hat, und den mehr »horizontalen« Vermittlungen, in denen die Individuen ihre Lebensbedingungen erfahren und leben. Und es verunsichert — teilweise vielleicht deswegen, weil es diese Annahmen in Frage stellt, aber mehr noch deswegen, weil seine Tragweite für die zukünftigen politischen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten so schwer abzuschätzen ist.

Ich habe dem Phänomen einen Namen gegeben, um es von dem Geflecht anderer Verhaltensweisen zu unterscheiden, in die es eingebettet ist. Den Namen »Texas-Denk« habe ich ihm nicht deswegen gegeben, weil es eine Beson-

* Erweiterte Fassung eines Beitrags zum Internationalen Seminar »Subject and Ideology«, das vom 3. bis 6. Oktober 1984 an der Freien Universität Berlin stattfand. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Thomas Laugstien.

derheit des Staates wäre, in dem »Dallas« liegt (bisher verstand man darunter eine Stadt, jetzt eine Fernsehserie), sondern weil ein paar »typisch« texanische Haltungen uns Analogien und Assoziationen liefern, die leicht zu identifizieren sind und sowohl Amerikanern wie Nicht-Amerikanern deutlich machen können, was ich meine.

Zuerst ein paar Worte über Texas für die Leser, die mit dieser Gegend keinerlei Vorstellungen verbinden oder für unsere Zwecke die falschen. Texas ist zunächst einmal ein Staat im Süden der USA, es ist der größte der 48 geographisch zusammenhängenden Staaten und traditionell einer von den weniger fortgeschrittenen. Als man dort Öl entdeckte, wurden viele arme Farmer buchstäblich über Nacht zu Millionären — so begann die Geschichte eines Aufstiegs, die mit der Raumfahrtindustrie und den großangelegten Investitionen im »Sun Belt« (den wirtschaftlich und demographisch stark expandierenden Staaten im Süden und Westen der USA) fortgesetzt wurde und jetzt dabei angeht, daß Texas eines der Zentren der Mikroelektronik wird. Kurz: wenn es noch ein »Neuland« für den amerikanischen Pioniergeist gibt, dann ist es Texas. Dieser Staat — in dem sich viele der am raschesten wachsenden städtischen Ballungsgebiete der Vereinigten Staaten befinden, in dem eine massive Einwanderung aus ökonomisch schwächeren Regionen (in *dieser* Hinsicht hat Ronald Reagan recht: Die Amerikaner »stimmen mit den Füßen ab«) und aus Ländern der Dritten Welt eingesetzt hat — dieses in hohem Maße städtische und technologisch hochentwickelte Texas besteht, in der Überlieferung und in der Wahrnehmung seiner archetypischen Bewohner, immer noch aus Ranch und Prärie. Der Texaner ist ein Cowboy, obwohl er für gewöhnlich in der Stadt lebt, »er« ist nicht selten eine Frau (und/oder ein Schwarzer oder Lateinamerikaner, ein Einwanderer aus Mexiko, aus Mittelamerika oder sogar aus Vietnam), er besitzt kein Pferd — aber er ist gleichwohl ein Cowboy. »Rags to riches, fast bucks and fast guns« (über Nacht zum Millionär, schnelles Geld und schnelle Colts) — Texas ist Amerika, so wie es eigentlich sein sollte. Die Überdeterminationen in einer Region, die solchen rapiden Wandlungen unterworfen war, und das daraus resultierende Mißverhältnis zwischen dem wirklichen und dem imaginierten Texas haben zu einer besonderen Mentalität beigetragen, die vielleicht nicht spezifisch texanisch ist, aber zumindest dort ungeeigneter auftritt als anderswo in den USA und in ausreichendem Maße, um sprichwörtlich zu werden. Zu dieser Mentalität gehört eine Kultivierung von Einstellungen und Verhaltensweisen, die den »Yankees« (also den Leuten aus dem Norden) rüpelhaft erscheinen, ein demonstratives Hervorkehren von genau dem, worüber sich Nicht-Texaner gemeinhin mokieren. Für den Stadtbewohner aus dem Norden sieht es so aus, als wenn der Texaner eben diejenigen Züge zur Schau stellt, die man anderenorts »in guter Gesellschaft« zu verbergen sucht. Dem Außenstehenden kommt es vor, als ob sich der Texaner im wahrsten Sinne freiwillig zur Zielscheibe seines Spotts macht — aber das ist eine Falle; er kehrt den Witz gegen den Außenstehenden zurück, isoliert ihn und hält *ihn* zum Narren. Der hinterhältige Spruch »Wir sind hier unten nur einfache Leute, wir kennen es nicht anders« wird mit einem Augenzwinkern vorgebracht; er entwapfnet den Eindringling, den Unruhefifter, der sich von außen

her »einmischen« will, den Yankee. (So soll beispielsweise ein texanischer Politiker namens Hogg für seine kleine Tochter den Namen »Ima« erfunden zu haben, um sie ins Leben zu schicken mit dem markanten Namen »Ima Hogg« = »I'm a hog« = »Ich bin ein Schwein«.) In dieser Haltung liegen ein offener Anti-Intellektualismus und ein Element von (nicht unberechtigter) populistischer Verachtung für Leute, die sich gern einbilden, sie seien gebildeter (was sie oft auch sind) und intelligenter (was sie natürlich nicht sind) als jemand aus der weißen Arbeiterklasse des Südens. Die Einstellung ist im Süden allgemein verbreitet; so nennen sich etwa die »Cajuns«, eine weiße Volksgruppe französisch-kanadischer Herkunft in Süd-Louisiana, stolz »coon-asses«, Waschbärarsche, usw. Auch sind die Texaner nicht gerade für übertriebene Nachdenklichkeit bekannt — man hat eben zu allem eine Meinung, die in ein paar Worten formuliert oder auch mit einem Brummen kundgetan werden kann. Freilich ist mit Texas auch anderes verknüpft, was das Wort »Texas-Denk« suggeriert und was es mit dem Reaganismus verbindet — es ist ein Bollwerk des traditionellen Konservatismus, des Patriarchalismus und Rassismus —, aber nicht diese wichtigen Elemente sollen uns hier in erster Linie beschäftigen, sondern mehr die Denkhaltung, die es bereitwillig vorzieht, weniger statt mehr zu wissen, komplizierten Erklärungen hartnäckig trotzt und mit voller Absicht fortbestehen läßt, was eine offenkundige Fiktion ist (im Falle von Texas das ländliche Idyll des Marlboro-Manns) — die zunehmende Anhänglichkeit, die dieser Fiktion entgegengebracht wird, je komplexer das wirkliche Leben wird und je fragmentierter die Erfahrung.

Gehen wir nun über von Texas zum »Texas-Denk«, das eine Art von »gebrochener« Subjektivität bezeichnet (so wie Lichtstrahlen in einem anderen Medium »gebrochen« werden), ein Leben und Denken in zwei nicht zusammenpassenden Lebensweisen, und zwar simultan und *bewußt*. Ich will zunächst einige kürzlich erschienene Aufsätze und Leitartikel aus der US-Presse zitieren, nicht weil sie den Mechanismus des »Texas-Denk« thematisieren, sondern weil sie in prägnanter Weise eines der zentralen Rätsel von Reagans Popularität formulieren, für das »Texas-Denk« eine plausible Lösung liefert. Das Rätsel besteht in der grellen Diskrepanz zwischen den Werten, für die Reagan vorgeblich steht, und seinem eigenen Verhalten. »Guck mal an: Er ist bisher unser einziger geschiedener Präsident, und er belehrt uns über den Wert der Familie. Er will, daß in der Schule gebetet wird, geht aber selbst nur selten zur Kirche oder seine Enkel besuchen.«¹ Ein *Newsweek*-Kommentar nimmt Bezug auf die gleiche Diskrepanz in den Arbeitsgewohnheiten des Präsidenten: »Seine Hochschätzung der Arbeitsethik fand nicht immer Anwendung in seiner eigenen eher trägen Arbeitsweise.«² Solche Mißverhältnisse bestehen ebenso auf der politischen Ebene: »Mr. Reagan wurde gewählt, um die Staatsverschuldung einzudämmen und den Leuten die Regierung vom Halse zu schaffen. Nun hat sich das Defizit verdreifacht, und er will darüber hinaus den Alkoholkonsum regulieren, den Gebrauch von Verhütungsmitteln einschränken und die Abtreibung verbieten.«³ Es gibt zwei altehrwürdige amerikanische Redewendungen, in denen sich die geläufige Einstellung ausdrückt gegenüber dem Verhältnis zwischen dem, was einer sagt, und dem, was er tut: »talk is cheap«

(Reden kostet nichts) und »put your money where your mouth is« (tu dein Geld dahin, wo dein Mund ist). Neben der wohlbegründeten Auffassung, daß man eine Äußerung am besten prüft, indem man ihre Auswirkungen auf die Brieftasche des Sprechers bestimmt, drücken diese Redewendungen ein tiefstzidendes Mißtrauen dagegen aus, die Leute (und besonders Politiker) beim Wort zu nehmen. Wenn man überdies die *Amerikaner* beim Wort nimmt (was sie selbst vielleicht nicht tun würden), so ist ihr Vertrauen zu »der Regierung« (*the government* — nicht zu verwechseln mit »dem Land« — *the country*) und ihren gewählten Repräsentanten bestenfalls begrenzt. Geht man von dieser traditionellen Skepsis aus, so verwundert es nicht, daß die schwindelerregende Popularität eines Präsidenten, dessen Äußerungen zu bestimmten Themen absolut nichts mit seinen Handlungen zu tun haben, viele seiner Kritiker sprachlos gemacht hat.

Einige haben versucht, ihn zu disqualifizieren, indem sie die Aufmerksamkeit auf diesen scheinbaren Zynismus lenkten, auf das Mißverhältnis zwischen den proklamierten Werten und den selbst dargebotenen, aber sie konnten daraus keinen Nutzen ziehen. Warum nicht? *Weil es für jeden schon so offensichtlich ist.* Es gibt eine eingestandene, akzeptierte und, wie ich vermute, sogar *bejahte* Kluft zwischen den vorgeblichen Werten, für die Mr. Reagan »steht«, und all denjenigen Überzeugungen, die von vielen seiner Wähler für grundlegend gehalten und praktiziert werden — als ob es sie erleichtern würde, daß auch *er* sie nicht wirklich einhält. (Das trifft, wohlgermerkt, nicht für seine Anhängerschaft bei den waschechten Konservativen zu, von denen viele sich einen fundamentalistischen Präsidenten wünschen; aber diese machen nach meiner Auffassung nicht den Großteil derjenigen Mehrheit aus, die ihn wiedergewählt hat.) Die Kritiker scheinen auch einen anderen wichtigen Aspekt dieser Werte-»Duplizität« nicht erfaßt zu haben: das *sowohl* die propagierten wie die tatsächlich praktizierten Werte, so widersprüchlich sie erscheinen mögen, in den USA für ehrbar gehalten werden. So ist beispielsweise nicht nur »harte Arbeit«, sondern auch das luxurierende »take it easy« Bestandteil der Idealbilder, die für Amerikaner motivierend wirken, ebenso wie Sparsamkeit *und* zur Schau gestellter Konsum usw.

Reagan erwies sich als unverwundbar durch die Anklage des Zynismus, weil er sich der Reichweite dieser Kritik entzogen hat: es gibt keinen Schleier, den man lüften könnte. Aus dem Hinweis, daß die Anrufung der guten alten Werte durch einen Hollywood-Veteran reines »Show-Business« war, ließ sich kein politisches Kapital schlagen, wenn es doch gerade dies ist, was die Leute jetzt anscheinend wollen und erwarten. Wollte man in den politischen Diskurs dadurch eingreifen, daß man Reagan als einen Zyniker »bloßstellte«, so zeigte man sich selbst in der undankbaren Position des neunmalklugen Kindes, das es schließlich wagt, zu sagen, daß der Kaiser keine Kleider trägt, wo doch der Kaiser in Wirklichkeit ein notorischer Nudist in einem Reich von Voyeuren ist.

»Texas-Denk« ist einerseits die »gebrochene« Subjektivität, die den offenkundigen Zustand ausdrückt, daß viele Amerikaner, zumindest derzeit, der Fiktion gegenüber der »wirklichen Sache« den Vorzug geben, wenn sie nur einfach und direkt ist, und die Komplexität reduziert. Dieses Phänomen ist nicht

besonders neu oder überraschend: Ideologie ist, auf einer bestimmten Ebene, ein Mittel zur Maskierung der Not. Es gibt aber eine zweite Komponente, die neu ist: das Vorziehen der Fiktion, *weil* es eine Fiktion ist. Reagan würde nicht soviel Unterstützung in traditionell »demokratischen« Kreisen gesammelt haben, wenn diese Wähler angenommen hätten, daß er das Wertegeschwafel ernst nahm und dies auch von *ihnen* erwartete. Kaum ein Amerikaner würde ernsthaft wollen, daß die Regierung »seine Tochter« vor einer Abtreibung bewahrt (der Bezug auf die »Tochter« ist noch eine von diesen amerikanischen Nagelproben, um festzustellen, wie ernst es jemand mit seinen bekundeten Prinzipien meint — viele Argumente für die Rassengleichheit fanden ihr abruptes Ende an der Frage: »Wäre es Ihnen recht, wenn *Ihre Tochter* so einen heiratet?«), und sie wären auch nicht bereit, noch härter zu arbeiten oder ihren Gürtel enger zu schnallen (jedenfalls aus anderen Gründen als denen der Eitelkeit). Sie scheinen in der Lage zu sein, diese Art von ideologischer Botschaft abzutrennen von jeder Auswirkung, die sie auf ihr eigenes Leben haben könnte.

Aus diesem Blickwinkel erscheint die Spekulation, ob es zu Reagans Popularität beigetragen hat, daß er ein Schauspieler ist, in einem neuen Licht. Der Schauspieler-Faktor wird meist deswegen für bedeutsam angesehen, weil man annimmt, daß Schauspieler besonders gut die Leute »zum Narren halten« können oder weil Reagan bereits eine Berühmtheit war, bevor er in die politische Arena trat. Überzeugend ist keine dieser Positionen. Wenn es von Bedeutung ist, daß Reagan ein Schauspieler ist, so deshalb, weil gerade jetzt viele Leute das Rollenspiel der Realität vorziehen. Diese Bemerkungen zielen nicht darauf ab, daß Reagan auf allen Ebenen schauspielert oder daß seine Wiederwahl keinerlei ernsthafte und langfristige Auswirkungen haben wird. In dieser Hinsicht könnte sich das »Texas-Denk« als eine Mentalität von verhängnisvoller Naivität erweisen. Die Amerikaner sollten das Desaster nicht unterschätzen, daß »einfache Lösungen« in einer komplexen Welt anrichten können. Eine Falle des »Texas-Denk« ist das Versäumnis, diese politische Botschaft ernst zu nehmen, weil sie genügend Elemente von offenem Zynismus enthält, um als folgendlos mißdeutet werden zu können. Eine andere ist die, daß die »Brechung« der politischen Subjektivität in gefährlicher Weise die »privat« für richtig gehaltenen Überzeugungen von den politischen Mandaten abkoppeln könnte, denen man seine Stimme gibt. Ich will jedoch auf etwas anderes hinaus: ein Votum für Reagan ist, obgleich es den Effekt hat, die politische Reaktion zu stärken, nicht notwendigerweise auch ein Votum *für* die politische Reaktion.

Abschließend möchte ich mich auf ein noch dünneres Eis begeben. Es war die Rede von der zunehmenden Komplexität des Lebens in Texas in seiner Beziehung zum Fortbestehen eines Mythos des Einfachen, Schlichten, Natürlichen. In den Vereinigten Staaten gibt es ein noch sehr viel beträchtlicheres Angebot von Diskursen, die die Subjekte zum Eintreten in ihre imaginären »Zentren« auffordern, als in den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern, vielleicht teilweise deswegen, weil das kommerzielle Fernsehen der wichtigste öffentliche Erzieher ist. Darüber hinaus machen die Netzwerke von Aktivitäten, in denen die Amerikaner sich bewegen, einen zunehmend disparaten Ein-

druck. Es überrascht nicht, wenn sie, in sicherer und nostalgischer Distanz, den guten alten Wertvorstellungen aus einer weniger verwirrenden Zeit den Vorzug geben — es wäre aber in der Tat sehr überraschend, wenn sie sie wirklich aus der Mottenkiste herausholen würden: sie können es nicht, sie werden es nicht, und wenig spricht dafür, daß die meisten es überhaupt wollen. Es sieht daher so aus, als bildeten sich vielleicht gerade jetzt noch adäquatere Formen von Subjektivität aus, die mit den behelfsmäßigen Fiktionen koexistieren, für die es weiterhin ein Bedürfnis zu geben scheint. Und jetzt lade ich den Leser ein, mir auf das dünne Eis zu folgen: Wäre es nicht möglich, daß die Abkoppelung einer bestimmten Ordnung von Verhaltensweisen von der anderen, die »Brechung« der Subjektivität in einer Periode des Übergangs, eine Art von Schutzraum liefern kann, in dem sich nach und nach eine erweiterte Denk- und Handlungsfähigkeit innerhalb eines komplexen materiellen und ideologischen Umfeldes entwickeln könnte? Ich gebe zu, daß es gewiß Grund zur Skepsis gibt. Es ist aber interessant, daß Max Horkheimer 1938, fünf Jahre nach Beginn des »Dritten Reiches«, eine ähnliche Spaltung im Bewußtsein der nicht zur herrschenden Klasse gehörenden Deutschen beschrieb, einen »Zynismus«, der für ihn auch eine »progressive Seite« hatte: »Daß die Bedürfnisse des modernen Lebens dazu zwingen, unter dem uniformen Handeln und Sprechen das richtige Wissen, wenn auch nur als Instinkt, als Ahnung ... doch auszubilden, das Sich-Lockern der Beziehung von Ideologie und Überzeugung, die insgeheim sich entwickelnde Rationalität auch bei zurückgebliebenen Schichten, sind Prozesse, die unabhängig vom Willen der Herrschenden stattfinden.«⁴ Die Entwicklungen nach 1938 zeigen dann, daß im Falle von Nazideutschland entweder dieses »richtige Wissen« noch nicht richtig genug war, oder daß richtiges Wissen allein noch nicht genügte; das Dritte Reich war aber in vielfacher Hinsicht eine historische Ausnahmesituation, die keinesfalls vergleichbar ist mit den pluralistischen USA, selbst unter rechtskonservativen Vorzeichen. Es ist nicht undenkbar, daß in anderen historischen Bedingungen eine optimistische Einschätzung dieses »Sich-Lockerns der Beziehung von Ideologie und Überzeugung« oder der »gebrochenen« Subjektivität, die ich »Texas-Denk« genannt habe, tatsächlich angebracht sein mag.

Anmerkungen

- 1 Reston, James, 1984: So Tell me: What's Reagan's Secret? In: International Herald Tribune, 25. Sept., 6.
- 2 A best friend in the White House, in: Newsweek Election Extra, Nov./Dez. 1984, 25.
- 3 Schwarz, Eric, 1984: What Can Presidents Do? In: International Herald Tribune, 29. Oktober, 6.
- 4 Horkheimer, Max, 1968: Montaigne und die Funktion der Skepsis. In: ders., Kritische Theorie Bd. II, Frankfurt/M., 243.

Werner van Treeck

Machiavelli und die Soziologie im Faschismus*

I. Politische Theorie als Kampffeld

Franz Neumann hat in seiner großen, 1942 zum ersten Mal erschienenen Untersuchung über den deutschen Faschismus »Behemoth« die Frage nach seiner politischen Theorie aufgeworfen und ist ihr in der Form nachgegangen, daß er die Geschichte der politischen Theorien auf Verwandtschaften, Anknüpfbarkeiten, Aneignungsmöglichkeiten durch den Faschismus geprüft hat (1977, 513ff.): Das Werk von Hobbes taugt dazu nicht; der nationalsozialistische Staat sei kein Leviathan: »Der Leviathan verschlingt die Gesellschaft zwar, aber er verschlingt sie nicht ganz und gar. Seine souveräne Gewalt gründet sich auf den Konsens, die Zustimmung und Übereinkunft der Menschen. Die Rechtfertigung der souveränen Gewalt bleibt rational und ist folglich unvereinbar mit einem politischen System, in dem das Individuum gänzlich zum Opfer gebracht wird.« Die französischen, spanischen, englischen und deutschen konservativen und traditionalistischen Theorien des 18. und 19. Jahrhunderts von Burke über de Maistre und Bonald bis Donoso Cortes und Stahl sind ebenfalls mit dem Faschismus unvereinbar; hier gibt es zwar adaptierbare Elemente wie die Ablehnung der bürgerlichen Rechte, der Gleichheit und Selbstbestimmung der Menschen, aber sie orientieren auf Monarchie und Kirche und entwickeln ihre Theorien mit einer Logik, die »für den Nationalsozialismus immer noch viel zu rational« ist. Auch Relativismus und Pragmatismus sind durch eine Kluft vom Faschismus getrennt: Sie sind »desillusionierende Theorien«, »beugen sich nur feststellbaren Tatsachen und fordern damit die Freiheit, diese zu entdecken und zu analysieren«. Der Nationalsozialismus sei — aufs Ganze gesehen — unvereinbar mit jeder rationalen politischen Philosophie. Statt dessen habe er »jene Methoden zu neuem Leben erweckt, die im 14. Jahrhundert, als die ersten modernen Staaten, die italienischen Stadtstaaten, gegründet wurden, üblich waren. Er ist in die Frühzeit des Staatsabsolutismus zurückgegangen, in der 'Theorie' bloßes arcanum dominationis, geheimes Herrschaftswissen war, eine Technik jenseits von Gut und Böse, eine Summe von Mitteln zur Erhaltung der Macht. Die Führer der italienischen Stadtstaaten im 14. Jahrhundert, Machiavelli ... waren Meister in dieser Kunst.«

Für diese Aussage gibt es Gründe. Man könnte etwa auf Mussolini verweisen, der sich zu Beginn der 20er Jahre mit dem Gedanken getragen hat, eine Dissertation über den Begriff des Staatsmannes bei Machiavelli zu schreiben und dabei in dem, was er schließlich zu Papier gebracht und als »Preludio al Machiavelli« veröffentlicht hat, auf die Machttechnik des Staates im Ausnahmezustand allein abstellt: Die Macht auf den freien Volkswillen zu gründen, erklärt er für eine »Fiktion«. Die Volksabstimmung funktioniere »herrlich, wenn es sich darum handelt, den passendsten Ort für einen aufzustellenden

* Habilitationsvortrag vor dem Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften I der FU Berlin am 21. Juni 1984

Dorfbrunnen festzulegen«. Und er beschwört die »großen Stunden«, »wo dem Volke die für normale Zeiten wohl taugliche Papierkrone der Souveränität entrisen wird, und wo man dem Volk dann ohne weiteres befiehlt, eine Revolution oder einen Frieden anzunehmen, oder in das Ungewisse eines Krieges zu marschieren. Und dann bleibt dem Volke nichts anderes übrig als nur ein kleines einsilbiges Wort, um zu bejahen und zu gehorchen« (1940, 78f.).¹

Dennoch: ich will hier diskutieren, ob nicht Neumanns Fragestellung: »hat der Faschismus eine politische Theorie?« zu kurz greift. Daß Politik ein Kampffeld konstituiert, auf dem es nicht nur Tyrannen, sondern auch Verschwörer gibt, das — wie Machiavelli in seiner Geschichte von Florenz sagt — von »Spaltungen« der Kräfte geprägt ist, wäre ja nicht zuletzt von ihm selbst zu lernen. Die Frage: hat der Faschismus eine politische Theorie? müßte dann umformuliert werden in eine Frage nach den Kämpfen auf dem Felde der politischen Theorie: Wo verlaufen die Kampflinien und -fronten?, welche Theorien sind umkämpft und warum?, wer ist beteiligt?, wie wird gekämpft? und mit welchem Ergebnis? Dem will ich am Beispiel der politischen Theorie Machiavellis nachgehen. Daß Machiavellis Werk nicht auf Machttechnik reduzierbar ist, werden wir dabei als weiteres Ergebnis mitgeliefert bekommen.²

Die Untersuchungen, die hier zu verhandeln sind, entstanden an einer deutschen Universität, im Exil und in einem faschistischen Gefängnis. Die beiden ersten stammen von professionellen Soziologen, beide akademische Lehrer: Hans Freyer und René König. Beide verstanden ihre Machiavelli-Arbeiten, 1938 und 1941 erschienen, als Beiträge zur politischen Soziologie und zur historischen Anthropologie. Für Freyer ist der »Traum, daß die Soziologie die Krisis des Zeitalters überwinden könne, indem sie sie durchschaut, daß Politik eines Tages angewandte Soziologie sein werde wie Technik angewandte Physik ist« (1930, 2), bislang unerfüllt, und wie dieser »Traum« »an der Wiege der Soziologie« gestanden habe, so steht er auch an der seinen. — König interessiert an seinem Gegenstand »die Logik der Krise, die erst die moderne Soziologie sichtbar gemacht hat. Wobei unter Krise nicht ein simples Durcheinanderlaufen einander widerstrebender Kräfte zu verstehen ist, auch nicht ein geheimnisvoller Vorgang, dessen Namen man allemal dann berufen könnte, wenn das Denken und Handeln mit hergebrachten Mitteln nicht mehr vorankommt. Vielmehr hat auch die Krise ihre strukturelle Klarheit und artikulierte Durchsichtigkeit ...« Vor diesem Hintergrund analysiert er Machiavellis Denken »als ein geschlossenes System des Verfalls«; damit werde »die innere Grenze seines Denkens sichtbar gemacht ..., nun nicht mehr als Ausfluß unfruchtbarer Kritelei, sondern als Folge soziologischer Kritik« (18f.).³ — Der dritte hier einbezogene Autor, Antonio Gramsci, hat einen entsprechenden professionellen Kontext nicht; doch hat er im Zusammenhang mit seinen Untersuchungen zu Machiavelli, die zu seinen Lebzeiten überhaupt nicht erschienen sind, seine Arbeit auch als sozialwissenschaftliche reflektiert: »Das in der Soziologie wirklich Wichtige ist nichts anderes als politische Wissenschaft.« (354) Und er begründet dies damit, daß der Staat — Gegenstand politischer Wissenschaft — der »Gesamtkomplex praktischer und theoretischer Tätigkeit« sei, »mit dem die

herrschende Klasse ihre Herrschaft nicht nur rechtfertigt und aufrechterhält, sondern mit dem sie auch den tätigen Konsens der Regierten zu erhalten vermag«. Damit ist Soziologie als politische Wissenschaft zugleich im Sinne eingreifender Wissenschaft bestimmt. Wissenschaft sei »Entdeckung von zuvor unbekannter Wirklichkeit«, »Schöpfung« und in diesem Sinne »Politik«: »Alles läuft darauf hinaus, ob es sich um willkürliche oder rationale, das heißt dem Menschen nützliche Schöpfung handelt, die seine Auffassung vom Leben erweitert, die das Leben selbst ... entwickelt.« (355)

Im Unterschied zu den Arbeiten Freyers und Königs, die beide systematische Monographien sind, hat die Auseinandersetzung Gramscis mit Machiavelli eine offene Form. »Notizen über die Politik Machiavellis« heißt es etwa. Was Gramsci an Machiavellis »Principe« rühmt, daß es »keine systematische Studie« sei, sondern ein »lebendiges Buch, in dem politische Ideologie und politische Wissenschaft zu der dramatischen Form des 'Mythos' verschmelzen« (283), eine Darstellung, die die künstlerische Phantasie der Menschen anrege, die überzeugt werden sollen — davon ist auch Gramscis Arbeit selbst inspiriert. Seine Auseinandersetzung mit Machiavelli entwickelt sich zum Entwurf eines »Modernen Principe«, der »keine vernünftelnde, kalte und pedantische Abhandlung« (288) sein dürfe, der »historische (ökonomische) Analyse« und »'dramatische' Darstellung« (286) verbinden müsse, und weitet sich schließlich aus zu Bausteinen einer »politischen Wissenschaft«, von der gesagt wird, daß sie »in ihrem konkreten Inhalt (und auch in ihrer logischen Formulierung) als ein in Entwicklung befindlicher Organismus« aufzufassen sei (288).

Alle drei erleben (freilich auf höchst unterschiedliche Weise) die Siege des Faschismus in ihren Ländern als epochalen wie auch als persönlichen Bruch, der sich in dem Bruch des Jahres 1512 wie in einem historischen Modell studieren läßt: Für Machiavelli wird die große politisch-gesellschaftliche Erschütterung Italiens durch die persönliche Lebenskrise übersteigert, in der er, nach dem Sturz der Republik und der Rückkehr der Medici nach Florenz, aus der politischen Praxis ausgeschaltet, kurzzeitig verhaftet, gefoltert und aus der Vaterstadt vertrieben, die großen wissenschaftlich-literarischen Werke sich abzwängt, die einen Ausweg aus der Krise weisen sollen. — Antonio Gramsci wird am 8. November 1926 von den Faschisten in den Kerker geworfen, René König von den Nationalsozialisten ins Exil getrieben, für beide eine politische und persönliche Katastrophe, unter deren Vorzeichen ihre (durchaus divergierenden) Machiavelli-Auseinandersetzungen stehen. Hans Freyer, Soziologe an der Universität Leipzig, teilt die gesellschaftliche Krisenerfahrung, aber mit umgekehrtem Vorzeichen: Der Bruch des Jahres 1933 eröffnet ihm die Aussicht auf eine Lösung der Krise. Die für Machiavelli persönliche Katastrophe im Jahre 1512 hat er als Opfergang verarbeitet: Zwar sei sein Leben zerbrochen. »Aber auf diesem Wege ist die politische Wissenschaft geboren worden, und das ist, positiv gewendet, die Mitte von Machiavellis Leben.« (25)

II. Freyers Machiavelli und der »Held der geschichtlichen Stunde«

Hans Freyer hat das Werk Machiavellis dadurch zu begreifen versucht, daß er analytisch eine Reihe von »Denkschichten« an ihm abgehoben und auseinandergelegt hat, die das Verständnis sozusagen von außen nach innen, von der Peripherie ins Zentrum führen. Als erste »Denkschicht« identifiziert er die Entwicklung einer »Technik des politischen Handelns« (81 ff.). Wer sich mit einem Verständnis Machiavellis als Machttechniker begnügt, rückt gemeinhin dies ins Zentrum der Analyse. Für Freyer ist es Peripherie: In der Politik lassen sich Folgen wechselnder, doch typisch wiederkehrender Situationen auffinden und Handlungen, die mit diesen Situationen fertig werden. Daraus läßt sich eine Technik gewinnen, die angibt, *wie* in bestimmten Situationen zu handeln ist: ein Regelsystem, das man lernen, üben und anwenden kann. Drei Voraussetzungen werden gemacht: 1. Es wird Konstanz der menschlichen Antriebe und Leidenschaften, der Herrschaft von Menschen über Menschen unterstellt; nur so sei Anwendung geschichtlicher Erfahrungen und Voraussage der Zukunft möglich. 2. Das vorausgesetzte Ziel müsse vorbehaltlos gewollt werden; Machiavelli denke hier »rein positiv«: »Er fragt nicht nach dem Sinn und Recht der Ziele, die die politisch Handelnden sich setzen ...« 3. Es gebe keine Begrenzung der Mittel; dies kennzeichne die Politik und den Krieg gegenüber allen anderen menschlichen Tätigkeitsgebieten, in denen »die Mittelwahl durch irgendwelche übergreifenden Normen, durch verbindliche Satzungen oder festen Brauch beschränkt« ist. Die Politik ist »in der Mittelwahl völlig hemmungslos«.

Die zweite »Denkschicht« im Werke Machiavellis bezeichnet Freyer als »Metaphysik der politischen Substanz« (98 ff.): Die Fragestellung Machiavellis erweitere sich von der Technik des politischen Handelns zur Substanz des politischen Handelns; sie »heißt nicht mehr: *wie* macht man das?, sondern sie heißt: wo ist in der trägen Materie der Menschheit substantieller politischer Wille dagewesen?« Freyer führt hier Machiavellis Idee der »virtù« ins Spiel und bestimmt sie als »jenes Plus an Lebenskraft, das einem ohnedies starken Wesen mitgegeben ist, das nun als politische Energie in ihm bereitliegt und in Heldentum, Herrscherwillen, geschichtliche Leistung ausströmt.« »Virtù« sei eine »metaphysische Substanz«, auch wenn Machiavelli sich bemühe, »dieser *qualitas occulta* begrifflich Herr zu werden«. Er habe in vielen Ansätzen sie zu beschreiben versucht: »Ordnet man alle diese Stellen, so ergibt sich eine sehr große Spannung, an deren einem Ende jenes Urbild des schlichten sittenreinen Volkes mit seinem mythischen Heros, an deren anderem Ende aber der sittlich verworfene, gangsterhafte politische Abenteurer steht, der nun aber doch in einer Welt, die nichts Besseres verdient, Sieger und Herrscher wird, und der nicht nur deswegen, weil er Erfolg hat, sondern deswegen, weil in seiner vollkommenen Natur das Ferment *virtù* treibt, Machiavellis Interesse auf sich zieht. Indem er diese Reihe durchläuft, löst Machiavelli seinen Begriff der *virtù* schrittweise von dem sittlichen Untergrund los und verhärtet ihn zum rein politischen Begriff.«

Eine dritte »Denkschicht« ergibt sich für Freyer mit Machiavellis Analysen

zur »Struktur des politischen Kraftfeldes« (111ff.). In zwei Richtungen habe Machiavelli eine »Strukturlehre« entwickelt: »Er untersucht erstens die Struktur derjenigen Teilräume, die mit virtù begabt sind, zweitens die Struktur des weiteren Feldes, auf das von diesen Zentren aus politische Wirkungen ausstrahlen.« Die erste Fragestellung lautet: »Wie muß das politische Gebilde 'verfaßt' sein, damit seine virtù ... beständig und zu geschichtlichen Taten frei wird?« Und Freyer liest aus Machiavelli die Antwort: »Im Zustand des Kampfes ist der Staat am meisten Staat. Der Krieg ist seine hochzeitliche Stunde. Daß das Volk hierzu bereitgestellt ist, ist also die Probe auf die virtù des Staates ...« — Die zweite Fragestellung lautet: Wie ist das politische Kraftfeld an den übrigen Stellen gebaut, die Freyer als »virtù-freie Räume« bezeichnet, und die »mehr Objekte als Subjekte der Geschichte« seien. Hier werden die »Wirkungsbedingungen« der politischen Subjekte thematisiert, Wirkungsbedingungen, die sich freilich ändern können, so daß auch die politischen Subjekte dies erkennen und ihre Aktionsformen der Struktur der Zeit — Machiavellis »qualità dei tempi« — entsprechend ändern müssen.

Die vierte und letzte Schicht in Machiavellis Denken faßt Freyer als »Ethik der geschichtlichen Stunde« (125ff.). Er sucht sie in der italienischen Gegenwart Machiavellis und in ihren politischen Aufgaben. Die Aufgaben, die die Gegenwart stelle und für die der »Principe« die Lösung bereithalte, lauten — mit der Überschrift des Schlußkapitels — Italien zu einen und von den Barbaren zu befreien. Dies nennt Freyer die »Forderung der Stunde«; »konkrete geschichtliche Stunden« könne man aber nicht mehr systematisieren, sondern nur noch »im Blick erfassen«: »... aus der Vergegenwärtigung einer geschichtlichen Stunde kann nie eine abstrakte Handlungsregel abgelesen werden; es kann nur der Mann, der der Stunde gemäß ist, der Held, der ihren Aufgaben gewachsen ist, als konkreter Typus ihr zugeordnet werden.« Hier bekommt das Bild Cesare Borgias, an dem Machiavelli das »Urphänomen des Politischen ... erschaut« habe (37), zentrale Bedeutung.

Freyer zeichnet mehrere Umformungen des Bildes Cesare Borgias, die in etwa der von ihm herausgearbeiteten Schichtenfolge von Fragestellungen und Denkansätzen in Machiavellis Werk entsprechen. Hinter der Konstruktion einer Technik des politischen Handelns stehe das Bild Cesare Borgias, der, durch keinerlei (etwa moralische) Hemmungen belastet, richtig handelt und darum Erfolg hat. — Im nächsten Schritt wird aus dem »schematischen Vorbild politischer Technik« (136) der Fürst durch fortuna, der das »konstruktive Problem« (zumindest im Prinzip) löst, die Herrschaft, die ihm »sozusagen durch die Gunst des Schicksals geschenkt worden ist«, zu erhalten und auszubauen, »den unverdienten Aufstieg nachträglich (zu) legitimieren«, »die Fundamente seines Staatswesens nachträglich zu legen« (133). — Und auch dieses Bild wird schließlich überhöht zu dem, was Freyer die »Vision einer Gestalt« (139) nennt, die vor eine konkrete historische Aufgabe gestellt ist, für deren Lösung nur noch das Bild des Fürsten schlechthin beschworen werden kann. Statt vom »Typus, in dem der Wirklichkeitsgehalt einer ganzen Welt zur Gestalt zusammengezogen ist« (143), spricht Freyer auch vom »Mythus«, davon, »daß Tat-

bestände, die bereits strukturtheoretisch gefaßt sind, noch einmal zum Bild veranschaulicht, geradezu zum Mythos verdichtet werden« (129). Man geht wohl nicht fehl, wenn man Freyers Mythos-Verständnis in einiger Nähe zu dem von Georges Sorel sieht. In der Einleitung zur Schrift »Über die Gewalt« findet man den Satz: »... die Menschen, die an den großen sozialen Bewegungen teilnehmen, stellen sich ihre bevorstehende Handlung in der Gestalt von Schlachtbildern vor, die den Triumph ihrer Sache sichern« (1969, 30). Solche Bilder nennt Sorel »Mythen«. Ihre Funktion ist es, Menschen zu einigen und zu gemeinsamer Tat anzufeuern. Weder Nützlichkeitsüberlegungen noch Begriffe, sondern Bilder rufen die Menschen zu Taten auf und schließen sie zu gemeinschaftlichem Handeln zusammen. Am Beispiel des Mythos vom Generalstreik: »Selbst wenn sich ... die Revolutionäre ganz und gar täuschen würden, indem sie sich vom Generalstreik ein phantastisches Bild entwürfen, so könnte dennoch dieses Bild während der Vorbereitung zur Revolution ein Element der Kraft ersten Ranges dargestellt haben: wofern es nämlich in vollkommener Weise alles Trachten des Proletariats hat zur Geltung kommen lassen und wofern es der Gesamtheit der revolutionären Gedanken eine Bestimmtheit und Unbeugsamkeit verliehen hat, die andere Denkweisen nicht hätten zuwege bringen können.« (ebd., 144) Das Zitat macht zugleich die Differenz zu Freyers Mythos-Verständnis schlagend deutlich: in ihm werden nicht »die kräftigsten Tendenzen eines Volkes, einer Partei oder einer Klasse« (ebd., 141) dargestellt, sondern die singuläre Gestalt des »neuen Fürsten« (152); oder mit Bloch: *actus purus* ist nicht Generalstreik, sondern Staatsstreich. Volk ist bestenfalls »edles aber rohes Material« und bedarf des »Heros, der es erweckt und auf den Weg der Geschichte führt ...« (106). Vom italienischen Volk der Renaissance spricht Freyer als dem »wurmstichigsten Material, das sich denken läßt« (143), und nur ein »politisches Verwandlungswunder«, die »erlösende Tat« »des modernen Staatsmannes, der unter den Bedingungen der Gegenwart ein politisches Volk formiert« (153), vermöchte es zu »erneuern«.

Wie denkt Freyer das Verhältnis von Politik und Moral in Machiavellis Werk? Auch dies nimmt in der Folge der »Denkschichten« Machiavellis verschiedene Formen an. In der ersten Schicht einer Technik des politischen Handelns stelle sich das Problem nicht. Die moralische Unterscheidung nach Gut und Böse gleite an den Handlungen des Politikers ab. »Auf irgendeine Maßnahme verzichten, nur weil sie unmoralisch ist, ist einfach ein technischer Fehler.« (95) Freyer greift zur Fechtmetapher: »Wenn der Fechter vor dem Stoß eine Finte schlägt und sich sein Gegner durch die Finte täuschen läßt, ist der erstere nicht verlogen, sondern gewandt, der letztere nicht treu und bieder, sondern ein schlechter Fechter. Dieser eindeutige Sachverhalt verändert sich auch dann nicht, wenn wir ihn aus der Sphäre des normierten Spiels in die Sphäre des Ernstes, d.h. des absoluten Kampfes versetzen. Es erweitert sich dann nur der Kreis der möglichen 'Finten', weil alles erlaubt ist.« (97) Auf der Ebene der Technik seien die Subjekte der zu untersuchenden Handlungen noch keine Personen, denen moralische Qualitäten zurechenbar seien, sondern abstrakte Handlungsträger; »für die technische Betrachtung gibt es keine Substanz —,

nur Funktionswerte, gibt es nicht Gut und Böse, sondern nur taugliche und untaugliche Mittel« (98). — Ernst wird es nach Freyer mit dem Problem des Verhältnisses von Politik und Moral erst, wenn die Ebene der Technik des politischen Handelns verlassen wird, wenn der »Held«, der Principe, mit einer »geschichtlichen Stunde« fertig zu werden habe, die ihm »in einer völlig verrotteten Welt« schlage (143ff.). Freyer entwirft nunmehr Machiavelli als »Antimoralisten« und malt dessen Züge mit schriller Inbrunst: »Der Fürst darf nicht eine unsichere Hand und schlaflose Nächte bekommen, wenn es ein Verbrechen zu tun gilt; er muß auch dann ganz sicher und mit voller Gewissensruhe seinen Weg gehen. Ein ethisches Training ist notwendig, mit dem Ziel, 'mit Ehren schlecht sein zu können' ... Der Fürst soll in kurzer Zeit aus einem verkommenen Menschenmaterial eine neue Heeresmacht bilden und wird überhaupt dem entnervten Volk unerhörte Leistungen abzugewinnen haben. Er muß also vor allem hart sein ... Brutal durchgreifen kann oft milder sein als die Dinge gutmütig laufen lassen; ohne Grausamkeit hätte Cesare Borgia die Romagna nie in Form gebracht. Überhaupt wird der Fürst lernen müssen, in der eisigen Höhenluft der Furchtbarkeit und sogar des Schreckens zu existieren.« Von der Ebene der Technik politischen Handelns sieht hier Freyer den »Machiavellismus« »in das Innere der Persönlichkeit hineingesenkt«. Damit verlieren die Lüge, die Grausamkeit, die Treulosigkeit ihre moralischen Anführungszeichen. Sie werden zu »echten Eigenschaften der Person«.4

III. Königs Machiavelli und die Aporien »politischer Ästhetik«

Der Leser seines Machiavelli-Buches wird von Freyer durchweg im Unklaren gelassen, wann er von Machiavellis Gegenwart spricht und wann von seiner eigenen. Die Zeiten schwimmen ineinander. Daß dies ein bewußt eingesetztes Stilmittel ist, wird dort unübersehbar, wo die Interpretation Machiavellis explizit zu Bildern und Beispielen des 20. Jahrhunderts greift, wo etwa die Idee der »virtù« als »geheimnisvolle Tatsache, daß ... von einem Mikrophon aus Millionen geführt werden können« (100f.), beschrieben wird. Einer der ersten Rezensenten des Freyerschen Buches (im 1939er Jahrgang der von Thomas Mann und Konrad Falke herausgegebenen Zeitschrift »Maß und Wert«) hat dies sofort bemerkt: »Es fällt schwer, sich mit diesem wirklich bedeutenden und in seiner Konsequenz so aufrichtigen Buche auseinanderzusetzen, ohne das Buch selber von Grund aus neu zu schreiben. Es fällt doppelt schwer, weil überdies unterirdisch gleichsam Parallelen und Anklänge an die Gegenwart unserer Tage mitlaufen, die wohl so eindeutig sind, daß eine Auseinandersetzung mit ihnen sich erübrigt.« (1939, 851) Der Name des Rezensenten Paul Kern ist ein Pseudonym, hinter dem sich niemand anderes als der exilierte Privatdozent an der Züricher Universität, René König, verbirgt. Selbstverständlich hat sich König mit dem — wie man zugespitzt sagen könnte — faschisierten »Principe« Freyers auseinandergesetzt; er hat in der Tat — mit seinen eigenen Worten — das Buch »von Grund aus neu« geschrieben, ein antifaschistisches Buch, was die gut beurteilen konnten, die es gleich nach seinem Erscheinen für Deutschland verboten; zugleich ein Buch auch gegen Hans Freyer, wiewohl er ihn (au-

ber einem Seitenhieb auf einen Vortrag Freyers »Über Fichtes Machiavelli-Aufsatz« aus dem Jahre 1936) kaum mehr zitiert: nicht nur die unüberhörbaren Anspielungen sprechen dafür, mehr noch die ganze Konzeption des Buches und sein Ergebnis, die denen Freyers diametral entgegengesetzt sind. Baut Freyer seine Untersuchung von dem Bruch der »Mitte« des Machiavellischen Lebens her auf, so rückt König — ein glänzendes Stück historischer Soziologie, wie man es in dieser Zeit höchstens bei Norbert Elias noch findet — die »Krisenstruktur« der Renaissance-Gesellschaft ins Zentrum und versucht von hierher Machiavellis Werk zu verstehen. Sieht Freyer in Machiavelli den politischen Wissenschaftler und politischen Soziologen par excellence, so König den »Künstler einer in der Wirklichkeit unüberholbar verlorenen Ordnung, die er als fernes Bild seiner Gegenwart vorhält« (21). Dies mag nun zunächst überraschend klingen, wird aber sofort verständlich, wenn man, wie König das tut, Freyers an Machiavelli entwickelten Begriff des Politischen als durch und durch ästhetisiert erkennt: Daher rühre der diabolische und verführerische Glanz des Verbrechens über dem Bilde Cesare Borgias. »Solches ästhetisches Schweben, solch Fin-de-siècle- und Dekadenz-Immoralismus liegt ... einem großen Teil der gegenwärtigen deutschen Spekulation über den Staat zugrunde [König verweist hier in Klammern auf Carl Schmitt], wo er sich paart mit dem schneidigen Rodomontieren blitzender Aperçus der spät erweckten Romantiker [an dieser Stelle verweist König auf Ernst Jünger].« (Kern 1939, 852) Wenn aber die Ästhetisierung der Politik und des Staatsdenkens im Faschismus so begierig an Machiavelli sich anschließt, muß das nicht auch Gründe haben, die in der Gesellschaftsstruktur der Renaissance und im politischen Denken Machiavellis selbst zu suchen sind?

René König trägt ein gewaltiges Material zusammen, das helfen soll, diese Frage zu beantworten (66ff.): Auf der einen Seite die »entlehene Ordnung« des Humanismus, der nach dem katastrophalen Zerfall der mittelalterlichen »garantierten« Ordnungen der aufgewirbelten Welt durch den Rückzug auf die Antike »wenigstens eine literarisch-ästhetische Garantie zu geben« versuchte. Die Antike wird im Renaissancehumanismus nicht zum Gegenstand kritischer Erkenntnis, sondern ihre Erkenntnis geht vor sich im ästhetischen Bild. Mit König: »Das Ästhetische im Erkenntnisgebrauch aber führt zum Mythos« (72), ein Mythos-Verständnis, das in der Tradition »allegorischer« Mythendeutung steht, die den Mythos als eine Art Vorstufe zur kritischen Erkenntnis zu begreifen versucht und die — worauf Cassirer verwiesen hat (1925, II, 4ff.) — typisch für das Renaissancedenken selbst war.⁵ Auf der einen Seite also die »neue Weltflucht« des Renaissancehumanismus als »Flucht in die Schönheit« (72); auf der anderen Seite die »Wendung zur Tatsächlichkeit«, wie sie sich zeigt »im Sammeln, Beobachten, ... im Erforschen fremder Länder«, »im heroischen Zeitalter des Kapitalismus, in dem der rechnende Einzelne sich die Welt zu unterwerfen sucht« (114f.). Zwar gebe es bei Machiavelli den humanistischen Hochmut gegenüber dem rechnenden Bürgergeist, zugleich aber werde in ihm — König zitiert Dilthey mit Zustimmung — »der praktische Verstand als Logik der Geschäfte, Beobachtung, Induktion, Vergleichung, Gene-

ralisation am Stoffe des Lebens und der Historie ... sich seiner Souveränität bewußt; nicht nur auf dem Gebiete der Geschäfte, sondern auch auf dem der Wissenschaft.« Diesen »praktischen Verstand« will König »weder als ein bodenständiges traditionales Denken, noch als weitgespannte ideale Umfassung der Welt« aufgefaßt wissen, »sondern im ganz spezifischen Sinne als eine Art mittlerer freischwebender Intellektualität, wie sie dem Denken zukommt, das sich aus allen Bindungen gelöst hat ...« (118)⁶ Die institutionelle Ausprägung dieser Intellektualität findet König in den humanistischen Konventikeln, an denen Florenz reich war. Er untersucht die Bedeutung der Rhetorik und insbesondere die Bedeutung der von vielen Renaissancehumanisten erlittenen Erfahrung der Emigration, die, vermittelt der Abtrennung von der heimatlichen Lebenswirklichkeit, die Produktion ästhetischer Utopien begünstigt habe.

König analysiert nicht nur den gesellschaftlichen Bedingungs-zusammenhang für Machiavellis Ästhetisierung der Politik, er thematisiert sie in seinem Werk selbst. Er untersucht seine nicht-realistischen Züge, die Formen des ästhetisierenden Zugriffs auf politische Wirklichkeit, die Stilisierung der Personen, ihre »ästhetische Transfiguration« (185) und den »novellistischen Einschlag« (181). Er macht insbesondere auf die »höchst seltsame analytische Technik« Machiavellis bei der Bearbeitung politischer Probleme aufmerksam (208f.); man nehme etwa das Problem: Spanien und Frankreich schließen einen Waffenstillstand, was verbirgt sich dahinter? Zur Beantwortung der Frage spaltet Machiavelli die Problemsituation in eine Kette von Dilemmata auf: entweder war Spanien klug, als es diesen Vertrag schloß, oder es war nicht klug; war Spanien klug, dann müßte das im Zusammenhang mit seinen sonstigen Handlungen stehen; das ist nicht der Fall, denn Spanien war immer mehr schlau und glücklich als klug; und so geht das immer weiter. Nun könnte man in dieser Analysetechnik durchaus einen naturwissenschaftlichen experimentierenden Geist am Werke sehen, wie es etwa Freyer, aber auch andere getan haben; König sieht jedoch nur ein irrales Verfahren, die Analyse gehe in lauter hypothetischen Urteilen vor sich, die immer sagen, was geschehen wird, wenn gewisse Bedingungen erfüllt oder nicht erfüllt sind, wobei die Bedingungen, die Machiavelli setze, nicht Resultat »positiver Erfahrungen«, sondern »allgemeine Bilder«, »ästhetische Destillate« seien. König hält dies nicht für Willkür oder Unfähigkeit; vielmehr breche hier die »Realität der Krise« durch, »die alle Ordnungen und Maßstäbe aufgelöst hat«. In dieser Realität der Krise »haben der Weise und der Philosoph ausgespielt und das politische Literatentum bemächtigt sich der freigewordenen Positionen, um die Welt mit dem unweisen und unverbindlichen Flittergewand der politischen Ästhetik zu drapieren« (218). Derlei sei nur unter zwei Bedingungen zu rechtfertigen: 1. wenn zugleich das Bewußtsein, »aus einer Krise hervorzuwachsen«, lebendig bleibe; 2. und wenn das ästhetische Spiel zur »wahren Form« entwickelt und die Verderbtheit der Zeit im Kunstwerk überwunden werde. Beides sieht König in Machiavellis Hauptwerken verwirklicht: Er analysiert die »Discorsi« als »krisenanalytische 'Einleitung'« zum »Principe«, dem »in sich gerundeten und nach allen Richtungen hin abgeschlossenen Kunstwerk« (221).

Es scheint fast so, als ob der Gegenstand René Königs, das Werk Machiavellis, bei seinen Bemühungen, sich die Furcht und Faszination davor vom Hals zu schreiben, zunehmend von ihm selbst Besitz ergreift und ihn in den ästhetischen Zirkel treibt, vor dem er doch zu entfliehen sucht. Indessen vollständig in Ästhetik auflösen läßt sich Machiavellis Werk und selbst der »Principe« nicht, und dieser Sperrigkeit des Realitätsbezuges muß auch König Rechnung tragen; er tut es mit deutlichem Widerwillen: Machiavelli »schielt ... immerfort auf die Wirklichkeit«, heißt es bei Gelegenheit der Besprechung des Werkes über die Kriegskunst, und »fährt ... aus seinem System einer politischen Ästhetik plötzlich bewaffnet heraus« (313). Als »Realist« verzweifle er »an jeder Ordnung, auch an der des Staates« (21f.). Sein Staat sei »Notstaat«: »So gibt uns Machiavelli ... keine Staatstheorie, sondern bestenfalls eine Lehre vom Notstaat, eine Lehre vom Staat im Krisenstand des Lebens ...« (335) Das Problem der Moral kann im abgegrenzten Bezirk der Kunst als außer Kraft gesetzt gelten; es stellt sich aber sofort und sehr gebieterisch, wenn der »in den Kreis der Kunst gebannte Geist heraustritt in die geschichtlich-gesellschaftliche Wirklichkeit« (341): »Kann ... die ästhetische Radikalität in der Kunst zur Form werden ..., so wird sie in der politischen Dimension immer und notwendig zur fanatischen Gewaltsamkeit ... So endet solches Beginnen ... mit einer Katastrophe. Denn in der politischen Dimension haben wir es nicht mit Formen, sondern mit Leben, mit Menschenleben zu tun« (344). Am Ende fragt René König, ob es zu Machiavelli einen alternativen Weg gebe, und er führt nun den Florentiner Politiker und Zeitgenossen Machiavellis, den ersten Kritiker der *Discorsi*, Francesco Guicciardini, ins Spiel, der gegen Machiavelli einwandte, es sei besser, ein geringeres Gut mit Sicherheit zu erreichen als eine Gesamtumwälzung, die nur große und unabsehbare Gefahren beschwöre. König schlägt sich auf die Seite Guicciardinis und der von seiner »*armonia temperata*« beseelten Politiker, die »die Zeiten einigermaßen beieinander hielten, während um sie die Hölle ihren losgelassenen wilden Spuk trieb ... Und man muß gelegentlich zufrieden sein, wenn es einem gelingt, einen zerfahrenen Betrieb den Nachfahren in einiger Übersichtlichkeit zu hinterlassen, bis jene Zeiten wiederkommen, in denen aus der Tiefe des Geistes und einer neuen sittlichen Weltordnung auch der Staat wieder aufgebaut werden kann. Die Technik der zweitbesten Lösungen ist das höchste Produkt der Legitimität in krisenhaft zerfallener Zeit« (345).

IV. Gramsci Machiavelli und der »Moderne Principe«

Gramsci konnte weder Freyers noch Königs Machiavelli-Untersuchungen kennen; als sie erschienen, war er schon tot. Eine Position jedoch, wie wir sie bei König zuletzt fanden, die Guicciardini gegenüber Machiavelli als den »wahren Politiker« aufwertet, hat Gramsci als »oberflächlichen und mechanischen« Realismus charakterisiert, demzufolge »der Staatsmann keine die eigene Nasenlänge überschreitende Perspektive haben dürfe« (320). Demgegenüber schätzt er Machiavelli als »Mensch mit mächtigen Leidenschaften, der Partei ergreift, ein handelnder Politiker, der neue Kräfteverhältnisse schaffen will ...

Den Willen darauf zu richten, ein neues Gleichgewicht der bestehenden und handelnden Kräfte zu schaffen, indem man sich auf die fortschrittlich gehaltene Kraft stützt, sie unterstützt, damit sie triumphiert, heißt immer, sich innerhalb der vorhandenen Wirklichkeit bewegen, aber, um sie zu beherrschen und zu überwinden (oder dazu beizutragen)« (321).

Gramsci behandelt Machiavelli entschieden als politischen Realisten. Dabei unterschätzt er nicht — am Exempel des »Principe« — die »phantastische, künstlerische Form« (283), nicht im Sinne äußerlicher, rhetorischer Zutat, sondern als »notwendiges Element des Werkes«, das es erst zu einer Art »politischem Manifest« mache.⁷ Die Form wird also nicht, wie bei König, zum schönen Monument, unter dem sein politischer Gehalt begraben liegt. — Die »phantastische, künstlerische Form« des »Principe« bestimmt Gramsci weiterhin als »dramatische Form des 'Mythos'«, als eine politische Idee, »die sich weder als kalte Utopie noch als doktrinärer Vernunftschluß anbietet, sondern als Schöpfung konkreter Phantasie, die auf ein verstreutes, aufgeriebenes Volk einwirkt, um in ihm einen kollektiven Willen wachzurufen ... Das Buch handelt davon, wie der Fürst sein müsse, der ein Volk zur Gründung des neuen Staates führen soll ...« (281) Anders als Freyers Verständnis des Principe als singulärer Ausnahmestaltung interessiert Gramsci an ihm, »wie sich ein bestimmter kollektiver Wille bildet und sich auf ein bestimmtes politisches Ziel richtet ...« Anders als die einverständige Mythos-Vorstellung bei Freyer findet sich bei Gramsci eine kritische Lesart; er entwickelt sie in der Auseinandersetzung mit Sorel: Für Sorel treibt der Mythos des syndikalistischen Generalstreiks die praktische revolutionäre Aktion der proletarischen Massen hervor, wie er zugleich ihr höchster Ausdruck ist. Gramsci nennt dies eine »passive Aktivität ... negativen und vorläufigen Charakters«, eine Aktivität, »die keine eigene 'aktive und konstruktive' Phase vorsieht«. Der Kollektivwille werde in der elementaren Phase seiner bloßen Entstehung belassen. »Wird denn dieser so elementar geformte Kollektivwille nicht sofort aufhören zu existieren und sich in eine Unzahl von Einzelwillen auflösen, die während der positiven Phase verschiedene und widersprüchliche Richtungen verfolgen?« (284) Ihn interessiert nicht nur die Erzeugung des Kollektivwillens, sondern auch seine Entfaltung, die »Initiative zur Gründung neuer Staaten und neuer nationaler und gesellschaftlicher Strukturen« (285).

Gramsci markiert in seiner Arbeit deutlich die Differenz zwischen der Analyse des historischen Machiavelli und dem Entwurf des »Modernen Principe«. Die Analyse des historischen Machiavelli behandelt die politischen Kräfteverhältnisse und Kampflinien seiner Zeit, die Grundstruktur seiner politischen Wissenschaft und deren Zielstellung. Ich hebe nur einiges Interessante hervor:

Die Untersuchung des Ziels der Machiavellischen Arbeiten steht in der Tradition einer Fragestellung, die so alt ist wie die Arbeiten Machiavellis selbst: wollte er die Fürsten politisch beraten, oder wollte er die Völker gegen die Fürsten aufwiegeln, indem er deren Handlungsprinzipien aufdeckte? In einer kleinen Fabel des Trajano Boccalini wird Machiavelli vor den Richterstuhl des Apollo geführt, und er verteidigt sich gegen die beabsichtigte Verurteilung zum Feuertode mit der Bemerkung, er habe ja nur beschrieben, was die Fürsten im-

mer schon tun, ohne daß sie für ihre Taten bestraft würden. Daraufhin soll er freigesprochen werden. Der Ankläger aber bezeugt, nächstens habe man ihn einer Herde Schafe Hundszähne einsetzen sehen, so sei es in Zukunft nicht mehr möglich, sie durch einen einzigen Hirten mit Pfeife und Gerte hüten zu lassen. Und so wird er doch noch verurteilt. König hat zu dieser Fabel bemerkt, weder brauchten die Fürsten eine theoretische Rechtfertigung ihres Tuns, sie hätten ja die Macht, noch seien die Völker Schafe, die einen Machiavelli dazu nötig hätten, sich Hundszähne verpassen zu lassen (16f.). Gramsci könnte dem zustimmen: sicher nicht habe Machiavelli »den bereits Wissenden« Hinweise geben wollen; und wenn er die »Unwissenden« im Auge hatte, dann gewiß nicht im Sinne einer negativen Erziehung von »Tyrannenhassern«. Gramsci unterstellt ihm vielmehr »positiv die Erziehung dessen, der die Notwendigkeit bestimmter Mittel anerkennt — seien es auch die der Tyrannen —, weil er bestimmte Ziele verfolgt ... Wer also 'weiß nicht'? Die revolutionäre Klasse jener Zeit, das 'Volk' und die italienische 'Nation', die städtische Demokratie, aus der ein Savonarola und ein Piero Soderini hervorgingen und kein Castruccio und Valentino« (290).⁸ Was am Beispiel Frankreichs und Spaniens bereits sichtbar war, die Herausbildung einer machtvollen staatlich-territorialen Einheit, das wollte Machiavelli für Italien: »die politische Form, die eine weitere Entwicklung der bürgerlichen Produktivkräfte erlaubte und erleichterte« (294). Machiavellis Fürst müsse der feudalen Anarchie ein Ende bereiten; seine »Grausamkeit« wende sich »gegen die Residuen der feudalen Welt, nicht gegen die fortschrittlichen Klassen« — ein Ergebnis, das übrigens voll mit dem Max Horkheimers in den »Anfängen der bürgerlichen Geschichtsphilosophie« (1930) übereinstimmt, deren erstes Kapitel Machiavelli zum Thema hat. In diesem Lichte interpretiert Gramsci auch Machiavellis militärtheoretische Arbeit, die sieben Bücher von der Kriegskunst: »wenn die städtischen Klassen der inneren Ordnung und der äußeren Anarchie ein Ende bereiten wollen, so müssen sie sich auf die Bauern als Masse stützen und eine wirksame und treue Streitmacht aufstellen, die sich von den Söldnertruppen absolut unterscheidet«. Machiavelli hat — gegenüber dem Söldnerheer — den Gedanken des Volksheeres entwickelt, und Gramsci sieht hierbei die politische Perspektive »derart vorherrschend«, daß er die militärischen Irrtümer Machiavellis von hierher erklären kann: »er denkt vor allem an die Infanterie, deren Massen durch eine politische Aktion eingezogen werden können, und verkennt deshalb die Bedeutung der Artillerie« — ein Irrtum, den Freyer und König nur als humanistische Marotte verbuchen.

Die politischen Kräfteverhältnisse und Kampflinien zur Zeit Machiavellis analysiert Gramsci »aus den Widersprüchen zwischen der Notwendigkeit eines inneritalienischen Gleichgewichts und den Erfordernissen der miteinander um die europäische Hegemonie [vorwiegend auf italienischem Boden, so wäre zu ergänzen] kämpfenden Staaten« (294). Und zwar analysiert er die aus diesen Widersprüchen resultierenden Bewegungen als »Kräftegleichgewicht katastrophenhafter Perspektive«: Die sich bekämpfenden Kräfte halten sich in katastrophischer Weise im Gleichgewicht, »so daß der weitere Verlauf des Kampfes

nicht anders als mit der gegenseitigen Vernichtung enden kann« (336f.); eine Konstellation, in der ausländische Mächte intervenieren und sich unterwerfen, was von den kämpfenden Parteien noch übriggeblieben ist, vor allem eine Konstellation, die im »Cäsarismus« gipfelt, in der »Berufung eines charismatischen Führers«. Und Gramsci ergänzt: »Genau dies geschah in Italien nach dem Tode von Lorenzo il Magnifico« (337). Machiavelli selbst sah (in seiner Geschichte von Florenz) dem Tode des Großen Lorenzo de' Medici im Jahre 1492 »die größte Zerstörung entspringen«; »der böse Samen [begann] zu keimen, der nach nicht langer Zeit, da, der ihn auszurotten gewußt hätte, nicht mehr am Leben war, Italien verwüstete und immer noch verwüstet« (zit. n. König, 81f.). — In den dem »Cäsarismus« gewidmeten Notizen skizziert Gramsci das historische Material, die Begriffe und ein »soziologisches Schema« für seine Analyse. Wichtig ist ihm in der historischen Entwicklung die besondere Qualität des »modernen« Cäsarismus, die ihm zum Verständnis des Faschismus verhilft: »In der modernen Welt entsteht das Gleichgewicht katastrophenhafter Perspektive nicht zwischen Kräften, die sich letztlich zusammenschließen und vereinen können, und sei es auch nach einem mühsamen, blutigen Prozeß, sondern zwischen Kräften, deren Kontrast geschichtlich gesehen unheilbar ist und sich im Gegenteil durch das Aufkommen cäsarischer Formen besonders vertieft« (339f.).

Ist der Principe eine Form des Cäsarismus? Machiavellis Principe ganz zweifellos; Gramscis »Moderner Principe« hat einen anderen Charakter: »Der moderne Fürst, der Fürst-Mythos, kann keine wirkliche Person, kein konkretes Individuum sein, sondern nur ein Organismus, ein komplexes Element der Gesellschaft, in dem ein anerkannter Kollektivwille sich zu konkretisieren beginnt und sich schon zum Teil in die Tat umgesetzt hat« (285). Als diesen Organismus begriff Gramsci »die politische Partei«, den Organisator eines »national-volkshaften Gesamtwillens«. Entsprechend sollte der neu zu schreibende »Moderne Principe« vor allem der Frage nachgehen: »'Wann darf man behaupten, daß Bedingungen bestehen, unter denen ein national-volkshafter Kollektivwille wachgerufen und entwickelt werden kann?' Folglich eine historische (ökonomische) Analyse der gesellschaftlichen Struktur des betreffenden Landes, sowie eine 'dramatische' Darstellung aller im Verlauf von Jahrhunderten unternommenen Versuche, diesen Willen wachzurufen, und der Gründe der Fehlschläge« (287). Weiter: »Ein wesentlicher Teil des Modernen Principe muß der Frage einer intellektuellen und moralischen Reform gewidmet werden ...« Und jede »kulturelle Reform« wiederum verlangt zwangsläufig die Lösung ökonomischer Probleme.

Wie bei Freyer und König fragen wir auch bei Gramsci nach dem Verständnis des Verhältnisses von Politik und Moral bei Machiavelli. In einem eher bei-läufig eingesprengten Satz bezieht er sich auf eine Behauptung Croces, daß die politische Wissenschaft Machiavellis wie eine »Fechtkunst« (der Fechtmetapher waren wir auch bei Hans Freyer begegnet) »den Reaktionären wie den Demokraten, den Edlen wie den Räubern, dazu diene, sich zu verteidigen und zu töten« (289), und er nennt diese Behauptung »abstrakt wahr«. Warum?

Gramsci bezeichnet es als »die Größe Machiavellis ..., daß er die Politik von der Ethik unterschied« (427). Erst diese Trennung werde zur Voraussetzung, daß man zwischen politischer und privater Moral zu unterscheiden lerne, daß man nicht — wie Sekten oder Verbrecherbanden — »das 'Partikuläre' zum 'Universellen'« erhebe »in Folge einer willkürlichen Erweiterung oder Verwirrung«. Gerade die Angst vieler Menschen vor der Unterscheidung zwischen politischer und privater Moral verdanke sich gesellschaftlichen Verhältnissen »mangelnder Gleichheit der moralischen Subjekte«. Erst wo eine »permanente und entwicklungsfähige Vereinigung« sich »durch Millionen von Fäden ... der gesamten Menschheit verbunden« wisse, bekomme ihre »Verhaltensnorm ... einen tendenziell universellen Charakter«. Gramsci konzipierte Politik als einen Prozeß, »der in die Moral einmündet, das heißt, daß er eine Form des Zusammenlebens anstrebt, in der Politik und folglich Moral aufgehoben sein werden« (428).

V. Herrschaft, Legitimität und der neue Staat

Ich möchte die drei beschriebenen Positionen enger gegeneinanderrücken, indem ich sie auf das Problem des Zusammenhangs von Herrschaft und Legitimität zuspitze und auf die Weise zugleich das bisher Gewonnene zusammenfasse. Machiavellis »Principe« geht ja von einer Einteilung der Staaten in Republiken und Fürstentümer aus. Die Republiken werden alsbald mit Verweis auf die Discorsi beiseite gelassen, während die Fürstentümer als ererbte oder neu erworbene unterschieden werden. Während Machiavelli die ererbten Fürstentümer als unproblematisch hinsichtlich ihres Erwerbs und ihres Erhalts kurz behandelt, lenkt er alle Aufmerksamkeit auf die neuerworbenen. Diese werden entweder als Eroberungen einem schon bestehenden Fürstentum einverleibt, oder sie sind von Grund aus neu. Die neuen Fürstentümer sind entweder schon an die Herrschaft eines Fürsten gewöhnt, oder sie hatten früher eine freiheitliche Verfassung. Und schließlich werden sie entweder durch eigene Waffen und »virtù« oder durch fremde Waffen und »fortuna« erobert. Hiermit ist Machiavelli bei seinem zentralen Thema angelangt, das vom siebten Kapitel bis zum Schluß alle Untersuchungen des »Principe« bestimmt: Wie erwirbt und erhält man eine neue, mit Hilfe fremder Waffen und durch »fortuna« eroberte Herrschaft? Und man spürt, daß dieses Problem es ist, das im Faschismus die sozialwissenschaftlichen Untersuchungen über Machiavelli in Bewegung bringt, in unterschiedliche und gegensätzliche Richtungen freilich, um herauszubekommen und darzustellen, wie *er* dieses Problem stellt und löst. Freyer beschreibt es als »Konstruktionsproblem« mit sichtlicher Erregung: »... der durch Glück hochgekommene Fürst müßte die Macht und die Autorität, die er von Anfang an nicht hatte, unterwegs gewinnen. Das zufällige Stück Land, das ihm durch eine glückliche Konstellation in die Hand gespielt worden ist, müßte nachträglich in ein sinnvolles Staatsgebiet umgeschmolzen werden. Das Volk, das ihn vorher nicht kannte, müßte ihn lieben oder achten, mindestens aber fürchten lernen. Anfangs auf fremde Mächte gestützt und von außen her gehalten, müßte er diese Bundesgenossen und Hilfsmächte nach und nach abhängen und sich unauffällig, doch möglichst rasch eine eigene Trup-

penmacht schaffen« (134). — Auch König bemerkt, begrifflicher und mit deutlicher Reserve, daß es Machiavelli »allein auf die neu gegründeten Herrschaften, sozusagen auf die illegitimen Parvenueherrschaften ankommt ... Damit tritt er schließlich auch ein in den durch die Discorsi ausgezeichneten Rahmen der Krise, in der Tradition und Legitimität verschwunden sind« (269f.). — Gramsci schließlich formuliert das Problem um, »der neue Principe der modernen Epoche könne sich nicht in der Person eines Helden verkörpern, sondern in der politischen Partei, ... die einen neuen Staatstyp zu schaffen beabsichtigt ...« (300)

Ist die Herrschaft des neuen Staates legitim? Und wenn ja, welcher Art ist die Legitimität? Freyer diskutiert das Problem an der Frage der »Verfassung des Staates«: Machiavelli löse das Verfassungsproblem nicht dogmatisch, sondern politisch. »Wie der Staat verfaßt sein soll, das entscheidet sich nicht aus allgemeinen Prinzipien, sondern aus den konkreten Aufgaben, denen er gegenübersteht, und ... die er sich setzt« (115). Der Staat hat nach Freyer nur die folgende Wahl: »... klein bleiben und sich endgültig durchordnen können — oder spannungsvoll bewegt bleiben und sich nach außen werfen können« (114). Verfassung seien nicht nur die gesetzlich formulierten Bestimmungen, Verfassung sei alles, was den Staat »für seine geschichtliche Rolle in Form bringt«, was ihn sich »imperialistisch entladen« (111) läßt: Machiavelli haben einen »totalen Begriff der Verfassung« (115). Wenn Freyer Machiavelli »eine Ahnung« davon zuschreibt, daß der Staat »aus der lebendigen Substanz des Volkes« aufsteigt, »daß also Volk mehr ist als Staat« (172), dann bewegt er sich auf dem Boden des faschistischen Verfassungs- und Völkerrechts, das »mit dem Sieg der nationalsozialistischen Bewegung« »die Herrschaft des Staatsbegriffs ... vom Volksbegriff aus erschüttert« hat (Schmitt 1939, 341f.; vgl. auch Neumann 1977, 542f.). Staat sei Organisation, Volk aber Organismus, und als Volk spreche und handle der Führer. Die Identifikation von Volk und Führer, (Selbst-)Unterwerfung des Volkes unter den Führer, wurde im Faschismus vorzugsweise in Bildern, Massenpräsentationen, Bedeutungshandlungen aller Art wirksam.⁹ Mit ihrer Hilfe wurden die Elemente legitimer Herrschaft eingeschmolzen in eine Form der Herrschaft, von der Max Weber gesagt hat, daß sie »so absolut durch augenfällige Interessengemeinschaft des Herrn und seines Verwaltungsstabs ... gegenüber den Beherrschten und durch deren Wehrlosigkeit gesichert« ist, »daß sie selbst den Anspruch auf 'Legitimität' zu verschmähen vermag« (51972, 123).

König verschärft das Problem zu einem des unwiderruflichen Verfalls der Legitimitätsgeltung (vor allem 95ff.): Die mittelalterliche Lehnsherrschaft war garantierte Ordnung, »in der die nackte Gewalt zur legitimen Macht emporgeläutert wird«; die moderne Herrschaft ist rein tatsächliche Ordnung, »was fast soviel ist wie gar keine Ordnung«. Die Lehnshoheit des Kaisers verwandelte sich in eine Hoheit ökonomischer Vorteile und Geschäfte. Hing von der kaiserlichen Garantie auch die Legitimität der kleineren Herrschaften ab, die im Erbrecht zu einer traditionellen Ordnung ausgestaltet war, so mußte mit dem Wegfall der obersten Garantie auch das Erbrecht schwankend werden. Der legitimen Herrschaft tritt die Usurpation gegenüber, zunächst in Gestalt eines

vorgeblichen Erbenspruches, dann wird auch noch dieser Anschein einer Herrschaftsberechtigung über Bord geworfen: die Condottieri triumphieren — und werden hinweggefegt. Was hält die Usurpatoren an der Macht? Sie müssen ihre Herrschaft auf anderem Grund errichten; sich durch Kraft und Tüchtigkeit, eben das, was Machiavelli »virtù« nennt, zu halten versuchen, aber eben auch durch alle anderen Mittel der Gewalt, durch die man Herrschaft nicht nur erwirbt, sondern auch behauptet. Die Vorstellung vom Staat aus »göttlichem Recht«, in althergebrachten Verhältnissen organisch aufgebaut, zerfällt, und an der Stelle beginnt die Vorstellung vom Staat als menschlichem Kunstprodukt sich zu entwickeln, »als etwas Künstlichem, dessen Aufbau vollkommen in den Willen des freischwebenden Individuums gesetzt ist« (103). An Machiavelli interessiert König der Weg in die »politische Ästhetik«. Zwar läßt sich mit Hilfe politischer Ästhetik keine Legitimität begründen, wohl aber die Mobilisierung von Massen, die Einheit von Herrschenden und Beherrschten bewirken. Königs Schlußfolgerung ist eine dreifache:

- Was in der Wirklichkeit bloß »monströse Illegitimität durch die Tat« (345) wäre, sieht er im Kunstwerk überformt und aufgehoben: Im »Principe« werde als Kunstwerk der Zeit wiedergegeben, »was diese von sich aus nicht gestalten konnte« (21).
- An der Idee der Begründung legitimer Herrschaft hält er fest; »nur daß diese eben Vorbedingungen ... besonderer Art erfordert« (63). Nur dann könne der Staat gegründet werden, »wenn innerhalb des faktischen Lebens neue Ordnungen lebendig werden« (20).
- Solange dies nicht geschieht, bleiben nur die kleinen Schritte, mittleren Wege und zweitbesten Lösungen, bleibt das »Ausharren im Alltag«, um »ihm etwas an Gestaltung abzurufen. Ganz abgesehen davon, daß dieser Alltag seine eigene Würde hat in der Schaffung und Vermehrung gesellschaftlicher Güter« (206).

Gramsci schließlich diskutiert das Problem unter dem Stichwort »Hegemonie der Arbeiterklasse« im Zusammenhang mit der Herstellung des »neuen Staatstyps« durch den »neuen Principe«: »Was kann eine Neuererklasse dem großartigen Komplex von Schützengräben und Befestigungen der herrschenden Klasse entgegenstellen? Den Geist der Abspaltung, die progressive Erwerbung des Bewußtseins der eigenen historischen Persönlichkeit: den Geist der Abspaltung, der dahin tendieren muß, sich von der führenden Klasse bis auf die potentiell verbündeten Klassen auszudehnen ...« (423) Also muß die Neuererklasse die Fähigkeiten zur Abspaltung und zur Ausdehnung entwickeln, in allen Tätigkeitsfeldern und gesellschaftlichen Institutionen, in allen einzelnen. Mit dem Spottnamen, den Machiavelli Savonarola gegeben hat, hat Gramsci »jedes Individuum, das von einem Kollektivwillen absieht und nicht versucht, ihn zu erzeugen, hervorzurufen, zu verbreiten, zu verstärken, zu organisieren«, einen »unbewaffneten Propheten« genannt (362). Damit hat Gramsci das Problem von Legitimität und Herrschaft, dem Ziel des »neuen Staatstyps« entsprechend, auf eine neue Stufe gehoben.

Anmerkungen

- 1 In diesen Zusammenhang gehört das Machiavelli-Bild von Maurice Joly und seine gleichsam machiavellistische Rezeptionsgeschichte. In Jolys »Dialogue aux enfers entre Machiavel et Montesquieu« nennt Machiavelli das »Prinzip der Volkssouveränität« ein »Gespenst«: »O du Freiheit! Mit welcher Kraft wirst Du doch von einzelnen Seelen festgehalten, während das ganze Volk dich verachtet oder sich über deinen Verlust mit ein paar Kindereien trösten läßt.« (1948, 37, 215) Machiavelli tritt hier auf als Vertreter des »Despotismus« als der »einzigen Regierungsform«, die »zum sozialen Zustand der modernen Völker paßt« (ebd., 30). Dieses 1864 erschienene Totengespräch, das seinem Verfasser unter Napoleon III. 15 Monate Gefängnis eintrug, geriet alsbald in Vergessenheit; so konnte lange Zeit verborgen bleiben, daß die »Protokolle der Weisen von Zion«, Gipfelpunkt jener antisemitischen Literaturgattung, in der irgendwelchen jüdischen Organisationen Pläne zur Weltbeherrschung untergeschoben werden, über weite Passagen aus Jolys »Dialogue«, überwiegend aus den Machiavelli in den Mund gelegten Textpartien, plagiiert sind (Cohn 1969, 75ff.). Ob die »Protokolle der Weisen von Zion« eine Fälschung seien, hat Hitler gesagt, interessiere ihn nicht; er habe aus ihnen »enorm gelernt«: »Ich erkannte sofort, daß wir dies nachbilden müßten, auf unsere Weise natürlich« (Rauschning 1940, 224f.). — Den Hinweis auf Joly verdanke ich Frank Benseler.
- 2 Für meine Fragestellung würde sich durchaus auch das Werk von Hobbes eignen; man hätte hier etwa die Arbeiten von Leo Strauss, Carl Schmitt und Schelskys Habilitationsschrift einzubeziehen. Für die Wahl Machiavellis spricht, daß er als einer der Lehrmeister von Hobbes angesehen werden kann und daß an ihm die theoretischen Kämpfe überschaubarer nachzuvollziehen sind. Im Vorwort zur amerikanischen Ausgabe seines 1934/35 im englischen Exil verfaßten Hobbes-Buches schreibt Leo Strauss: »Hobbes erschien mir als der Begründer der modernen politischen Philosophie. Das war ein Irrtum: nicht Hobbes, sondern Machiavelli gebührt diese Ehre.« Strauss hat dem später mit seinen »Thoughts on Machiavelli« (1958) Rechnung getragen.
Übrigens hat Schelsky seinen Königsberger Habilitationsvortrag 1939 »in Fortführung eines von Hans Freyer angeregten Interesses« über die »Rezeption Machiavellis in der europäischen Philosophie« gehalten (Schelsky 1981b, 26). Ob und wo dieser Habilitationsvortrag erschienen ist, habe ich nicht herausfinden können.
- 3 Die beiden Machiavelli-Bücher von Freyer (1938) und König (1979) sowie die Gramsci-Zitate werden nur mit den Seitenzahlen der hier benutzten Ausgaben nachgewiesen.
- 4 Im Habilitations-Colloquium hat Karlfried Gründer meine Sichtweise auf Freyer bestritten und vorgeschlagen, das Machiavelli-Buch als eine Art Palimpsest zu lesen, hinter dem gedruckten Text gleichsam die Position der in der »deutschen Bartholomäusnacht« mit Strasser und Röhm ermordeten plebejischen Artikulationen des Nationalsozialismus zu entziffern. Ich halte die Überlegung für spannend, ohne ihr weiter nachgehen zu können. Biografische Hinweise dazu finden sich etwa bei Linde (1981, 102ff.) und Manheim (Greffrath 1981, 308ff.). — Deutlichere Züge im Sinne der behaupteten Affinität lassen sich m.E. bei Alfred von Martin (1932, 89ff.) belegen.
- 5 Cassirer hat in seinem letzten Werk im amerikanischen Exil kurz vor Kriegsende, »The Myth of the State«, im Gang durch die Geschichte der politischen Theorie auf dem Weg zum »Mythus des 20. Jahrhunderts«, Machiavelli — anders als König — als radikalen Realisten und Kämpfer gegen mythisches Denken in der politischen Theorie behandelt, der den Zufall, »fortuna«, »das mythische Element« in seiner eigenen Politik, unter Kontrolle zu bringen versucht.
- 6 Dieser Zusammenhang wird bei König nicht begründet; man versteht ihn besser, wenn man ihn in die Traditionslinie der Simmelschen »Korrelation zwischen Intellektualität und geldmäßiger Wirtschaft« rückt, für die (unter anderem) eine spezifische »Charakterlosigkeit« charakteristisch sei: »Die eigentümliche Abflachung des Gefühlslebens, die man der Jetztzeit gegenüber der einseitigen Stärke und Schloffheit früherer Epochen nachsagt; die Leichtigkeit intellektueller Verständigung, die selbst zwischen Menschen divergentester Natur und Position besteht — während selbst eine intellektuell so überragende und theoretisch so interessierte Persönlichkeit wie Dante noch sagt, gewissen theoretischen Gegnern dürfe

- man nicht mit Gründen, sondern nur mit dem Messer antworten; die Tendenz zur Versöhnlichkeit, aus der Gleichgültigkeit gegen die Grundfragen des Innenlebens quellend ...« etc. (Simmel ⁶1958, 484).
- 7 Die Stelle (284) bezieht sich auf das Schlußkapitel des »Principe«, das René König eine »rhetorische Phantasie« (331f.) genannt hat, kann aber auf die »künstlerische Form« des Werkes insgesamt verallgemeinert werden.
 - 8 Girolamo Savonarola (1452-1498) und Piero Soderini (1452-1522), republikanische Politiker und Stadtoberhäupter von Florenz in der Zeit zwischen Vertreibung und Rückkehr der Medici (1494 und 1512); Castruccio Castracani (1281-1328), Herr von Lucca, »ein jüngerer Bruder des Cesare Borgia« (König, 317), Machiavelli hat 1520 eine kleine Schrift über ihn verfaßt; Valentino, volkstümlicher Name des Herzogs von Valence, Cesare Borgia.
 - 9 Die große Mannigfaltigkeit ideologischer Praxen, Rituale, Anordnungen im Faschismus als Formen ideologischer Vergesellschaftung, der freiwilligen Unterwerfung der Menschen unter die ideologischen Mächte des Faschismus, untersucht zu haben, ist das Verdienst des Projektes Ideologie-Theorie (1980).

Literaturverzeichnis

- Albers, Detlev, 1983: Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci: Zur politischen Theorie des Marxismus. Berlin/West
- Borkenau, Franz, 1934: Der Übergang vom feudalen zum bürgerlichen Weltbild. Studien zur Geschichte der Philosophie der Manufakturperiode. Paris
- Cassirer, Ernst, 1923-1929: Philosophie der symbolischen Formen. 3 Bde., Berlin
- Cassirer, Ernst, 1946: The Myth of the State. New Haven (1. dt. Ausgabe 1949)
- Cohn, Norman, 1969: Die Protokolle der Weisen von Zion. Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung. Köln und Berlin/West
- Elias, Norbert, ⁵1978: Über den Prozeß der Zivilisation, 2 Bde. Frankfurt/M. (1. Ausgabe 1939)
- Freyer, Hans, 1930: Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft. Leipzig und Berlin
- Freyer, Hans, 1936: Über Fichtes Machiavelli-Aufsatz (Berichte über die Verhandlungen der sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, 88. Band). Leipzig
- Freyer, Hans, 1938: Machiavelli. Leipzig
- Goldschmidt, Werner, und Wulf D. Hund 1983: »Ernstfall« und »Volksgemeinschaft«. Zur konservativen Besinnung auf Hans Freyer und Carl Schmitt. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12, 1588ff.
- Gramsci, Antonio, 1967: Philosophie der Praxis. Eine Auswahl. Frankfurt/M.
- Greffrath, Mathias, 1981: Der analytische Geist der deutschen Wissenschaft, nicht der spekulative, hat mich beeindruckt: Ein Gespräch mit Ernst Manheim. In: M. Rainer Lepsius (Hrsg.): Soziologie in Deutschland und Österreich 1918-1945. Sonderheft 23 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 308ff.
- Heller, Agnes, 1982: Der Mensch der Renaissance. Köln-Lövenich
- Hobbes, Thomas, 1984: Leviathan oder Stoff, Form und Gestalt eines bürgerlichen und kirchlichen Staates. Frankfurt/M.
- Horkheimer, Max, 1970: Anfänge der bürgerlichen Geschichtsphilosophie. Frankfurt/M. (1. Ausgabe 1930)
- Horkheimer, Max, 1968: Egoismus und Freiheitsbewegung. Zur Anthropologie des bürgerlichen Zeitalters. In: ders., Kritische Theorie, Bd.II, Frankfurt/M., 1ff. (1. Ausgabe 1936)
- Joly, Maurice, 1948: Dialogue aux enfers entre Machiavel et Montesquieu ou la politique de Machiavel au XIXe siècle par un contemporain. Paris (1. Ausgabe 1864; dt. Ausgabe 1948)
- Kern, Paul, 1939: Hans Freyer: Machiavelli. In: Maß und Wert, 6, Juli/August, 848ff.
- Kern, Paul, 1940: Carl Schmitt: Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes. Sinn und Fehlschlag eines politischen Symbols. In: Maß und Wert, 5/6, September/November, 673ff.
- Kirchheimer, Otto, 1967: Legalität und Legitimität. In: ders., Politische Herrschaft. Fünf Beiträge zur Lehre vom Staat. Frankfurt/M., 7ff. (1. Ausgabe 1932)
- König, René, 1979: Niccolò Machiavelli. Zur Krisenanalyse einer Zeitenwende. München und Wien (1. Ausgabe 1941)
- König, René, 1971: Studien zur Soziologie. Frankfurt/M.

- Linde, Hans, 1981: Soziologie in Leipzig 1925-1945. In: M. Rainer Lepsius (Hrsg.): Soziologie in Deutschland und Österreich 1918-1945, Sonderheft 23 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 102ff.
- Machiavelli, Niccolò, 1925: Gesammelte Schriften, 5 Bde. (hrsg. von Hanns Floerke). München
- Machiavelli, Niccolò, ³1963: Der Fürst. »Il Principe« (hrsg. von Rudolf Zorn). Stuttgart
- Martin, Alfred von, 1932: Soziologie der Renaissance. Zur Physiognomik und Rhythmik bürgerlicher Kultur. Stuttgart
- Martin, Alfred von, 1948: Geist und Gesellschaft. Soziologische Skizzen zur europäischen Kulturgeschichte. Frankfurt/M.
- Münkler, Herfried, 1982: Machiavelli. Die Begründung des politischen Denkens der Neuzeit aus der Krise der Republik Florenz. Frankfurt/M.
- Mussolini, Benito, 1940: Der Geist des Faschismus. Ein Quellenwerk (hrsg. von Horst Wagenführ). München
- Neumann, Franz, 1977: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944. Köln und Frankfurt/M. (1. Ausgabe 1942)
- Piel, Edgar, 1980: Der Fürst. Ein mythischer Topos zur Bestimmung der technisch-rationalen Welt. In: Sprache im technischen Zeitalter 76, 275ff.
- Projekt Ideologie-Theorie 1980: Faschismus und Ideologie. 2 Bde, Berlin/West
- Rauschning, Hermann, 1940: Gespräche mit Hitler. Zürich, Wien und New York
- Saage, Richard, 1983: Rückkehr zum starken Staat? Studien über Konservatismus, Faschismus und Demokratie, Frankfurt/M.
- Schelsky, Helmut, 1938: Die Totalität des Staates bei Hobbes. In: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Bd. XXXI, 176ff.
- Schelsky, Helmut, 1981a: Thomas Hobbes. Eine politische Lehre. Berlin/West
- Schelsky, Helmut, 1981b: Rückblick eines »Anti-Soziologen«. Opladen
- Schelsky, Helmut, 1983: Der »Begriff des Politischen« und die politische Erfahrung der Gegenwart. Überlegungen zur Aktualität von Carl Schmitt. In: Der Staat 3, 321ff.
- Schmitt, Carl, 1933: Der Begriff des Politischen. Hamburg
- Schmitt, Carl, 1938: Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes. Sinn und Fehlschlag eines politischen Symbols. Hamburg
- Schmitt, Carl, 1939: Der Reichsbegriff im Völkerrecht. In: Deutsches Recht, 341ff.
- Simmel, Georg, ⁶1958: Philosophie des Geldes. Berlin (1. Ausgabe 1900)
- Sorel, Georges, 1969: Über die Gewalt. Frankfurt/M. (1. Ausgabe 1906)
- Strauss, Leo, 1965: Hobbes politische Wissenschaft. Neuwied und Berlin (1. Ausgabe 1936)
- Strauss, Leo, 1958: Thoughts on Machiavelli. Glencoe/III.
- Weber, Max, ⁵1972: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, Tübingen (1. Ausgabe 1922)
- Weyer, Johannes, 1984: Soziologie im Faschismus. Ein Literaturbericht. In: Das Argument 146, 564ff.



Projekt Ideologietheorie: Faschismus und Ideologie

Das Ideologische in marxistischen Faschismustheorien. Erziehung des faschistischen Subjekts. Opferritual und Volksgemeinschaftsdiskurs. Betriebsgemeinschaft. Gebauter Nationalsozialismus.

Argument-Sonderbände AS 60 und 62
17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Hella Tiedemann-Bartels

Verteidigung eines kritischen Ideologiebegriffs

Unter der Überschrift »Die Urbanität der Sprache« schrieb Horkheimer in der *Dämmerung. Notizen aus Deutschland* um 1930:

»Die Sprache ist ihrem Wesen nach verbindend, Gemeinschaft stiftend, urban. Die Formulierung einer Gegnerschaft ist der erste Schritt zu ihrer Überwindung. (...) Die Übersetzung des Marxismus in den akademischen Stil wirkte im Nachkriegsdeutschland als ein Schritt, den Willen der Arbeiter zum Kampf gegen den Kapitalismus zu brechen. Die Professoren als die berufenen intellektuellen Vertreter der Menschheit befaßten sich mit dem Problem. (...) Am Begriff der Ideologie zeigt sich die Funktion der Übersetzung besonders deutlich. Kaum daß ihn Marx ausführlich erörtert hat. Er benutzte ihn gleichsam als unterirdische Sprengmine gegen die Lügengebäude der offiziellen Wissenschaft. Seine ganze Verachtung der gewollten und halbgewollten, instinktiven und überlegten, bezahlten und unbezahlten Verschleierung der Ausbeutung, auf der das kapitalistische System beruht, lag in diesem Begriff. Jetzt haben sie ihn sauber formuliert als Relativität der Erkenntnis, als Historizität geisteswissenschaftlicher Theorien und anderes mehr. Seine Gefährlichkeit hat er eingebüßt.« (Horkheimer 1974, 299)

Gefährlichkeit wird man dem Begriff Ideologie hier nicht zurückgewinnen wollen. Allein auf seiner Kritikfähigkeit, mit Horkheimers Worten: »Sprache davor bewahren, eine Allgemeinheit vorzutäuschen, die in der Klassengesellschaft nicht existiert« (ebd.) — will ich, in Sachen »akademischer Übersetzung«, bestehen. In dieser Absicht, und ohne mich in einen Streit von Marx-Philologen und -Philosophen verwickeln zu wollen, prüfe ich die jüngst zwischen Haug und Metscher eröffnete Kontroverse über Ideologietheorie. Ich beschränke mich dabei auf die strittige Bestimmung der Ideologieform von Literatur.

In seinem Aufsatz *Literatur als ideologische Form*, 1978 in den *Weimarer Beiträgen* erschienen, wollte Thomas Metscher ideologische Form »erstens« als gesellschaftliche Bewußtseinsform verstanden wissen; ideologische Form der Literatur bezeichnet »zweitens die historisch-gesellschaftliche Gebundenheit, die 'Relativität' des in aller Kunst sich artikulierenden Bewußtseins«; schließlich sei »drittens« Literatur »ideologische Praxis im Kontext ihrer Distribution und institutionellen Vermittlung«. »Als Teile des ideologischen Staatsapparates dienen sie (dies ist ihre normale Funktion in der bürgerlichen Gesellschaft) der Reproduktion gegebener Herrschaftsverhältnisse, besitzen sie also eine sozial apologetische Funktion.« (Metscher 1978, 149f.) Es ist diese zuletzt genannte Bestimmung: Literatur als ideologische Praxis, die Wolfgang Fritz Haug und seine Mitarbeiter im Projekt Ideologie-Theorie für entscheidend ansehen. Haug widerspricht Metschers Gleichsetzung von ideologischer und gesellschaftlicher Bewußtseinsform. »Das Ideologische der Literatur wird erst faßbar in der Staatsförmigkeit der 'literarischen Produktions-, Vermittlungs- und Rezeptionsbedingungen'.« (Projekt Ideologie-Theorie 1979, 195)

»Staatsförmig« nennt das Projekt Ideologie-Theorie eine gesellschaftliche Praxis, die ihre besonderen Aufgaben der ideellen Vergesellschaftung in Anlehnung an den Staatsapparat wahrnimmt. Der Staat aber sei die erste der ideologischen Mächte, gesellschaftliche Macht über der Gesellschaft. Mit dem

Begriff der ideologischen Mächte, als deren Hauptformen Marx Politik, Recht, Religion, Kunst, Moral und Philosophie aufzählt, hatte der späte Engels die theoretischen Entwürfe der *Deutschen Ideologie* wieder aufgenommen. Das Projekt Ideologie-Theorie arbeitet, Theorien Gramscis und Althusers rezipierend, auf dieser Grundlage weiter.

»Engels begreift [den Staat] von seiner Entstehungsnotwendigkeit her als gesellschaftliche Macht über der Gesellschaft oder entfremdete gesellschaftliche Macht. Mehrere Gruppen von Faktoren bewirken die Hervorbringung dieses 'Jenseits der Gesellschaft', einer sozialtranszendenten Instanz. Soziale Antagonismen, die über das hinausgehen, was innergesellschaftlich, in horizontalen Konsensbildungsprozessen geschichtet werden kann, sind die Voraussetzung für die Ausbildung staatlicher Macht, wie diese wiederum die Voraussetzung für die Fixierung von Interessengegensätzen zu antagonistischen Klassen ist. (...) Entscheidend ist, daß ursprüngliche Kompetenzen, Bestandteil normaler gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit aller Individuen, aus der Gesellschaft herausgezogen wurden. (...) Diese Kompetenzen werden nun transferiert auf Überbauinstanzen und deren Beamtenapparate. An der 'Basis' entstehen im selben Zug Formen der Kompetenz/Inkompetenz. Es sind dies einerseits die überlassenen Funktionen vor allem des unmittelbaren produktiven Stoffwechsels mit der Natur; andererseits sind es Formen der begrenzten und 'von oben' regulierten Partizipation an der Vergesellschaftung oder Konfliktaustragung. (...) Zur Bewußtseinsatsache wird das Ideologische dadurch, daß die Individuen (...) in diesen Kompetenz/Inkompetenz-Formen bewußt tätig sind.« (ebd., 180f.)

Haug unterscheidet zwischen der ideologischen Form einer Praxis und ihren allgemeingesellschaftlich notwendigen Gehalten. Die Unterscheidung soll als eine analytische gelten — »in der Perspektive der Wiederaneignung der ausgelagerten Vergesellschaftungsfunktionen durch eine zukünftige klassenlose Gesellschaft«. »Die ideologischen Mächte werden und bleiben Mächte nur dadurch, daß sie gesamtgesellschaftlich notwendige Funktionen an sich ziehen und in ihrer spezifischen Form wahrnehmen, die unabhängig von dieser sozial-spezifischen Form allgemeinhistorische Bedeutung haben. Die ideologische Form ihrer Wahrnehmung ist nur von transitorischer Notwendigkeit.« (ebd., 195)

Diese Grundlegung des Projekts Ideologie-Theorie verwirft Metscher im Gezug als eine weder mit Marx noch aus der Sache zu rechtfertigende Verkürzung: Eine Theorie der gesellschaftlichen Bewußtseinsformen werde hier auf einen ihrer Aspekte, den entfremdeter staatsförmiger Vergesellschaftung, reduziert. Reduktionismus gerate Haug vollends zur »Selbstparodie« in der Bestimmung der Ideologieform von Literatur. »Das Ideologische der Literatur bezieht sich (erster Schritt) auf die sozialen Institutionsformen des Literaturprozesses (...), der Begriff wird noch weiter verengt dadurch, daß in einem zweiten Schritt der theoretischen Operation das Ideologische auf die Bestimmung der Staatsförmigkeit der Literaturverhältnisse weiter eingeengt wird.« (Metscher 1983, 31) Diese Bestimmung aber »halte der simpelsten Empirie nicht stand«. So fragt Metscher herausfordernd: »Die große europäische Literatur«, »Homer, Euripides, Aristophanes«, die Literaturverhältnisse der letzten 300 Jahre, sollen »durchgängig« und »total von der Macht 'staatsförmiger Organisation' determiniert« (ebd.) sein?

Die Reduktion, wenn es denn eine ist, die Haug am Marxschen Ideologiebegriff nach dem Urteil Metschers vornimmt, kommt meines Erachtens der Kritik zugute. Ideologieform der Literatur läßt sich so bestimmt als eine Wider-

spruchseinheit begreifen, was Metscher auf, sei es äußere und innere Bedingungen der Literatur, sei es auf große und nicht so große europäische Kultur verteilt. — Schwierigkeit bereitet offensichtlich die Bestimmung »staatsförmig«. Daß Kunst Hoheitszeichen trägt oder doch Hoheitsrechte berührt, kann man folgern, seitdem es eine Zensur von Kunst gibt, und die gibt es soweit zurück, wie die Überlieferung reicht. Die Sage erzählt von der Schindung des Silenen Marsyas, des Flötenspielers, durch Apoll. Der »freie Schriftsteller« gilt als eine junge und nicht unwidersprochene Errungenschaft. Staatsförmigkeit ist aber gewiß nicht so zu verstehen, als sei die literarische Praxis gleichsam eine der Regierung unterstellte Behörde und diese Regierung selber »allwissende Allmacht«, die »alle Gehalte des Ästhetischen« erfaßt und staatsförmig, in der Formulierung des Projekts Ideologie-Theorie: in die Vertikale Oben/Unten der Herrschaft rückt. Selbsttätige Unterwerfung, Freiwilligkeit, bleibt wesentliches Kennzeichen ideologischer Praxis. Das Projekt Ideologie-Theorie sagt, daß das Ordnungsprinzip des Staates, dessen Wesen gesellschaftliche Macht über der Gesellschaft ist, auch in der Literatur zu allgemeiner Anerkennung gelangt. Das Ordnungsprinzip wird erkannt in der Ablösung von Gemeinschaftsformen und Interessenausdrücken aus ihrem Lebensgrund in Gemeinschaft und Interesse; ihre Umdeutung zu allgemeinen spirituellen Werten; ihre Hypostasierung über Gemeinschaft und Interesse. Die Transsubstantiation geschieht unter dem Druck widersprechender, innergesellschaftlich nicht mehr zu schlichtender Interessen. Eine Umwandlung widersprechender, aufständischer Kräfte in ideologische Macht hatte Horkheimer in seiner Untersuchung der bürgerlichen Freiheitsbewegung seit Savonarola herausgearbeitet. »Die historischen Bewegungen (...) zeigen in zunehmendem Maß die Umsetzung von Forderungen an die Gesellschaft in moralische und religiöse Forderungen an die unzufriedenen Individuen selbst. Die brutalen Wünsche nach einem besseren Leben, nach Abschaffung der Vermögensunterschiede und nach Einführung wirklicher Gemeinschaft (...) sucht der bürgerliche Führer zu idealisieren und zu vergeistigen.« (Horkheimer 1968, 32) (Die Einrichtung des Opfers in der Interpretation der *Dialektik der Aufklärung* zeigt, meine ich, die gleiche Struktur.) Die Verkehrung geschieht im Stoff von Rede und Symbol durch Rede und Symbol. Daran hat die Literatur ihren Anteil. Die Menschheit, die sie über die Menschen aufrichtet, durchschneidet ihren realen und widersprüchlichen Lebenszusammenhang, den sie entwirklicht, im Geist geschlichtet vorstellt. Transzendenz zur »Lebenspraxis«, die nach Peter Bürger die »autonome Kunst« im neunzehnten Jahrhundert kennzeichnet, organisiert nach Haug die literarische Praxis von weiter her als ideologische.

Die Gesellschaft, die der Staat überhöht, ist antagonistisch, Geschichte eine von Klassenkämpfen. Aber sie leistet die gemeinsame Produktion und Reproduktion des Lebens, reale Vergesellschaftung, und die Verständigung der Menschen über die Lebensnotdurft der beschränkten Gemeinschaft hinaus, die Ausbildung gesellschaftlicher Fähigkeiten, geschieht nicht anderswo, außerhalb der herrschenden Kultur. Ich verstehe »herrschende Kultur« nicht als eine erste unter konkurrierenden Kulturen, wie es Metscher nahelegt, wenn er Lenins Wort von den zwei Kulturen in jeder Nation korrigierend erweitert: »In

der Geschichte der nationalen Kulturen gibt es nicht nur zwei, es gibt jeweils so viele Kulturen, wie es soziale Klassen gibt.« (Metscher 1978, 151) Das halte ich für eine romantische Annahme. Es gibt den einen Olymp, das eine Pantheon, in dem wohl Götter und Helden unterschiedlicher sozialer Herkunft versammelt sind, aber als Götter, den Beherrschten entrückt — entrückter als den Herrschenden, die sie, wie Odysseus, zu überlisten wissen. So zeugen auch die Gattungssysteme, die Erich Köhler in der Geschichte der Literatur feststellt, ohne Frage von verschiedenen Lebensverhältnissen, vom Aufsteigen und Verschwinden verschiedener Gesellschaftsschichten und ihrer Eliten. Aber bei allen Veränderungen im System handelt es sich doch um Stellungskämpfe, um Umorganisation und Erweiterung innerhalb der sanktionierten Einrichtung. In dem, was Veränderung erzwingt, in der Kultur, die zur Geltung kommt, kann man den Druck von unten konstatieren. Aber dieses Unten, dem der »unmittelbare produktive Stoffwechsel mit der Natur überlassen« bleibt, ist positiv doch in keiner Kulturüberlieferung gegeben. — Nimmt man den Begriff der herrschenden Kultur ernst, dann behält die Unterscheidung von Kultur und Ideologie, wie sie Haug vornimmt: Kultur als eine gemeinschaftliche, horizontale Verständigung, Ideologie als ihre Enteignung und herrschaftliche Überordnung — Evidenz nur als eine kritische Unterscheidung. Haug nennt sie eine analytische.

Ohne diese Einschränkung wäre das Projekt Ideologie-Theorie vorm romantisch populistischen Vorurteil nicht sicher. »Wie viel muß ein Volk besessen haben, das immer noch solche Spuren und Trümmer aufzuweisen hat«, hatte Jacob Grimm ausgerufen. Das ist aber die romantische Citoyen-Klage über die Verödung des öffentlichen Gemeinwesens: Das Volk habe seinen Glauben an die römisch katholische Kirche, sein einheimisches, genossenschaftliches Recht an das römische Privatrecht, seine Sprache an die gebildete Welt verloren. Das große Sammelwerk der Romantik bedeutet ja auch einen Versuch, das »entfremdete Gemeinwesen« — nach Hegel »die reiche Architektonik des Staates« — wieder anzueignen: als Vaterland im Gedächtnis der Individuen. Gegen die zeitgenössische »ideologische Praxis« von Recht, Religion und Literatur erinnert die späte Romantik Volkskultur und Volksüberlieferung: »Die deutschen Rechtsaltertümer«, »Die deutsche Mythologie«, »Die deutsche Grammatik«. (Deutsch heißt hier germanisch, der Vorwurf des Nationalismus kommt gegen die Romantik oft zu früh.) Ein Volk aber, das sich 1789 bis in seine plebejischen Schichten hinein bereits nachdrücklich zu Wort gemeldet hatte, findet sich darüber »spiritualisiert«, »entwirklicht« zum »Volksgeist«. Im Volksgeist, im Geist einer Kulturüberlieferung, die man zum Teil in den unteren Bevölkerungsschichten aufbewahrt fand, sollte es nunmehr erzogen werden. Es war eine ideologische Tat ersten Ranges. Wir verdanken ihr unsere Wissenschaft. Grimm entdeckte in den »symbolischen Handlungen« des alten Rechts, in der reichen Gliederung der vormaligen Sprache, in den Mythen lauter Ausdrücke sinnlich leibliche Nähe, allgemeiner Teilnahme und durchsichtiger Vermittlung. Er interpretiert sie als Zeugnisse für die freie, ins praktische Leben eingesenkte Gemeinde unserer Vorfahren und wendet sie, republikanisch kritisch, gegen den gegenwärtigen Mangel an Freiheit und poli-

tischer Öffentlichkeit. An dieses kritische Moment ist sein ideologischer Effekt fest gebunden. Das vergangene Gemeinwesen erscheint im Medium der Überlieferung.

Jacob Grimm bestimmt dieses Medium sehr schön als »wunderbare, glaubreiche Ferne«. Poesie und Recht, sagt er, seien aus einem Bett aufgestanden. »Ihr beider Ursprung beruht auf zweierlei Wesentlichem, auf dem Wunderbaren und dem Glaubreichen. Unter Wunder verstehe ich hier die Ferne, worin für jedes Volk der Anfang seiner Gesetze und seiner Poesie tritt; ohne diese Unnahbarkeit wäre kein Heiligtum, woran der Mensch hangen und haften soll, gegründet; was ein Volk aus der eigenen Mitte schöpfen soll, wird seines gleichen, was es mit Händen antasten darf, ist entweiht. Glaube hingegen ist nichts anders als die Vermittlung des Wunders, wodurch es an uns gebunden wird, welcher macht, daß es unser gehört, als ein angeborenes Erbgut.« (Grimm 1882, 154)

Die Gemeinde unserer Vorfahren kannte die Trennung in Freie und Unfreie. Die Unfreien waren zur Versammlung der Freien nicht zugelassen. Sie konnten sich vor Gericht nicht selbst vertreten. Es traf sie, wie Grimm in den »Rechtsaltertümern« anmerkt, die Hauptmasse der Strafen, der verstümmelnden Leibesstrafen vor allem. Man geht wohl nicht fehl, in ihrer Unterwerfung und Enteignung den geschichtlichen Ursprung der Einrichtung, wenn nicht der Poesie, so doch des Rechts anzunehmen. Die Sinnfälligkeit der Vermittlung von Besonderem und Allgemeinem, der Glieder und des Ganzen, die Grimm in der alten Literatur als Ausdrücke eines freien Gemeinwesens bewundert, zeugt so gewiß auch von Unmittelbarkeit der Gewalt und von unbedingtem Ausschluß der Unterworfenen. Glaube entrückt die Trennung der Freien und Unfreien ins Wunder ursprünglicher Gründung. Aber die »glaubreiche Ferne«, in der das Vergangene erscheint, ist darum doch nicht nur ideologisch: Aura der Herrschaft. Spricht Glaube die »gesellschaftliche Macht über der Gesellschaft« heilig, so vermittelt die gläubige Unterwerfung die Einrichtung zum gemeinsamen »angeborenen Erbgut«, wie Grimm sagt. Die Vermittlung der jenseitigen Macht durch den Glauben geschieht diesseits in den gesellschaftlichen Menschen und durch sie. Sie leistet produktiv: die gesellschaftlichen Fähigkeiten erweiternd, eine Wiederaneignung der entrückten gesellschaftlichen Instanzen. So konnte der Unfreie des früheren Gemeinwesens schließlich als bürgerliches Individuum seinen Anteil an den öffentlichen Angelegenheiten fordern. Fähig geworden im Glauben der einst Unterworfenen, tritt es in die herrschende Kultur ein. Es bezahlt dafür mit dem Vergessen seiner unfreien Herkunft und leidet sich nunmehr, gedächtnislos, von den vormaligen Freien ab. Unter dem Druck von unten — Grimm vergleicht die Fabrikarbeiter mit den Unfreien des vormaligen Gemeinwesens — hilft es nun seinerseits, die gesellschaftliche Macht über der Gesellschaft, die es in die Gemeinsamkeit der Staatsbürger zurückholte, im »Volksgeist« als Vaterland, Kulturnation zu verjenseitigen. (Einen ähnlichen Prozeß von Aneignung und Entrückung erkenne ich bei dem Historiker Michelet. Ich verweise auf seine Einleitung zur *Histoire de la Révolution Française* und auf seine Schrift *Le peuple*.) In der Ästhetik stellt sich der gleiche Vorgang so dar, daß die normative Ästhetik in die Autonomie des gesellschaftlichen Subjekts zurückgenommen wird, um als ästhetisches Subjekt im selben Zug den empirischen Menschen entzogen und im Jenseits ihrer Lebenspraxis aufgerichtet zu werden. »Was ein Volk aus der eigenen

Mitte schöpfen soll«, »was es antasten darf« (Grimm, ebd.), ist als Kultur nicht derart von Ideologie: Wunder und Glauben zu trennen, als seien beide nebeneinander bestehende Formen der Vergesellschaftung, einer von unten und einer von oben. Vielmehr sind sie die widersprechenden Seiten in der Überlieferung der herrschenden Kultur. Welche literarische Praxis aber sollte davon ausgenommen sein?

Gegen die These von der ideologischen: staatsförmigen Organisation der Literaturverhältnisse insistiert Metscher auf der »Erfahrung gerade der marxistischen Literaturwissenschaft, (...) daß Literatur — zumindest authentische (oder auch: 'realistische') Literatur — (...) stets einen 'Überschuß' von Bedeutung besitzt, der eine Rezeption unter veränderten Verhältnissen allererst möglich macht« (Metscher 1983, 32). An diesem »Überschuß« wird viel laboriert. Aber sicher ist doch, daß gerade die Werke, die Metscher authentisch nennen würde, ohne Ausnahme von höchster ideologischer Mächtigkeit waren und sind. Die staunenswerte Erneuerung ihrer Rezeption ist im übrigen ohne das Heer der Vermittler gar nicht zu denken. Ich meine nun, daß eine authentisch genannte Literatur den Widerspruch von Aneignung, Verarbeitung der entrückten gesellschaftlichen Instanzen in der gemeinsamen Erfahrung der Individuen, und erneuter Überordnung, gleichsam auf erweiterter Stufe, am wenigsten auflösbar artikuliert. Überlieferung, die Rezeption unter veränderten Verhältnissen, arbeitet an und mit diesem Widerspruch. Ihn aufzuheben, steht in der Macht keiner literarischen Praxis. Ihn aber einebnen in die »Relativität« geschichtlicher und spezifisch ästhetischer Erkenntnis, bedeutet nach meinem Urteil eine Abseignung der Literatur in der Ordnung der »ideologischen Mächtigkeit«.

Die Geschichte der Literatur seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts ließe sich als eine Folge von Angriffen auf ihr öffentliches Ansehen, ihre Ideologieform, schreiben. Aber keine ästhetische Revolte, keine »Zertrümmerung der Aura«, kein Aufstand der selbstbestimmten Mittel gegen die fremden Zwecke, der niederen gegen die hohe Sprache, der Wünsche gegen die Tugenden hat das öffentliche Ansehen von Literatur und Literaturgeschichte erschüttern können. Der Schluß, daß die Werke erst in der Vermittlungssphäre ideologisch umgedeutet würden, ist voreilig. Die Werke haben an der Umdeutung produktiv teil. Das verraten sie vorab dort, wo sie den Status der Literatur, ihre ausgezeichnete Stellung gegenüber dem realen gesellschaftlichen Produktionsprozeß als Refugium, schließlich als kritisches Modell ungeteilter Erfahrung, ungeteilter Arbeit und Erkenntnis, nicht in Zweifel ziehen, obwohl die ausgezeichnete Stellung selber sich einem höchst ideologischen: staatsförmigen Vorgang verdankt. Ideologiekritik, wie ich sie verstehe, hätte in der ästhetischen Erfahrung angeblich ausgezeichneter Ordnung den Bestandteil realer und gemeinsamer Erfahrung aufzuzeigen, der ausgegrenzt und ideologisch übergeordnet wurde. — Als Kritik an einer ausgegrenzten und ideologisch übergeordneten Welterfahrung interpretiere ich Flauberts unvollendeten, postum veröffentlichten Roman *Bouvard et Pécuchet*. Flaubert liest 1 500 Bücher, um das öffentliche Ansehen von Wissenschaft und schöner Literatur an seinen beiden vieux bons-hommes zuschanden werden zu lassen.

Bouvard und Pécuchet, ehemalige angestellte Kopisten, großzügige Freunde, die sich 47jährig dank einer kleinen Erbschaft aufs Land zurückziehen, widmen sich, ratsuchend und sich vergnügend, der wissenschaftlichen und der schönen Literatur. Sie verstehen sie als Anweisung auf Praxis. Mit forschendem Enthusiasmus wenden sie ihre immer weiter ausgreifende Lektüre prompt an. Dabei scheitern sie in jedem Kapitel, und jede neue Beschäftigung mit einer Wissenschaft endet in einer Katastrophe oder in Langeweile. Sie ruinieren ihre Felder nach Büchern der Agrikultur. Ihr Garten fällt der literarischen Gartenbaukunst anheim. Sie verstellen ihr Haus zum Museum für Frühgeschichte, prüfen Physiologie, Medizin und anders beglaubigte Wissenschaften, Gymnastik, Hygiene, Magnetismus am eigenen Körper, an dem des Nachbarn oder des nachbarlichen Viehs. Sie lesen die schöne Literatur als Einführung in die Leidenschaften und studieren die Ästhetik als Anleitung zum Dichten. Anlässlich der 48er Revolution untersuchen sie die politischen Systeme. Sie treiben Philosophie bis zum Selbstmordversuch. Ein Augenblick der Frömmigkeit bringt sie zum Studium der Theologie. Sie erziehen zwei streunende Kinder nach Lehrbüchern der Pädagogik. Ihr letztes Projekt, Erzieher der »Erwachsenen« zu werden — von Flaubert wie das folgende nur noch im Plan festgehalten — überführt sie endgültig der Ordnungsgewalt: Sie erliegen den Intrigen der Provinznotablen, Vertretern von Berufsständen, denen sie fortgesetzt die Kompetenz bestritten. Am Ende fassen sie den Entschluß, wieder wie früher zu kopieren. Was sie aus Haufen von Altpapier abschreiben, *La Copie*, hat Flaubert als eine Zitatmontage geplant. Der *Dictionnaire des idées reçues* bildet einen Teil der *Copie*. Flauberts nur in Ansätzen geordnete Materialsammlung, Zeitungsartikel, Exzerpte, Zitate, ist in dem annähernd vollständigen Abdruck von 1972 weit umfangreicher als der Roman, dessen letztes Kapitel sie abgeben sollte.

Die Satire auf die Wissenschaften trifft, so meine ich, nicht das Wissen, sondern seinen dogmatischen Anspruch, allgemein und widerspruchlos zu gelten; einen Wissenschaftsdiskurs, der keinen Widerspruch und keine Einschränkung duldet, obwohl er ständig durch konkurrierende Aussagen und durch die Realität, über die er aussagt, widersprochen und eingeschränkt wird. Indem Bouvard und Pécuchet solchen Anspruch für bare Münze nehmen und sich immer von neuem praktisch getäuscht oder intellektuell gelangweilt finden, überführen sie ihn der »bêtise«. Aber dumm sind sie selber, im Praktischen scheinbar von allen guten Geistern verlassen, und Narren, weil sie die Schranke zwischen wissenschaftlicher Kompetenz und ihrer eigenen wie immer eifrigen Inkompetenz nicht wahrhaben wollen. Das macht die Komik des Romans aus. Aber die naive Mißachtung der Schranke schlägt immer wieder auch in tapferen zivilen Ungehorsam um. Darüber erst werden sie klug. Nicht daß sie sich zu Wissenschaftlern auf irgendeinem Gebiet mauserten: »Eine traurige Fähigkeit entwickelte sich in ihrem Geist, die Fähigkeit, Dummheit zu sehen und nicht länger zu dulden. Unbedeutende Dinge betrübten sie: die Reklamen der Zeitungen, das Profil eines Bourgeois, eine törichte Überlegung, zufällig gehört. Und wenn sie daran dachten, was man in ihrem Dorf sagte, und daß es bis zu den Antipoden andere Coulons, Marescots, Foureaus gab, fühlten sie es wie die

Schwere der ganzen Erde auf sich lasten.« (8. Kapitel) Nach Flaubert befähigt sie diese Traurigkeit, die Kopie der menschlichen Dummheit zu schreiben. Als Belege dienen außer den Wissenschaftsreden das Salon- und das Zeitungsgeschwätz. Salon und Zeitung vermitteln zwischen Wissenschaft und Laien. Ihrer Idee nach demokratisieren sie ein hierarchisches Verhältnis von Wissenden und Unwissenden. In Wahrheit aber statten sie die Unwissenheit mit Phrasen aus. Man könnte sagen, daß die »bêtise humaine« für Flaubert — nach eigenem Geständnis wollte Flaubert seinen Ekel an ihr in »Bouvard et Pécuchet« erbrechen — die mit Phrasen ausgestattete Unwissenheit ist. Die Phrase enthält kein Gran Erkenntnis. Sie bringt nicht die Wissenschaften und Künste zu gemeiner Kenntnis, vielmehr propagiert sie ihr Prestige, in dessen Dunstkreis sich »Politik, Recht, Religion, Kunst, Moral, Philosophie« als öffentliche Autoritäten erhalten. Auf dem Grunde der Phrase aber liegt die bourgeoise Verachtung für alles, was den bourgeoisen Egoismus übersteigt.

Bouvard und Pécuchet hingegen setzen ihren bescheidenen Besitz, ihr Leben dran, um zu wissen. Da sie, was geschrieben steht, ernst nehmen und in der Erfahrung prüfen, kräftigen sich in ihnen bon sens und soziales Mitleiden, Fähigkeiten, denen Flaubert zutraut, die Phrasen aufzuspießen. Die alarmierte Ordnungsgewalt beruhigt sich freilich über der Feststellung eines Repräsentanten des parti de l'ordre, daß die beiden Alten nicht gefährlich, bloß närrisch seien. Und die Kopisten beschließen, auch diese amtlich gewordene Feststellung, die sie unter ihrem Altpapier finden, abzuschreiben. Bon sens, der Aufklärung zufolge die am besten verteilte Fähigkeit, sieht Flaubert noch bei den Narren, Nonkonformisten, am Werk. Gefährlich sind sie nicht, hinter der bêtise humaine steht die Gewalt, aber unverzagt.

Literaturverzeichnis

- Flaubert, Gustave, 1881: Bouvard et Pécuchet, Paris
 Grimm, Jacob, 1882: Kleinere Schriften, Bd.6, Berlin
 Horkheimer, Max, 1974: Notizen 1950 bis 1969 und Dämmerung, Frankfurt
 Ders., 1968: Kritische Theorie, Bd.2, Frankfurt
 Metscher, Thomas, 1978: Literatur als ideologische Form, in: Weimarer Beiträge 1
 Ders., 1983: Ideologie, Literatur, Philosophie, in: *Das Argument* 137
 Projekt Ideologie-Theorie, 1979: Theorien über Ideologie. Berlin/West



Wolfgang Popp (Hrsg.):
 Die Suche nach dem rechten Mann
 Männerfreundschaften im literarischen
 Werk Hans Henny Jahnn's

Mit Beiträgen von M. Kalveram,
 F. Krey, D. Molitor und W. Popp
 Literatur im historischen Prozeß 13
 Argument-Sonderband AS 128
 17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Für einen ungezähmten Jahn

I. Biographische Notizen

Hans Henny Jahn, 1894 in Hamburg geboren, 1959 dort gestorben. Mit 21 Jahren, 1915, flieht Jahn mit seinem Freund Gottlieb Harms vor der Einberufung und vor dem Ersten Weltkrieg nach Norwegen. Dort schreibt er seine ersten bedeutenden literarischen Werke, darunter das Drama »Pastor Ephraim Magnus«, für das der Lyriker Oskar Lörke dem noch Unbekannten den »Kleistpreis« verleiht. Die Preisverleihung und die Veröffentlichung und Auf-führung des Dramas führt zu einem Skandal. Auch die »Glaubensgemeinde Ugrino«, die Jahn mit Harms und anderen Freunden und Mäzenen in den Zwanziger Jahren in der Lüneburger Heide gründet, ist skandalumwittert. Jahn entwirft, als »Oberbaumeister«, monumentale Kultbauten, insbesonde-re solche für einen archaischen, antichristlichen Totenkult. In der gleichen Zeit entdecken die Freunde die zum Abbruch bestimmte Arp-Schnittger-Orgel der Hamburger Jakobikirche und renovieren sie auf eigene Kosten. Damit wird Jahn zum Begründer der Orgelreform-Bewegung und verschafft sich als Or-gelfachmann und -bauer anhaltendes Ansehen. Im Ugrino-Verlag veröffent-licht er mit Harms Werke barocker und vorbarocker Meister, die den Verlag weltbekannt machen. — Die Freunde heiraten die Halbschwester Ellinor und Monna Philips; nach dem Tod von Harms 1931 bleiben dessen Frau Monna und ihr Sohn in der »Großfamilie« Jahn. Mit ihr flieht Jahn zu Beginn der NS-faschistischen Herrschaft abermals in den Norden: Als Bauernhof-Besitzer auf der Insel Bornholm macht er intensive Studien über Tier- und Pflanzen-welt und wird — nebenher — Hormonforscher. Auch in dieser Zeit entstehen wichtige literarische Werke, vor allem der Roman »Das Holzschiff«, der spä-ter zum ersten Teil des bedeutendsten literarischen Werkes wird, der Romantri-logie »Fluß ohne Ufer«. Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrt Jahn nach Ham-burg zurück und entfaltet vielfältige literaturpolitische und friedenspolitische Aktivitäten: Er wird Präsident der von ihm gegründeten »Freien Akademie der Künste«, kämpft als Generalsekretär des PEN-Clubs leidenschaftlich ge-gen die Ost-West-Spaltung und gegen Antikommunismus, polemisiert in vielen Schriften gegen die Wiederbewaffnung der BRD und gegen die atomare Rüs-tung.

Die biographischen Daten bestimmen zugleich die Themen und Motive der literarischen Werke Jahns, einer Reihe von — »unspielbaren« und selten ge-spielten — Dramen, Erzählungen und Geschichten und der umfangreichen Romane: »Perrudja«, »Fluß ohne Ufer«, »Jeden ereilt es«: Die nordische Landschaft und Natur, Herbheit, Verslossenheit, Naturverbundenheit der Figuren; die Männerfreundschaft als eine über die Sexualität/Homosexualität hinausgehende, diese aber nicht verleugnende Lebensbeziehung; archaische Mythen als Hintergrund von Handlungsstrukturen; die intensive Beschäfti-gung mit dem Tod.

II. Bemerkungen zur »Wiederentdeckung« und politischen Vermarktung des unbekanntem Dichters Hans Henny Jahnn

»Jahnn macht man nicht bekannter, indem man ihm die Zähne zieht. Jahnn's Geschöpfen bekommt es besser, als verruchte, verrufene und wilde in einem Ghetto eingesperrt zu sein, als wenn sie gezähmt vorgeführt werden.« (Erwin Jäger)

Eine polemische Feststellung, die 65 Jahre »Rezeptionsgeschichte« Jahnn's charakterisiert. Denn mit und seit dem Erscheinen des ersten Werkes von Jahnn, des Dramas »Pastor Ephraim Magnus« im Jahr 1920, erwies sich, daß man im öffentlichen »Literaturbetrieb« immer wieder bemüht war, ihm die Zähne zu ziehen. Verrucht, verrufen und wild sind Jahnn's Geschöpfe in diesem ersten Stück — und sie blieben es, wenn auch vom älteren und reiferen Autor selbst schon etwas »gezähmt«, bis zum letzten, dem Anti-Atomwaffen-Stück »Die Trümmer des Gewissens«. Im »Pastor Ephraim Magnus« treiben sie alles, was bürgerliche Gemüter bis heute erregen kann: Inzest zwischen Bruder und Schwester, Gotteslästerung schärfsten Kalibers, wenn die Schwester den Bruder auf offener Szene kruzifiziert, an ein Holzkreuz nagelt, Sado-Masochismus brutalster Provenienz, wenn sie ihn und sich selbst mit glühenden Eisen kastriert ... Und den ersten Zähmungversuch an diesen Geschöpfen Jahnn's unternahm kein geringerer als Bertolt Brecht, der — in irritierender Zusammenarbeit mit dem späteren Goebbels-Freund Arnolt Bronnen — das Stück so inszenierte (und kastrierte), daß der Autor es nicht wiedererkannte. — 1984, im Jahnn-Gedächtnisjahr — 90. Geburtstag, 25. Todestag — gibt sich das Zähne-Ziehen, die Zähmung und Domestizierung Jahnn's eher als Toleranz: Die Gemeinde der St. Jakobi-Kirche zu Hamburg, die Jahnn in den zwanziger Jahren Hausverbot erteilte, weil er sich bei der — selbstfinanzierten! — Rettung und Renovierung der größten Barockorgel Deutschlands den bürgerlich-bigotten Erwartungen und Normen nicht unterwarf — diese Gemeinde öffnet 1984 ihre Kirche einer Gedächtnisausstellung für »die Idee von Ugrino«. Eine »Idee«, deren Basis die Erkenntnis Jahnn's war, das Christentum habe eine Entwicklung der europäischen Kultur zu Humanität, zu einer »Harmonie der Welt« (wie es im Motto der Ausstellung heißt) nicht nur verhindert, sondern nachhaltig zunichte gemacht. Eine »Idee«, die der christlichen Moral eine heidnische entgegensetzt. Eine »Idee«, konkretisiert in den Totentanzfiguren des Ugrino-Mitbegründers Franz Buse, die in der Ausstellung gezeigt werden: Figuren, wohlgermerkt, eines heidnischen Totentanzes, heidnische, antichristliche Kultfiguren. — Welcher Jahnn soll hier »bekannter« gemacht werden? Ohne welche Zähne? »Die Harmonie der Welt in den Künsten«: so hätten sie ihn gern, den domestizierten Jahnn, im Stationierungsjahr 1984, im Orwell-Jahr des total verwalteten Menschen, in dem Jahr, in dem erneut die Jagd eröffnet wird auf die Homosexuellen — zu denen er gehörte —, diesmal als militärisches »Sicherheitsrisiko«, während ein Verteidigungsminister und eine Vier-Sterne-General den kalten Bruderkuß tauschen. Wenn schon die wirkliche Welt, wenn Humanität und Zukunftsverantwortung

vor die Hunde gehen, dann laßt uns wenigstens in die »Harmonie der Welt der Künste« fliehen. — Nicht mit Jahn! —

Wer das »harmonikale Denken« Jahnns für uns heutige bekannt, verständlich machen will, darf es nicht zurückschneiden auf die sentimentale Erinnerung an die schöne Utopie der »Glaubensgemeinde Ugrino« und ihr Kunstverständnis. Es ist richtig: das »harmonikale Denken« ist die Grundlage für Jahnns Philosophie und Weltanschauung, für seine Dichtung, für alle Projekte, die er im Laufe seines zu kurzen Lebens aufgriff, die Theorie des Orgelklangs und ihre Konkretisierung in zahlreichen Orgelrenovierungen und -neubauten, die Theorie von Masse und Rhythmus in der Architektur und ihre Konkretisierung in umfassenden kultur- und bauhistorischen Studien, die Theorie des Zusammenwirkens der Hormone im menschlichen und tierischen Körper und ihre Konkretisierung in der Praxis der Tiermedizin und der ökologischen Felddüngung. Aber das Konzept der »Glaubensgemeinde Ugrino« ist in diesen Zusammenhängen eher ein bescheidener, jugendlich-unbesonnener Ansatz des »harmonikalen Denkens« Jahnns. Und die dichterischen Geschöpfe, die dieses Konzept gebar, waren von einer Verruchtheit und Wildheit, daß Jahn nicht zu Ende zu schreiben wagte, was sie — sowohl im Romanfragment »Ugrino und Ingrabanien« als auch im unvollendeten zweiten Teil des »Perrudja« — konsequenterweise hätten tun müssen: nämlich die ganze alte Welt in Schutt und Asche legen, um einer neuen Menschheit die Möglichkeit einer humanen Welt und Gesellschaft zu geben.

Wer demnach Jahn — in welcher guten Absicht auch immer — heute vereinnahmen will, indem er das »harmonikale Denken« Jahnns reduziert auf eine »Harmonie der Welt in den Künsten«, beraubt dieses »harmonikale Denken« seiner entscheidenden Dimension, der philosophisch-politischen Dimension. Und er beraubt diejenigen, denen er Jahn bekannter machen möchte, um die Möglichkeit, die heutige Welt aus der philosophisch-politischen Dimension des »harmonikalen Denkens« Jahnns zu sehen und, vielleicht, zu verstehen. (Vielleicht liegt es sogar an den verschiedenartigen »Zähmungen« Jahnns durch die traditionelle Literaturwissenschaft, daß die Philosophie ihn noch nicht entdeckt hat, entdecken konnte?)

Und ähnlichen Gefahren dürften sich diejenigen aussetzen, die heute — was ja so nahe liegt! — Jahn »ökologisch« oder auch »pazifistisch« vereinnahmen wollen. Sicher, Jahn hat Texte verfaßt, mit denen er unmittelbar in die politische Diskussion einzugreifen versuchte, »ökologische« Texte, mit denen er den Mißbrauch der geschändeten Natur durch den Menschen anprangert, »pazifistische« Texte, mit denen er vor der Zerstörung der Welt durch einen Atomkrieg warnt. Zu Zeiten, zu denen andere noch nicht im Traum an so etwas dachten. — Einige dieser Texte stehen an bevorzugter Stelle in einem der wenigen heute auf dem Markt befindlichen Bücher, in dem man sich mit Texten von Jahn bekanntmachen kann: im Hans-Henny-Jahn-Lesebuch des Hoffmann und Campe Verlags. Und zu Recht. Aber bevor man diese Texte in der heutigen politischen Auseinandersetzung für die Ökologiebewegung, für die Grünen oder für die Friedensbewegung in Anspruch nimmt, müßte man sich bekannter damit machen können, in welchem Kontext des gesamten Wer-

kes Jahnns sie stehen. Und dies bleibt jedenfalls den gewöhnlichen Literaturbenutzern, die nicht in wissenschaftlichen Bibliotheken zu arbeiten pflegen, verwehrt, solange die einzige Werkausgabe — seit Jahren — vergriffen bleibt und solange die Herausgabe einer umfassenden kritischen Ausgabe marktwirtschaftlich offenbar unattraktiv ist.

Die politischen Texte Jahnns aus dem Kontext seines gesamten literarischen Werkes zu verstehen, dies hieße, ihn in der aktuellen politischen Auseinandersetzung nicht nur als eindrucksvolles »Sandwich« herumzutragen. Es hieße vielmehr, mit Jahn über den Zustand dieser Welt und unserer Gesellschaft und Kultur nachzudenken. Es hieße, mit Jahn darüber nachzudenken, wie verheerend sich für diesen heutigen Zustand eine historische Auffassung vom Menschen auswirkte, die wesentlich — aber nicht nur — vom Christentum geprägt ist; eine Auffassung nämlich, die den Menschen als »Beherrscher« der Natur begreift, die den biblischen Satz: »Machet Euch die Erde untertan« zur Grundlage nimmt für die Ausbildung eines Hegemoniedenkens, das dem Menschen erlaubt, sich nicht nur die Natur, sondern auch den Menschen »untertan« zu machen — und auszubeuten; die zur Ausbildung eines naturwissenschaftlichen Denkens führte, das — bis heute — fixiert ist auf die »Beherrschung« der Natur —, ohne nach den Konsequenzen solcher »Beherrschung« zu fragen. Und dies hieße, mit Jahn nach vorchristlichen und außerchristlichen Auffassungen vom Menschen zu fragen, nach archaischen, mythischen »Mustern« für das Verhältnis von Mensch und Natur, Mensch und Tier, Mensch und »Gott«.

Dem Menschen, der sich die Erde »untertan« macht, setzt Jahn einen Menschen entgegen, der »Schauplatz von Ereignissen« ist, eingespannt zwischen das Handeln von »Dämonen und Engeln« auf diesem »Schauplatz« und die Verpflichtung, sich selbst als in die Welt geworfener ernst zu nehmen, und damit auch in seiner Beziehung zum anderen Menschen, zum Tier, zur Natur. Wenn Jahnns Geschöpfe verrufen und wild sind, so nie im Sinne von hemmungslos, zerstörerisch, von Vandalentum. Sondern stets im Sinne erbarungsloser Konsequenz in der Selbsterkenntnis, in der Erkenntnis der Welt, die unter dem lapidaren Verdikt Jahnns steht: »Es ist wie es ist. Und es ist fürchterlich.« — Wer da nicht wild wird, ist kein Mensch, ist inhuman! Zugleich aber muß man die »Wildheit« dieser Menschen, Geschöpfe Jahnns, verstehen in dem Sinne, in dem wir von »wilden« Tieren sprechen: als Eingebundenheit in die Natur, in ihren Entwicklungen, ihren Kreislauf, ihre »Wiederholungen«.

Am Beginn seines letzten Romans mit dem beziehungsreichen Titel: »Jeden ereilt es« sagt Jahn: »Wir haben die Wildheit verlernt — vor allem die Wildheit der Liebe«. — Diese »Wildheit« wieder zu lernen, wäre ein Programm, das das »harmonikale« Denken Jahnns ernstnimmt. Ein Programm, von dessen Erfüllung die Ökologiebewegung soweit entfernt ist wie die Friedensbewegung.

Interventionen

Thomas Metscher:

Zu Kritischem Wörterbuch des Marxismus und »Diskussionskultur«

Zur Diskussion über das KWM und zur Frage meiner Mitarbeit an diesem ist, wie ich glaube, eine Positionsbestimmung an der Zeit.

(1) Im Juni dieses Jahres teilte ich W.F. Haug mit (Briefe v. 10.6. und 26.6.84), daß ich unter bestimmten Bedingungen zur Mitarbeit am KWM bereit bin, trotz unterschiedlicher Bedenken und obwohl ich die Position von Schleifstein und Jung (vgl. deren Schreiben an W.F.H. v. 29.12.1983, abgedruckt in *Argument* 144) in allen wesentlichen Punkten teile. Mir war von Anfang an klar, daß das KWM ein Versuch der publizistischen Umsetzung der Konzeption des sogenannten »pluralen Marxismus« ist, daß *diese* Konzeption als Grundlage des Wörterbuchs feststeht und nicht mehr durch Diskussion veränderbar ist (sie war ja bereits durch das französische Original vorgegeben). Mir war von Anfang an deshalb auch klar, daß jeder, der sich zur Mitarbeit bereit erklären würde, auch diese Konzeption zumindest indirekt mittragen, sich ihr im gewissen Sinn unterwerfen würde. Ebenso klar war, daß sich die führenden Vertreter des IMSF diesem Anspruch entziehen *mußten*. Im gegenteiligen Fall hätten sie ihre Identität als kommunistische Politiker und Theoretiker aufgegeben. Ihnen deshalb, wie Haug es tut (Schreiben v. 30.1.84, veröffentlicht in *Argument* 144), ein »spalterisches« Vorgehen vorzuwerfen, ist purer Unsinn — ergibt einen Sinn nur als demagogischer Schachzug. Schleifstein hat auf diesen und andere Vorwürfe in einem Brief an Haug v. 8.2. geantwortet und seine Position noch einmal in sehr klarer Form dargestellt (dazu auch K. Maase, *Marxistische Blätter* 4/1984).

Wenn ich mich, trotz Übereinstimmung mit Jung und Schleifstein, prinzipiell zur Mitarbeit am KWM bereit erkläre, so allein aus Gründen meiner persönlichen und politischen Geschichte: der Zusammenarbeit mit Haug und dem *Argument* seit Gründung der Zeitschrift. Ich wollte, in meiner Person, eine Kontinuität der Kooperation demonstrieren — die Möglichkeit der Zusammenarbeit auch angesichts gravierender politischer und theoretischer Differenzen; zumal das auch jahrelang vom *Argument* vertretene Ziel, die *Einheit der Linkskräfte herzustellen*, für mich ein Kernpunkt marxistischer Auffassung ist — heute mehr denn je. (Ich möchte an dieser Stelle angesichts der von Erich Wulff in *Argument* 147 geäußerten Unterstellung »bürokratisch angeordneter Absagen« seitens der DKP nachdrücklich klarstellen, daß mir gegenüber *niemand*, in welcher Form auch immer, den Versuch unternahm, mich zu bewegen, meine Bereitschaft zur Mitarbeit am KWM zurückzuziehen.)

(2) Meine Bedenken gegenüber dem Unternehmen KWM sind im Laufe der letzten Monate nicht kleiner geworden: Sie haben sich im Gegenteil vergrößert. So hat die *inhaltliche Konzeptionslosigkeit* des Marxismusbegriffs selbst, wie er dem Unternehmen zugrunde liegt — es handelt sich wohlgerne um den *zentralen theoretischen Begriff* des ganzen Wörterbuchs — nach jetzt erfolgter Lektüre der ersten ausgelieferten Bände wie auch des zur Diskussion gestellten sogenannten »Konzeptionsentwurfs« (*Argument* 146) meine schlimmsten Befürchtungen übertröffen. Der groß angekündigte »Konzeptionsentwurf« (so auch Titelseite *Argument* 146) enthält allein noch »Richtlinien für Beiträge zum KWM« (ebd., 518). Die *inhaltliche Konzeption* des ganzen Unternehmens wird — böswillig könnte man sagen: wie erwartet — gerade nicht mehr zur Diskussion gestellt. Es wird nicht nur die Konzeption des »pluralen Marxismus« stillschweigend vorausgesetzt (davon ging ich in der Tat auch aus), es werden vielmehr auch *keinerlei Kriterien für den Marxismusbegriff* überhaupt noch zur Diskussion gestellt. Man will offenkundig doch im Ernst sagen: Marxist ist, wer sich für einen solchen hält (vgl. meine

Buhr-Intervention, *Argument* 146, 599) — und das habe ich in der Tat nicht so für möglich gehalten. Ich möchte hier wiederholen, was ich in einem Brief an Haug v. 13.9.84 schrieb: »Mein Hauptproblem besteht darin, daß die Richtlinien rein formaler Natur sind, auf die Diskussion irgendwelcher inhaltlicher Kriterien verzichtet wird. Meine Vermutung oder Befürchtung (in meinem Buhr-Beitrag ausgesprochen), daß hier Marxismus schlicht für Sozialismus steht, scheint sich zu bewahrheiten. Selbst aber, wenn ich mich auf Euren Standpunkt stelle (rein hypothetisch einmal) und die Konzeption eines pluralen Marxismus vertreten will, so muß ich doch in Gottes Namen irgendwelche Kriterien haben, die Marxismus von anderen Strömungen sozialistischen Denkens unterscheiden. Das ist vor jeder politischen Notwendigkeit eine Notwendigkeit wissenschaftlichen Arbeitens, ohne die ich nicht auskommen kann. Oder geht Euer Pluralismus — oder Eure vermeintliche 'Toleranz' — so weit, daß in der Tat jeder 'Marxist' ist, der sich für einen Marxisten hält? Das war von mir in dem Buhr-Beitrag gar nicht so ernst gemeint, weil ich es nicht für möglich hielt, daß Ihr tatsächlich diese Auffassung vertrittet, jetzt aber muß ich dies sehr wohl für möglich halten. Das aber nun wäre wirklich der letzte Opportunismus. Damit würdet Ihr übrigens durchaus hinter die Praxis namhafter sozialistischer Publikationen in Westeuropa zurückfallen. Auch *History Workshop* etwa versteht sich ausdrücklich nicht als 'Journal of Marxist Historians', sondern als 'Journal of Socialist Historians'. Wer also mit Euch ins Boot des kritischen Marxismus steigen und unter seiner Fahne segeln will, ist Euch das völlig egal? Oder ist es bereits Ausgrenzung, Abgrenzung, gar Sektierertum, wenn man noch inhaltliche Kriterien für Marxismus diskutieren will?«

(3) Zum Niveau der bisher ausgelieferten Bände des KWM ist bereits von Werner Goldschmidt einiges gesagt worden (*Argument* 147), dem ich mich, nach Lektüre der ausgelieferten Bände, voll anschließen kann.

Ich mache eine Problem aufs Exempel und nehme das Stichwort *Arbeit*. Auch der pluralste Marxist wird nun kaum ernsthaft behaupten können, daß dies — für den Marxismus — ein nebensächlicher Begriff sei (oder bin ich da wieder auf dem falschen Dampfer und hinke dem Zeitgeist hinterher?). In diesem Punkt jedenfalls kann ich mich — aufatmend, dem 19. Jahrhundert in mir zu entfliehen — auf die Höhe des Diskurses der Gegenwart schwingen und *Frigga Haug* zitieren, die, in ihrem heroischen Sankt-Georgs-Fight gegen das verkalkte Apparatschik-Ungeheuer Maase Kaspar, gnädigst erklärt, was »wir« — pluralis majestatis et Argumenti wohl — unter »marxistisch Wissenschaft betreiben« zu verstehen geruhen: »Wir verstehen darunter, den Standpunkt der Arbeit einzunehmen in sozialistischer Perspektive« (*Argument* 147, 675). Was immer hier mit *Arbeit* gemeint sein mag (darf man, so ganz im Hintergrund, noch an *Arbeiterklasse* denken, oder ist das bereits wieder hoffnungslos antediluvial?), offenkundig wird hier der Begriff der *Arbeit* als Grundbegriff des Marxismus reklamiert. Er ist es jedenfalls, von dem her »marxistisch Wissenschaft betreiben« standpunktlogisch gefaßt wird.

Was nun erfahren wir im KWM zu diesem Begriff? Wir lesen, die »Frage der Arbeit« nähme in den Manuskripten von 1844 »einen wesentlichen Raum ein«. Wir finden einen äußerst vagen Verweis auf ihre theoretische Vorgeschichte. Wir erfahren dann genauer, Marx habe ihr »die Kategorie der Entfremdung aufgeprägt«, die er »direkt von Feuerbach entlehnt« habe. Resümierend heißt es zum Arbeitsbegriff dieser Schaffensphase, es handele sich um »die einfache Koppelung von Kategorien des philosophischen Humanismus ... und ökonomischer Begriffe der klassischen Schule«. In Klammern wird angemerkt, daß man in den Kategorien dieses Humanismus »leicht die Erneuerung antiker theologischer Themen erkennt«. Der entscheidende Bruch zur wissenschaftlichen Behandlung des Arbeitsbegriffs erfolge erst mit der *Deutschen Ideologie*. So der Beginn dieses schwer verdaulichen eklektischen Gebräus, das beansprucht, ein wissenschaftlicher Artikel kritisch-marxistischer Provenienz zu einem — möglicherweise gar *dem* —

Grundbegriff marxistischer Weltanschauung zu sein. In Wahrheit handelt es sich um eine Mischung von Trivialitäten, Ungenauigkeiten und Unrichtigkeiten mit einem Schuß des »theoretischen Antihumanismus« der Althusser-Schule. Weder nämlich hat Marx »der Frage der Arbeit« die »Kategorie der Entfremdung aufgeprägt« (die »Frage der Arbeit« wurde ihm zum Problem eher durch die *Tatsache der Entfremdung*, die er empirisch vorfand), noch hat er diese Kategorie »direkt von Feuerbach entlehnt« (wenn der Verfasser den diskutierten Text gründlich studiert hätte, wüßte er, daß Marx sie an Hegel gewinnt!). Mit den antiken theologischen (sic!) Themen, die man »leicht« in den Kategorien des philosophischen Humanismus (in diesen »erneuert«) erkennt, soll möglicherweise auf die Tatsache hingewiesen werden, daß in der antiken Literatur (Hesiod, Homer, Aischylos, Vergil — vor allem dieser) sich in der Tat die Entdeckung der Arbeit als des »sich bewährenden Wesens des Menschen« (so Marx, doch auch schon Vergil) vollzieht, nur das eben nicht mehr in explizit *theologischen* Kontexten (oder nur am Rande in solchen). (Ich bin so unbescheiden, interessierte Leser auf zwei eigene Arbeiten dazu hinzuweisen: »'Der Mensch als Schöpfer seiner selbst.' Die Entdeckung der Arbeit in der europäischen Literatur«, in: *Diskurs, Bremer Beiträge zu Wissenschaft und Gesellschaft* 1/1979, 130-142; und *Kunst, Kultur, Humanität*, Bd. I, Fischerhude 1982, 22-28.) — Was in dem Artikel folgt (zum Arbeitsbegriff nach dem »entscheidenden Bruch« im Denken von Marx — von *Deutscher Ideologie* bis *Kapital*), ist reiner Ökonomismus. Denerviert bleibt, daß die Feuerbachthesen (also gerade die *Deutsche Ideologie*) den Arbeitsbegriff der *Manuskripte* sehr wohl aufnehmen und weiterführen (im Begriff der »wirklichen, sinnlichen«, und das heißt »*gegenständlichen* Tätigkeit«). Auch die Tatsache, daß der Arbeitsbegriff, und zwar durchweg im Sinn einer grundlegenden philosophisch-anthropologischen Kategorie (und damit in Kontinuität mit dem der *Ökonomisch-philosophischen Manuskripte*), im 5. Kapitel des *Kapital* I, seine höchste theoretische Fassung erhält (MEW 23, 192f.), wird nur nebenher und in höchst diffuser Weise zur Kenntnis genommen.

Es fällt schwer, dieses Produkt plural-marxistischen Forschens als wissenschaftlichen Beitrag ernstzunehmen.

(4) Trotz dieser — für den einen oder anderen der *Argument*-Freunde vielleicht doch nachvollziehbaren — Zunahme meiner Bedenken gegen das Unternehmen KWM und seine ihn tragende Konzeption würde ich — aus dem erwähnten politisch-persönlichen Grund, der für mich schwer wiegt — bei der Bereitschaft einer Mitarbeit bleiben, wenn nicht, in meiner Auffassung, einfachste Regeln der — von Haug und *Argument* stets beschworenen — Diskussionskultur zuletzt in einer Weise verletzt worden wären, die für mich in keiner Form mehr tragbar ist. Von entscheidender Bedeutung für zunehmende Zweifel an der Glaubwürdigkeit des *Argument* in diesem wichtigen Punkt ist die Nichtveröffentlichung der Schleifstein-Antwort v. 8.2.84 auf Haugs Brief v. 30.1.84.* Schleifsteins Antwort legt noch einmal sehr sachlich und unpolemisch die Auffassung des IMSF dar und schließt mit den Zeilen: »Ich möchte betonen, daß diese Ablehnung nichts an unserer Bereitschaft zur politischen Zusammenarbeit, zu theoretischer Diskussion, zu Meinungsaustausch und Meinungsstreit ändert. Sie bezieht sich konkret auf die Mitwirkung am Projekt der Ergänzungsbände zum KWM. (...)« Ich bin überzeugt, daß auch viele von denen, die Schleifsteins Position inhaltlich nicht teilen, sich dem Respekt vor seiner Auffassung nicht verschließen würden — wenn der volle Wortlaut dieses Briefs ihnen zugänglich wäre. Die Vermutung, hier handele es sich um eine »bürokratisch angeordnete Absage« jedenfalls würde verpuffen wie eine Luftblase. Zweimal habe ich in persönlichen Briefen an Haug (v. 18.7.84 und 13.9.84) die Veröffentlichung des

* Der Brief wurde mit einer Antwort von W.F. Haug veröffentlicht in *Argument* 148, 905f. (d. Red.).

Schleifsteinbriefs angemahnt bzw. nach Gründen für seine Nichtveröffentlichung gefragt. Eine Antwort wurde mir bislang nicht zuteil. *Ich wiederhole die Frage an dieser Stelle.* Die Angelegenheit ist für mich, wie ich Haug bereits schrieb, ein *neuralgischer Punkt*, nicht zuletzt auch deshalb, weil ich Anstand und guten Willen der Herausgeber des *Argument* immer verteidigt habe, auch gegenüber den Zweiflern unter meinen politischen Freunden. Solange jedenfalls meine Frage nicht zufriedenstellend beantwortet und das Vertrauensverhältnis nicht wieder hergestellt sind, kommt für mich die Kooperation mit dem *Argument* nicht mehr in Frage.

Zur Erschütterung dieses Vertrauensverhältnisses hat ein weiterer Vorfall beitragen: diesmal ein *veröffentlichter* Brief und eine — scheinbar — eher marginale Angelegenheit. Und zwar wurde unter der Rubrik »Kontroverse: Zum Kritischen Wörterbuch des Marxismus« (*Argument* 144) Lothar Peters kurzes Absageschreiben auf die Einladung zur Mitarbeit am KWM abgedruckt, in dem dieser erklärt, die von Jung und Schleifstein für ihre Absage angeführten Gründe zu teilen. Warum wurde gerade *dieser* Brief gebracht? Es ist offenkundig, daß er nicht als Diskussionsbeitrag für eine »Kontroverse« gedacht war, vielmehr nicht mehr enthielt als die knappe, doch höfliche Antwort auf das Rundschreiben des *Argument*, in dem zur Mitarbeit am KWM aufgefordert wurde. Die Veröffentlichung des Briefs konnte nur den Sinn haben, daß hier einer der *hardliners*, so eine richtige ausgewachsene, nach oben hörige und nach unten tretende Holzkopffigur vorgeführt werden sollte: als Akt der Entlarvung. Und siehe, wie blendend die Technik funktioniert: Prompt stürzen sich Erich Wulff und Eike Hennig auf den all seiner Masken entblößten Peterknaben und prügeln munter auf ihn ein. »Überhaupt nur noch peinlich zu nennen«, befindet Hennig, sei »der Kotau, den L. Peter mit seinem Dreizeiler veranstaltet«. »Keine Entschuldigung« will Erich Wulff für den Verfasser eben dieses Dreizeilers gelten lassen: »Er ist — auf dümmliche, arrogante, aggressive Weise — päpstlicher als der Papst.« Da haben wir's also, alles ist klar mit den Kommunisten.

Nichts ist klar. Selbst vorausgesetzt, Erich Wulff wüßte nicht, daß Lothar Peter seine zwei Sätze gar nicht als Diskussionsbeitrag verstand: Ich möchte ihn, den ich als wissenschaftliche und politische Persönlichkeit in hohem Maße schätze, fragen: *Darf* der Kommunist Peter sich also nicht den Argumentationen seiner Genossen Schleifstein und Jung anschließen? Gilt dies heute bereits als *dümmlich*, *arrogant* und *aggressiv*? Ist die aparte Eigenständigkeit per se ein politischer oder wissenschaftlicher Wert?

Ist das die vielzitierte »Diskussionskultur« des *Argument*? Nein, werte Freunde, mit der Inszenierung dieses Briefs und seiner (zu erwartenden) Reaktionen — so nebensächlich die Angelegenheit auch zu sein scheint — habt Ihr die schmale Grenze überschritten, jenseits derer der Boden zu schwanken beginnt und die Luft trüb wird — die Trennungslinie auch zwischen wissenschaftlicher Polemik und politisch-persönlicher Diffamierung. Ich, für meinen Teil, gedenke diesseits dieser Grenze zu bleiben — auch hier werde ich Eurem Kurs nicht folgen.

Werner van Treeck: Antwort auf Thomas Metscher

Lieber Thomas,
mit Deinen inhaltlichen Bedenken und Einwänden gegen die von Georges Labica herausgegebenen Bände des *Kritischen Wörterbuchs des Marxismus* kann ich mich auseinandersetzen — und diese Auseinandersetzung ist fruchtbar für die Vorbereitung der von uns zu erstellenden Supplementbände dieses Werks. Bei Deiner Begründung für die Aufkündigung Deiner Mitarbeit an diesen Supplementbänden — von denen sich abzeichnet, daß sie an Umfang an die französischen heranreichen — fällt es mir schwer: Von Deinen beiden Gründen ist der eine überholt (denn Schleifsteins Brief ist in Heft 148/1984 veröffentlicht) und der andere bestand schon, als Du die Mitarbeit zusagtest (die Veröffent-

lichung des Peter-Briefs in Heft 144/1984). Daß wir Eike Hennigs und Erich Wulffs Bemerkungen zu Peters Brief bestellt hätten (bzw. »inszeniert«, wie Du schreibst), kannst Du nicht im Ernst glauben.

Ich möchte einen mit Deinen Ausführungen zur Diskussionskultur gründlich verdeckten Sachverhalt wieder ans Licht ziehen: es geht doch wohl darum, daß *wir* uns bemühen bzw. bemüht haben, z.B. Dich oder Lothar Peter zur Mitarbeit an den deutschen Supplementbänden des KWM zu gewinnen, und nicht etwa darum, daß wir öffentliche Diskussionen verunmöglichen und »abweichende« Positionen von der Veröffentlichung ausschließen.

Jenseits des inhaltlichen Streits beginnen sich sekundäre und tertiäre Diskussionszusammenhänge zu verselbständigen (und leider ist Dein Beitrag ein Beleg dafür): Mit jedem Brief, den wir in dieser Sache entweder veröffentlichen oder nicht veröffentlichen (übrigens ohne das Vergnügen, das die FAZ uns unterstellt), müssen wir mittlerweile einen weiteren Brief gewärtigen, in dem jeweils genau dies zum Anlaß der Aufkündigung der Mitarbeit genommen wird, wobei selbstverständlich erwartet wird, daß auch dieser Brief ..., sofern man nicht weitere Briefe (mit weiteren Aufkündigungen der Mitarbeit) gewärtigen will, die ihrerseits ...

Als ich vor mehr als zehn Jahren an einem soziologischen Institut einen Einführungskurs in die Soziologie einrichtete, hatte ich stets mehrere Vertreter einer politischen Gruppe zugegen, die die Kurskonzeption vor allem mit dem Vorwurf bekämpften, sie beanspruche zu Unrecht, marxistisch zu sein. Ich ließ mich mit Feuereifer auf diese Diskussion ein, bis ich nach zwei oder drei Sitzungen zu meinem Schrecken bemerkte, daß mehr und mehr Teilnehmer wegblieben. Ich habe mich dann (mit Hilfe von Abstimmungen) streng an das Programm des Kurses gehalten, mit dem Erfolg, daß wenigstens die meisten der bis dahin noch nicht Weggebliebenen bis zum Ende mitmachten.

Ähnliche Effekte befürchte ich gegenwärtig, wenn wir uns nicht auf unser »Programm« besinnen, und dazu gehört — mit Deinen Worten —, »die Möglichkeit der Zusammenarbeit auch angesichts gravierender politischer und theoretischer Differenzen« unter den Linken zu nutzen. Und selbst wo in der praktischen Politik das Zusammengehen zuweilen erschwert ist, sollte doch auf der Ebene wissenschaftlicher Forschung und ihrer Diskussion der Zusammenhang gewahrt bleiben.

Übrigens: Wieviele Organe gemeinsamer Forschung und Öffentlichkeit haben die Linken denn, daß sie auch nur eines aufs Spiel setzen dürften?

Ilse Bindseil: Faschismus und linke Geschichtswissenschaft

Mit Blick auf ein eigenes Faschismus-Seminar im Wintersemester habe ich den Aufsatz von Radkau* mit großem Interesse gelesen. Ich bin nicht nur in wesentlichen Positionen nicht mit ihm einverstanden, sondern ich denke auch, daß diese Positionen für die Faschismus-Debatte überhaupt entscheidend sind. Gleichzeitig mit dem Faschismus verhandelt Radkau die Prinzipien der Geschichtswissenschaft. Radkaus Verständnis vom Verhältnis von Theorie und Empirie in der Geschichtswissenschaft ist in der Tat für die Geschichtswissenschaft so symptomatisch wie für jedes historisierende Verfahren in den sogenannten Geisteswissenschaften verhängnisvoll. Dieses Verständnis ist schließlich verantwortlich für den Faschismus-Begriff, den Radkau in diesem Aufsatz präsentiert. (Für den Diskussionszusammenhang meiner Position nenne ich Ulrich Enderwitz, »Kritik der Geschichtswissenschaft«, Berlin/W. 1983, und das von uns gemeinsam herausgegebene Buch »Faschismus, Literatur und bürgerlicher Staat«, Berlin/W. 1981.)

* Joachim Radkau: Die Zweideutigkeit des Kapitals gegenüber dem Faschismus. In: *Das Argument* 146/1984, 527-538

»Faschismusforschung« ist für Radkau offenbar gleichbedeutend mit »historischer Empirie«, wie es gegen Ende des *ersten Kapitels* (527f.) heißt; »Faschismus-Theorie« scheint wesentlich »politisch-ökonomische Faschismus-Theorie« zu sein. Dazwischen liegen die Komplikationen. »In 30 Jahren werden wir ja auch genug Material haben, hoffe ich, um im einzelnen zeigen zu können, was Adolf und seine ganzen 13 Millionen wildgewordener Idiotenbürger für Huren der Thyssen etc. waren«, schreibt Eckart Kehr am 6. August 1932. Radkau zitiert diesen Satz als einen Beleg für die empirische Aneignung eines Gegenstands, der, als ökonomischer Gegenstand, eigentlich Bestandteil der Theorie, der »politisch-ökonomischen Faschismus-Theorie« nämlich, ist. Merkt er, daß dieser Satz das Dilemma aller »historischen Empirie«, die immer nachträgliches Verstehen ist, reproduziert, und merkt er, daß dieser Satz, am 6. August 1932 geschrieben, zugleich dieses Dilemma ironisiert? Schließlich verdankt er sich ganz offenbar doch einem unmittelbaren theoretischen Verständnis, dem die »historische Empirie« in den kommenden dreißig Jahren die Fakten nur mühselig nachliefern kann. Daß »Adolf und seine ganzen 13 Millionen wildgewordener Idiotenbürger ... Huren für Thyssen etc. waren«, ist ja ein theoretischer Schluß, der Kehr offenbar durch seine Erfahrung »in der Erforschung ökonomischer Zusammenhänge der Geschichte« nahegelegt wird. Es darf vermutet werden, daß schon diese Erfahrung sich nicht ohne Hilfe theoretischer Schlüsse gebildet hat. Sieht man nämlich, wie sehr Kehrs erleuchtete Bemerkung über den Konnex zwischen »Thyssen und Adolf« durch die nachträgliche empirische Forschung relativiert und der von ihm 1932 mit großer Klarheit erhobene Befund »verwirrt« worden ist, so scheint es unzweifelhaft, daß die Empirie den historischen Sachverhalt vernebelt. Theoretiker sollten sich darum nicht freuen, wenn die »Masse der Belege über Affinitäten zwischen Kapital und Faschismus beträchtlich gewachsen« ist, ist es doch geradezu die Bestimmung dieser Belege, den theoretisch identifizierten Zusammenhang in einen »schwankenden und mehrdeutigen« empirischen Zusammenhang zu verwandeln. Auf der Ebene der »Belege« nämlich werden die »Affinitäten zwischen Kapital und Faschismus durch die gleichzeitigen »Beobachtungen, die auf ein schwankendes und mehrdeutiges Verhalten der Wirtschaftsführer gegenüber den Faschisten hinweisen«, relativiert. Ist solch eine empirisch festgestellte »Affinität« also tatsächlich, wie Radkau zu glauben scheint, eine wertvolle Stütze der »politisch-ökonomischen Faschismus-Theorie« und nicht vielmehr ihr erster und gewichtigster Gegner?

Der zentrale Punkt des *zweiten Kapitels* (528-532) ist eine »generelle Faschismus-Theorie«, die eine »ökonomische Substanz« haben soll. Faschismus gilt Radkau wesentlich als ein Medium der Auseinandersetzung des Kapitalismus mit sich selbst. Das nimmt sich riskant und theoriefreudig aus, eröffnet aber einerseits der Empirie ein weites und womöglich allzu weites Feld und konkretisiert das Problem gleichzeitig als historisches: Faschismus als das, was prinzipiell vergangen ist. Warum ausgerechnet die ökonomische Perspektive den Faschismus zum alten Eisen wirft — wobei Neuauflagen zugestanden werden, nur die Gegenwart bleibt ausgespart —, das bliebe absolut rätselhaft, fehlte in Radkaus Analyse nicht geradezu auffällig die zweite Determinante des Faschismus, das eben, was den Kapitalismus in den Faschismus treibt bzw. von ihm in den Faschismus getrieben wird: der Staat. Radkau verschweigt ihn nicht geradezu, er trägt ihn vielmehr nach Art der Selbstzensur, der die Geschichtswissenschaft in hohem Maße zu unterliegen scheint, quasi als Randbestimmung nach. Als diese Randbestimmung ist er freilich auch für Radkau noch virulent. Den bedeutenden Unterschied zwischen dem italienischen und deutschen Faschismus schreibt Radkau dem Unterschied der »faschistischen Staaten (Hervorh. von Radkau) zu, wobei der Staat offenbar dem Gesamt der »Apparate« entspricht, die die Gesellschaft »zur Bewältigung des Konfliktpotentials der hochkapitalistischen Ära ... entwickelt« hat. Deutschland hatte hier mehr zu bieten, und deshalb ist der deutsche Faschismus nicht nur schlimmer, ihm gehört, laut Radkau, auch

die Zukunft. »Bezeichnenderweise findet sich bei neuerlichen neofaschistischen Schmierereien in Italien das Hakenkreuz viel häufiger als das Likatorennbündel.« Da wundert es doch, daß Radkau den Staat nicht ebenso wie die Ökonomie zum Angelpunkt der »generellen Faschismus-Theorie« macht. Offenbar ist die Eskamotierung des Staats — als leitender Gesichtspunkt bei der Bestimmung von Faschismus — gleichbedeutend mit der Möglichkeit der historischen Eingrenzung und gegenwärtigen Ausgrenzung des Faschismus. Paradoxerweise ermöglicht ausgerechnet die »einseitige« ökonomische Perspektive zu sagen: das, was wir heute haben, ist kein Faschismus. Radkau formuliert denn auch als Ziel des historischen Interesses, herauszubekommen, »wie sich der Sieg des Faschismus hätte *verhindern* lassen und in Zukunft verhindern läßt«. Was zwischen der Vergangenheit und der Zukunft steht, kurz, was eigentlich die Gegenwart mit Faschismus zu tun hat, das zu überlegen und festzustellen nötigt die ökonomische Perspektive offenbar nicht. Folgerichtig schleicht Faschismus in die Gegenwart sich nur in Form von sektiererischem Neonazismus ein (vgl. 537).

Im Spätkapitalismus ist der Faschismus beständig latent präsent. Wie er daran gehindert werden kann, manifest zu werden, diese Frage ist für Radkau zweifellos eine der vornehmsten Forschungsaufgaben für den Historiker. Der historische Fall des Manifestwerdens des Faschismus — in Italien, in Deutschland — muß eben genau und mit der direkten Absicht der präventiven Nutzziehung studiert werden. Es kann nur vermutet werden, daß Radkau die Steuerungsmöglichkeiten für eine Verhinderung des Faschismus in der politischen Sphäre lokalisiert. Da die Ökonomie nicht »zwangsläufig« Faschismus produziert, wird es wohl die Politik sein, die ihn jeweils verhindern könnte. Was aber, wenn der Fall ganz anders liegt, wenn der wesentliche Repräsentant der Politik, nämlich der Staat, im Spätkapitalismus immer schon und kontinuierlich nicht nur der wichtigste Platzhalter, sondern die wie immer gebändigte Verkörperung des Faschismus ist? Anders nämlich als die Ökonomie hält der Staat den Faschismus nicht nur als eine mögliche Entgleisung bereit, er ist dem ihm innewohnenden Imperativ zur Erhaltung des bürgerlich-spätkapitalistischen Status quo nach vielmehr faschistisch. Da bedarf es keiner historischen Empirie, um zu prognostizieren, in welcher Situation der Staat »faschistisch werden« wird. Denn vor die Krise hat der Kapitalismus den Staat gesetzt. Nichts anderes ist seine Aufgabe, als diese Krise zu verhindern, in »friedlichen« Situationen mit parlamentarischen Mitteln, in krisenförmigen Situationen mit Mitteln, die die eigene balancierende Staatsform aus den Angeln zu heben bestimmt und also faschistisch sind. An dieser Tatsache ändert auch nichts das lebhafteste Bewußtsein der liberalen und im emphatischen Sinn parlamentarischen Öffentlichkeit, daß die parlamentarische Demokratie tatsächlich ein Kriseninstrument, aber ein Instrument zur Verhinderung der faschistischen Krise ist. Die Tendenz geht vielmehr und ganz im Gegensatz zu Radkaus Forscheroptimismus dahin, durch die präventive Verhinderung einer Krise, die in Faschismus enden könnte, den Faschismus im parlamentarischen Staat zu verankern.

Es ist also der Staat, der eine »generelle Faschismus-Theorie« nicht nur erfordert, sondern auch ermöglicht. Diese Theorie hat ihren allgemeinen Nenner weder in der Ökonomie noch im Faschismus — da brechen in der Tat die von Radkau zitierten Probleme über die Wissenschaft herein —, sie hat ihren allgemeinen Nenner vielmehr im bürgerlichen Staat. Die Empirie aber hätte in diesem Zusammenhang die Sache der Gegenwart zu vertreten. Nicht bloß über die historisch belegten »Spannungen zwischen Mittelstand und Großindustrie« zu meditieren, einem »Spannungsfeld von schlechthin fundamentaler Bedeutung für den Faschismus«, sondern das, was Radkau selbst zufolge schon im Dritten Reich »im Innern der Ministerialbürokratie, und ... selbst für die NS-Führung nicht ganz durchsichtig [erfolgte]«, in seinem modernen ministerialen und parlamentarischen Filiationen empirisch zu verfolgen, wäre meiner Ansicht nach eine wichtige Aufgabe für die Empirie. Sie hätte freilich ein anderes Ziel als das emphatische, den Rückfall

in Faschismus zu verhindern. Das Weiterbestehen des Faschismus nachzuweisen, wäre ihre bescheidene Aufgabe — die einzige, meiner Ansicht nach, für die Empirie in Frage kommt.

Ich will anhand des *dritten und vierten Kapitels* (533-537) meine Gegenthese zusammenfassen. Wie bereits angedeutet, arbeitet Radkau sich im Verlauf seines Artikels sachte aus den spezifischen Denkhemmnissen seiner Wissenschaft heraus. Seine Bemühungen um einen allgemeinen Faschismus-Begriff, der den Faschismus aus der Besonderheit des kapitalistischen Einzelfalls und historisch einmaligen Ereignisses herauslöst und als ein Phänomen von perennierender Bedeutung anerkennt, sind freilich von dem methodologischen Verdrängungsprozeß gezeichnet, durch den sie sich hindurchgearbeitet haben. Eine formalisierte Allgemeinheit und Aktualität ist das Resultat: »Die faschistische Politik als Reflex von Ambivalenzen und Widersprüchen«. Was für die historische Empirie geradezu wie eine Befreiungsformel aussehen mag, das hat für die Theorie nicht nur, wie Radkau zugibt, »etwas Unbefriedigendes«, sondern etwas Falsches. Schließlich geht es hier allem Anschein zum Trotz nicht um eine Leerformel, die durch die empirische Auffüllung der »Ambivalenzen und Widersprüche« tatsächlich auf den Generalnenner einer allgemeinen Faschismus-Theorie gebracht werden könnte, sondern um eine Formel, die den Faschismus um seine systematische Verankerung in der Gegenwart gebracht hat — um den Preis ihrer eigenen vielsagenden Entleerung! Wer daran zweifelt, mag das Gegenbild betrachten. »Eben weil der deutsche Kapitalismus kein 'organisierter Kapitalismus' im perfekten Sinne, kein zu einem rationalen Interessen-Clearing fähiges System war«, bemerkt Radkau, »war die Eskalation des Zweiten Weltkrieges möglich«. Woher rührt dieses Bild eines perfekt organisierten Kapitalismus, eines Systems, das zu rationalem Interessen-Clearing fähig ist? Aus der Geschichte sicher nicht. Ich nehme doch an, daß historische Empirie verbietet, irgendeine historische Epoche im Kapitalismus in der Konstellation dieser Begriffe zu zeichnen. Woher stammen sie also? Vordergründig wird mit ihnen sicherlich eine historische »Infantil-Theorie« über den Faschismus abgewehrt, die meint, Faschismus sei im einzelnen und ganzen ein Resultat des Kalküls genialer Wirtschaftsführer gewesen. Ihrem wesentlichen Gehalt nach aber stammen diese Begriffe zweifellos aus der Gegenwart. Den Stand *unseres* Kapitalismus verraten sie, nicht den um 1930, *unserere* Hoffnungen, immer so weitermachen zu können, verraten sie, *unseren* Infantilismus im Hinblick auf die Möglichkeiten eines »rationalen Interessen-Clearings« im bestehenden System verraten sie, nichts sonst. Ich denke, solange wir diesen Infantilismus nicht aufgeben, werden wir Faschismus nicht verhindern können. Solange wir Faschismus tautologisch für ein »Bündnis Industrie/Faschismus« halten und nicht für ein Resultat des Notstandspakts von Industrie und Staat, solange werden wir Faschismus nicht verhindern können. Solange wir Faschismus bloß als das Gesamt aus »totalitärem Anspruch, Legitimation brachialer Gewalt, militantem Nationalismus und massenwirksamem Aktionsstil« definieren und unsere Gegenwart, unsere Person und unsere liberale Position für nicht involviert halten, solange werden wir Faschismus nicht verhindern. Wir werden ihn nicht verhindern, da wir ihn nicht begreifen. Ich denke, daß wir Faschismus erst begreifen, wenn wir unseren eigenen Anteil am Faschismus begreifen, unsere eigene systematische Zugehörigkeit zum Faschismus — wie sie durch unsere Präferenz eines rationaler Clearings-Prozesse fähigen Kapitalismus und einer die bürgerlichen Gewaltverhältnisse notfalls um den Preis des Staatsreichs verteidigenden Demokratie definiert ist — begreifen und begreifen, daß wir nicht beides haben können: die bürgerlichen Sicherheiten und die Sicherheit des überwundenen Faschismus. Zwar ist der bürgerliche Antifaschist ein historisches und nicht nur ein heroisches Faktum; aber er ist, wenngleich nicht nur das Opfer, so doch der, der bloß im Krisenfall oder im »Warnungsfall« antifaschistisch votiert. Wer aus dem krisenförmigen Zyklus heraustreten und den Faschismus nicht von Fall zu Fall, sondern systematisch

bekämpfen will, der beteiligt sich nicht mehr am »rationalen Interessen-Clearing«, und er votiert nicht mehr bürgerlich. Historische Empirie, im Extrem betrachtet, ist meiner Ansicht nach eine Hilfswissenschaft solchen »rationalen Interessen-Clearings«, und historische Theorie allein vermag es, uns aus dem Dunstkreis unseres eigenen Faschismus herauszubringen.



Immanuel Wallerstein: Der historische Kapitalismus

Die Verwandlung aller Dinge in Waren: Die Produktion von Kapital. Die Politik der Akkumulation: Der Kampf um die Vorteile. Wahrheit als Opium: Rationalität und Rationalisierung.

110 Seiten, Franz. Broschur, 18,- DM



Michèle Barrett: Das unterstellte Geschlecht Umriss eines materialistischen Feminismus

»Keine andere Veröffentlichung aus der englischen Frauenbewegung wäre geeigneter, die dortige Diskussion in Deutschland bekannt zu machen.«
(Feministische Studien)

240 S., frz.Br., 24,- DM/Ln. 34,- DM



Krankheit und Ursachen

Gesundheit durch biologischen Landbau? - Stressprävention durch Arbeitermedizin - Alkoholismus durch Arbeitslosigkeit - Risiko-Verminderung als medizinisches Konzept u.a.

Jahrbuch für kritische Medizin 10

Argument-Sonderband AS 119

17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Kongreßberichte

Soziologie und gesellschaftliche Entwicklung

22. Deutscher Soziologentag, Dortmund, 9. bis 12. Oktober 1984

Nach dem Willen der Veranstalter sollte demonstriert werden, »daß der gesellschaftliche Bedarf an Analysen und Befunden soziologischer Natur in Zukunft nicht ab-, sondern zunehmen wird«. So der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Burkart Lutz. Dazu sei es wichtig, »gesellschaftliche Entwicklungen genau und zuverlässig zu beobachten ... , damit die gesellschaftliche Praxis« sich rechtzeitig auf derartige Wandlungstendenzen einstellen könne. Dies sind sicherlich gute Vorsätze. Das Organisationsprinzip des Kongresses sah vor, daß die inzwischen 16 Sektionen der Gesellschaft »mit charakteristischen Ergebnissen aus ihrem Arbeitsfeld« gewissermaßen nach dem Motto: ein Verein (die Deutsche Gesellschaft für Soziologie e.V.) zeigt in der Bundesliga der Wissenschaften seine Leistungsfähigkeit, diese unter Beweis stellen sollten. Bildeten sich die Soziologen lange Zeit ein, einen der ersten Tabellenplätze unter den Wissenschaften zu belegen, so kämpfte man hier zwar nicht gegen den Abstieg (bewahre!), sondern (nur) um einen der vorderen Plätze. Hießen die Hauptgegner der Soziologie in früheren Zeiten gelegentlich Philosophie, auch Psychologie, so war der (meist ungenannte) Gegner diesmal Geschichtswissenschaft. Die öffentliche Aufmerksamkeit hat sich von der Soziologie bereits abgewandt. Unter diesen Bedingungen konnten sich die Soziologen aber ungestört mit sich selbst beschäftigen.

Das Thema des Soziologentages war so weit gefaßt, daß es kaum auffallen konnte, wenn sich die Referenten nicht mit ihm beschäftigten. Das geschah immerhin auch, und diese Ausnahmen verdienen Beachtung. Zeit dazu war in den beiden Eröffnungsvorträgen von Renate Mayntz und Reinhart Koselleck gegeben. Der »professionspolitische Vortrag« von Lutz hatte sich zuvor vorwiegend mit der Lage der Soziologie in ihrem personellen Sektor beschäftigt, wo Lutz vor allem auf die sehr ungünstige Altersverteilung hinwies, mit nur einigen wenigen »Geronten« in den professionspolitischen Leitungsgremien und einem Heer von Soziologieabsolventen, deren Berufsaussichten oft mehr als prekär sind.

Dem Hauptthema des Kongresses widmeten sich die beiden Hauptredner über die Möglichkeiten der Prognose. Damit war zugleich eine Akzentverschiebung impliziert: Nicht die gesellschaftliche Entwicklung selbst wurde thematisiert, sondern deren Prognose. »Die gesellschaftliche Dynamik als theoretische Herausforderung« lautete der Vortrag von Mayntz. Es war eine programmatische Rede mit einem Plädoyer dafür, am Modell einer erklärungskräftigen Theorie gesellschaftlicher Dynamik festzuhalten, ohne in einen theoretischen Reduktionismus einzumünden, die Lebensweltperspektive zwar aufzunehmen, aber ihr nicht zu verfallen. Genannt wurden als Vorläufer aus jüngster Zeit vor allem Norbert Elias und Raymond Boudon. Allerdings blieb ein wenig undeutlich, verdeckt durch den schwammigen Terminus »sozialer Wandel«, welche Aspekte gesellschaftlicher Entwicklung im Vordergrund stehen sollten bei der noch zu entwickelnden makrosoziologischen Perspektive. — Kosellecks Vortrag »Die unbekannt Zukunft und die Kunst der Prognose« arbeitete mit einer Fülle von historischem Material, z.B. einer erstaunlich klarsichtigen Prognose von Diderot über den Ablauf der kommenden französischen Revolution. Koselleck entwickelte aus diesem Material eine differenzierte Typologie sozialer Prognosen. Der einfache Prognosebegriff wird dabei aufgelöst zugunsten eines komplexeren Rasters, bei dem angebbar wird, in welchen Situationen Prognosen überhaupt realistisch erscheinen und wo dies nicht der Fall ist.

Das Rahmenmotiv des Kongresses war bei den weiteren Plenarveranstaltungen allenfalls noch Leitmotiv. Weder das Problem der Prognose wurde dort systematisch weiterbehandelt (Ausnahme war eine Veranstaltung der Bildungsforscher), noch wurde gesell-

schaftliche Entwicklung zu einem Zentralthema erhoben. Da der Begriff des Fortschrittes fragwürdig, ja suspekt geworden ist, lassen sich auch kaum noch Entwicklungstheorien entwerfen. So tendiert man zu impliziten Gleichgewichtsansätzen des Genres »alles ist möglich«, die den ungerichteten sozialen Wandel voraussetzen oder die Krisenhaftigkeit verabsolutieren. Auswege bilden dann nur noch die Werte von gestern, deren unbeschädigte Konservierung als Fortschritt ausgegeben werden kann.

Für die Außenwirkung des Kongresses war vor allem die Diskussion zum Thema »Die Soziologie und ihre Kritiker« bedeutsam. Hier traten die Protagonisten in einer denkwürdig schiefen Schlachtordnung an. Die Rolle der Ankläger war an Urs Jaeggi und Friedrich H. Tenbruck delegiert worden, zu Verteidigern der Soziologie waren Joachim Matthes und Erwin K. Scheuch auserwählt. Jaeggis Plädoyer für die Aufhebung der Grenzen zwischen Soziologie als Wissenschaft und Literatur bzw. Lebenswelt fiel vor diesem Publikum ins Bodenlose. Tenbrucks Thesen von der unbewältigten Soziologie sind hinreichend publiziert worden (vor allem in der FAZ, wo er quasi zum Nachfolger Schelskys gemacht wurde), so daß seine Rede kaum etwas Neues brachte. Matthes hielt sich klug zurück. So konnte Scheuch großen Beifall einheimen, indem er sich zum Verteidiger der professionalisierten Normalsoziologie stilisierte. Dies geschah jedoch weitgehend appellativ, auf dem Hintergrund eines unhinterfragten Wirklichkeitsverständnisses. Wo bei Jaeggi und Tenbruck die Komplexität der Gesellschaft nicht mehr einfach durch methodische Sozialforschung abgebildet werden kann, herrscht bei Scheuch noch ein konstruktivistisches Verständnis vor: die gute Methode kann kein falsches Abbild liefern, sondern sie wird langfristig und kumulativ, wenn keine Fehler gemacht werden, zur Erkenntnis wichtiger gesellschaftlicher Zusammenhänge, prinzipiell sogar zu gesamtgesellschaftlicher Analyse beitragen.

Heimliches Hauptthema des Soziologentages war die Biographieforschung. Im Tagungsprogramm konnte man mehr als vierzig Vorträge zu diesem Themenkomplex auszählen. Allerdings wird dadurch nur eine breite Perspektivik sichtbar, die sich subjektiver Lebensbewältigungsstrategien angesichts rigider und überkomplexer Strukturen annimmt. Das kann zu einer biedermeierlichen Soziologie verkommen, wenn von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abstrahiert wird.

Die Frauenforschung demonstrierte eine erfreuliche Abkehr von der reinen Selbstreferenz und einer gewissen Larmoyanz früherer Zeit. Sie war durch die Kongreßorganisation zur Zusammenarbeit mit der Sektion Industriesoziologie gezwungen und dies wurde offenbar als Herausforderung aufgenommen. Das Ergebnis waren fundierte Vorträge, vor allem zum Thema Industriearbeit von Frauen, speziell im 19. Jahrhundert. Mich haben die Veranstaltungen der Frauensektion besonders deshalb beeindruckt, weil ich auf keinen anderen Sitzungen, an denen ich zuhörte, kritische und zugleich sachliche Diskussionen erlebt habe, an denen sich auch das Publikum beteiligte. In fast allen anderen Veranstaltungen gab es entweder keine Diskussion oder sie war inszeniert und auf ein Podium beschränkt. Eine geradezu sagenhafte Angst vor Spontaneität scheint alle Sitzungsleiter umgetrieben zu haben. Diese Entmündigung der Zuhörer war zugleich verbunden mit einem penetranten Kleinkrieg um das Mikrophon unter den Referenten. Rücksichtslos beutete meist der jeweils frühere Redner die zur Verfügung stehende Redezeit aus, auf Kosten der Nachredner und vor allem einer möglichen Diskussion. Dazu gehören dann gelegentlich Publikumsbeleidigungen der Form, daß der Vortragende, wenn ihm nach etwa einer Stunde das Wort entzogen wird, nicht zu beteuern vergißt, daß er sein wesentliches Argument nicht habe entfalten können. Hier werden auch die Jungwissenschaftler schon zu Vortragsgeronten, und hier zeigt sich eine erstaunliche Unfähigkeit, sachliche Mitteilungen in verständlicher und kurzer Form zu präsentieren. Es ist nichts anderes als die von Fritz Ringer beschriebene Mandarinuniversität, die hier wieder zum Vorschein kommt und traurigerweise gerade auch unter den Jungprofesso-

ren gepflegt wird. Kritik wird so zur bloßen selbstreferentiellen Attitüde, wird selbst affirmativ. Einzig in der Frauenforschungsgruppe gelang auf diesem Kongreß eine Verbindung von Empathie und Kritik, die dann auch wissenschaftlich fruchtbar gemacht werden kann und die Kritik aus dem Konkurrenzbetrieb entläßt, in den sie unter den Männern einzumünden droht.

Heine von Alemann (Köln)

Lebensverhältnisse, Mentalitäten, Handlungsformen.

Anthropologische Dimensionen der Geschichte

35. Historikertag, Berlin/West, 3. bis 7. Oktober 1984

Mit über 2000 Teilnehmern präsentierte sich auch dieser Historikertag als Großveranstaltung. Die beiden Schwerpunkte des Kongresses waren: die Aufnahme des Dialogs mit den Naturwissenschaften und die Einbeziehung der Alltagsgeschichte. In einer interdisziplinär besetzten Sektion »Geschichte, menschliche Natur und Ordnung — Naturwissenschaftliche Erkenntnis zum Nutzen oder Nachteil der Historie?« forderte der Historiker *W. Conze* (Heidelberg), die wissenschaftsgeschichtlich vollzogene Trennung von Natur und Geschichte bzw. Natur- und Geschichtswissenschaft in einer Universalgeschichte wieder aufzuheben. Der Biologe *Chr. Vogel* (Göttingen) und der Physiker *H. Haken* (Stuttgart) fragten aus der Sicht ihrer Disziplinen nach der Übertragbarkeit naturwissenschaftlicher Strukturen, Entwicklungsprozesse und Gesetze auf soziologische Systeme. Ob ihre Ergebnisse: die Definition menschlicher Geschichtlichkeit als »Spannungsfeld zwischen individueller, personaler Freiheit und sozialer Gebundenheit« (Vogel) bzw. »kollektive Anpassung soziologischer Systeme an eine ständige, oft selbst geschaffene Änderung von Umweltsbedingungen« (Haken), für die Forderung Conzes nutzbar zu machen sind, blieb offen. Daß die hier erörterten Fragen und Probleme im Zentrum marxistischer Theoriediskussion stehen, blieb unerwähnt.

Besondere Aufmerksamkeit fand der zweite Schwerpunkt: Mit der Einbeziehung der Alltagsgeschichte trug der Historikertag der Tatsache Rechnung, daß diese als »Geschichte von unten«, »Basisgeschichte« oder »neue Geschichtsbewegung« (Der Spiegel, 23/1984) in den letzten Jahren im außeruniversitären, aber auch im universitären Bereich einen unübersehbaren Aufschwung erfahren hat und auf erhebliche Resonanz gestoßen ist (FR v. 4.1.1984). Politisch wird Alltagsgeschichte unbeschadet ihrer theoretischen und methodischen Heterogenität — nicht ohne Stigmatisierungsabsicht — vielfach im »grünen« Spektrum angesiedelt, so daß dieser Historikertag, wie es der alte und neue Vorsitzende des Verbands der Historiker Deutschlands, *Chr. Meier* (München), zur Eröffnung erwähnte, bereits im Vorwege das Etikett »grün« erhalten hatte. Richtig ist jedenfalls, daß die traditionelle Politik- und Diplomatiegeschichte diesmal kaum in Erscheinung trat (TAZ v. 10.10.1984).

In einer — zum Teil sehr scharf und polemisch geführten — Podiumsdiskussion standen sich als Opponenten Vertreter der Historischen Sozialwissenschaft und der Alltagsgeschichte gegenüber, die nach wie vor eher konservative Mehrheit der »Zunft« hielt sich dagegen zurück. *L. Niethammer* (Hagen) attestierte der Alltagsgeschichte im Gegensatz zur Sozial- und Strukturgeschichte eine »humane wissenschaftliche Praxis«: Als »Geschichte der Vielen, Geschichte des Volkes« nehme sie den Menschen als Subjekt der Geschichte wahr; im Mikro- und Detailbereich könne das Subjekt sich wiederfinden. Alltagsgeschichte »enthronisiere die Politik«, sei deswegen, so Niethammer weiter, aber nicht unpolitisch, sondern gebe durchaus aufklärerische Impulse. *H.-U. Wehler* (Bielefeld) hielt dagegen, daß es Alltagsgeschichte an sich nicht gebe, da Alltag »immer auch durch große Strukturen geprägt« sei; er warf der Alltagsgeschichte Theoriefeindlichkeit, Vorurteile gegen eine stringente Begrifflichkeit und fehlende Synthesefähigkeit vor: Alltagsgeschichte sei eine »neo-historistische Illusion«. Vermittelnde Positionen nahmen dagegen *J. Martin* (Freiburg) und *D. Groh* (Konstanz) ein, die für eine sinnvolle Verbin-

dung und gegenseitige Ergänzung beider Ansätze plädierten. Groh verwies auf das französische und englische Beispiel, wo Alltagsgeschichte — *W. Mommsen* (London) empfahl in diesem Zusammenhang die Übernahme des Begriffes »popular history« — seit Jahrzehnten betrieben werde und entsprechende Kontroversen längst beigelegt worden seien. Schärfe und Problematik der hierzulande geführten Diskussion führte er darauf zurück, daß in der Bundesrepublik die Hinwendung zur »Geschichte von unten« mit einer Krise der Rationalität zusammengefallen sei.

Einigung konnte auch deswegen nicht erzielt werden, weil die verwendeten Kategorien ungeeignet waren (J. Martin). Wehlers Vorwürfe treffen sicherlich für bestimmte, unter »Alltagsgeschichte« firmierende Bereiche zu, in denen die Dimension »Erfahrung« verabsolutiert und unkritisch tradiert wird: etwa für die konservative — aber auch »linke« — Heimatgeschichte; viele — und insbesondere auf dem Historikertag vertretene — Alltagshistoriker haben die Notwendigkeit von theoretischer Abstraktion und Analyse nie bestritten (vgl. dazu auch: Arbeiteralltag, Argument-Sonderband AS 94). Wehlers Polemik gegen die »mikrohistorische Besenkammer« und »grünlich schillernde Seifenblase« war nicht zuletzt auch politisch begründet; das manifestierte sich in seinem Aufruf, »die Errungenschaften und Werte der okzidentalischen Gesellschaft« gegen »Angriffe« der Alltagshistoriker zu verteidigen.

Theoriegeleitete Alltagsgeschichte wurde auf dem Historikertag durchaus präsentiert, zum Beispiel in der Sektion »Hungern und Essen. Krisen, Alltäglichkeit, Politik«. Hier verwies *H. Medick* (Göttingen) auf politisch-herrschaftliche Faktoren als Verursacher von Hunger und Hungerkrisen vom Typ »Ancien régime« und konstatierte — unter Verweis auf die parallele Situation heute in der Dritten Welt — die Existenz »struktureller Nahrungslosigkeit«. *U. Kluge* (Freiburg) stellte das »Nationalsozialistische Ernährungssystem« (»Nahrung ist Waffe«) als Mittel zur gesellschaftlichen Harmonisierung und Disziplinierung sowie zur Desintegration diskriminierter Bevölkerungsgruppen dar. *C. Lipp* (Tübingen) untersuchte die »Verarbeitung von Hungererfahrungen« in Autobiographien des 19. Jahrhunderts und konnte unter anderem feststellen, wie Hunger familiarisiert und als individuelles Versagen erfahren wurde: Die Folge waren auflehnungshemmende bzw. -verhindernde Wirkungen.

In der Sektion »Arbeit und Arbeitserfahrung in der neueren Geschichte« konnte *H. Reif* (Bielefeld/Essen) am Beispiel der »Kruppianer 1860-1914« deutlich machen, in welchem Ausmaß sich die konkreten Arbeitsformen und -bedingungen, aber auch betriebsbezogene Erfahrungsbereiche jenseits der Arbeit — im Kontext sozialpolitischer und ideologischer Unternehmerstrategien zur Sozialisation der Arbeiter — im Bewußtsein der Krupparbeiter niederschlugen: Disziplinierung, Bindung an das Unternehmen und Immunisierung gegen sozialdemokratische Ideen waren die Folge. D. Peukert (Essen) sprach am Beispiel der Bergarbeiter im Ruhrgebiet über den Wandel der Arbeitserfahrung« im 20. Jahrhundert als »Industrialisierung des Bewußtseins«; dabei stellte er einen Zusammenhang zwischen dem Wandel von konfliktbereitem zu sozial-friedlichem Verhalten und der konkreten Erfahrung sich verändernder Arbeitsabläufe und -bedingungen her.

Weitere Sektionen beschäftigten sich unter anderem mit Frauengeschichte (»Frauenräume« vom 16. bis zum 19. Jahrhundert), »Festen und Politik in Deutschland«, »Volksfrömmigkeit«, »Unterwegssein im Spätmittelalter«, aber auch mit der »ägyptischen Gesellschaft im 20. Jahrhundert«, »Partisanen und Volkskrieg im 20. Jahrhundert« und Fragen der Protoindustrialisierung: insgesamt also mit einem breitgefächerten thematischen Spektrum, so daß die FAZ (v. 9.10.1984) zu Recht das Vorhandensein »vielfältiger Strömungen« registrieren konnte.

Die Frontstellung zwischen Alltagsgeschichte und Historischer Sozialwissenschaft auf diesem Historikertag verdeckt, daß beide innerhalb der bundesdeutschen Geschichtsfors-

schung in der Minderheit sind. Die Berücksichtigung der Alltagsgeschichte demonstriert, daß die nach wie vor konservative Mehrheit in der Lage ist, gegenwärtige Bewegungen zu reflektieren und darauf zu reagieren, und sei es mit dem Ziel, sie — ähnlich wie die ehemals oppositionelle Historische Sozialwissenschaft — zu integrieren.

Peter W. Reuter (Hamburg)

Lehrerbildung für die Schulreform

9. Konferenz der Association for Teacher Education in Europe

Linz/Österreich, 3. bis 7. September 1984

Unbestreitbar ist eines der Kernprobleme der Bildungsreform zum Thema der Konferenz gemacht worden. Durch das tagtägliche Handeln in der Schule werden erst die durch Gesetze und Erlasse vorgeschriebenen organisatorischen Strukturen und Lehrpläne realisiert, aber auch aufgeweicht, verändert, umgestaltet, und dies oft entgegen den Intentionen der Schulbürokratie. Wie dieses Handeln zu verändern sei, war die durchgängige Frage, die von den 370 Teilnehmern aus 27 west- und osteuropäischen Ländern in mehr als einem Dutzend Arbeitsgruppen diskutiert wurde. Die notwendigen Übersetzungen zwischen den Konferenzsprachen Englisch, Französisch und Deutsch erforderte Geduld, bremste aber keineswegs das Diskussionsengagement. In vielen Berichten aus der Alltagspraxis und praktizierten Modellversuchen wurde anschaulich vorgeführt, was unter den jeweils gegebenen strukturellen Bedingungen an Veränderungen möglich ist und an welche gesetzlichen und administrativen Grenzen erforderliche Veränderungen stoßen. Auffällig war, daß die ökonomischen und sozialen Unterschiede zwischen den verschiedenen westeuropäischen Ländern anscheinend auch die jeweilige Problemsicht der erforderlichen Veränderungen im Lehrerhandeln mehr beeinflussen als gesetzliche und administrative Vorgaben. Referenten aus Ländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit, wie zum Beispiel Italien und Irland, beschäftigten sich mehr mit den Problemen, wie arbeitslose Jugendliche vor der Verwahrlosung bewahrt werden können und wie angesichts ungeklärter Arbeitsplatzperspektiven dennoch brauchbare Qualifikationen vermittelt werden können, während Referenten aus den Ländern mit relativ geringer Jugendarbeitslosigkeit, wie zum Beispiel Schweden, curriculare und didaktische Fragen der Förderung der Selbsttätigkeit der Schüler in den Mittelpunkt stellten. Trotz unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen war erkennbar, daß die Fragen der Qualifizierung der Schüler, der Verbindung von Allgemein- und Berufsbildung und der Schülertätigkeit über nationale Grenzen hinweg zentrale Fragen der Lehrerbildung und -fortbildung sind. Die Bedeutung der Konferenz liegt darin, daß angesichts immer stärker werdender konservativer Strömungen im Bildungswesen westeuropäischer Länder an den Intentionen fortschrittlicher Schulreform festgehalten wird, und zwar durch eine Orientierung auf praktische Veränderungen und indem diese Diskussionen auf die internationale Ebene gehoben werden.

Die Diskussionen um den Handlungsfreiraum der Lehrer zwischen gesetzlichen und administrativen Vorgaben und die Mitbestimmung der Schüler und Eltern, um die Bedeutung schulzentrierter Lehrerfortbildung für die Veränderung des Lehrerhandelns und des Schulklimas, um die Vorbereitung auf die heutige Arbeits- und Berufswelt, um die Nutzung neuer Technologien in der Bildungsarbeit, um den Umgang mit den Problemen multikultureller Erziehung in Schulen mit Ausländeranteilen und anderen Themen in den Arbeitsgruppen machten zugleich ein zentrales Problem deutlich: »Betroffene« der Lehrarbeit, also Schüler der verschiedenen Schulen und Schülervertreter, waren zu der Konferenz nicht eingeladen, obgleich alle Diskussionen und Vorschläge sich auf sie bezogen. Trotz unbezweifelbar gutmeinender Absichten der Lehrer, Lehrerbildner und Forscher werden die Schüler fast durchweg als Subjekte des Lehrerhandelns betrachtet, deren Behandlung im Sinne gesellschaftlicher Ziele und Anforderungen wegen ihrer Le-

bendigkeit immer neue Schwierigkeiten bereitet. Das Lehrer-Schüler-Verhältnis wird dabei als eines des Mündigen zum Unmündigen, des Wissenden zum Unwissenden, des Fähigen zum Unfähigen begriffen, wobei der Übergang von der Unmündigkeit in die Mündigkeit als Vorgang zumindest aus der Schulzeit ausgeklammert wird. Dementsprechend wurde auch so getan, als wäre es nur das Lehrerhandeln, das Schule erst realisiert und verändert, nicht aber auch das Handeln der Schüler. Obgleich jeder weiß, daß ohne das selbsttätige Mittun der Schüler kein Unterricht erfolgreich sein kann, wird dennoch dies Mittun auf ein Problem des geeigneten didaktischen Umgangs mit dem Subjekt Schüler reduziert. Die Verhaltensweisen der Schüler, ihre Reaktionen und auch ihre Motivationen und Kognitionen interessieren immer nur als Effekt des Lehrerhandelns. Treten die gewünschten Effekte nicht auf oder gibt es unerwünschte Nebeneffekte, so werden daraus entweder verstärkte Kontrollen oder veränderte Modelle des Lehrerhandelns abgeleitet. Der erste von drei Hauptvorträgen befaßte sich in dieser Weise mit der Frage der »Teacher Effectiveness«. Selbst die Entwicklung selbstorganisierten Lernens der Schüler wird paradoxerweise als linearer Effekt des Lehrerhandelns aufgefaßt, obgleich selbstorganisiertes Lernen nur als Widerspruchsverhältnis zum lehrerbestimmten Lernen begriffen werden kann. In der Arbeitsgruppe zum Thema Vorbereitung auf die Arbeits- und Berufswelt, in der ich mitarbeitete, gab es einige interessante Beiträge aus Österreich und den skandinavischen Ländern, die sich durch die Einbeziehung des Schülerhandelns in ihre Überlegungen diesem Standpunktproblem näherten. In meinem Beitrag versuchte ich anhand der sich entwickelnden Widersprüche im Handeln von Schülern Berliner Gesamtschulen bei der Berufsorientierung zu zeigen, daß vom Standpunkt des Lernens die »Teacher Effectiveness« das Problem des Lernens überhaupt verfehlt. Vielmehr ist für die Entwicklung der Handlungsfähigkeit die von den Schülern nachgefragte Unterstützung sowohl in den ganz praktischen Fragen des Bewerbens als auch in der Verarbeitung ihrer Erfahrungen bei Berufserkundungen und vor allem im Erkennen der strukturellen Entwicklungen der gesellschaftlichen Arbeit von zentraler Bedeutung. Für die Lehrerbildung ist es daher wichtig, die Lehrer zur Unterstützung der Schüler bei der selbständigen Bearbeitung der Widersprüche zu befähigen, also die durch die ersten Erkundungen beruflicher Tätigkeiten entstehende Krise in der Erfahrung nützlicher Arbeit, die sie zum Beispiel in der projektorientierten Arbeitslehre machen, nicht durch eine Reproduktion kapitalistischer Berufsästhetik zu immunisieren. Die Diskussion dazu zeigte, daß dies eine Problemfront ist, die nicht nur Lehrmodelle prinzipiell unterscheidbar macht, sondern auch mit Widerständen des professionellen Selbstverständnisses der Lehrer rechnen muß.

Gerhard Zimmer (Berlin/West)

Kulturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung

Hannover, 10.-11. November 1984

Zum erstenmal hat die Initiative »Kulturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung« in größerem Rahmen eine Tagung durchgeführt und damit den Kreis ihrer Unterstützer — Wissenschaftler aus den Disziplinen Geschichte, Kunstgeschichte, Kunstpädagogik, Vor- und Frühgeschichte, Volkskunde, Literaturwissenschaft, Philosophie und andere — erheblich erweitern können. Die Kulturwissenschaftler stärken damit die berufsbezogenen Friedensinitiativen, die ein Forum in der »Krefelder Initiative« gefunden haben.

Am ersten Tag standen kulturpolitische Probleme von allgemeinem Interesse im Vordergrund. Kontrovers wurden vor allem die Punkte diskutiert, die die Kulturwissenschaftler unmittelbar betreffen, so die Frage des Kulturgutschutzes. Zwar waren sich alle im Klaren darüber, daß die Haager Konvention, die versucht, auch angesichts der Gefahr eines atomaren Krieges Regeln für den Denkmalschutz aufzustellen, diesen Schutz nicht wirklich sichern kann. Dennoch verlangen die Ministerien schon heute, daß die in den Museen und Denkmalämtern tätigen Kulturwissenschaftler Listen mit schutzwürdi-

gen Denkmälern und Kunstwerken erstellen. Die Tagung konnte zumindest dazu beitragen, die Entscheidung, die damit von einzelnen Wissenschaftlern verlangt wird, zu diskutieren, öffentlich zu machen und zu politisieren. Stellen wir uns dieser Aufgabe zur Verfügung, kulturelle Güter zu selektieren, entsprechend unserem traditionellen beruflichen Auftrag, zur Bewahrung von historischem Kulturgut beizutragen, unerachtet der von oben gesetzten — absurden — Rahmenbedingungen? Oder ist der Zeitpunkt zu zivilem Ungehorsam gekommen, und wie organisieren wir diesen?

Im zweiten Teil der Tagung ging es darum zu fragen, wieweit die einzelnen Kulturwissenschaften in der Lage sind, durch ihre Inhalte und deren Reflexion der Abstumpfung gegen Krieg und Gewalt entgegenzuwirken, zu der Kultur — fast unmerklich — immer mehr in Dienst genommen wird. Arbeitsgemeinschaften beschäftigten sich mit Denkmalschutz, Umwelt, Rüstung; Auseinandersetzung unterschiedlicher Systeme im historischen Vergleich; Rüstung und »Dritte Welt«; Alltagskultur und Frieden. Ich kann hier nur aus der Arbeitsgruppe »Bilder von Krieg und Frieden« berichten, an der allein ich teilnehmen konnte. Die Werke verschiedener Künstler und die Rekonstruktion ihrer Geschichte machen deutlich, daß es eine Antikriegsbewegung, die von Künstlern unterstützt worden ist, mindestens seit der Frühen Neuzeit gibt. Bürgerliche Kunsthistoriker bringen es allerdings bis heute fertig, die sehr eindeutigen Aussagen der Künstler zu neutralisieren oder in ihr Gegenteil zu verkehren. Der Ästhetizismus dieser kunsthistorischen Interpretationen ist also noch immer geeignet, Kriege zu verharmlosen oder gar zur Naturnotwendigkeit zu erklären.

Anhand von Bilderserien zeitgenössischer Maler wurde die künstlerische Darstellbarkeit eines in seinen Ausmaßen kaum vorstellbaren künftigen Krieges diskutiert. Hier war die Rückbesinnung auf Brecht hilfreich: Sicher geraten künstlerische Medien bei dem Versuch, durch Beschwörung von Leiden empathetische Wirkungen zu erzielen, bald an ihre Grenzen. Statt dessen können aber Unterscheidungsvermögen und Handlungsfähigkeit durch kognitiv einsichtige Bilder unterstützt werden. Die Arbeitsgruppe regte dazu an, eine Friedenserziehung zu entwickeln, die sich gerade auch historischer und zeitgenössischer Bilder bedient und die Erarbeitung neuer Bilder durch die Künstler ermutigt, vor allem angesichts der Tatsache, daß von der anderen Seite massenweise Bilder eingesetzt werden, um uns an Gewalt und Krieg zu gewöhnen.

Vielleicht der wichtigste Gewinn der Tagung war es, jeden in seiner lokalen beruflichen Friedensarbeit zu bestärken, neue Diskussionszusammenhänge zu vereinbaren, Mut zu machen, die Arbeit fortzusetzen.

Jutta Held (Osnabrück)

Gesundheitstag 1984

Bremen, 1. bis 7. Oktober 1984

Ca. 10000 Menschen trafen sich in der Bremer Universität und in verschiedenen Bürgerhäusern der Stadt. Der fast 500 Seiten umfassende Programmkatalog bot 550 Veranstaltungen zu den Themen: Datensturm (Datenschutz und Krebsregister); Aufstand aus dem Abseits (Psychiatrie und Drogen); Vom Sozialstaat zur Pflicht zur Gesundheit; Arbeitsmedizin, Umwelt und Naturheilkunde; alltägliche Gesundheit; Dritte Welt und Frieden. 64 Filme wurden gezeigt, und 37 Kulturveranstaltungen erhöhten die Qual der Wahl. Verantwortlich organisiert wurde dieses Treffen vom Bremer Gesundheitsladen. Gesundheitsläden sind in vielen Städten der BRD Ende der 70er bzw. Anfang der 80er Jahre gegründet worden. Sie sind ein Zusammenschluß von Beschäftigten aus dem Gesundheits- und Sozialbereich, die von den etablierten Organisationen die Nase voll hatten. Das zur Zeit drückendste Problem sind 80000 DM Schulden, die erstmalig bei einem Gesundheitstag entstanden sind. Grund für diese Finanzlücke sind viele nichtzahlende Teilnehmer — eine Folge der Erwerbslosigkeit.

Im folgenden möchte ich einige persönliche Eindrücke wiedergeben. In Bremen fiel mir die Nichtexistenz der für diesen Bereich zuständigen Gewerkschaft ÖTV auf. Eine Veranstaltung des Bereiches »Arbeit und Gesundheit«, die im Bremer DGB-Haus stattfinden sollte, mußte in eine Pizzeria ausweichen, weil das Haus am Sonnabend geschlossen war. Ob Organisationspanne oder Mißverständnis, blieb unklar. Der vielbeschworene Wunsch der Kooperation zwischen Gewerkschaftsbewegung und Gesundheitsbewegung ist offenbar das Einfache, was schwer zu machen ist. Vermutlich muß in dieser Beziehung das einander Trennende herausgearbeitet werden, weil das bloße Beschwören des Gemeinsamen offenbar nicht die gegenseitigen Vorurteile und Ängste überwinden kann.

Fast 200 Veranstaltungen boten Therapien aller Arten für Körper und Geist an, wobei eine Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Konzepten und Ansätzen nicht stattfand, obwohl dies von den Organisatoren ausdrücklich beabsichtigt war. Vieles, was 1980 in Berlin und 1981 in Hamburg noch neu und quer zu allem Bestehenden sich gebärdete, hat sich inzwischen im Alltag etabliert und muß sich mit entsprechenden alltäglichen Kleinkram herumschlagen. So ist von der Aufbruchstimmung der ersten beiden Gesundheitstage nicht mehr viel übrig geblieben. Der Gesundheitstag ist ein überregionales Arbeitstreffen geworden, auf dem Erfahrungen ausgetauscht werden können, eine Möglichkeit zur Zwischenbilanz der eigenen Arbeit, eine Fortbildungsmöglichkeit und ein Forum für Denkanstöße.

Inhaltlich neue Themen waren Datenschutz und Krebsregister, Umweltgifte sowie Sozial- und Gesundheitspolitik nach der »Wende«.

Eberhard Göbel (Berlin/West)

Freie Herbstuni Bochum 1984

4. bis 7. Oktober 1984

Die Organisatoren vom AStA der Ruhruniversität boten in Zusammenarbeit mit außeruniversitären Gruppen ein Programm von mehr als 100 Veranstaltungen. Es sollte ein Forum für Initiativen aus Bochum und Umgebung sein und ein politisches Lernfest, das sich die Volksuni in Berlin und Hamburg zum Vorbild nahm. Als Mitarbeiter der Berliner Volksuni bin ich vor allem auf Unterschiede gestoßen.

Zunächst einmal Unterschiede der Bedingungen des Projekts: Während die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Gewerkschaftern die Beziehung von Arbeit und Wissenschaft zu einer tragenden Achse des Volksuni-Projektes machen soll, ist Herbstuni ein AStA-Referat.

Das Schwergewicht verlagerte sich auf den Bereich der Studenten- und Alternativbewegung. Eine Stärke der Herbstuni lag im Bereich alternativer Gruppen außerhalb der Universität. Nicht nur, daß von den etwa 200 eingeladenen Gruppen immerhin über 30 zur Mitarbeit gewonnen werden konnten. In einigen Fällen konnte auch eine Zusammenarbeit von Gruppen vermittelt werden, die vorher zu gleichen Problembereichen gearbeitet hatten, ohne voneinander zu wissen. Im Unterschied zur Volksuni bekam die Herbstuni durch diese Orientierung aber den Charakter einer Alternativ-Messe, wo sich Schwerpunkte sozusagen aus der mehr zufälligen Angebotsmasse herstellten. Indem die Organisatoren sich schließlich auf die technische Unterstützung der Veranstalter verlegten, fehlte es an der Gestaltung von Zusammenhängen. Herbstuni wurde zum bunten Programm: von der Fußzonenreflexmassage bis zur Theorie und Politik bei Michel Foucault.

Die strategischen Stellen blieben unbesetzt. Im Gewerkschaftsbereich etwa wurde die »Kooperationsstelle IGM/RUB« nur zur Selbstdarstellung, nicht zur Programmgestaltung eingeladen. In der Folge fehlten z.B. eigenständige Veranstaltungen zu regionaler Geschichtsforschung; und die wirklichen Angebote fielen teils mangels Interesse durch — so eine Podiumsdiskussion zur 35-Stunden-Woche (im Oktober!) —, teils machten

sie, wie ein Teilnehmer formulierte, »den Eindruck, als wären sie ausgedacht«. Solche Planungsmängel sind mir nicht nur in der Konzeption der Bereichsangebote, sondern auch für einzelne Veranstaltungen aufgefallen. Das schlagendste Beispiel dafür ist eine Podiumsdiskussion mit Hubert Kleinert (MdB aus Hessen) und Kurt Edler (GAL Hamburg) zu dem Thema »Alternativbewegung und Parlamentarismus«. Auf dem Podium saßen nur die beiden Parteivertreter, und als sie sich darin einig waren, daß die Metaphern von »Stand- und Spielbein« und »Sprachrohr« der sozialen Bewegungen unzureichend sind, um das Verhältnis Partei/Bewegungen zu denken, saß unten — die Bewegung. Gänzlich heterogen, aber wie selbstverständlich im Singular (»wir« und »die Partei«) machten sie ihrem Ärger über die »Autonomie«-Bestrebungen der Parteivertreter Luft; die wiederum flüchteten sich in Pädagogismus (»Ihr müßt wissen, daß ...«). Fragen der gegenseitigen Blockierungen der verschiedenen sozialen Bewegungen (die sich für die grünen Parlamentarier als gegensätzliche Anforderungen darstellen) waren in der Konfrontation ebensowenig thematisierbar wie die Frage, ob die Partei denn tatsächlich der einzige Ort sein kann und soll, wo über solche Gegensätze verhandelt wird (was die »Bewegungsvertreter« als Abgehobenheit und Undurchsichtigkeit der Partei reklamierten).

Ganz anders das Programm da, wo Herbstuni auf schon gewachsene Zusammenhänge zurückgriff. In Zusammenarbeit mit dem Bochumer Friedensplenum entstand im Friedensbereich eine Veranstaltungsreihe, die ich mir in der Breite für die letzte Volksuni gewünscht hätte: AirLand-Battle-Strategie, »Krieg der Sterne« und Weltraumrüstung, Rüstungstransfer in Länder mit Militärdiktaturen, Training in gewaltfreier Aktion und Erfahrungsberichte von den Störmanövern in Fulda, Hildesheim und Nordenham. Einer Podiumsdiskussion zu Perspektiven der Friedensbewegung (mit zwei Gewerkschaftern aus IGM und BSE, einem Pfarrer und einer Vertreterin einer unabhängigen Friedensgruppe) stand der Versuch einer Zwischenbilanz von Friedensgruppen gegenüber, wo die Entwicklung der Gruppen selbst im Mittelpunkt stand. Michael Lucas' Referat zu »NATO-Politik, 'Dritte Welt' und Kriegsgefahr« verknüpfte Fragen der ökonomischen und politischen Bedingungen der NATO-Militärpolitik mit Einschätzungen der Zukunft der US-Politik, den Alternativen der Europäer und der Sozialistischen Internationale und dem Konflikt um die sogenannte Schuldenkrise der »Dritten Welt«. Die Diskussion hierzu war die intensivste, die ich erlebt habe — vielleicht, weil hier am ehesten das immer wieder beschworene Stichwort von der »Internationalisierung« der Friedensbewegung konkretisiert wurde. Die Diskussion bekräftigte andererseits, was Joseph Beuys den Herbstuni-Machern auf der Eröffnungsveranstaltung ins Programmbuch schreiben wollte: daß »freie« Uni nicht alles und jedes, nicht Beliebigkeit bedeuten kann, sondern sich auf Herstellung von Zusammenhangswissen für die sozialen Bewegungen zu konzentrieren habe (Beuys verfolgt das Projekt einer »Free International University«).

Herbstuni war mehr als ein gelungenes AStA-Festival; aus meiner Sicht: ein buntes Programm mit Volksuni-Elementen. Die Teilnehmer (es dürften 1 000 bis 1 500 gewesen sein) haben das Projekt insgesamt angenommen, wie auch die Auswertungsveranstaltung zeigte. Soweit sie Kritik übten, richtete sie sich (in meinen Worten) auf das Verhältnis von Plan und Markt im Angebot und auf das Verhältnis von Arbeit und Wissenschaft. Ein Betriebsrat etwa formulierte, nachdem er das Fehlen von regionalspezifischen Themen bemängelt hatte: »Ihr könntet auch mehr zu Themen machen, die an der Uni ausgekocht werden und für viele draußen relevant sind. Überhaupt müßt Ihr Euch entscheiden, ob Ihr eine Uni mit Alternativangebot sein wollt oder eine Volksuni.«

Kurt Jacobs (Berlin/West)

Erste Zürcher Volksuni

16. bis 18. November 1984

Der Start der Zürcher Volksuni mit dem »Ersten Lernfest im Industriequartier« war ein Durchbruch im Bildungswesen. Immerhin 1 500 Teilnehmer und selbst ein bescheidener Überschuß über die 30 000 Franken Unkosten beweisen, daß die 60 Veranstaltungen der Volksuni auf fruchtbaren Boden fielen, auf dem es weiter zu ackern gilt. Zur Volksuni gehörten nicht nur die Veranstaltungen — die kleinste mit 14 Teilnehmern, die größte mit 500 — sondern auch die farbige Ambiance im Foyer, in den Korridoren des Kunstgewerbemuseums und auch das Fest in der Turnhalle, die auch als »Volksmensa« diente.

Zum Erstaunen mancher, die gegenüber staatlich geförderten Einrichtungen (in denen auch fortschrittliche Leute mitarbeiten) linke Berührungsängste haben, war eine Wanderausstellung über den »Weg der Frau« zu sehen. Da wurde nichts beschönigt, sondern nüchtern und eindrucksvoll von der Arbeitsgemeinschaft »Frausein heute« ihrem Namen entsprechend ausgestellt. Diese Arbeitsgemeinschaft, der zahlreiche Frauenorganisationen angehören, hat ihr Sekretariat bei der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen in Bern; sie bekam für ihre Ausstellung Unterstützung von Bundes- und Kantonsbehörden sowie von einigen Firmen.

Von den Veranstaltungen über die 10 Themenbereiche Frauen, Arbeit und Gewerkschaften, Theorie und Geschichte, Dritte Welt, Kultur, Frieden, Ökologie, Gesundheit, Außersihl-Stadtleben und Volksuni-Zukunft fiel kaum eine aus. Großes Interesse fand z.B. die Veranstaltung des Geschichtsladens Zürich über Alternativen zur Landesausstellung 1991 (zugleich 700 Jahre Eidgenossenschaft). Mitarbeiter des »Argument«-Kreises, der zu den Promotoren der Volksunis gehört, wirkten als Referenten bei den am meisten besuchten Veranstaltungen. — Zu lernen ist, daß in dieser vielfältigen Richtung alternativer Erwachsenen- und Volksbildung weitergearbeitet werden muß, ohne auf die in Zürich besonders geringe Hilfe aus akademischen Kreisen zu verzichten. (Auszug aus dem *Zeitdienst*, Zürich, Nr.48 v. 7.12.84)

Theo Pinkus (Zürich)

Seit den sogenannten Zürcher Unruhen 1980/81 ist äußerlich in Zürich nicht mehr allzuviel geschehen. Selbst Tendenzwenden spielen sich in der Schweiz weniger öffentlich ab als anderswo, klammheimlich müßte man es nennen. Das Lernfest der Zürcher Volksuni war für mich in solch tristem politischen Kontext ein Ereignis.

Ich habe selbst »eine Lehrveranstaltung angeboten« über meine Desorientierungserfahrungen als Schriftsteller in Südamerika. Die etwa vierzig Leute, mit denen ich während zwei Stunden arbeiten konnte, haben mich überrascht. Ich habe von meinen Erfahrungen erzählt und Texte gelesen und stieß auf eine sehr große Kompetenz der Auseinandersetzung mit einem, der da eben etwas mitteilen, vermitteln wollte. Es gab in der Gruppe zwar Leute mit ähnlich oder anders gelagerten Erfahrungen in der »Dritten Welt«, aber es kamen in der Auseinandersetzung weder nur Fachleute noch nur Studenten zum Zug. In diesem noch nicht sehr differenzierten Sinn erlebte ich bei meiner eigenen Arbeit *Volksuni*.

Das war mein erster Eindruck. Natürlich war ich dann auch bei den Haugs, in der Frauengruppe anfänglich als einziger Mann. Der »Import« war sehr gut und sehr nötig fürs erste Mal. Dort schärfte sich mir dann allerdings die *Frage* nach dem Publikum. Waren die von der Uni nicht auch an der Volksuni unter sich? Ich wage die Frage nicht zu beantworten, aber es ist zu betonen: Man sollte es durchaus begrüßen, daß die von der Uni *auch* an der Volksuni mitarbeiten. Falsche Gegensätze wären da idiotisch.

Wieland Elfferdings Seminar über die Möglichkeiten linker Politik in der BRD war wohl nicht nur für mich eine Herausforderung. Er hat mal durchblicken lassen, daß für ihn die Schweizerische Politlandschaft auch ein Exotikum ist. Recht hat er. Wir haben in der Nachfolgeveranstaltung mit Vertretern linker und grüner Parteien in der Schweiz

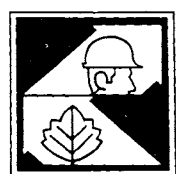
den Beweis erbracht. Die Rituale der hiesigen linken Auseinandersetzung sind noch nicht mal auf der Stufe einer Debatte. Auch wir Linken können unsere Demokratie offenbar hauptsächlich rituell. Hier lag denn für mich auch die wichtigste, mühseligste *und* zukünftigste Perspektive für die Volksuni-Arbeit. Sie könnte und müßte zu einem Forum werden, wo Politik hierzulande wieder auf die Ebene des öffentlichen Diskurses gehoben wird.

Manfred Züfle (Zürich)

Die Schweizer Frauen boten ein vielfältiges Programm: Frauen und Technologie, Berufstätigkeit, Lebensgeschichten von Frauen, eine sehr schöne Ausstellung über Frauenalltag sowie einen Frauenpolitik-Ratschlag. Der Volksuni-Rahmen wurde von fast 100 Frauen genutzt. In der Veranstaltung »Frauen — Macht — Politik«, wo über Erfahrungen mit dem Weiberrats-Vorschlag in der Bundesrepublik berichtet wurde, diskutierten die Zürcher Frauen die Möglichkeiten eines politischen Zusammenschlusses von Frauen in der Schweiz. Verblüffend ähnlich wie bei uns hörten sich die Argumente an: Die autonomen Frauengruppen halten an ihrer Skepsis gegenüber Organisation und gegenüber dem Parlament fest. Die organisierten Frauen haben die Hoffnung, in einem politischen Zusammenschluß die Diskussionen besser weiterführen zu können, die ihnen täglich die »große Politik« vorgibt. Auf einer Podiumsdiskussion zum neuen Entwurf des Sexualstrafrechts in der Schweiz zeigten sich die Schwierigkeiten gemeinsamer Diskussion. Das Sexualstrafrecht — von den linken Kräften unterschiedlich eingeschätzt — enthält neben der Aufhebung der rechtlichen Homosexuellendiskriminierung »Liberalisierungen« der Prostitutions- und Pornographie-Gesetzgebung; hier sind die Frauen politisch zerrissen. Das Gesetz enthält weiterhin diskriminierende Regelungen bei Vergewaltigung. — Die Frauen überlegen, wie eine Politik gemacht werden kann, die nicht allein auf die ohnehin zwiespältige Gesetzgebung fixiert ist, sondern die durch veränderte Problemstellungen eine feministische Erneuerung der Politik möglich macht. Sabine Zürn (Hamburg)

Noch ein »Splitter« zur Zürcher Volksunikultur: In einer Veranstaltung »gegen die Dummheit in der Musik« von Christoph Keller und Esther Haas wurden gängige Schallplatten-Interpretationen von Beethoven-Solokonzerten mit dem Notentext (am Klavier) verglichen. Lehrreich war z.B., daß durch verlangsamte Tempi oft der Sinn eines ganzen Satzes entstellt, »sentimentalisiert« wird. Durch Rubato bei Harmoniewechsel oder an formalen Schnittpunkten eines Satzes — als müsse noch dick unterstrichen werden, was man ohnehin hört — entstehen in einem Allegro-Satz regelrechte Adagio-Flächen, die zu einer »Boulevardisierung« führen. Die Star-Interpreten decken, ganz entgegen der Intention Beethovens, häufig das Orchester auch an Stellen zu, wo sie nur die Begleitung haben. — Diese Veranstaltung stieß auf viel Interesse. Die Volksuni-Verantwortlichen in Zürich sollten sich durch den noch etwas speziellen Anfang dazu anspornen lassen, in dieser Richtung mehr zu tun.

Olaf Hasselblatt (Hamburg)



ALTERNATIVEN DER
ÖKONOMIE -
ÖKONOMIE
DER ALTERNATIVEN

Ökonomie der Alternativen — Alternativen der Ökonomie

Diskussion um eine rot-grüne Wirtschaftspolitik. Mit Beiträgen von Bahro, Beckenbach, Berger, Priewe, Voy u.a.

Argument-Sonderband AS 104

17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Kongreßbankündigungen

Geschichte in der demokratischen Gesellschaft

Konferenz des Parteivorstands und der Historischen Kommission der SPD im Erich-Oltenhauer-Haus in Bonn, 28. Februar und 1. März 1985.

Informationen und Anmeldung beim SPD-Parteivorstand, Historische Kommission, Postfach 2280, 5300 Bonn 1.

Geschichte von unten: Geschichtswerkstätten zwischen alten und neuen sozialen Bewegungen

Seminar der Heimvolkshochschule Saarbrücken der Friedrich-Ebert-Stiftung in Saarbrücken, 4. bis 8. März 1985

Diskutiert werden Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Geschichtswerkstätten, Gewerkschaftsgruppen und anderen Initiativen vor dem Hintergrund neuerer Forschungsansätze in der Geschichtswissenschaft.

Informationen und Anmeldung bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, Eifelstraße 35, 6600 Saarbrücken 2.

Intelligenz, Intellektuelle und Arbeiterbewegung in Westeuropa

Internationale Konferenz des IMSF in der J.W.Goethe-Universität Frankfurt/M., 16. und 17. März 1985

Plenumsvorträge und Podiumsdiskussionen mit A. Casanova (Paris), V. Allen (Leeds), A. Mazzone (Messina), H. Jung, W. Abendroth, J. Kuczynski, F. Deppe, J. Schleifstein u.a. 13 Arbeitsgruppen bieten Gelegenheit zu kontroverser Diskussion.

Informationen und Anmeldung beim IMSF, Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt/M. 1

**6. Berliner Volksuni
Pfingsten
24.-27. Mai 1985
Henry-Ford-Bau der FU Berlin**



Vorlesungen, Erfahrungsaustausch, Workshops,
Theater, Lieder, Diskussionen über

Neokonservative Strategien in Wirtschaft, Politik, Kultur - Frauen, Arbeit, Politik - Arbeitszeitverkürzung konkret - Rüstung und Ökologie - Neue Technologien in Arbeit und Freizeit - Ausgebeutete Länder - Marxismus-Diskussion: Gramsci, Luxemburg, Mariátegui - Chemie-Politik - Berliner AL und SPD nach den Wahlen - Theologie der Befreiung

**Das kopflustige Pfingstfest der Widersprüche —
damit nicht nur wieder und wieder Sprüche gemacht werden!**

Weitere Informationen und Programmbuch —
erscheint 22. April — sind im neuen Volksuni-Büro, Dominicusstraße 3, 1000 Berlin 62, zu haben!

Besprechungen

Philosophie

Unter der Voraussetzung, daß »die Moral zweigeschlechtlich ist wie der Mensch« (vgl. Haug, F., in *Argument* 141, 1983), zwingt uns die weitere Beschäftigung mit weiblicher Moral, ihr Komplement, die männliche, ebenso mit zu untersuchen wie die Ausführungen von Männern über Moral im allgemeinen. Von daher enthält dieser Philosophie-Schwerpunkt der Frauenredaktion Besprechungen zu verschiedenen Aspekten moralischer Vergesellschaftung, nicht nur zu der von Frauen.

Gilligan, Carol: Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau. Aus dem Amerikanischen von Brigitte Stein. Piper Verlag, München/Zürich 1984 (222 S., br., 24,- DM)

Es gibt zwei verschiedene Sichtweisen in moralischen Fragen: »die eine traditionell verknüpft mit Männlichkeit und der öffentlichen Welt gesellschaftlicher Macht, die andere mit Weiblichkeit und der Intimsphäre des Privatlebens« (89). Für dieses Ergebnis reinterpretiert Gilligan als Mitarbeiterin Kohlbergs dessen Interviews und Geschichten zu moralischen Dilemmata und führt eigene Untersuchungen über Konflikte und ihre Verarbeitung in Fällen von Abtreibung vor. Sie will zeigen, daß Frauen nicht einfach moralisch defizitär sind, weil sie die höchsten Stufen moralischer Entwicklung (nach Kohlberg), auf denen Prinzipien universeller Gerechtigkeit die Regeln ersetzen, nicht erreichen, sondern daß sie nach anderen Kriterien urteilen. Sie akzeptierten in den Seminaren die angebotenen Konfliktgeschichten nicht und konnten keine Rangfolge möglicher Lösungen aufstellen; vielmehr verschoben sie die Problemanordnung in Richtung auf eine »wechselseitige Verbundenheit« zwischen den Menschen, auf Verantwortung und Fürsorge als Leitideen. — Gilligan schlägt von daher vor, »die Definition von Reife« zu ändern, die höchste Stufe nicht von der Entwicklung der Männer herzuleiten (über Trennung und Individuation), sondern auch die Reife der Frauen (über Verbindung und Verantwortung) als höchste Stufe des anderen Geschlechts in eine Moraltheorie und -pädagogik einzubeziehen. Gegen Fehlinterpretationen gelte es, der Moral der Frauen zu einer eigenen Sprache zu verhelfen. Die Ethik der Verantwortung, der die Frauen folgten, setze anstelle einer hierarchischen Ordnung ein Beziehungsgeflecht; die Ethik des Rechts, dem die Männer folgten, betone die Einbeziehung des Selbst in die Gesellschaft. Letztlich gehe es um den Dialog beider Moralsysteme und im höchsten Reifestadium um die Einsicht, daß die Gleichberechtigung (männlich) um das Prinzip der Gewaltlosigkeit (weiblich) ergänzt werde und die Frauen einsehen müßten, daß fehlende Gleichberechtigung Gewalt beinhalte. Dies scheint ihr bei den Kämpfen der Frauenbewegung angezielt.

Eine Stärke des Buches ist es, auf die Verschiedenartigkeit der Moralsysteme aufmerksam gemacht zu haben, eine Schwäche, Begründung und Perspektive im Feld des Moralischen zu belassen. Da moralische Anforderung (Anteilnahme, Fürsorge, Verbindung und Pflege von Beziehungen) und praktisches Handeln von ihr als identisch angenommen werden, gelingt es Gilligan an keiner Stelle, die Brüche zu bearbeiten, die aus der Unmöglichkeit entstehen, daß einzelne in Haltung und Verhalten gesellschaftliche Defizite beheben sollen. Obwohl alle Beispiele gesellschaftliche Fesseln und Behinderungen, Widersprüche und staatliche Fehlplanungen geradezu aufdringlich bezeugen, interessieren Gilligan jeweils die moralischen Verarbeitungen der einzelnen, so wie sie sie wörtlich äußern. Die Konflikte werden explizit so vorgelegt, daß Moralität ein Effekt ihrer Anordnung wird. Das macht, daß die einzelnen Äußerungen und Geschichten wie verlorene Ratschläge aus Illustrierten klingen, triefend vom Schmalz illusionären Kitsches. — Eine »reife« Frau etwa wird wie folgt beschrieben: »Claire spricht von den

Menschen, die sie bewundert — ihre Mutter, die 'so viel zu geben hat', und ihr Mann, der 'nach seinen Überzeugungen lebe' —, und sie entwirft für sich selbst ein integriertes Leben, das durch Akte der Anteilnahme gekennzeichnet ist. Ein Beispiel eines solchen Lebens ist das Verhalten einer Ärztin, die, als sie die Einsamkeit einer alten Frau im Krankenhaus bemerkt, 'hinging und ihr einen Eisbecher kaufte und an ihrem Bett saß, nur damit jemand für sie da war'« (81). — Und eine andere Frau, die vor dem als moralisch ausgegebenen Konflikt steht, entweder Collegepräsidentin zu werden oder ein zweites Kind zu bekommen, wird bei der Bearbeitung des berühmten Heinz-Konfliktes (der für seine todkranke Frau ein Medikament nicht bezahlen konnte und vor der Alternative stand, sie sterben zu lassen oder es zu stehlen) folgendermaßen vorgeführt: »Wenn Heinz das Medikament stiehlt, würde er ... 'etwas tun, das nicht in seinem Interesse liegt, er riskiert nämlich, eingesperrt zu werden, und das ist ein extremes Opfer, ein Opfer, das ein Mensch, der wirklich liebt, möglicherweise bereit ist zu erbringen'. Das Medikament nicht zu stehlen, 'wäre jedoch egoistisch von ihm. Er müßte sich Vorwürfe machen, daß er ihr keine Chance gibt, weiterzuleben'« (126)

Das Problem mit solchen Passagen, die etwa zwei Drittel des Buches füllen, ist nicht, daß Menschen so sprechen, sondern daß diese Art der Konfliktverarbeitung durch die Interviewtechnik selbst erzeugt wird und sodann als Reifestadium gewertet und gar begeistert gefeiert wird. Die Konflikte handeln in den Feldern fehlender Krankenversicherung, staatlicher Gesetze, fehlender sozialer Einrichtungen für Kinderaufzucht, Arbeitslosigkeit, Schulversagen, schlechter Wohnsituationen, Armut, Drogen und Universitätsprüfungen. Die Leistung der Autorin und Interviewerin besteht jeweils darin, alle diese gesellschaftlichen Probleme in die moralische Verantwortung der einzelnen zu schieben und dabei festzustellen, wie sie in solchen Krisen moralisch reifen. In dieser Weise ist das Buch ein Lehrwerk für ideologische Erziehung. Es führt vor, wie eine bestimmte Anordnung von Problemen die selbsttätige Verschiebung gesellschaftlicher Probleme in moralische Individualität auslöst.

Von daher möchten wir für die Frage der Frauenbefreiung eher davon abraten, auf weibliche Moralität zu setzen. Wenngleich »Freundlichkeit unter den Mitmenschen« eine angenehme Sache ist, wird die Herstellung einer menschlichen Gesellschaft wohl auf eine Handlungsfähigkeit setzen müssen, die gesellschaftliche Mängel nicht auf moralische Probleme reduziert.

Frigga Haug (Berlin/West)

Mack, Arien (Ed.): Women and Morality. Social Research. An International Quarterly of the Social Sciences, Vol.50, Nr.3, Herbst 1983 New School for Social Research, New York (210 S., br., 5,- US-\$)

»Fragen der Moral sind für Frauen von entscheidendem Interesse, und viele der sogenannten Frauenbelange (sexuelle Gleichheit, Abtreibung, Kindererziehung, Pornographie usw.) werden von Frauen eher moralisch angegangen denn politisch, ökonomisch oder ideologisch. Die meisten, wenn nicht alle Frauen fühlen, daß ihre Erfahrung eine wesentlich moralische Dimension hat; ...« Die einleitenden Sätze begründen die Notwendigkeit, sich intensiv mit dem Thema der weiblichen Moral auseinanderzusetzen, genauer: mit Carol Gilligans Buch »In a Different Voice«. Gilligans Plädoyer für eine unterschiedene und der männlichen zumindest gleichrangige Moral findet offenbar so viele Anhänger, daß sich alle Autoren dieses Bandes (fünf Frauen und vier Männer) kritisch den verschiedenen Aspekten ihres Moralbuches zuwenden. Sorgfältig werden die Methoden und die empirische Basis der Gilliganschen Ausführungen überprüft. Weitere Veröffentlichungen aus dem Kohlberg-Institut, die mit dem gleichen Material arbeiteten, und die Interviews in ungekürztem Kontext werden herangezogen, um zu beweisen, daß Gilligan selektiv und willkürlich vorgeht, das Gegenteil des Gesagten behauptet, ein winziges Sample für mehrere Veröffentlichungen auswertet usw. Neben methodischen Ein-

wänden gibt es belesene Ausführungen zu sechs weiteren Untersuchungen über geschlechtsspezifische Unterschiede beim moralischen Urteil mit dem Resultat, daß mehr empirische Befunde gegen solche Unterscheidung im Kinder- und Jugendalter sprechen als dafür. Gilligans eigene Materialien werden noch einmal interpretiert mit dem Resultat einer weitgehenden moralischen Gleichheit der Geschlechter bei den verschiedenen Praxen (Broughton). Sorgfältig wird vorgeführt, wie die Interviewführung selbst die moralischen Urteile hervorbringt (Nails). Die Hochwertigkeit der von Gilligan geschätzten moralischen Tugenden der Frauen — wie Verantwortlichkeit, Fürsorge — wird bezweifelt, da kein Verhältnis zu Herrschaft, Staat und Unterdrückung hergestellt werde (Walker). Lange und informative Studien über die Geschichte der Philosophie unter der Berücksichtigung des männlichen Geistes und des weiblichen Körpers führen zur vorsichtigen Formulierung an die Adresse Gilligans, die getrennte Moralität der Geschlechter als Effekte philosophischen Denkens zu sehen, und warnen am Ende davor, daß jeder Gedanke an eine unterschiedliche Moral unter Umständen die Unterdrückung des weiblichen Geschlechts vertiefe, solange sie nicht die Defekte und die Armut der Unterdrückten erkenne (Lloyd).

Alle Aufsätze sind anregend und mit Gewinn zu lesen. Es ist allerdings merkwürdig, daß kein einziger aus dem System des moralischen Urteilens selbst herauspringt. Das hätte die vielen nützlichen Detailarbeiten und methodischen Überlegungen zu einer guten Studie über Moral als ideologische Form ans Werk setzen können.

Frigga Haug (Berlin/West)

Regenbogen, Arnim (Hrsg.): Moral und Politik. Soziales Bewußtsein als Lernprozeß. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1984 (246 S., br., 19,80 DM)

Politik und Moral in Beziehung zu setzen, kann als eine Herausforderung gegen rechts begriffen werden, dort nämlich sind dies zwei voneinander sorgfältig abgegrenzte »Bereiche«, und moralisch sollen bestenfalls die Haltungen sein, in der die Politiker ihrem Beruf nachgehen. Ist das Politische moralisch oder Moral politisch? So ungefähr könnte man das Problem umreißen, das sich die verschiedenen Verfasser/innen stellen. Die Bestimmungen des Verhältnisses zwischen beidem reichen von Ineinssetzung bis zur Über- oder Unterordnung der moralischen Urteile gegenüber den politischen.

Kann das moralische Urteil (kausal) abgeleitet werden aus der »impliziten Sozialtheorie«, die jedes Individuum hat (vgl. H. Weinreich-Kaste), oder bestimmt Moral die Einsicht in die Sozialverhältnisse? Wie können und sollen sich fortschrittliche Pädagogen bei der Vermittlung von moralischer Urteilsfähigkeit einsetzen? Inwiefern können moralische Werte Einsicht in Herrschaftsverhältnisse transportieren? Fast alle Aufsätze beziehen sich auf die »kognitivistische Schule« von L. Kohlberg, der nach dem Wertewandel von rechts (bekannt unter dem Slogan des gleichnamigen Forums: Mut zur Erziehung) einen Rezeptionsboom in der BRD erfuhr. Eigentümlich ist, daß sich keiner der Autoren mit den Umbauten und Neu-Konstruktionen der rechten Pädagogen auseinandersetzt, sondern es im Ziel um eine »richtige, wahre und gute« Moral- und Politikerverziehung geht. So wird auch Kohlberg vornehmlich positiv aufgenommen, mit einem Anstrich von Neid ob der massenhaften Untersuchungen, auf die er zurückgreifen kann auf einem Feld, das in der BRD — zumindest in der Empirie — unterentwickelt ist.

Schon im Vorwort wird deutlich, daß Moral, moralisches Bewußtsein auf der Seite des »Guten« steht, zum Beispiel wenn behauptet wird, die US-Regierung habe sich im Fall Watergate »moralisch unglaublich gemacht« (8). Moral und moralische Urteilsfähigkeit — so schlagen die meisten Autoren vor — könne begriffen werden als eine Art Handwerkszeug für kritische Eingriffe in bestehende Sozialverhältnisse. Beispielfähig führt dies Stefan Aufenanger vor (Moralische Argumentation in politischen Auseinandersetzungen). Mit dem Stufensystem von Kohlberg (von der prä- zu konventionellen

und postkonventionellen Stufe mit je zwei Untergruppen, also Stufe eins bis sechs), untersucht er die moralische Urteilsfähigkeit der Startbahn-West-Gegner und -Befürworter und erfährt, daß die ersteren moralisch höhere Stufen erreichen (sie bewegen sich in den postkonventionellen Stufen, Stufe fünf: Sozialvertrag, Stufe sechs: universelle ethische Prinzipien). Könnte man dieses Ergebnis verallgemeinern, »so würde das häufig von Politikern in Diskussionen um Bürgerinitiativen und außerparlamentarischer Opposition vorgebrachte Argument, daß hier nur Chaoten am Werk seien, seine Wirkung verlieren« (76).

Einen guten Überblick über die verschiedenen theoretischen und methodologischen Annahmen zur sozialen und politischen Urteilsbildung (vgl. 77) gibt Helen Weinreich-Kaste (Politische, soziale und moralische Urteilsbildung). Sie expliziert die unterschiedlichen philosophischen und psychologischen Traditionslinien, in denen diese Konzepte stehen, und kommt zu der wichtigen Unterscheidung von präskriptiven und deskriptiven Urteilen: »Urteile, welche faktisch eine Deskription der sozialen Welt ausdrücken, werden bestimmt in Begriffen ihrer präskriptiven Konsequenzen.« (82) Die Annahmen über das Funktionieren des Sozialgefüges bestimmen ihrer Meinung nach die präskriptiven »du sollst«-Sätze. Die Entwicklung der politischen Urteilsbildung begreift sie als Folge der moralischen. Weinreich-Kaste trennt die Sphären des Politischen vom Moralischen am sorgfältigsten, so daß ihre Zusammenfügungen nachvollziehbar sind und zur Weiterarbeit auffordern.

Die Diskussionen um das Stufenmodell von Kohlberg muten — trotz der guten Einführung von D. Garz (Einführung in die Theorie Lawrence Kohlbergs) — den Leser/innen eine Art Ping-Pong-Spiel zu: Neigt sich die Stufe sechs nicht »entschieden nach links«? fragt W. Althof (Grundmauern oder Grenzen des Kohlberg-Gebäudes? 102) Ohne auf Althof einzugehen, widerspricht A. Regenbogen (Überlegungen zur Rationalität von moralischen Urteilen), der nach materialistischen und idealistischen Stufen sucht und feststellt, daß ein Moralbewußtsein der Stufe fünf »sich noch auf Gesellschaftstheorien, eins der Stufe sechs dagegen auf beliebige religiöse oder philosophische Idealismen beziehen« lasse (120), insofern sei bei Kohlberg die »idealistische Moral ... gegenüber einer materialistisch begründeten die höherstufige« (120). Kohlberg aber habe es möglich gemacht, daß durch moralisches Bewußtsein/Gefühl Erkenntnisse gewonnen werden könnten, und so folgt für Regenbogen daraus, daß die »Wiederentdeckung der Entwicklung zur Rationalität und der sozialen Erkenntnisfunktion moralischer Urteile ... diese Theorie zweifellos dazu befähigt, für progressive gesellschaftliche Veränderung aufklärerisch zu wirken« (121). Es scheint mir dies zu sehr auf die traditionelle linke Aufklärungspolitik gewaltsam zugeschnitten, indem Aufklärung »gut« ist, sind das Erkennen und die Rationalität »gut«, und Moral (so unklar sie auch immer in diesem Buch gefaßt wird) befindet sich auch auf der »richtigen« Seite. Es wirkt in der Konsequenz hilflos akademisch, wenn Moral und moralisches Urteil so wenig in die Verhältnisse eingelassen werden, daß die Begriffe selbst nicht mehr kritisch verwendbar sind, nämlich als vorfindliche herrschaftsbesetzte Vergesellschaftungsweisen.

Für diesen Komplex scheint mir der Aufsatz von E. Hahn bedeutsam (Wertungen als Prozeß und Resultat des gesellschaftlichen Bewußtseins). Wie alle Autoren, die Marxismus erwähnen, spricht auch er von *der* marxistisch-leninistischen Philosophie, innerhalb derer die Werte als »Erscheinungen der Realität« bezeichnet würden, »wenn sie zur Befriedigung von Bedürfnissen dienen, also nützlich sind, wenn sich in ihnen menschliche Wesenskräfte vergegenständlicht haben und wenn sie in opferreichem Kampf oder in harter Anstrengung errungen werden mußten« (130). Hahn zergliedert sich das Problem in Begriffen wie »Wert«, »Wertung« und »Wertvorstellungen«. Wertungen dienen der Beeinflussung des Verhaltens von Menschen, sie bieten Orientierungen an (vgl. 135), ihre Funktion besteht im »Rahmen der Ideologie« darin, den »Übergang von der Idee des

Wahren zur Idee des Guten, der Theorie zur Praxis zu bewerkstelligen« (Hahn, zit. Schwarzmann, 136). Die Wertvorstellungen »des Sozialismus sind natürlich in erster Linie objektiv bedingt« (137), sie werden im »System der ideellen Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung und des individuellen Handelns eine zunehmende Rolle spielen« (137). Das Vertrackte an Hahns Wertvorstellungsmodell ist seine Mechanik: die Funktionsweisen der Wertvorstellungen sind quasi neutral gegenüber den Produktionsverhältnissen, nur die Inhalte wechseln im Rahmen der »Ideologearbeit«. Die im An-Sich vorhandene Neutralität der Ideologie und ihre Notwendigkeit lassen Wert und Interessen miteinander verschmelzen. In diesem Rahmen ergeben die Ausführungen des Projekts Ideologietheorie, bei dem ideologische Vergesellschaftung unter kapitalistischen Verhältnissen als Abwendung vom Interesse und als Hinwendung zum Wert gefaßt ist, keinen Nutzen. Hahn behauptet für die sozialistische Gesellschaft, daß der Wert die Interessen der Arbeiterklasse artikuliere. Die Theoreme zeigen einander Möglichkeiten und Grenzen; in beiden erfüllen Werte Vermittlungsfunktionen zwischen Teil und gesellschaftlichem Ganzen. Hahn kann die Transformation der Interessen ins Ideologische nicht fassen, hat aber potentiell (wenn auch unausgeführt) die Möglichkeit, gesellschaftliche Ethik und ihre Werte als transparente Notwendigkeit der Vermittlung komplexer gesellschaftlicher Strukturen und Zusammenhänge für den einzelnen zu postulieren. Die Negativität des PIT-Ansatzes erlaubt es nicht, diese Vermittlung so eindeutig zu denken, und ist in dieser Weise rationalistischer, weil in der Perspektive tatsächlich »alle alles wissen« müßten. Wir werden daran weiterarbeiten müssen, wie eine Ethik aussehen kann, deren »Werte« (?) »die Anforderungen an die selbständige Beurteilung der tiefgreifenden Umwälzungen und widerspruchsvollen Prozesse von neuer geschichtlicher Qualität« (138) vermittelt. Für den Aufsatz von Hahn sei noch angemerkt, daß er sich mit einem einzigen Marx-Zitat in dem Kapitel »Wertvorstellungen in der marxistisch-leninistischen Philosophie« begnügt (Randglossen zu A. Wagners »Lehrbuch der politischen Ökonomie«, MEW 19). Weder Engels Anti-Dühring noch Marx zur Judenfrage oder die Deutsche Ideologie finden auch nur Erwähnung.

Für die in diesem Buch dominanten Kohlberg-Auseinandersetzungen fehlt außer der Kritik an den Theoremen auch die an den Beispielen der Moral-Dilemmata. Jeder Autor erwähnt das »Heinz-Beispiel«, niemand läßt es in die Verhältnisse ein, nimmt es, um an den Verhältnissen Kritik zu üben und an der Moral / den Gesetzen, an deren illusionärer Regelung eines ebenso illusionären Gemeinwesens, das die Zerrissenheiten *in* die Individuen verlagert. Hier empfiehlt es sich, mit Brecht (z.B. mit dem guten Menschen von Sezuan) alle abgedruckten Beispiele zu bearbeiten.

Wer kann mit diesem Buch umgehen? Für Lehrer und Pädagogen gibt es einen umfangreichen Anhang mit Lehrbeispielen, Tabellen usw. und einer Bibliografie. Zudem ist jeder Beitrag eine gute Literaturlaufbereitung und verschafft insofern einen Überblick über eine wahre Literaturflut.

Kornelia Hauser (Hamburg)

Gröll, Johannes: Die Moral der Familie. Zur Form von individueller Reproduktion, Familie und Staat. Arbeitshefte zur materialistischen Wissenschaft 20. Edition Westfälisches Dampfboot, Münster 1983 (90 S., br., 8,- DM)

Der Zusammenhang von Staat, Recht und Moral wird offenkundig, wenn Familie als sittliches Verhältnis gefaßt und in dieser Weise als »Kernstück der moralischen Indienstnahme der Individuen ... für das Gedeihen 'der' Gesellschaft« (3) begriffen wird. Voraussetzung für Grölls Analyse ist der im Anhang abgedruckte Rückgriff auf Kant und Hegel. Die Hegelsche »Heiligkeit der Ehe« und der »Institutionen, worin die bürgerliche Gesellschaft als sittlich erscheint« (80), wird als nach wie vor gültige Grundlage und als Zweck des geltenden bundesrepublikanischen Eherechts vorgeführt. Soziologische und pädagogische Familientheorien (von Goode über Parsons zu Neidhardt) werden damit

als Parteigänger unseres Gesellschaftssystems entzifferbar, ihr Funktionalismus als einer, der das System mit funktionstüchtig erhält.

Der Hauptteil gilt der meist ironisierenden Vorführung des Familienrechts und seiner Kommentare mit der Botschaft: Familie ist Untertanenfabrik. Ihr Hauptinhalt, Zweck und Ziel ist Herstellung von Familialismus. Dieser ist systemnötig wegen der kostengünstigen Reproduktion der Arbeiterklasse, ihres Gehorsams und weiterer Opfertugenden (25). Grölls Zorn gegen den systemkonformen Funktionalismus bürgerlicher Soziologie sprengt die funktionalistische Gedankenform nicht. Er untersucht seinerseits, welche Funktion Familie fürs Systemganze habe, und gerät so fast zwangsläufig in eine Denktradition, die genau angebbare bewußte Manipulatoren und funktionierende Unterdrückte voraussetzt: zum Beispiel »Daß der Staat Ehe und Familie als *Instrumente* für die Durchsetzung seiner Zwecke ansieht ...« (30). »*Ökonomischer Kern* der Ehe als *sittliches Verhältnis* ist ihre Nützlichkeit für die möglichst kostengünstige Reproduktion der Arbeiterklasse ...« (39).

Mein Hauptproblem mit Grölls engagiert geschriebenem Text ist, daß er im Grunde eine Formanalyse betreibt und empfiehlt, ohne sie wirklich zu nutzen. So sieht er Familie als Staatsapparat, entdeckt in ihr Momente des ursprünglichen Gemeinwesens (18) und deren Verschränkung mit Herrschaft; beschreibt die Entnennung der Klassen durch die vereinheitlichende Kategorie der Familienmitglieder (11), betont die Vermischung von Liebe und Pflicht und kommentiert schließlich die Rolle des Rechts bei der Bestimmung der Familieninhalte. Unversehens aber geraten ihm Staat und Recht als alleinige Determinanten des Familiengeschehens, werden die Familienmitglieder ausschließlich zu Vollziehenden der Bestimmungen von oben und wird ihm darüber hinaus das im Recht Kodifizierte ohne Umstände schon Wirklichkeit gelebten Lebens. So dienen ihm die rechtlichen Bestimmungen nicht als Rahmen, der von den Familienmitgliedern in widersprüchlichen Praxen angeeignet und umgebaut wird. Es gibt für ihn im Grunde keine Subjekte neben Kapital und Staat und »den Bürgern«. Letztere propagieren bei Gröll zum Beispiel ein Familienideal, das sie selbst nicht leben, sondern der Arbeiterklasse zugunsten des Profits als Ideologie überstülpen (20). So sieht Gröll richtig, daß Moral im Herrschaftszusammenhang soziales Handeln von oben nach unten reguliert, indem er aber kein Handeln von unten, keine Anknüpfung und Einbindung von Interessen und Bedürfnissen einbezieht, bleibt im Grunde unverständlich und unnachvollziehbar, warum Moral und Recht funktionieren. Ebenso unbegreiflich wird, wie Widerstand möglich und unterstützbar wird.

Da Gröll die Feinde so klar im Visier hat und ihre Taten dermaßen eindeutig bestimmen kann, gerät ihm häufig die Kritik an anderen Theorien äußerst ungerecht. So höhnt er unter anderem gegen Lüscher, der eine Verschiebung der »Bezugspunkte« bei den Stillgewohnheiten der Mütter von der bloßen Ernährung zur Intention, zur Persönlichkeitsentwicklung beizutragen, feststellt, ihn interessiere nicht, ob Kinder satt werden (58). Auch die Verschiebung bei Erziehungsempfehlungen, mehr Selbstbestimmung der Kinder zuzulassen, wird von ihm einseitig als Zunahme von Herrschaft und als »Schein« von Selbstbestimmung entlarvt. Dabei bezieht er dieses Moment von Selbstbestimmung in nachahmenswerter Weise auf die Form der Familie, in der es stattfindet, empfiehlt, das Verhältnis der Kinder zu den Eltern zu untersuchen — aber schließlich faßt er Verhältnis als Unterdrückung, Familienform nur als Unterordnungsapparat, so daß die Bewegungen in der Form immer gleich und gleichgültig werden. Prügel, Anweisungen, Verinnerlichungen — sie alle beweisen nur die Existenz von Herrschaft.

Am Ende steht die Familie als Staatsapparat mit ihren Funktionen, die Arbeiterklasse kostengünstig zu reproduzieren, dem System die Untertanen zu liefern, dafür die Bedürfnisse der Familienmitglieder zu beschränken (18), Entfaltung zu verhindern (18), Liebe in Pflicht zu verwandeln und entsprechend zu töten (47) und die Ehemoral zum

Nutzen der kapitalistischen Gesellschaft (39, 40) eingeführt zu haben. Als Bande, die die einzelnen immer wieder in der Familie halten, wird so etwas wie eine auf Ewigkeit gestellte Reproduktion angenommen — genannt: Sozialisation zum Familialismus. Die Untersuchung von Recht, Moral und Familie könnte »materialistisch« fruchtbar werden, wenn das »Positive«, das die einzelnen in der Familie hält, kurz, wenn der materielle Nutzen ebenso aufgenommen würde, wie Widersprüche in der Form als Ausgangspunkte der Analyse und Momente der Formveränderung genutzt würden.

Frigga Haug (Berlin/West)

Jaide, Walter: Wertewandel? Grundfragen zur Diskussion. Leske und Budrich, Opladen 1983 (149 S., br., 12,80 DM)

Jaides vorherige Veröffentlichungen gingen überwiegend zur Jugendforschung; auch das vorliegende Buch spiegelt einen »pädagogischen Auftrag« wider. Untersuchungsgegenstand ist folglich nicht, woher Werte kommen und wer an ihnen mitwirkt, sondern für den Erfahrungswissenschaftler seien »stärker die Verwirklichung und Anwendung solcher Werte« (18) interessant.

Zwei große Themen ziehen sich durch den Text: die Legitimation eines omnihistorischen Wertehimmels; ein Plädoyer für das Maß der Mitte, das jeglichen Fortschritt erwirke. Beide sind politisch-ideologisch begründet und übersetzt. Zum ersten Thema: die Werte (an sich). Der Autor verspricht in der Einleitung, darüber zu schweigen und sich mit Aufzählungen zu begnügen, was er alles unter Werten fassen will (neben Freiheit, Solidarität, Frieden finden sich Mitbestimmung, Hingabe an eine Sache, Wahrhaftigkeit, Individuum und Staat). Die Vertracktheit der Sache selbst macht, daß er von diesem Thema nicht lassen kann. Eines seiner Ziele ist es ja, Orientierungen zu geben, das Gute vom Bösen zu trennen, die Spreu vom Weizen. Da reicht es nicht, zu behaupten, die Werte hätten einen überhistorischen Kern (20) oder sie seien »zunächst als Sinngehalte oberhalb menschlichen gesellschaftlichen Lebens zu explizieren« (85). Der »Kern« braucht etwas Identisches, um die unterstellte Kontinuität und Festigkeit zu belegen. Beginnen wir auf der Subjektseite: da erfahren wir, daß »der Mensch« der »alte Adam in neuer Auflage« (78) sei — der Mensch ist also männlich, der Mensch ist mit sich über Tausende von Jahren identisch, weil mit den gleichen Grunderfahrungen ausgestattet: »Geborenwerden — Aufwachsen — Reifen — Bewähren — Bewahren — Krankheit und Tod; Gehorsam und Schuld; gute — mäßige — ungünstige Lebensausstattung; gute — mäßige — ungünstige Erfolge in den verschiedenen Rollen und Positionen« (131). Es gibt noch eine Subjektseite (das große Subjekt), das sind die Werte selbst, zum Beispiel Freiheit hat eine »originäre«, keine »operative, bloß reaktive Rolle« (112), und da sie »da« ist — egal, welche Verhältnisse gerade herrschen —, kann sie erreicht werden, und insofern muß den Werten »eine metasytemare und metahistorische, ontologische oder anthropologische Existenz zugebilligt werden, aus der heraus sie epigenetisch durch Offenbarung, Religion, Weisheit, Kunst, Lebenskampf, Naturkatastrophen, gesellschaftlich politischen Kräften und Bewegungen in bestimmte Bevölkerungen eindringen und reziprok von daher ihre Interpretation und Wirksamkeit erhalten« (113). Die Anbindung der Werte an »die Gesellschaft« leistet Jaide, indem er »Kerngehalte von Aufgaben« (125) für gesellschaftliche Institutionen wie Kirche, Armee, Staat, Justiz behauptet. Sie können in ihrer Identität nicht verändert werden, aber in »neue Formen transformiert« (125).

Eine Leistung des Autors besteht also darin, das *große* und das *kleine* Subjekt in ihrem Zusammengeschmiedetsein noch einmal affirmativ »begründet« und »eigentliche« Sinnkerne daraus abgeleitet zu haben. Neben Werten gibt es noch Gegenwerte, die zerstörerischen Charakter haben und negative Zielsetzungen sowie Normen und Regeln »der Brutalität, der Lüge, der Täuschung, Desinformation usw.« (104) und desorientie-

rende »Wortgespenster wie Hektik, Leistungsdruck, Aussichtslosigkeit, Kälte, Isolierung u.a.m.« (123).

Das zweite Thema teilt sich in das Problem Individualisierung und das Politik-Machen. Wenn die große Geschichte schon als Kontinuum verläuft, sollte es die kleine Geschichte der einzelnen nicht weniger tun. Für die einzelnen sollte es darum gehen, eine gemäßigte Kombination und Selektion von Werten in einen »sinnvollen Zusammenhang« zu stellen (vgl. 26, 84) und sich so eine »bestimmte Ordnung zu eigen machen« (84). Es geht um die »Vermeidung der *Absolutsetzung* und *Übersteigerung* von Werten« (31, Hervorhebung im Text) und positiv um die Ausbalancierung, die Abschwächung der Radikalität »in der Bescheidenheit des Selbstsicheren, im Gehorsam dessen, der sich selbst befehlen kann — damit nicht der einzelne Wert zur Übertreibung, Isolierung oder Karikatur gerät« (28). Daß der einzelne hier Kontinuität wahr, zeichnet ihn als Individuum aus — in letzter Instanz aber entscheiden andere: »Und wenn eine Neuordnung in den Wertprioritäten erforderlich erscheint (Gleichheit vor Freiheit?), so ist dies in erster Linie eine staatspolitische Entscheidung und muß demgemäß ausgetragen werden« (91).

Letzter Punkt: moralische Werte und Politik. Jaide versucht einen fortschrittlichen Konservatismus zu begründen; so spricht er in barschem Ton gegen die »Restauratoren«, die »eher disfunktional und verunsichernd« wirken und »damit den Zerstörern, den Verfechtern der rausch- und wandelhaften Verwirrung in die Hände arbeiten« (109). Um die Ziele in ein adäquates Verhältnis zu den Werten zu setzen, dazu braucht es Politik und ist sie schon selbst: »Manche der bedenkenswerten ökologischen, humanen etc. Zielsetzungen sind erst in Angriff zu nehmen, nachdem die sowjetisch-kommunistische Bedrohung Europas ausgestanden ist. Bis dahin können nur irreversible Maßnahmen verhindert oder anderwärts kleine Schritte unternommen werden« (99). Aktuelle gesellschaftliche Kämpfe werden als »biedermeierliche Spekulationen über Nulltarife und Arbeitszeitminima« (72) abgetan, weil sie die Ablösung und Ersetzung der Kontinuität seien. In langen Passagen werden alternative Lebensweisen, Arbeitsformen usw. ressentimentartig als falsche und schädliche Radikalisierungen diskutiert; solche Jugendlichen strebten »zu mehr Muße und Schönheit oder zur 'noblen Passion der Ausschweifung' (Lafargue)«. »Und sie ahnen vermutlich, daß dies alles einigen wenigen nur möglich wird, sofern die übrigen weiterhin brav malochen, ihre Kinder kontinuierlich erziehen, die wirtschaftliche Produktivität durch Leistung steigern und hohe Steuern und Abgaben zahlen zugunsten des schönen teuren Seelenlebens der Alternativ-Bosse« (70) — letztere betreiben eine »süffisante, eilige Preisgabe« (71) von Werten.

Die langen Zitate sollen alle diejenigen neugierig machen, die sich frisch dem Studium der Ideologietheorie zugewendet haben, denn dieses Buch scheint mir ein gutes Materialstück für Seminare zu sein: es zeigt einen Ideologen bei der Arbeit, zeigt die Produktion der Verhimmelung; man kann herausarbeiten, welche Umstände gemacht werden müssen, um Klassen- und Geschlechtswidersprüche unter wertförmigen Gleichheits- und Freiheitspostulaten zu entnennen.

Kornelia Hauser (Hamburg)

Beauvoir, Simone de: Soll man de Sade verbrennen? Drei Essays zur Moral des Existentialismus. Rowohlt Verlag, Hamburg 1983 (264 S., br., 7,80 DM)

Die existentialistische Philosophie durchzieht als Hauptkonflikt der Gedanke, es gebe zwei Welten, in denen der Mensch steckt und die er nicht zusammenhalten kann: Subjekt/Objekt, Individuum/Gemeinschaft, Mensch/Welt. De Beauvoir versucht in ihren Essays, das Werk von Sartre »Das Sein und das Nichts« zu untermauern, praktisch anschaulich werden zu lassen (vgl. Der Lauf der Dinge, Hamburg 1974). Der Text zu de Sade erschien 1951 erstmalig. »Sade hat sich bemüht, sein leibseelisches Schicksal in eine ethische Wahl zu verwandeln, und damit nahm er seine menschliche Vereinzelung auf

sich, wollte Beispiel und Anruf sein« (10). Die Autorin interessiert sich für die Systematik der Anomalie, die Verbindung von sexueller Perversion und Schriftstellerei, für das Verhältnis von Universalität und Individualität und fragt sich in diesem Verhältnis: »Müssen wir aufgeben, was uns unterscheidet, wenn wir uns in die Gemeinschaft einordnen wollen?« (10) Sade habe dieses allgemein-menschliche Drama gesteigert, habe die Frage nach Freiheit anders gestellt, indem er den Gegensatz von gesellschaftlichem Dasein und persönlichem Vergnügen auslebte und individuelle Lösungen für die Konflikte ersann.

De Beauvoir ist auf der Seite der Freiheit, wo sie mit de Sade steht und kritische Blicke auf dessen Frau wirft, sie war »allzu züchtig« (14), während das Bordell — mit unterstellten, nicht mehr unterscheidbaren Subjekten — für die freilaufenden Träume gewesen sei. Sie macht den Gegensatz von Universalität und Individualität, in dem das eine nur zu Lasten des anderen erreichbar sei, zur Folie, auf der sie für de Sade einige Rechtfertigungen ausarbeitet. Indem in der Gesellschaft des 18. Jahrhunderts »natürliche und unschuldige Handlungen« (wenige Seiten vorher schreibt sie über Auspeitschungen, die an den Bordellfrauen vorgenommen wurden), »die für de Sade bis dahin nur Lustquellen waren, ... zu Straftaten geworden sind« (16), muß de Sade zum Beichtenden werden, zum Bekennenden, zum Straffähigen. Sie beschreibt dies als Beschränkung der individuellen Freiheiten, als Beraubung von Lust, als Verlust des Individuellen, um in Gemeinschaft leben zu können. So läßt sie die Tugend (häufig personifiziert in de Sades Frau oder seiner Schwiegermutter) als Nichterin der Lust auftreten, die durch die Lust besiegt wird, indem sie Opfer und schuldig wird: »Dem als Liebender verkleideten Folterknecht gefällt es zu sehen, wie die Liebende Gutgläubige vor Wollust und Dankbarkeit außer sich ist und seine Schlechtigkeit für Zärtlichkeit hält« (17). »Die Tugend machte sie zur Verbündeten des Lasters und zu seiner Sklavin« (18). De Beauvoir bestimmt das »Wesen« der Sadeschen Erotik als Erkenntnis, »daß Koitus und die Grausamkeit im Grunde identisch sind« (27). Für wen? Für Männer und Frauen in gleicher Weise? Sie hat die Geschlechterverhältnisse hier nicht zum Thema, aber es setzt sich implizit doch durch; es muß ihr als *Frau* suspekt sein, daß »in seinen Romanen die Wollust als Selbstvergessenheit, Ohnmacht, Hingabe« nie vorkommt; es fehlt ihr die »Erschütterung« (29), die »das Dasein in sich und im anderen gleichzeitig als Subjektivität und Objektivität« faßt; »in dieser mehrschichtigen Einheit verschmelzen die beiden Partner, jeder wird von seiner eigenen Gegenwart befreit und gelangt zu einer unmittelbaren Kommunikation mit dem anderen« (29). Für de Sade gilt, daß er »als kalter Liebhaber ... den Genuß im Genuß des anderen« suchte (29).

Obwohl de Sade in seinen Schriften den Frauen Hauptrollen widmete und zudem ihre »Verworfenheit einen ergreifenden Gegensatz zu der ihrem Geschlecht traditionell eigenen Sanftmut« bildete (32), ekelte es ihn vor ihnen. De Beauvoir vermutet, daß sich darin die Verachtung gegenüber seiner Mutter »ausdrückt« (wie überhaupt alles spekulativ bleiben müsse, da die Kindheit — vor allem die ganz frühen Jahre — nicht rekonstruierbar seien und insofern nur die »fertige Persönlichkeit« behandelt würde, ohne ihr Grundmuster je begreifen zu können.) Diese Verachtung liest Beauvoir an den homosexuellen Praxen de Sades ab, die sie wiederum (ob des Analverkehrs) in seiner Liebe zum Geld bestätigt findet. Das psychoanalytische Verweissystem verhindert den Blick auf soziale Konstruktionen der Geschlechter, auf geschlechtliche Zuschreibungen auch im Sexuellen, indem das Geschlecht insgesamt nur noch als Geschlechtsteil vorkommt. Es müssen sehr fertige und selbstverständliche Vorstellungen sein, wenn de Sades Begehren nach passiver Penetration als »das Gefühl, eine Frau zu sein« ausgegeben werden.

De Beauvoir kämpft für das sich befreiende Individuum, sucht Erklärungen für »Perversionen« und findet sie als Befreiungsakt *im* Individuum. Es ist dies eine Verteidigungsschrift für de Sade, dessen »Aufrichtigkeit nicht in Zweifel gezogen werden darf«

(52). Nachdem sie die beiden dualen Systeme: Natur/Kultur (Gesellschaft) und Körper/Geist übereinandergelegt hat, »entscheidet« sie sich für Natur und Geist: »Der freie Mensch wird durch die bloße Faktizität der Dinge nicht mehr erdrückt, weil sie ihn nicht betrifft: ihn geht nur die Bedeutung der Dinge etwas an, und diese hängt wiederum einzig und allein von ihm ab« (66). Sie unterstellt de Sade die konsequente Fortführung von Kant, da für ihn das freie Handeln frei von jeglicher Sensibilität sei: »wenn es durch affektive Beweggründe bestimmt wäre, würde es uns wiederum zum Sklaven der Natur, nicht aber zu autonomen Wesenheiten machen.« (66)

Die Neuauflage von alten Texten ist auch ein Politikum. Die beiden Essays »Für eine Moral der Doppelsinnigkeit« und »Pyrrhus und Cineas« (sie erscheinen 1944 und 1945 erstmalig) sind bereits 1946 von der Autorin als schwerbegreiflicher Idealismus bezeichnet worden: »Warum schrieb ich 'konkrete Freiheit' statt 'Brot' und ordnete den Willen zum Leben dem Sinn des Lebens unter?« (Der Lauf der Dinge, Hamburg 1974, 73), und zu dem letztgenannten Essay schrieb sie: »Ich tadle meine Bemühung nicht, der existentialistischen Moral einen materiellen Gehalt zu liefern. Schlimm ist nur, daß gerade in dem Augenblick, wo ich glaubte, dem Individualismus zu entrinnen, ich darin versackte ... Dieser erste Essay interessiert mich heute nur noch, weil er über ein Stadium meiner Entwicklung etwas aussagt.« (In den besten Jahren, Hamburg 1974, 469)

In die Diskussionen um Moral und ihren Umbau läßt sich also auch mit alten — längst von der Autorin revidierten — Positionen eingreifen. De Beauvoir ist in den letztgenannten Essays explizit antimarxistisch und antikommunistisch. Durch den von ihr selbst kritisierten Individualismus befindet sich der Marxismus immer auf der Seite der Un-Freiheit — da sie sich idealistisch (hauptsächlich auf Kant und Hegel rekurrierend) zum Thema verhält und eine Verjenseitigung der moralischen Instanzen anbietet, ficht sie einen Kampf gegen Not-Wendigkeiten und den Zwang der Bedingungen, die die geistige Entscheidung, das Sich-Befreien einengen: »Marx hat ja ganz richtig gesagt, daß nur dem Unterdrückten die Befreiung unmittelbar notwendig erscheint. Wir hingegen glauben nicht an eine tatsächliche Notwendigkeit, sondern an eine sittliche Forderung; der Unterdrückte kann seine menschliche Freiheit nur durch die Auflehnung verwirklichen, weil es der Situation, gegen die er sich auflehnt, eigentümlich ist, daß sie ihm jede positive Entwicklungsmöglichkeit vorenthält. — Nur im sozialen und politischen Kampf überschreitet sich seine Transzendenz auf das Unendliche hin.« (137/38).

Beide Texte durchzieht zudem ein unerträglicher Humanizismus; de Beauvoir konstruiert ein »Wir«, das »die« Menschheit schlechthin umfaßt: »Je mehr Macht über die Welt sie bekommen, desto erdrückender lasten Kräfte auf ihnen, die sie nicht zu kontrollieren vermögen: sie sind die Herren der Atombombe, und doch ist diese nur zu ihrer Vernichtung geschaffen« (81). Die »Wahrheiten«, die »wir« selbst schufen, sind zum Beispiel Buchenwald, Stalingrad, die eigene Einsamkeit, »meine Verhaftung mit der Welt«. Klassen, Rassen, Geschlechter, soziale Verhältnisse überhaupt sind eliminiert zugunsten eines zur eigenen Freiheit findenden Individuums, das die Kontingenz auf sich nimmt und die Pflicht, die sich in Ethik bindet.

In der bürgerlichen Philosophie gefangen, sucht de Beauvoir »die« Philosophie auch als Handlungsaufforderungs-System wieder zu begründen, und selbstverständlich ist es auch ein Stück Kriegs- und Nachkriegsbearbeitung, eine »Abrechnung« mit den eigenen Enttäuschungen, was die Sowjetunion betrifft. Alle drei Essays behandeln die Bewußtseinsfrage als etwas, das »innen« gesucht und hergestellt werden muß: »unser Tun wird von innen, nicht von außen begrenzt« (266). Wer nachlesen will, wie ein völlig zerstörtes »Außen« auf philosophische Verallgemeinerungsprozesse wirkt, möge dieses Buch lesen; wer »außen« die Welt verändern möchte und nach neuen Handlungsmöglichkeiten sucht, schenke sich die Lektüre.

Kornelia Hauser (Hamburg)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Duden — Grammatik der deutschen Gegenwartssprache. 4., völlig neu bearb. u. erw. Aufl., hrsg. u. bearb. von Günther Drosdowski in Zusammenarbeit mit Gerhard Augst u.a., Bibliographisches Institut Mannheim/Wien/Zürich 1984 (804 S., Ln., 32,- DM) Den »Prinzipien der Rechtschreibung« (70) — Konrad Duden ureigenster Domäne — war im zehnbändigen Großen Duden bisher keine gesonderte Darstellung zuteil geworden. Zwar enthielt Band 1, *Rechtschreibung*, neben dem Wörterverzeichnis auch Hinweise zur Zeichensetzung und zur Groß- und Kleinschreibung, und Band 6, *Aussprachewörterbuch*, thematisierte die Schrift-Sprechen-Beziehung in Form von Erläuterungen zur Aussprache von Buchstaben und Buchstabengruppen, doch liefert erst jetzt die 4. Auflage des Grammatik-Bandes eine besondere, differenzierte Darstellung der verschiedenen für die Schreibung bedeutsamen Gesichtspunkte. Die Erweiterung der Grammatik um ein neues Kapitel »Der Buchstabe« füllt hier eine Lücke.

Nach Konrad Duden sollte eine »demokratische Rechtschreibung« auf einer für jedermann nachvollziehbaren Lautschrift beruhen. Die Duden-Grammatik erörtert die Beziehungen zwischen lautlichen Einheiten des Sprachsystems und Elementen des Schriftsystems (»Phonem-Graphem-Beziehung« [71]) und formuliert durchaus in Duden's Geist, wenngleich auf fortgeschrittener theoretischer Basis: »Die Schreibung wäre optimal geregelt, wenn jedem Phonem nur ein Graphemzeichen entspräche.« (72) Es wird aber auch deutlich gemacht, »daß Schreibung nicht einfach eine Lautschrift des Gesprochenen ist« (66). Die Lektüre dieses Kapitels dürfte für alle nützlich sein, die zu Fragen der Rechtschreibreform ein vorschnelles, weil uninformiertes Positionsbeziehen vermeiden möchten.

Die neue Duden-Grammatik benennt als ihren Gegenstand »die gesprochene und geschriebene deutsche Standardsprache (Hochsprache) der Gegenwart« (8). Unter »Standardsprache« wird »die überregionale und institutionalisierte Verkehrs- oder Einheitsprache« (8) verstanden. Deren Kodifizierung diene auch einer 'wissenschaftlich begründeten Sprachpflege' und wirke »den Zentrifugalkräften in der Sprache entgegen« (9). Der Sprachvielfalt soll jedoch prinzipiell Rechnung getragen werden — durch Ausrichtung an einer »offene[n] Norm« (8), wie sie schon der Herausgeber der 1973 erschienenen dritten Auflage, Paul Grebe, als Zielvorstellung genannt hatte. Von dem von ihm vorgelegten Werk hatte Grebe jedoch noch gemeint, es sei »weithin nur eine Grammatik der geschriebenen Hochsprache« (3. Aufl., 19); geschriebene und gesprochene Hochsprache sah er in einem 'kontrastiven Zustand'; nun wird herausgestellt, daß die »durch ihre Schriftnähe charakterisierte[e]« (8) Standardsprache tatsächlich »auch immer stärker zu einer gesprochenen Sprache geworden« (8) sei; beide, geschriebene und gesprochene Standardsprache, stimmen trotz nicht zu übersehender Unterschiede »doch weitreichend überein« (8) und könnten somit zusammen den Gegenstand der Grammatik ausmachen.

Die (veränderte) Gegenstandsbestimmung, wie sie auch die Bevorzugung des Terminus *Standardsprache* (gegenüber *Hochsprache*) widerspiegelt, verdankt sich offenbar aber auch der stärkeren Betonung der »grundsätzlich deskriptiven Orientierung« (8) (die nach dem Verständnis des Herausgebers der Fortführung der »präskriptive[n] Tradition« (9) allerdings nicht entgegensteht). Der gewichtigste Fall einer sich hieraus im Text ergebenden Änderung ist die Behandlung der Aussprachenorm. In der dritten Auflage bildete noch die sogenannte Bühnenhochlautung — also ausdrücklich eine 'ideale Norm' — den Kern der Darstellung. Ihr wurden die 'gemäßigte Hochlautung' und die 'Nichthochlautung' gegenübergestellt. Jetzt steht wie schon im Aussprachewörterbuch von 1974 die 'Standardlautung' — »eine Gebrauchsnorm, die der Sprechwirklichkeit nahekommt« (31) — im Mittelpunkt; von ihr werden die 'Umgangslautung' und die

'Überlautung' abgehoben. Auch bei der Formulierung einzelner grammatischer Regeln finden sich Akzentverschiebungen. Ein Beispiel mag die umstrittene 'Grundregel' für den Modusgebrauch in der indirekten Rede abgeben, die bisher verlangte: die indirekte Rede *sollte* im Konjunktiv stehen (vgl. 3. Aufl., 109; in 'Zusätzen' wurden Ausnahmen erläutert). Sie lautet jetzt: »Der Normalmodus der indirekten Rede ist der Konjunktiv. Er *kann* immer gewählt werden und ist daher niemals falsch« (168; Hervorhebung BW). Der Wunsch, sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, an einer bloß präskriptiven Normsetzung willkürlich festzuhalten, wie das Zögern, die überkommene Regel 'aufzuweichen', sind hier gleichermaßen deutlich.

Gegenüber der dritten Auflage ist der Gesamtaufbau unverändert geblieben. Der Grad der Neufassung des Textes ist uneinheitlich; völlig neu bearbeitete stehen neben leicht überarbeiteten oder nahezu unveränderten Passagen. Hervorzuheben ist das Bemühen um die Verstärkung der Systematik im einzelnen. In den neu bearbeiteten Kapiteln ist der eigentliche, beschreibende Text verschiedentlich um Überlegungen zu methodischen oder sachlichen Grundfragen erweitert worden (z.B. »Gegenstandsbereich, Grundbegriffe und Verfahren der Syntax«, 559-565). Die in der Sprachwissenschaft üblich gewordene Terminologie wird berücksichtigt; so wird ein inzwischen auch Nicht-Linguisten bekannter Begriff wie *Morphem* nun zusammen mit *Phon*, *Morph* und *Phonem* in einem Abschnitt »Grundlagen« eingeführt. Übersichtlichere Tabellen und verbesserte graphische Gestaltung erhöhen die Benutzbarkeit der Neuaufgabe.

Bernd Wiese (Berlin/West)

Clyne, Michael: Language and Society in the German Speaking Countries. Cambridge University Press, Cambridge/USA 1984 (205 S., br. £ 5,95; Ln. £ 17,50)

Die Sicht von Ausländern kann für Einheimische aufschlußreich sein. Dies ist bei dem vorliegenden Buch zweifellos der Fall. Der Autor verbindet den aus der Distanz des australischen Bürgers erwachsenden Überblick mit differenzierter Methoden- und detaillierter Sachkenntnis. Man erfährt aus diesem Buch Fakten, die im gewöhnlichen inländischen Germanistikstudium kaum zur Sprache kommen; es eignet sich daher nicht weniger für Inlandsgermanisten als für Auslandsgermanisten, für die es wohl in erster Linie gedacht ist (X). Es handelt sich um so elementare Einsichten wie die, daß es sechs Staaten gibt mit Deutsch als Nationalsprache bzw. als eine von mehreren Nationalsprachen (BRD, DDR, Österreich, Lichtenstein, Schweiz und Luxemburg); daß Deutsch eine »plurizentrische Sprache« ist (Kap. 1) — ähnlich wie Serbo-Kroatisch (= Serbisch und Kroatisch) oder vielleicht auch »Tschechoslowakisch« (= Tschechisch und Slowakisch) —, weil nämlich die standardisierte Norm erhebliche Divergenzen zwischen den verschiedenen deutschsprachigen Staaten aufweist; oder daß Deutsch als internationale Sprache im Westen, speziell sogar in Westeuropa, im Niedergang begriffen ist und vom Englischen mehr und mehr verdrängt wird, aber im Osten diesen Status bislang bewahren konnte (3). Aufschlußreich sind auch Hinweise auf Besonderheiten, die Deutsch als soziolinguistischen Forschungsgegenstand interessant machen, zum Beispiel, daß es die einzige europäische Sprache ist, die sich auf verschiedene Gesellschaftssysteme, ein sozialistisches und ein kapitalistisches, erstreckt (XI). Vermutlich verhilft die Distanz des Ausländers auch zu kritischen Erkenntnissen wie derjenigen, daß die »deutschen Deutschen« (die ehemals »Kleindeutschen«, jetzt BRD und DDR) einen Kultur- und Sprachimperialismus über die übrigen Deutschsprachigen ausüben, deren nationale Varietäten — zum Teil sogar von ihnen selber — als weniger korrektes oder reines Deutsch bewertet werden (4f., 24).

Das Buch ist teilweise eine Synthese vorhandener Literatur, teilweise ein Bericht über vom Autor ergänzend durchgeführte Untersuchungen. Zwei Übersichtskarten, ein Stichwortverzeichnis und eine ausführliche Bibliographie erhöhen den Informations-

wert. Kapitel 1 gibt einen Überblick über die soziolinguale Situation und die deutschen Sprachvarietäten in den sechs deutschsprachigen Ländern. Kapitel 2 befaßt sich mit der Sprache der BRD und der DDR und erörtert unter anderem die Frage der Verschiedenheit der beiden nationalen Varietäten. Kapitel 3 ist der Dialektsoziologie gewidmet, also Fragen der sozialen Verteilung von Dialekt und Standardsprache, des Dialektverfalls und der Sprachbarrieren-Wirkung des Dialekts. Im 4. Kapitel werden unter der Hauptüberschrift »Kommunikationsnormen und -barrieren« (Übers. U.A.) verschiedene Problemkomplexe angesprochen, unter anderem die Rechtschreibreform, Fachsprachen, restringierte und elaborierte Codes und Sprachprobleme ausländischer Arbeiter. Kapitel 5 stellt sehr ausführlich die angelsächsischen Einflüsse auf die deutsche Sprache dar — mit interessanten Hinweisen auf Unterschiede zwischen den verschiedenen deutschsprachigen Ländern. Kapitel 6 thematisiert Fragen der Pragmatik, zum Beispiel der Routineformeln (*guten Appetit* usw.) und der Anrede, wobei wiederum staatspezifische Unterschiede hervorgehoben werden. Kapitel 7, das sich ausführlich mit der Sprache der Politik befaßt, ist aus verschiedenen Gründen lesenswert. Zum einen wird auch den nicht-dominanten politischen Kräften breiter Raum gewidmet (z.B. den Grünen in der BRD oder der KPÖ in Österreich — je ein eigenes Unterkapitel), zum anderen präsentiert der Autor interessante eigene Untersuchungsergebnisse. Das letzte Kapitel faßt zum Teil Heterogenes zusammen, unter anderem sprachliche Generations- und Geschlechtsunterschiede. Das Buch kann jedem soziolinguistisch Interessierten zur Lektüre empfohlen werden.

Ulrich Ammon (Duisburg)

Kühnert, Walter: Die Aneignung sprachlicher Begriffe und das Erfassen der Wirklichkeit. Psycholinguistische Untersuchungen zur Bildung und Verwendung von Alltagsbegriffen. Verlag Peter D. Lang, Frankfurt/M., Bern 1983 (224 S., br., 56,- Sfr)

Den Anfang der Arbeit bilden zwei wissenschaftsgeschichtliche Skizzen zur psychologischen Literatur über die Genese und Entwicklung von (kindlichen) Begriffen und zur sprachwissenschaftlichen Bedeutungsforschung. An der ersteren gefällt besonders eine Würdigung des sprachpsychologischen Pioniers Narziß Ach, der genetische Denkmodelle und präzise experimentelle Methoden in die psychologische Begriffsforschung eingebracht hat. Was die sprachwissenschaftliche Semantik angeht, so ist ein solches Feld natürlich kaum auf knappem Raum darzustellen. Es unterläuft aber in zusammenfassender Absicht auch manches, was für die Fortführung des Gedankengangs gar nicht benötigt wird. Schon an dieser Stelle wird deutlich, daß die verschiedenen Traditionen, aus denen der Autor schöpft, nur schwer »schöpferisch« zusammenzuführen sind.

Es folgen Überlegungen zur (produktiven) Rolle des Wortes im Prozeß der psychologischen Begriffsbildung. In dieser Frage ist es notorisch schwierig, über Wygotski hinauszukommen. Das Wort ist Mittel und Organisator der Begriffsbildung, es liefert den Bedeutungskern, fungiert als Lenker der Aufmerksamkeit und garantiert die willkürliche Verfügbarkeit der begrifflichen Merkmalskomplexion, auch wenn Gegenstände, die »unter den Begriff fallen«, nicht präsent sind. Begriffe aller Art brauchen ein materielles Substrat, einen verfügbaren Organisator, einen Zeichenkörper, um den herum sie sich gruppieren können — alles andere verschwindet in den terminologischen Schwierigkeiten der Abgrenzung zwischen »Begriff« und »Bedeutung«. Nicht falsch, aber auch nicht sinnvoll ist der Versuch, die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Begriffsentwicklung in Produktion und Verkehr, in Natur- und Sozialgeschichte auf wenigen Seiten zu umreißen (94ff.). Der Autor dokumentiert hier, daß er einen Blick und ein Gefühl für das Grundsätzliche an seiner Fragestellung hat und nicht gewillt ist, anthropologische und soziale Voraussetzungen einfach auszuklammern. Das ist löblich, doch hätte hier auch ein Verweis auf die einschlägigen Arbeiten der kritischen Psychologie ausgereicht.

Das Forschungsinteresse des Autors ist auf Alltagsbegriffe gerichtet, das heißt nicht

auf den Bereich der Erkenntnis, der Logiker und Epistemologen interessiert, sondern auf den Bereich der alltäglichen Orientierung und Handlungssteuerung, für den sich eher die Soziologen und Psychologen begeistern. Die wesentlich pragmatisch-orientierende Natur der alltäglichen Wissenselemente wird aus der phänomenologischen Schütz-Luckmann-Tradition beigesteuert. Das System der sprachlichen Bedeutungen gilt hier als Residuum kollektiver Typisierungen, die sich auf den gesellschaftlichen Alltag der Sprachbenutzer beziehen. Von dieser phänomenologisch gewonnenen Warte wird dann erneut die Unterscheidung taxiert, die Wygotski zwischen alltäglichen und wissenschaftlichen Begriffen macht. »Komplexe« und pseudobegriffliche Zusammenordnungen, die Wygotski eher als Vorstufen zum wissenschaftlichen Begriff behandelt, werden als Norm der alltäglichen Orientierungstypik aufgewiesen. Was unter der Perspektive adäquater Erkenntnis eher als Mangel erscheint, Komplexionen, die zwar nicht sachfremd, aber auch nicht begrifflich-systematisch sind, das ist gewissermaßen die Ausgangslage des typisierenden Alltagsbewußtseins.

Daß die Bezugssysteme der vorliegenden Arbeit so disparat sind, bildet ihren hauptsächlichsten Mangel. Sprachwissenschaftler, Entwicklungspsychologen und Wissenssoziologen sind zwar alle bedacht, aber keiner kommt auf seine Kosten. Aus meiner (im wesentlichen sprachpsychologischen) Perspektive fällt auf, daß anregende und innovative Arbeiten der letzten zehn Jahre nicht berücksichtigt sind. So fehlt Katherin Nelson ganz, und J. Bruner ist auf dem Stand der 60er Jahre verarbeitet, obwohl beide zum psychologischen Verhältnis Bedeutung/Begriff Gewichtiges beizusteuern hätten. Die Piaget-Schule ist weitgehend ausgeklammert, und das ist von der Sache her kaum zu rechtfertigen. Neuere sprachpsychologische Überlegungen zum Bedeutungsproblem (die funktional-pragmatischen Fragestellungen der Bransford-Schule z.B.) fehlen völlig. Insgesamt sind die wissenschaftsgeschichtlichen Passagen ansprechender als die systematischen, die psychologischen durchdachter als die sprachwissenschaftlichen.

Clemens Knobloch (Bonn)

Kaempfert, Manfred (Hrsg.): Probleme der religiösen Sprache. Wege der Forschung Bd. CDXLII. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1983 (391 S., Ln., 79,- DM, für Mitglieder: 49,- DM)

Fünfzehn Beiträge zum Themenkreis »religiöse Sprache« (entstanden zwischen 1948 und 1977) sind in diesem Band zusammengestellt, hinzu kommen eine vom Herausgeber verfaßte Einleitung und eine von ihm zusammengestellte umfangreiche Bibliographie. Kaempfert will mit der Auswahl der Beiträge nicht so sehr Forschungsergebnisse dokumentieren, sondern zu »weiterer Einzelforschung« (7) anregen. Die Breite solcher Einzelforschung dokumentiert der Band in vorzüglicher Weise, verschweigt aber auch nicht das zentrale Problem: Eine universale Theorie der religiösen Sprache, die die Integration von Einzelansätzen zu leisten hätte, bleibt Fernziel (1). Nichtsdestoweniger versuchen etliche Beiträge, Vorarbeiten zu einer solchen Theorie zu leisten, indem sie theoretische und methodologische Überlegungen anstellen (z.B. Guardini: Die religiöse Sprache, 50-71; Güttgemanns: Theologie als sprachbezogene Wissenschaft, 211-256). Die Schwierigkeiten, aber auch die Chancen, einer solchen universalen Theorie näherzukommen, zeigen sich in der Vielfalt von Wissenschaftszweigen, denen die Beiträge des Bandes entstammen: Theologie, Religionswissenschaft, Philosophie, Linguistik usw. liefern Ansätze, eine Integration ist aber nur interdisziplinär möglich.

Die Notwendigkeit einer allgemeinen Theorie religiöser Sprache wird in den verschiedenen Beiträgen jeweils dann deutlich, wenn unterschieden wird zwischen religiösem und nichtreligiösem Sprechen oder, wie bei Guardini (51), zwischen »echtem« und »unechtem« religiösem Sprechen. Eine solche Unterscheidung kann aber nur tragfähig sein, wenn ein Begriff von Religion soweit entwickelt ist, daß klar ist, *worauf* sich religiöses

Sprechen bezieht, was also den wissenschaftlichen Untersuchungsbereich »Religion« von anderen Untersuchungsbereichen unterscheidet. Diese Frage ist — zwar nicht in der Theologie — aber doch in der Religionswissenschaft nicht unumstritten. Von ihrer Beantwortung hängt letztlich auch die Präzision des Begriffs »religiöse Sprache« ab.

Vor dem skizzierten Hintergrund widmen sich die Beiträge sehr verschiedenen Einzelthemen: Das Spektrum reicht von praktisch-theologischen Fragen der Verkündigung (Fischer, 338-352) über semantische (Bochénski, 118-151) und symboltheoretische Überlegungen (Tillich, 82-93) bis hin zum ambitionierten Versuch der Begründung einer »linguistischen Theologie« (Güttgemanns, 211-256). Wie Güttgemanns die Entwicklung der Linguistik als Herausforderung an die Theologie begreift, so sind die Fragen des Problemkreises »religiöse Sprache« auch Herausforderung und Anregung für die Linguistik — gerade unter dem von Kaempfert gewünschten Aspekt weiterer Einzelforschung am sprachlichen Material. Jürgen Ellerbrock (Bremen)

Kunst- und Kulturwissenschaft

Sennett, Richard: Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität. S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1983 (405 S., Ln., 44,- DM)

In diesem Buch bewegte ich mich wie in einem Abenteuer, so spannend ist es geschrieben, und auch wie in einem Spinnennetz, so viele Fäden hat es und könnte unendlich so weitergehen: Erst das Heraustreten aus dem Netz zeigt, daß es auch ein abgeschlossenes Gebilde mit einem Mittelpunkt ist. Der Autor setzt an der größten bürgerlichen Errungenschaft an: der Persönlichkeit. »Ich glaube, die Niederlage, die der intime Kontakt der Geselligkeit zufügt, ist das Ergebnis eines langen historischen Prozesses, in dessen Verlauf sich das, was man als Natur des Menschen bezeichnen könnte, in jene individuelle, instabile, auf sich selbst bezogene Erscheinung umgeformt hat, die wir 'Persönlichkeit' nennen.« (380) Diesen Prozeß verfolgt er über dreieinhalb Jahrhunderte, zieht gegen die »Psychologisierung von Herrschaftsstrukturen« zu Felde (378) und für die »Vereinigung von Ästhetik und gesellschaftlicher Realität« (352).

Sennett geht es um das Gleichgewicht von Öffentlichkeit und Privatheit; er sieht es als bedroht an zuungunsten der Öffentlichkeit, und damit der Politik, die *viele machen*. Wie bauten sich die Bürger ihre Öffentlichkeit im Zuge ihrer Machterlangung (Französische Revolution) und später? Sennett sucht das Verhältnis Theater/Straße ausfindig zu machen — beides doch öffentliche Plätze — und resümiert, daß das Theater einen Privatisierungseffekt hatte, indem es von der Darstellung von Typen, Charakteren usw. wegkam zur Persönlichkeit des Schauspielers — begleitet vom zunehmenden Schweigen des Publikums, das *regungslos* den Vorgängen folgte: jeder für sich gegen alle anderen. Die gesellschaftlichen Strukturen, ihre Bauweise, werden in Kunst und Kultur »aufgefunden«: nicht als einfache Abbilder ökonomischer Entwicklungen (die Ökonomie spielt bei Sennett kaum eine Rolle, sie ist auf undurchsichtige Weise vorausgesetzt, und ihre »Rolle« bei den gesellschaftlichen Entwicklungen bleibt unbenannt), sondern als eigenständige Triebkräfte. Die Herausbildung zum Beispiel der Persönlichkeit in der Kunst war eine vom Knecht zum Herrn: vom Sieg des Textes (Noten, Theaterstücke) zum Sieg der Person, die den Text »bezähmt« (Dirigent, Schauspieler). Die Atomisierung der Kulturstättenbesucher wurde »gebaut« durch eine zum Schweigen bringende und zentrierende Architektur der Kulturpaläste.

Der Widerspruch zwischen dem ausschweifenden und die Welt in Besitz nehmenden Bürger und demselben (Klein-)Bürger, der sich in einer Gemeinschaft bewegt, die »sich allein durch die Leidenschaften in ihrem Innern und den Rückzug von der Außenwelt« erhält (345), kulminiert für den Autor heute in der Verstellung des Blicks »für zwei we-

sentliche Bereiche der gesellschaftlichen Realität ..., für den Bereich von Macht und Herrschaft und für den architektonischen Raum, in dem sich unser Leben abspielt.« (381) Für diesen Vorgang untersucht er die Konstruktion des Politikers als Persönlichkeit und stößt auf das »unzivilisierte Charisma« (305; Freud, Weber). »Der charismatische Politiker sorgt mit dafür, daß die politischen Geschäfte ihren ruhigen Gang gehen und die lästigen entzweierenden Fragen der Ideologie umschifft werden können« (305). Das Charismatische tritt für ihn auf als Hinwendung zur Person und Abwendung von den eigenen Interessen (Untersuchungen über W. Brandt, R. Nixon). Das Bestimmende der sekulären charismatischen Persönlichkeit sei, daß sie kein Engagement für eine Neue Ordnung, sondern ein Ressentiment gegen die alte Ordnung habe (313) — Scham und Neid, nicht egalitäres Interesse seien die Triebfedern. Das Kleinbürgertum sei »genötigt, ein personales Establishment zu erfinden — und zwar innerhalb eines unpersönlichen Wirtschaftssystems« (314); die Folge: »ganz allgemein läuft die persönlichkeitszentrierte Politik auf die Offenbarung von Absichten hinaus, die keinerlei Beziehung zur Welt des Handelns aufweisen« (318) — die Macht spiele sich ausschließlich in moralischen Auseinandersetzungen von Achtung und Verachtung ab.

Ideologietheoretisch gelesen, untersucht Sennett die Produktionsgesetze des Illusionären am Gemeinschaftlichen. Besonders gelungen scheint mir das bei seiner Auseinandersetzung mit dem forest-hills-Konflikt in New York (1972): knapp zusammengefaßt beschreibt er die Implosion eines sozialen Widerstandes in einem kulturellen Gefüge, die die Subjekte nach »innen« vor die Grenzen zur Welt und damit ihrer Veränderung bannt. Eine Stadtteilgemeinschaft konstruiert sich im gemeinsamen Widerstand gegen den Bau von Miethäusern für Schwarze rassistisch und sexistisch — aber nicht *in* eine gesellschaftliche Gemeinschaft, sondern *gegen* sie und um sich von der Gesamtgesellschaft zu absentieren; die »Teilhabe ... am Unmut« (343) wird als gemeinsamer Besitz ergriffen und sich so von positiven Lösungen (politischen Kompromissen) entfernt. — Ontogenetisch sucht er der Persönlichkeitszentrierung über das Phänomen Narzißmus beizukommen (Bezug auf die Untersuchungen von Piaget).

Sennett geht sicher nicht weit genug in seiner Analyse, da er die Trennung von öffentlich und privat als a-priori-Konstruktion postuliert, die *Trennungslinie* nicht als Herrschaftslinie anfiicht, sondern für die jeweiligen Bereiche Lösungen sucht — weniger Privatheit in der Öffentlichkeit (bei ihm weniger Intimität). Er schreibt als »linker Bürger«, Ausbeutungsverhältnisse spielen bei ihm keine treibende Rolle, eher Unterordnungs- und Überordnungsverhältnisse, aus denen es sich zu befreien gelte. Die Stadt möchte er wieder entwickelt sehen als eine Schule, in der politisches Eingreifen gelernt werden kann. Vom Stand des Nicht-Wissens sollen sich die modernen Bürger in die Neugierde und Entdeckungslust, in die Selbst- und Weltveränderung begeben. — Liest man das Buch feministisch, ergeben sich unfreiwillige Komiken: Ganze Jahrhunderte haben entweder Männer oder Frauen hervorgebracht; so bestand der Charakter der viktorianischen Menschen aus Schmuck, Pelzen, Putz und Spitzen, der Charakter des 19.- und 20.-Jahrhundert-Menschen hingegen aus öffentlichen Reden, in denen sich die Personen darstellen, wie zum Beispiel Politiker, die erklären, sie machten ihr Frühstück selbst (163).

Kornelia Hauser (Hamburg)

Schleuning, Peter: Das 18. Jahrhundert: Der Bürger erhebt sich. Geschichte der Musik in Deutschland, Bd.1, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1984 (574 S., br., 25,80 DM)

Heister, Hanns-Werner: Das Konzert. Theorie einer Kulturform. 2 Bde. Heinrichshofen's Verlag, Wilhelmshaven 1983 (587 S., br., je 16,80 DM)

Schleuning macht die These, unser heutiges, noch immer bürgerlich geprägtes Musikleben gründe sich auf die Errungenschaften der sich emanzipierenden Bürger des 18. Jahrhunderts und auf die von ihnen entwickelten Formen und Normen musikalischen Le-

bens, zum expliziten Ausgangspunkt seines Buches: »Es ist ein Buch über die heutige Musikszene.« (Vorwort, 13) Er erweist sich als intimer Kenner der zeitgenössischen Musikliteratur und vermag mittels solcher Detailgenauigkeit jede Schilderung eines musikhistorischen Sachverhalts zu einem lebendigen, farbenfrohen Gemälde der Zeit zu machen. Diese Anschaulichkeit erleichtert den Lesern ohne Vorkenntnisse den Einstieg in so manche musikwissenschaftliche Fragestellung.

Schleuning gliedert seine Geschichte in vier Kapitel. Einer Studie über das Verhältnis von Komponisten zur Gesellschaft folgt eine Beschreibung des Phänomens »Konzert«: Entstehung(sbedingungen), die gesellschaftliche Ordnung, die es sich schuf und die gesellschaftliche Haltung zur Musik, die es erzeugte. Kapitel III schildert das Bemühen um eine eigenständige »deutsche« Musikkultur, frei von überkommener italienischer oder französischer Dominanz. Kapitel IV schließlich beleuchtet die Vorgeschichte zum folgenden, dem angeblich romantischen Jahrhundert: die Emanzipation der Komponisten vom Geschmack, die Heraufkunft des Geniekultes, die schattenhafte Herausbildung neuer musikalischer Formen, deren Entfaltung erst das 19. Jahrhundert (Beethoven inbegriffen) einlösen wird.

Das erste Kapitel präsentiert musterhaft die methodische Herangehensweise Schleunings. Anhand von Selbstzeugnissen werden drei Musikerbiografien vorgestellt und interpretiert. Es sind dies Johann Joachim Quantz, hier typisch für den »hohen Beamten«, der »Unternehmer« Georg Philipp Telemann sowie der »unangepasste« Johann Sebastian Bach. Der Befund bei Telemann: als Autodidakt entwickelt er ein enormes Selbstbewusstsein und Durchsetzungsvermögen; eine steile Karriere ermöglicht ihm, unabhängig von höfischer Protektion aufs große Publikum zu schauen und den Gedanken der Popularität von Musik einzuführen. In seinem Aufstiegsdenken offenbar ungezügelt, entledigt sich Telemann auf eher unfeine Art möglicher Konkurrenten. Schließlich ist er noch obendrein ein guter Rechner: über den Verkauf von (teuren) Textbüchern anstelle von Eintrittskarten macht er ebenso seinen Schnitt wie durch die »Erfindung« des Urheberrechts. Schleuning nun erennt Telemann zum »Idealtyp des bürgerlichen Unternehmers, des selbständigen Geschäftemachers, unabhängig, reich an Beziehungen und Finessen, mutig und voll unerschöpflicher Kraft und Erfindungsgabe die Konkurrenz angreifend und ausbootend« (87).

Ein modernes Bild, zweifellos, und eine neue Sichtweise, der Versuch nämlich, eine Biografie wie die Telemanns in den Kontext bürgerlicher Wirtschafts- und Lebensverhältnisse lebendig einzubauen. Nur hält die Argumentation nicht, was die abschließende Analyse nachträglich verspricht. Vom Unmaß der Charakterisierung — gemessen am spärlichen Befund — abgesehen; statt des Versuchs, »typische« Verhaltensmuster bürgerlicher Existenzweisen überhaupt zu definieren, die ökonomischen Triebkräfte einmal auf ihren Grund hin zu untersuchen und sie nicht in Telemanns Geldgier versanden zu lassen, wird Unzulängliches geboten: ein krauses Gemisch von Biografie-Partikeln, anekdotischen Überlieferungen, psychologisierenden Erklärungsbehelfen und Klischeeversatzstücken (»In Leipzig schien er vor Erfolg und Aktivität geradezu zu bersten« — 79) wird für eine beispielgebende, Kontinuität bis in unsere Tage begründende bürgerliche Existenz ausgegeben. Neben solch unbegründeter Typisierung verwendet Schleuning die Moralisierung geschichtlicher Betrachtung (vgl. z.B. 69), deren Sinn sich enthüllt im Zusammenhang mit Schleunings historischem »Prinzip«: Geschichte (hier: die Musikgeschichte) nicht auf die ihr innewohnenden Triebkräfte, auf ökonomische, gesellschaftliche, vielleicht auch sozialpsychologische Gesetzmäßigkeiten hin zu untersuchen, sondern sie in eine Art Selbstbedienungsladen für die Illustration heutiger Probleme umzufunktionieren. Historische Fakten werden nur noch auf ihre Belegtauglichkeit hin untersucht und im schlimmsten Fall ahistorisch in unzumutbare Parallelitäten gepreßt, wie etwa in der polemischen Auseinandersetzung mit Reichardt, einem Autor des 18. Jahr-

hundert: »Ein Urteil steht nur dem Fachmann zu (siehe die Diskussion über Atomkraftwerke). ... Wer viel kann, muß noch zusätzlich gefördert werden; wer wenig kann, wird nicht gefördert! (vgl. Antikommunismus in der Leistungsgesellschaft und die Begründung für Aufnahmeprüfungen).« (106) Jedwede Geschichte wird so ohne Unterschied über den gleichen Leisten des BI-Wesens, der Frauenemanzipation und eines nicht näher definierten allgemeinen Demokratismus geschlagen. Äußerlich offenbart sich der Selbstbedienungscharakter von Geschichte im Zitateunwesen Schleunings. Wenigstens die Hälfte des Bandes steht in Anführung. Das Verfahren gipfelt in der mystifizierenden Anbetung der »Quelle«: »Ein Zentralzitat (sic) ... ist die Äußerung des Braunschweiger Hofrats Pockels ...« (224)

So ergibt sich eine Kluft zwischen dem überbordenden Reichtum des ausgewerteten Materials (um dessentwillen immer noch zum Kauf des Bandes geraten werden kann) und einer oberlehrerhaften Funktionalisierung der Geschichte. Die Behauptung, bei Schleunings Geschichtsbuch handele es sich um ein Buch über die heutige Musikszene, entpuppt sich auf andere Weise als wahr, als vermutet werden konnte.

Heisters Unterfangen ist auf den ersten Blick weniger global angelegt. Weit entfernt davon, eine »Totalsicht« bürgerlicher Musikgeschichte versuchen zu wollen, zielt er auf die Erhellung einer scheinbar unverfänglichen Institution: des Konzertes, »eine(r) der Hauptformen 'bürgerlicher Musikkultur' und sogar die für diese Kultur typische und charakteristische.« (25)

Ausgehend von einem Begriff des Konzerts (»Das Konzert ist der Realisierungsort autonomer Musik.« 42) wird in der systematischen Auffächerung auch der historische Bogen geschlagen: von dem »Beginn« des Konzerts am Anfang des 18. Jahrhunderts bis zu jenem Zeitpunkt (nach 1918), wo sowohl durch den Übergang der Konzerttätigkeit in überwiegend staatlich-kommunale Trägerschaft als auch durch die massenhafte Durchsetzung der neuen Medien (Radio und Schallplatte) das Konzert als jener »Realisierungsort autonomer Musik« zunehmend zersetzt wird. Außerdem wird der Begriff des Konzerts nach der emphatischen Seite (was das Konzert sein soll, was ihm ideologisch innewohnt) wie nach der pragmatischen Seite hin (was das Konzert tatsächlich, real ist) untersucht. Schon die Großgliederung der Arbeit (A. Zu Stellung und Funktion des Konzerts in Musikkultur und bürgerlicher Gesellschaft; B. Grundriß des Publikums und historische Form des Konzerts; C. Warenform und Marktfunktion des professionellen Konzerts; D. Vollkommenheit und Lebendigkeit der Werk-Realisierung im entwickelten Konzert) macht den Vorrang des Logischen vor dem Historischen deutlich; dennoch ist der zugrundeliegende — eben nur sparsamer eingesetzte — Materialfundus kaum geringer zu veranschlagen als im Falle Schleuning. »Konstitutive, übergreifende strukturell-formale Bestimmung für Faktum und Begriff musikalischer Autonomie ... ist ... eine prinzipielle ästhetische Distanz zum Alltag, Leben, Realität und Praxis.« (47) Dieses Distanzprinzip — zu unterscheiden vom ideologischen, weil praxisfeindlichen statt praxisdistanzierten l'art-pour-l'art-Prinzip — ermöglicht erst eine sehr wohl auf gesellschaftliche Praxis bezogene Sinnggebung des Konzerts: einer gedachten Praxis, eines Entwurfs. Dieser Entwurf verheißt das Konzert — fernab der verderbten Realität — als Realisierungsort von Freiheit und Gleichheit der in zweckfreiem Genuß versammelten Bürger. Diese Verkörperung einer zukünftigen freien Gemeinschaft einzelner ist wenigstens ideell allgemein. Praktisch ist die Allgemeinheit Fiktion. Die Ersetzung der höfischen Zugangsvoraussetzungen zu musikalischen Veranstaltungen durch die Einführung eines für jedermann gleichen Eintrittsgeldes beseitigt soziale Unterschiede (die den Kauf der Eintrittskarte oder gar des Abonnements verhindern) so wenig, wie der emphatische Glaube an die Bildungsfunktion der Musik das real vorhandene drastische Bildungsgefälle aus der Welt schafft, das nach dem Eintrittsobulus die nächste, aber längst nicht letzte Schranke vor den Kunstgenuß setzt. Dieses Beispiel illustriert die Schwierigkeit, zwi-

schen systematischer und historischer Erklärung zugleich zu differenzieren wie zu vermitteln. Denn wenn sich der emphatische Begriff des Konzerts erst mit dessen geschichtlicher Verwirklichung bilden und erst für jene historische Etappe gültig formulieren läßt, wo das Konzert seine entwickeltste Form erreicht hat, so hat währenddessen das Bürgertum seine Wandlung vom 'citoyen' zum 'bourgeois' längst vollzogen, ist ökonomisch zur Vormacht gelangt und konterkariert in der Praxis jenen Begriff, den zu bilden es eben erst in der Lage war.

Heister gelingt es stets, die Verbindung von begrifflicher Entfaltung und konkret-historischer Ausgestaltung herzustellen. Umgekehrt gibt es keinen Aspekt der Konzert-Praxis, der von der systematischen Entfaltung des Konzert-Begriffs ausgespart bliebe. Ob Entwicklung der Virtuosität, ob Norm oder Stille (warum ist im Konzert das Husten verpönt?) oder die stillschweigende Ersetzung der Improvisation durch stilisierte, nur noch scheinhaft-freie Musikausübung (etwa in der ausnotierten Solokadenz), keines jener Phänomene entzieht sich der Schlüssigkeit des eingangs formulierten Konzertbegriffs.

So weitet sich der anfangs scheinbar beschränkte Zugriff auf das Konzert zu einer tatsächlich neuen Musikgeschichte, die nicht zu einer äußerlichen Geschichte der Stile, der Biographien oder der musikalischen Epochen verkommen sein will. Die Konzerttheorie ist zugleich eindringliche und überzeugendere Sozialgeschichte der Musik als jede, die mit leidvollen Musikerschicksalen oder den eingebildeten Vorstellungen über die Bedürfnisstruktur bürgerlicher Musizierpraxis operiert. Hanno Parmentier (Frankfurt/M.)

Eggebrecht, Hans Heinrich (Hrsg.): Orgel und Ideologie. Bericht über das 5. Colloquium der Walcker-Stiftung für orgelwissenschaftliche Forschung 1983. Veröffentl. d. Walcker-Stiftung, Heft 9. Murrhardt 1984 (194 S., br., 45,- DM)

»Es scheint die Besonderheit dieses Instruments zu sein, daß es die Ideologie provoziert, und es scheint die Ideologie zu sein, die in der Besonderheit jenes Instruments immer wieder Nahrung findet.« schreibt der Herausgeber im Vorwort (11). Davon ausgehend sollen »einige Stationen der Ideologie- und Konnotationsgeschichte der Orgel« behandelt werden. Lohnenswert ist diese Veröffentlichung schon allein aufgrund der zwei Aufsätze »Geschichtlichkeit — Kulturkritik — Autonomieverlust. Bewegungen um die Orgel in der Weimarer Republik« (Jörg Fischer) und im zeitlichen Anschluß daran »Die Bestimmung der Orgel im Dritten Reich« (Albrecht Riethmüller).

Fischer zeigt verschiedene außermusikalische Motivationen innerhalb der Orgelbewegung, die deren Wertschätzung der Barockorgel bestimmten: Während bei dem religiös inspirierten Pazifisten Hans Henny Jahnn die Bevorzugung der Barockorgel aus seinem harmonikalem Weltbild resultiert, idealisiert der Musikwissenschaftler Willibald Gurlitt diesen Orgeltyp als das Wesen der Orgel schlechthin, indem er aus der Übereinstimmung der Klangerzeugung der Orgel und des barocken Klangideals die idealtypische Orgel herleitet. Die völkisch orientierten Kreise der Jugendmusikbewegung und der liturgischen Bewegung wiederum stimmen ein in den Schlachtruf »Zurück zur Barockorgel« aufgrund ihrer rückwärtsgewandten Gemeinschaftsideologie, die zur Restaurierung einer früher vermeintlich existenten idealen Volksgemeinschaft auch der Orgelmusik eine ihr spezifische liturgische Funktion zuweist.

Diese nach dem Weltkriegstrauma entstehenden, nach staatlicher Autorität verlangenden, antidemokratischen Erneuerungsbestrebungen charakterisiert Fischer auf dem Hintergrund der politischen Situation der 20er Jahre als reaktionäre Veränderung auf der Basis des Bestehenden. Am Beispiel Gurlitts weist er nach, wie imperialistisches Gedankengut eine an Diltheys Geisteswissenschaft orientierte Musikgeschichtsschreibung determiniert, die in ihrer rückwärtsgewandten, antiamerikanischen und bereits rassistisch argumentierenden »Besinnung auf die Werte der nationalen Kulturgeschichte«

den geistigen Boden mitbereitet, auf dem in den 30er Jahren der Nationalsozialismus wuchern kann.

Daran schließt Riethmüller an, für den »Die Bestimmung der Orgel im Dritten Reich« ein »Beispiel eines Fundierungszusammenhangs zwischen ästhetischer Anschauung und politischer Wirklichkeit« darstellt. Auch er geht auf Gurlitt ein, der — 1937 amtsenthooben — den Nationalsozialismus anfangs begeistert begrüßt hatte, und zeigt eine Affinität zwischen Gurlitts Orgelvorstellungen und denen führender NS-Orgel-Fachleute — nicht weiter verwunderlich, denn Schüler von Gurlitt war zum Beispiel Josef Müller-Blattau, der die Orgel 1938 als das »wahrhaft totale Instrument« bezeichnete. So gesehen ein Symbol des totalen Staates, gewinnt es Gestalt in der Monumentalorgel wie in deren familiärem Pendant, der Kleinorgel.

Wie problematisch die Auseinandersetzung mit dem Musikleben des Nationalsozialismus auch heute noch ist, dokumentiert ein als Anhang abgedruckter Offener Brief an den Blockflötenfabrikanten Hermann Moeck, Celle; ein zugesagter Abdruck in der »Neuen Zeitschrift für Musik« mußte »unter Hinweis auf Verlagsrücksichten« unterbleiben. Um so entschiedener ist es zu begrüßen, daß Riethmüller Musikwissenschaft im Dritten Reich (wie auch nach 1945) in ihren Abhängigkeiten von politisch reaktionären Überzeugungen darstellt. Er spricht aus, was in Fachkreisen bekannt ist, aber niemand schreibt. Die überzeugende Differenzierung in der Sache hätte ich mir auch für seine Charakterisierung der politischen Verhältnisse gewünscht, Riethmüller appelliert jedoch hier beim Leser eher an gängige NS-Klischees. Peinlich wird es, wenn er die NS-Begeisterung Gurlitts »allein aus der auch unter Intellektuellen weitreichenden Euphorie des Jahres 1933« (56) erklärt — bekanntlich reichte die »Euphorie« so weit, daß sehr viele Intellektuelle ins Exil oder KZ gingen.

Ansonsten bietet der Band teilweise interessante Details quer durch die Geschichte: die Orgel als Prunkstück und Herrschaftszeichen der Kaiser in ihrer Zeremonialfunktion beobachtet Dietrich *Schuberth* in der europäischen Frühzeit, daran anschließend betrachtet Albert *Richenhagen* allegorische Bibelauslegungen. Ulrich *Siegele* sieht die Orgel der Klöster als Symbol für »die Seinsstruktur der autoritativen Lehre der Katholischen Kirche« (85), »für Ordnung«. Hans H. *Eggebrecht* vermag im Orgelschrifttum des Barock keinerlei Anzeichen von Ideologie zu finden. Vom 19. Jahrhundert werden der Cäcilianismus (Jürg *Stenzl*), das Verhältnis von Komponisten zur Orgel (Klaus *Vogt*) und der Geniekult (Wolfgang *Herbst*) angesprochen. Herbsts Resümee: »Geniekult, Maschinenbewunderung und Omnipotenzfantasien gehören zusammen.« (97) Im letzten Teil seines Beitrags thematisiert Herbst die »Ideologie des Handwerklichen«, angesprochen ist die Gegenwart. Auch *Eggebrecht* geht es um derzeitige Vorstellungen: »Orgel = Polyphonie = Kirchenmusik« als Ergebnis des Historismus im 19. und 20. Jahrhundert.

Heutige Ideologie ist ständig präsent in diesen Referaten, bei Verwendung verschiedenster Ideologie-Begriffe, die bei einigen Autoren eher in Ungeklärtheit verschwimmen als mit Sachkenntnis definiert werden. Das scheint mir die entscheidende Schwachstelle des Colloquiums zu sein. Einig ist man sich lediglich in der Abgrenzung gegenüber marxistischen Positionen.

Eckhard John (Freiburg)

Scherchen, Hermann: Aus meinem Leben. Rußland in jenen Jahren. Henschelverlag, Berlin/DDR 1984 (144 S., br., 6,- M)

Scherchen — Autodidakt als Dirigent ebenso wie als Komponist — kann ohne Übertreibung als eine der Zentralfiguren der noch nicht geschriebenen Musikgeschichte des 20. Jahrhunderts bezeichnet werden. Seine Bedeutung für die Entwicklung dessen, was man pauschal Neue Musik nennt, ist bislang auch in Fachkreisen noch nicht ausreichend ermessens worden. Der 1891 geborene Gastwirtssohn dirigiert bereits 21jährig Schönbergs

»Pierrot lunaire« auf einer Uraufführungstournee. Eine Kapellmeisterstelle in Riga beschert ihm ab 1914 einen unfreiwilligen, aber lehrreichen Vierjahresaufenthalt in Rußland, wo er — sympathisierend — die Revolution erlebt. Bis 1933 lebt Scherchen in Deutschland: er wird zu einem Dirigenten der Uraufführungen. Ob Berg, Strawinsky, Krenek, Hindemith — das gesamte zeitgenössische Repertoire geht durch seine Hände, findet in ihm den unnachgiebigsten Förderer und Mentor. 1933 siedelt Scherchen in die Schweiz um; zu seiner Konzerttätigkeit gesellt sich nun immer stärker die Lehrtätigkeit. Scherchen, der schon vor dem Kriege Pionier auf dem Gebiet der technischen Verwertbarkeit von Musik war, schafft mit der Einrichtung eines elektronischen Experimentalstudios in Gravesano/Tessin (1954) ein geistiges Zentrum der neuesten Musik. Keine Geringeren als unter anderem Luigi Nono, Bruno Maderna, Iannis Xenakis, Pierre Schaeffer werden von ihm beeinflusst.

Sein Ruhm als herausragender Musikinterpret erwies sich allerdings als nicht resistent genug gegen den zynischen Konservatismus des herrschenden Kulturbetriebs. Scherchen, der seine musikalische Pionierhaltung stets paarte mit einer unnachgiebig fortschrittlichen Gesinnung, der in der Hochzeit des Kalten Krieges Brecht/Dessau uraufführte und noch 1959 wegen der szenischen Erstaufführung von Schönbergs Oper »Moses und Aron« aus antisemitischen Kreisen körperlicher Bedrohung ausgesetzt war, wurde nach seinem Tode 1966 geplantem Stillschweigen unterworfen. Eine für 1961 schon im Verlagsprospekt annoncierte Autobiographie ist nie erschienen und findet auch heute keinen bundesdeutschen Verleger, so wenig wie seine Briefe, die 1976 vom Henschelverlag herausgebracht wurden.

Die jetzt als Taschenbuch erschienenen Lebenserinnerungen sind in der lebendigen Schilderung von Lernprozessen, Begegnungen und härtester intellektueller Arbeit Darstellung eines wachsenden musikalischen Konzeptes. Ihre Wiederentdeckung darf allenfalls der Beginn einer überfälligen Scherchen-Forschung sein.

Hanno Parmentier (Frankfurt/M.)

Borchmeyer, Dieter: Das Theater Richard Wagners. Idee — Dichtung — Wirkung. Verlag Philipp Reclam jun., Stuttgart 1982 (432 S., 13 Abb., br., 39,80 DM)

Die Arbeit des Münchner Literatur- und Theaterwissenschaftlers konzentriert sich auf den Dichter und Kunsttheoretiker Richard Wagner, der nicht zuletzt von der Zunftgermanistik unter billigen Verweisen auf seine unsägliche Stabreimerei vernachlässigt wurde. Ein »Skandalon« insofern, als es sich bei dem Werk Wagners — so die inzentive These des Autors — um den »wirkungsmächtigste(n) Beitrag des deutschen 19. Jahrhunderts zur Weltliteratur« (9) handelt. Gegenstand und nicht geringer Anspruch von Borchmeyers Untersuchung ist eine »systematische Gesamtdarstellung sowohl des poetisch-dramatischen als auch des theoretischen Opus Wagners aus literaturhistorischer Perspektive« (10). Im Aufbau der Arbeit folgen den theoretischen Teilen »literarische Gesamtinterpretationen« (15) der wichtigsten Werke und einige ausgewählte Aspekte der komplexen Wirkungsgeschichte.

Borchmeyer geht dabei von Wagners gleichsam 'kunstsoziologischem' Ansatz aus, seiner Kritik an der Warenform der Kunst und seinem fortwährenden Bestreben, »die Kunst aus dem Circulus vitiosus des Markts herauszulösen, ihre Warenform zu vernichten« (21). Das notwendige Scheitern solcher Konzeptionen in einer bürgerlich-kapitalistisch verfaßten Gesellschaft steht in engem Zusammenhang mit den politischen und ideologischen Wandlungen Wagners. Aus seiner Kritik am künstlerisch schon saturierten Bürgertum führt ihn der widerspruchsvolle Weg — zurück — zum königlichen Mäzenatentum. Das Festspielprojekt in Bayreuth ist so Vollendung und Scheitern eines Lebenswerks in einem.

Der Autor zeigt auf gesicherter Materialbasis die widerspruchsvolle Herausbildung

der ästhetischen Positionen Wagners. Sowohl unter produktions- als auch wirkungs-ästhetischen Gesichtspunkten ist von »zwei gegensätzlichen Grundkonzeptionen des Theaters« auszugehen. »Man wird ... sagen können, daß Wagners Bühnenideal im Falle des Schauspiels das Ineinander von Bühnen- und Publikumsbereich, im Falle des musikalischen Dramas deren strenge Scheidung ist.« (40) Das Wagnersche Ideal des musikalischen Dramas, an dem er theoretisch festhält, auch wenn er praktisch scheitert, wird oft unzulässig auf den mißverständlichen Begriff des »Gesamtkunstwerks« verkürzt, wobei diesem noch die von Wagner ausdrücklich verworfene Interpretation als »Maximierung des Effekts durch die Addition der Künste in der 'Großen Oper'« (69) unterlegt wird. Dagegen ist »die spätestens seit 1854 aufgegebene kulturutopische Idee ... (der) Synthese aller Künste« zu unterscheiden von einer begrifflichen Deutung im Sinne der »Wiederherstellung des 'ursprünglichen Vereins' der 'drei reinmenschlichen Kunstarten' ... — also die Integration des mimisch-gestischen, sprachlichen und musikalischen Mediums, an der Wagner ungeachtet seiner ideologischen Wandlungen von Feuerbach zu Schopenhauer festgehalten hat« (69).

Es ist vor allem die ausführliche und ergiebige Quellenarbeit, die Borchmeyers literaturgeschichtlich orientierte Fragestellung für die vielfältigen Traditionsbezüge der Wagnerschen Ästhetik bedeutsam macht. So werden nicht nur die Beziehungen zum Kunstmodell der Antike, zu Shakespeare, der Weimarer Klassik und der Romantik herausgearbeitet, sondern auch bisher wenig beachtete Anknüpfungspunkte wie das Kasperl-Theater und die *Commedia dell'arte* offengelegt. Sie zeigen die den großen Entwürfen eigene, durchaus eklektizistische Ausbeutung der Tradition. Wenngleich sich Borchmeyer in der systematischen und historischen Interpretation der Hauptschriften kritisch zu Wagners Eigen- und Reinterpretationen verhält, entgeht er doch zuweilen nicht dessen teleologischer Betrachtungsweise der Eigenentwicklung. Die wissensgesättigten Abhandlungen des theoretischen Teils der Untersuchung, die aber erfreulicherweise nicht zu Lasten der Lesbarkeit gehen, ermöglichen dem Leser eine eigenständige Auseinandersetzung mit den folgenden Werkinterpretationen des Autors. Borchmeyer verfolgt hier jeweils ein zentrales Motiv, ohne dadurch den Blick aufs Ganze zu verlieren.

Die im letzten Kapitel eher angedeuteten denn abschließend behandelten Fragen der Wirkungen des Wagnerschen Musikdramas (am Beispiel Stifters, Fontanes, Thomas Manns, Hofmannsthals und Friedrich Huchs) sind geeignet, das Werk Wagners verstärkter Aufmerksamkeit auch der Literaturwissenschaft zu empfehlen.

Gerhard Prätorius (Frankfurt/M.)

Erziehungswissenschaft

Lipsmeier, Antonius (Hrsg.): Berufsbildungspolitik in den 70er Jahren. Eine kritische Bestandsaufnahme. Beiheft 4 zur Z.f. Berufs- und Wirtschaftspädagogik. Steiner Verlag, Wiesbaden 1983 (157 S., br., 24,- DM)

Die in diesem Band zusammengestellten Beiträge von Vertretern aus Parteien, Unternehmensverbänden, Gewerkschaften und beteiligten Wissenschaftsdisziplinen führen noch einmal eindrücklich die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Berufsbildung im vergangenen Jahrzehnt vor Augen.

Das üb(lich)e Muster der »Wende« dokumentieren die Beiträge konservativer Bildungspolitiker: Willms (Bundesbildungsministerin), Schlaffke (Institut der deutschen Wirtschaft), Brüggemann/Schubert (Deutscher Handwerkskammertag) und Raddatz (Deutscher Industrie- und Handelstag). Zentral ist der Vorwurf der Ideologisierung der Bildungspolitik durch die Reformpläne, die nun zum Wohle aller Menschen zurückgedrängt werden müsse. Ansonsten überwiegt das Verbreiten von Optimismus im Hinblick

auf die Ausbildungskrise (62) sowie der Appell an neue Werte, wie Leistung, Pflichterfüllung, maßvoller Gebrauch von Rechten (60), Anpassungsbereitschaft, Altruismus, Einordnung in Spielregeln versus Selbstverwirklichung und Lebensgenuß (83ff.). Ministerin *Willms* betont: Entgegen der SPD liege der CDU die Berufsbildung ganz besonders am Herzen. Ihre konkreten Ausführungen zeigen jedoch, daß dies ein Lippenbekenntnis ist, da das »duale System« konserviert werden soll und Finanzierungskonzepte nicht kommen sollen, da statt Chancengleichheit nur »Chancengerechtigkeit« durch Aufrechterhaltung unterschiedlicher Startbedingungen erreicht werden soll und da sie einer allgemeinen Höherqualifizierung absagt und damit im Grunde beklagt, daß es — durch die Reformpolitik des vergangenen Jahrzehnts — zu viele qualifizierte Bürger gibt, die sich den Verwertungsbedingungen des Kapitals nicht einfach zu unterstellen bereit sind. Vor dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit und der Ausbildungsmisere spricht Frau *Willms* wieder von Facharbeitermangel und Akademikerschwemme. In einem Expertenbeitrag wird dies jedoch anhand empirischer Daten widerlegt (*Teichler*, 20). Durch eine »Erziehung zur Lebensbewältigung« solle den Menschen vermittelt werden, Krisen und Probleme als Herausforderung individuell anzunehmen und zu bewältigen. Unglaublich mutet die nachträgliche positive Bewertung von Reformelementen durch den Industrievertreter *Schlaffke* an — wurden sie doch nur unter besseren Umständen durchgesetzt —, obgleich sie heute schon wieder von anderen Industrievertretern in Frage gestellt werden (87).

Die Veröffentlichung, die durch eine fundierte Analyse in die jüngste Geschichte und Problematik der Berufsbildung von *Lipsmeier* eingeführt wird, kann als eine Dokumentation des Klassenkampfes in der Berufsbildungspolitik gelesen werden. Insbesondere erhält sie diesen Wert durch den Beitrag von *Baethge* sowie die Positionspapiere von *Engholm* (SPD) und *Semmler* (DGB) neben anderen wichtigen Expertenbeiträgen. *Baethge* zeigt, unter welchen Konfliktbedingungen, unter welchen Widersprüchen Reformpolitik gemacht werden mußte und welche objektiven Bedingungen die Regierungspolitik erpreßbar machen. So ließe sich die Berufsbildungspolitik der 70er Jahre »als eine lange Lektion der Einübung in das Begreifen der Abhängigkeit der Berufsbildungspolitik von Markt und privater Verfügung über betriebliche Ausbildungsplätze interpretieren« (145). Er zeigt, was daraus zu lernen sei: »nicht die Ziele waren falsch, sind es auch durch ihre Nichtrealisierung nicht geworden. Falsch waren die Vorstellungen über die Umstandslosigkeit ihrer Durchsetzbarkeit und über den Grad der Widerstände, falsch waren die vielfach gehegten Hoffnungen auf schnelle Siege in diesem Kernbereich von Gesellschaftspolitik« (145). Die Beiträge der SPD- und DGB-Vertreter resümieren die bitteren Erfahrungen der siebziger Jahre, wobei auch politische Fehler eingestanden werden, begründen und verteidigen noch einmal die Reformziele und versuchen ausblickend anzureißen, wie diese unter veränderten Bedingungen weitergeführt werden könnten. *Brater* geht auf die Persönlichkeitsbildung durch berufliche Bildung ein, verbunden mit Zielvorstellungen, die mit Begriffen wie Ich-Stärke, soziale Kompetenz, Verantwortungsbereitschaft, Partizipation und berufliche Autonomie vermittelt werden. Ausgespart bleibt dabei die individuell-gesellschaftliche Perspektive und das »Wozu« der »persönlichen Autonomie« genauso wie die Macht- und Klassenfrage; und es fehlt auch an Abgrenzungskriterien gegenüber ähnlichen Maximen der Protagonisten des herrschenden Blocks (vgl. z.B. *Schlaffke* 87ff.). *Grüner* vermittelt eine Leistungsbilanz und politische Entwicklungsgeschichte der ebenfalls langen Tradition der beruflichen Vollzeitschulen und wirkt dadurch der Fetischisierung des »dualen Systems« entgegen. Die Ausweitung der vollschulischen Berufsausbildung sei nicht ideologisch begründet, sondern durch den massiven Ausbildungsplatzmangel im »dualen System« bedingt. *Wiemann* zieht ein Resümee der Einführung des Berufsgrundschuljahres, wobei er auf die Erfolge eines »politischen Konsensmodells« verweist. Daß das Reformvorhaben dann

dennoch bald zum Stocken kam, sieht er in einem »konzertierte(n) und wohlabgestimmte(n) 'Rollback' der Arbeitgeberverbände und einiger Gewerkschaften« (119) begründet. Weitere Beiträge befassen sich mit dem Verhältnis zwischen technischer Struktur und Arbeitsbedingungen eines Produktionsablaufs und den jeweils erforderlichen qualifikatorischen Anforderungen (*Lutz*), mit der Berufsbildungsforschung, insbesondere im Rahmen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) (*Schmidt*), sowie mit der Berufsbildungspolitik im Kontext der Arbeitsmarktentwicklung (*Teichler*).

Ulf H. Brockner (Bergisch-Gladbach)

Projektgruppe Handlungslernen (Hrsg.): Handlungslernen in der beruflichen Bildung. Jungarbeiterinitiative an der Werner-von-Siemens-Schule e.V., Weizlar 1984 (251 S., br., 10,- DM.)

Der Reader 'Handlungslernen in der beruflichen Bildung', erschienen als vierter Band der Reihe *Berufliche Bildung* — herausgegeben von Gottfried Adolph (Köln), Manfred Hoppe und Felix Rauner (Bremen) sowie Aron Löwenbein (Frankfurt/M.) —, ist eine gelungene Mischung aus Berichterstattung über laufende Forschungs- und Unterrichtsvorhaben und deren theoretischer Aufarbeitung. Insbesondere der vorgeschaltete, die Einzelvorhaben und ihre jeweiligen Ansätze bündelnde Beitrag von Peter Gerds, Felix Rauner und Klaus Weisenbach, der beinahe ein Fünftel des vorhandenen Raums einnimmt, ist aus (mindestens) zwei Gründen für die Diskussion und die Reform der beruflichen Bildung wichtig.

Zum einen: »Handlungsorientierung«, »Handlungslernen«, »Handlungsfähigkeit« sind Begriffe, die den Beigeschmack des Modischen haben und insofern Mißtrauen, ja Abwehr hervorrufen könnten. Dies umso mehr, als Berufsausbildung, im Prinzip, stets auf das spätere Handelnkönnen aus war. Wie also die Aktualität des Themas »Lernen durch Handeln« aus der (berufs-)pädagogischen Diskussion der letzten 15 Jahre heraus begründen? Die Antwort liegt in der Entfaltung der These — oder handelt es sich um eine schlechte Tatsachefeststellung? —, die *Wiederentdeckung* der Handlung als zentrale pädagogische Kategorie sei »sicher auch« ein kritischer Reflex auf die Einseitigkeit einer Pädagogik, die — keineswegs zufällig — die Einheit von Kopf, Herz und Hand aus dem Auge verloren hatte.

Zum anderen: Wer bisher noch nicht dazu gekommen ist, die verschiedenen handlungstheoretischen Ansätze zu studieren, der erhält hier Gelegenheit, dies nachzuholen: von Piaget über Wygotski und Leontjew, die Vertreter des Experimentalunterrichts, Ute Laur-Ernst und ihren Begriff des beruflichen Sachverstands bis hin zu dem kritischen Technikverständnis von Rauner sowie H.L. Meyers weitreichendem Ansatz handlungsorientierten Unterrichtens. Dabei wird immer wieder Bezug genommen auf die *didaktischen* Konsequenzen, die sich aus dem jeweiligen Ansatz ergeben. Hierin liegt die besondere Stärke der Publikation, daß die Leser — vorzugsweise wohl Berufsschullehrer und Ausbilder, aber natürlich auch Lehrerstudenten, Referendare und hoffentlich auch Fach- und Seminarleiter an Studienseminaren — immer aufs neue auf die Frage hingelenkt werden: Was von dem, das Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne (und die hinter den Unterrichtsfächern stehenden Universitätsdisziplinen) mir vorgeben, ist fraglos weiterzugeben, was in Frage zu stellen?

Hält man die vorliegende Veröffentlichung etwa gegen die Bestandsaufnahme fachdidaktischer Diskussion, die Gustav Grüner in Heft 1/1974 der »Zeitschrift für Berufsbildungsforschung« vornahm, dann wird deutlich, welch enormen Fortschritt die seither vergangenen zehn Jahre hier vielerorts gebracht haben. — Die drei dem einleitenden Aufsatz folgenden Abschnitte sind betitelt: 1. Begründungsversuche zum Handlungslernen, 2. Beispiele und Rahmenbedingungen zum Handlungslernen in der schulischen beruflichen Bildung, 3. Beiträge zum Handlungslernen aus dem außerschulischen Bereich.

Sie enthalten jeweils Praxisberichte, in denen über die herkömmlichen, für eine arbeits- teilig organisierte Gesellschaft charakteristischen Lehrziele, Lehrinhalte und Organisa- tionen berufliehen Lernens nachgedacht und die Frage behandelt wird: Wem nüt- zen sie? Nützen sie uns allen? (Bezug: Werner-von-Siemens-Schule, Projekt Druck, Sei- bertstraße 6, 6330 Wetzlar) Bernd Schwiedrzik (Berlin/West)

Wascher, Uwe: Das Schülerbüro als Lernort der Arbeitslehre. Begründung und Pla- nung. Mit einem Vorwort von Lothar Beinke. Verlag Julius Klinkhardt, Bad Heil- bronn/Obb. 1984 (238 S., br., 28,- DM)

Waschers Dissertation »Handlungsorientierung und zeitgemäße Allgemeinbildung im Sachbezug Ökonomie der Arbeitslehre — Zur Begründung eines Schülerbüros als Lernort der Sekundarstufe I« ist mit dieser Veröffentlichung identisch. Mit der Ände- rung des Titels ist zugleich auch das hauptsächlichliche Problem angesprochen: Der wesent- liche Teil der Publikation bezieht sich nicht auf die konzeptionelle Gestaltung des »Schülerbüros«, sondern auf dessen Begründung. So weist die Publikation unverkenn- bar jene Markierungen auf, die für eine Qualifikationsarbeit typisch sind. Obwohl Wa- scher ausdrücklich Lehrer des Lernbereichs Arbeitslehre ansprechen will, darf er sich nicht wundern, wenn diese durch die veränderte Etikettierung sich auf den falschen Weg geleitet sehen und Unmut äußern. Da nun der Begriff »Schülerbüro« sozusagen als Blickfang im Vordergrund steht, aber im Text erst zum Schluß Konturen gewinnt, braucht der Leser Zeit und Geduld, bis er sich in groben Umrissen einen Eindruck über jene Vorstellungen verschaffen kann, die Wascher mit seinem Konzept »Schülerbüro« verbindet.

Nach der Einführung in einige Begründungszusammenhänge, Defizite und Fehlent- wicklungen der Arbeitslehre, einem kurzen Aufriß der technischen Entwicklung in Büro und Verwaltung sowie nach Darlegung einiger in der Literatur erörterter Fragen zur Ge- staltung einer zeitgemäßen Allgemeinbildung präzisiert der Autor seine Vorstellungen zum Schülerbüro. Danach soll das Schülerbüro »einen ersten Einblick in die betriebli- chen Strukturen im kaufmännisch-verwalteten Bereich vermitteln« (186). Er faßt das Schülerbüro als einen wichtigen Lernort der Arbeitslehre auf, der zu beruflichen Erst- orientierungen führen, zum selbständigen Arbeiten der Schüler anregen sowie Hilfen zur Veranschaulichung und Überprüfung von »Realitäten« anbieten soll. Wascher stellt sich vor, daß dieser Einblick nicht in dem Sinne zu ermöglichen ist, wie häufig im ersten Ver- ständnis versucht, nämlich Lernen durch bloßes Tun, durch Praxis zu erzeugen, sondern durch eine Art »Abschau von der Realität« (186). Das heißt, eine Bürosimulation oder ein Lernen durch Nachahmen ausgewählter Berufshandlungen — wie in der beruflichen Ausbildung selbstverständlich bzw. typisch — bringt nicht die gewünschte Einsicht in die meist unanschaulichen Abläufe der Büroorganisation. In diesem Punkt teilt der Au- tor die Meinung vieler Lehrer, daß durch die Betonung fachwissenschaftlicher Erkennt- nisse in der Vergangenheit das Anschauliche, Faßbare, Begreifbare zugunsten der analy- tischen und phänomenologischen Betrachtung realer Zustände/Prozesse zurückge- drängt worden sei. In diesem Zuge kritisiert Wascher unter anderem auch die Operatio- nalisierung von Lernzielen, die den Zugang zu sinnlichen und wirklichkeitsdurchdrin- genden Erfahrungen weitgehend verhindern würde.

Wascher bewegt sich mit seiner Konstruktion von Wirklichkeitsnähe und Wirklich- keitsdistanz auf einem schmalen Grat, einem Drahtseil des »Ja, aber ...« bzw. »So, aber doch nicht so«. Er will zum Beispiel die technische Einrichtung eines modernen Büros in die Schule bringen, ohne die mit der Technostruktur verbundenen Konsequenzen zu ak- zeptieren sowie bürotechnische und kaufmännische Kenntnisse/Fertigkeiten erwerben zu lassen.

So unterstützenswert dieser Versuch ist, so plagen doch den Rezensenten Zweifel, ob

der in Anlehnung an Dewey zugeschnittene Aufbau des Schülerbüros zum angestrebten Ziel führt. Wünschenswert wäre, wenn Wascher seine didaktischen und methodischen Überlegungen theoretisch ausbauen, präzisieren und an praktischen Beispielen konkretisieren würde. Auch die Planung/Organisation von Klassenfahrten/Schullandheimaufenthalten, Pausenkiosken oder anderen schulbezogenen Aktivitäten können leicht bei den Schülern den Eindruck hervorrufen, hier würde etwas an den Haaren herbeigezogen. Trotz der hier angedeuteten Bedenken kann Waschers Beitrag zum Schülerbüro sicherlich der Arbeitslehre weiterführende methodische und didaktische Impulse geben.

Horst Ziefuß (Kiel)

Theuerkauf, Walter E.: Technikunterricht und Berufsorientierung. Franzbecker-Verlag, Bad Salzdetfurth 1983 (216 S., Ln., 19,80 DM)

Theuerkauf und Mitarbeiter berichten in ihrer Veröffentlichung von dem Versuch, einen »Curricular-Baustein« für den Technikunterricht zu entwickeln und zu erproben. Der Schwerpunkt liegt auf einem begründeten Angebot von Hilfen zur Berufsorientierung, die bis zu Stundenverlaufsplänen konkretisiert sind. Der »Baustein« wird an der Kooperativen Gesamtschule Bad Lauterberg erprobt.

Theuerkauf geht in seinem Ansatz von dem Gegenstand »Arbeitswelt« aus, den er unter technischen, wirtschaftlichen und politischen Aspekten betrachtet. Bevor er diese Aspekte darstellt, entfaltet er eine allgemeine Binnenstruktur des zu entwickelnden Curriculums mit folgenden Phasen: »Erstellung eines didaktischen Begründungszusammenhangs über Strukturanalysen, Entwicklung eines Modells, das den Erschließungsraum mit seinen Elementen erfaßt, Umsetzung der Inhalte in eine hierarchische Lernzielabfolge, Konstruktion von Curriculumelementen, Erstellung von Unterrichtsmaterialien ..., Entwicklung eines Meßinstrumentariums zur Überprüfung der Lernprozesse ...« Er versteht sein Curriculum als ein wissenschaftsorientiertes, das die Aussagen zur Technik auf dem »neuesten Stand der Ingenieurwissenschaften« berücksichtigt und auf »Schule reduziert«. Dabei soll erreicht werden: »Erziehung zur Entscheidungs-/Handlungskompetenz; Erziehung zur persönlichen Lebensorientierung in Staat und Gesellschaft« (25). Um von den allgemeinen/abstrakten Aussagen der Ingenieurwissenschaften, Pädagogik, Psychologie, Wirtschaftswissenschaften und Naturwissenschaften zu erkenntnisnahen Möglichkeiten der Schüler zu kommen, setzt Theuerkauf auf die didaktische Reduktion sowie auf die Systemtheorie als Beschreibungshilfe von Funktionen (38ff.). Zum Erschließungsfeld gehören: der Arbeitsprozeß, die Mechanisierung, Automatisierung und der technische Wandel (61). Diese vier Erschließungsfelder sind mit den Unterrichtseinheiten als Curriculum identisch. Mit der didaktischen Reduktion in Anlehnung an Grüner (1967) und Kirschner (1971) legt der Autor das Analyseverfahren des Erschließungsfeldes mit den einzelnen Schritten fest. So kommt er zum Beispiel, ausgehend von der Struktur des Herstellungsprozesses (Bedürfnisse, Konstruktion, Fertigung, Distribution, Konsumtion) und einer Aspektauswahl (diese bezieht sich z.B. auf Tätigkeitsmerkmale, Berufsbereiche, Verfahrensschritte, Leistungsfähigkeiten), zu den Grobzielen seiner ersten Unterrichtseinheit »Produktionsprozeß«. — Im weiteren Fortgang seiner Arbeit geht er noch auf die Operationalisierung, das Medienangebot sowie auf die Lernerfolgskontrolle seines Curriculums ein.

Obwohl das Anliegen Theuerkaufs systematisch aufgebaut und übersichtlich dargestellt ist, stört doch der im Ansatz und in den Ausführungen steckende Anachronismus. Die derzeitige Curriculumforschung in der BRD, soweit sie den bekannten Vorläufern aus den USA folgt, setzt seit fast zehn Jahren nicht mehr auf die Didaktik als eine »Reduktions- bzw. Vereinfachungswissenschaft«. Dagegen ist der systemtheoretische Ansatz — sieht man von den kritischen Einwänden ab — zumindest nach wie vor aktuell und gilt in seinen verschiedenen Ausprägungen als einer der am weitesten entwickelten.

Problematisch erscheint die Auffassung, daß die Abbildung von »arbeitsweltlicher« Realität mittels der ausgewählten Bezugswissenschaften möglich sei. Theuerkauf fällt hier in die Diskussion der 70er Jahre zurück, ohne neue Perspektiven zu nennen. Die reduktionistische und vereinfachende Darstellung, zum Beispiel Erkenntnisse der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Rahmen der Einbindung berufskundlicher Aspekte im Technikunterricht, gerät zu schiefen Vereinfachungen, wie zum Beispiel: »Aus der Zusammenfassung der Qualifikationen an einem Arbeitsplatz, die unter verfahrens- und materialspezifischen Kriterien gesehen werden können, resultieren die Berufe« (55). — Obwohl die Darstellung der Unterrichtseinheiten schriftsprachlich gut gelungen ist, macht das Lesen der verkleinerten Tabellen und der teilweise mit großem Aufwand angefertigten Übersichten keinen Spaß. Selbst ein »hellsichtiger« Leser ist hier überfordert.

Sicherlich kann jeder interessierte Lehrer nach dem von Theuerkauf vorgestellten Modell arbeiten, denn es weicht nicht von den herkömmlichen Angeboten mit den beiden Hauptsträngen »Inhaltsaneignung« und »Resultatsnachweis« ab. Es ist schade, daß hier eine gute Gelegenheit vertan wurde, wenigstens eine weiterführende Idee zur Unterstützung von Schülern und Schule zu entwickeln.

Horst Ziefuß (Kiel)

Martin, Wolf, und Felix Rauner (Hrsg.): Mikroelektronik und berufliche Qualifikation.

BVJ-Druck, Wetzlar 1983 (119 S., br., 10,- DM)

In der gegenwärtigen Situation, die ohne Übertreibung als fundamentale Umwälzung weiter Teile des Arbeitsmarktes, der Arbeitsorganisation und -inhalte bezeichnet werden kann und von deren Auswirkungen nur wenige Berufe und Tätigkeiten relativ unberührt bleiben, ist es verwunderlich, daß das Thema des Buches »Mikroelektronik und berufliche Qualifikation« nicht schon längst in das Zentrum der berufspädagogischen Diskussion gerückt ist. Wer von dieser Seite — sei es als Lehrer, Techniker, Ökonom oder Sozialwissenschaftler — Hilfestellung bei der Gestaltung kompetenzfördernder berufsqualifizierender Lernprozesse oder der Entwicklung subjektbezogener Kriterien für die Gestaltung von Technik und Arbeit erhofft, wird schnell enttäuscht. Der Titel des Buches, das die zur gleichnamigen Fachtagung im Rahmen der Hochschultage '82 in Hannover vorgelegten Referate enthält, läßt daher aufhorchen und erweckt Hoffnungen.

Was die Herausgeber im Zusammenhang mit dem Komplex »Mikroelektronik und berufliche Qualifikation« vordringlich für diskussionsbedürftig halten, benennen sie in ihrem einführenden Beitrag. Danach sei zunächst zu klären, »welche 'neuen' Qualifikationsanforderungen für eine technische Berufsausbildung 'in Sicht' sind und wie weit sich bei konkreter Berufsbildung bereits eine Umorientierung abzeichnet«. Bei der Formulierung dieser für die inhaltliche Bestimmung beruflicher Bildung entscheidenden Fragen gingen die Herausgeber davon aus, daß hierzu gegenwärtig keine eindeutigen und widerspruchsfreien Antworten zu erwarten seien; zu heterogen seien die erkenntnisleitenden Interessen und Methoden der Forscher, zu vielschichtig und vielfältig die real ablaufenden technologischen, ökonomischen und sozialen Umwälzungsprozesse. Dennoch könne zusammenfassend gesagt werden, daß durch die Verbreitung der Mikroelektronik prinzipiell die Möglichkeit gegeben sei, tayloristisch reduzierte Handlungsspielräume wieder auszuweiten und kompetenz- und qualifikationsfördernde Arbeitsplätze zu schaffen. Allerdings sei auch das Gegenteil möglich; welche Entwicklung sich durchsetzen wird, sei auch davon abhängig, über welche Qualifikationen die Facharbeiter verfügen.

Ein solches allgemeines Resümee der vorliegenden Einzelbeiträge ist zweifellos zutreffend; allerdings hätte sich der Leser wohl genauere Aussagen gewünscht. Diese sind jedoch auf der Grundlage der in den Fragestellungen, Interessen und im Konkretionsgrad höchst unterschiedlichen Beiträge, die in diesem Band zusammengestellt sind, nicht möglich. Auch wurden wichtige subjektorientierte Fragen nicht gestellt, etwa: welche

Auswirkungen die sich immer weiter von körperlicher und sinnlicher Erfahrung loslösenden Produktionsprozesse auf die Möglichkeiten der Entwicklung menschlicher Fähigkeiten haben; welches Ausmaß an »Flexibilität«, verstanden als schnelles Reagieren auf ständig wechselnde Inhalte, Zeichen und prozeßunabhängige Anforderungen, Menschen noch zugemutet werden kann; wie wünschbar der monotonieresistente, den inhaltlichen Bedürfnissen nach vertiefter Beherrschung eines Metiers entratende, beliebige Qualifikationselemente speichernde bzw. löschende und problemlos verschiebbare »flexible« Arbeitnehmer ist; welche Persönlichkeiten dabei geprägt werden; was den Mensch-Maschine-Dialog gegenüber der menschlichen Kommunikation kennzeichnet; was die Eliminierung nuancen- und facettenreicher analoger Kommunikation zugunsten eindeutiger Digitalisierung bedeutet und welche kognitiven Strukturen dadurch gebildet werden; welche Auswirkungen die Eliminierung von affektiven und emotionalen Ausdrucksmöglichkeiten in technischen Systemen hat.

Mir ist vor allem bei der Lektüre der Praxisberichte klar geworden, daß Arbeitsinhalte und -organisation in den beschriebenen Fällen bereits in einem Umfang verändert wurden, daß sich die immer schon bestehende Kluft zwischen realen und betrieblichen Qualifikationsanforderungen und beruflicher Bildung in dramatischer Weise vertieft hat. Wenn sie nicht noch bedeutungsloser für die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen und beruflichen Entwicklungen werden soll, muß sie die durch Computerisierung und Automatisierung gekennzeichneten Bedingungen in den Betrieben erst einmal zur Kenntnis nehmen. Hierzu liefert das gut lesbare Buch griffig aufbereitete Informationen.

Versucht man aber, sich zusammenfassend ein Urteil über die durch Mikroelektronik bedingten Qualifikationsanforderungen zu machen, bleibt man einigermaßen ratlos. Zu deutlich spiegeln sich in den Aussagen, Einschätzungen und Bewertungen der Autoren ihre jeweiligen, durch disziplinäre Sozialisation, Funktion und die von ihnen repräsentierten gesellschaftlichen Gruppierungen bzw. Institutionen geprägten gesellschaftspolitischen Positionen wider; es bestätigt sich also auch hier, daß es interessen- und ideologiefreie Wissenschaft nicht gibt. Es wird deutlich, daß weder die Ingenieur- noch Wirtschaftswissenschaften die Frage der »neuen« Qualifikationen allein beantworten können. Es ist daher naheliegend, wenn diese Frage an die Bildungs- und Sozialwissenschaften zurückgegeben wird, denn einen technisch-ökonomischen Determinismus der Entwicklung dieser Qualifikationsanforderungen gibt es offenbar nicht.

Peter Gerds (Bremen)

Meyer-Wolters, Hartmut: Arbeiterbildung — Aufgabe der freien Erwachsenenbildung. Ferdinand Schöningh, Paderborn/München/Wien/Zürich 1983 (247 S., br., 26,- DM)
Otto, Volker, und Klaus Senzky (Hrsg.): Volkshochschule in der Großstadt. Verlag Julius Klinkhardt, Bad Heilbronn/Obb. 1983 (314 S., br., 35,- DM)

Beide Arbeiten beschäftigen sich mit der Entwicklung der Volksschulen in der Bundesrepublik — die eine mit dem Blick auf die konzeptionelle Entwicklung der Arbeiterbildung in den Volkshochschulen, die andere als Rückblick auf die besonderen Probleme und Möglichkeiten großstädtischer Volkshochschulen. Angesichts der finanziellen, organisatorischen und bildungspolitischen Schwierigkeiten, denen sich die Erwachsenenbildung und insbesondere die Volkshochschulen im Zeichen der Krise der öffentlichen Haushalte gegenübersehen, können historische Rückblicke zur Identitätsvergewisserung und zum Rekurs auf vergessene Problemlösungen dienen.

Meyer-Wolters zeichnet in seiner Dissertation die Entwicklung der Volkshochschul-Programmatik und der Rolle, die Arbeiterbildung in ihr spielte, von 1945 bis zum Ende der 70er Jahre nach. Den Schwerpunkt der Arbeit bilden die 70er Jahre, in denen programmatische Diskussionen wesentlich durch Konzeptionen emanzipatorischer Arbeiter-

bildung und die Auseinandersetzung mit ihnen bestimmt wurde. Daß Meyer-Wolters die Frage nach der Arbeiterbildung in den vorangegangenen Dekaden wesentlich nur an jeweils einem Dokument ('Arbeiterbildung in Berlin' von 1950, Kipperts 'Arbeiterbildung gestern und heute' von 1960 und Tietgens' Gutachten von 1964) behandelt, kann ihm nur begrenzt angelastet werden: es spiegelt auch die geringe Bedeutung der Arbeiterbildung für die Volkshochschulen. Sinnvoll ist, daß Meyer-Wolters die Arbeiterbildung nicht separat, sondern im Zusammenhang mit der gesamten Programmatik der Volkshochschulen behandelt (daher ist der Titel auch etwas irreführend). Auch wenn ich einige Akzente anders setzen würde, mit einzelnen Ergebnissen nicht übereinstimme und — besonders im letzten Teil — seine Differenzierung für inadäquat halte, so scheinen mir die wesentlichen Argumentationslinien der Arbeit tragfähig zu sein. Der angehängte Exkurs zur stadtteilorientierten Erwachsenenbildung hingegen ist zusammenhangslos und überflüssig. Ein umfassendes Literaturverzeichnis rundet den Band ab.

Der Reader von Otto/Senzky enthält neben einem Vorwort von Senzky und einem Nachwort von Otto vor allem Beiträge aus den Konferenzen des Arbeitskreises großstädtischer Volkshochschulen, die seit 1954 regelmäßig stattfinden — ergänzt durch einige anderweitig erschienene Arbeiten. Wenngleich der größte Teil der Beiträge wegen ihrer Aktualität aus den 70er Jahren stammen, so sind doch auch wichtige Analysen großstädtischer Volkshochschulprobleme aus den 50er und 60er Jahren aufgenommen worden. Inhaltlich geht es in erster Linie um die Stellung der Volkshochschule als öffentliches Weiterbildungszentrum innerhalb der Kommune, die Angebotsstruktur, die hauptamtlichen und nebenamtlichen Mitarbeiter und das institutionelle Gefüge im Spannungsfeld von Bildungseinrichtungen und kommunaler Verwaltung. Diese Themenschwerpunkte machen das Buch wichtig und interessant; auch kommen in ihnen die besonderen Probleme der großstädtischen Volkshochschulen zur Sprache. Gerade weil in der bisherigen Forschung über die organisatorisch-institutionellen Fragen gegenüber den Fragen der methodisch-didaktischen und inhaltlichen Bildungsarbeit sowie den Fragen nach der gesellschaftlichen Funktion der Erwachsenenbildung sträflich vernachlässigt worden sind, obwohl sie auf nicht zu unterschätzende Bedingungen der Bildungsarbeit hinweisen, sollten die in dem Buch versammelten Beiträge aufmerksam gelesen werden.

Wilfried Kunstmann (Marl)

Tulodziecki, Gerhard, Klaus Breuer und Annemarie Hauf: Konzepte für das berufliche Lehren und Lernen. Zur Vermittlung naturwissenschaftlicher Grundlagen, technischer Verfahren und neuer Technologien im beruflichen Unterricht. Verlag Julius Klinkhardt, Bad Heilbrunn, und Verlag Handwerk und Technik, Hamburg 1984 (180 S., br., 18,-DM)

Den Autoren geht es um 1. eine praxisrelevante und theoriegeleitete Handlungsorientierung bei der Planung der beruflichen Lehr- und Lernprozesse; 2. die Verknüpfung inhaltlicher und lehr-/lerntheoretischer Überlegungen; 3. eine stärkere Lernprozessorientierung unter Rückgriff auf einen weitergefaßten Kognitionsbegriff als Einheit von Wahrnehmen, Denken und Handeln; 4. die Bereitstellung entwicklungsfördernder Lernbedingungen. Wird das Buch diesen selbstgesetzten Ansprüchen gerecht? Die didaktisch entscheidende Frage der Legitimation berufsbildender Inhalte wird von den Autoren bereits unausgesprochen vorentschieden. Sie stellen die naturwissenschaftlichen Grundlagen, technischen Verfahren sowie neuen Technologien in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen. Mit dieser Auswahl verflüchtigen sich aber ungewollt die spezifischen beruflichen Momente des Unterrichtsgegenstandes: berufliche Handlungskompetenz ist nicht hinreichend erklärt mit dem technisch-instrumentell-zweckrationalen Handlungstypus. Sie enthält immer auch politische, kommunikative und gestalterische Momente, die nicht nur aspekthaft-additiv angelagert, sondern ihr integraler Bestandteil sind.

Die Verfasser sehen Technik zunächst als Technik, die sich losgelöst von gesellschaftlichen Zwecken aus den Köpfen ihrer Schöpfer entwickelt. Aber nicht die »Idee, Maschinen durch die Kraft des sich ausdehnenden Wasserdampfes zu betreiben, (führte) zur Erfindung der Dampfmaschine«, sondern das Interesse der Produktionsmittelbesitzer, eine unabhängig von der Natur und den Arbeitskräften ständig und beliebig verfügbare und nahezu grenzenlos expansionsfähige Antriebskraft zur Verfügung zu haben. Die gesellschaftlichen Zwecke, die in der Maschine vergegenständlicht sind, sind im allgemeinen gerade nicht als Ziele im Bewußtsein der Erfinder präsent, sondern bleiben ihnen in aller Regel verborgen. Es ist auch falsch, daß »Stoffe, Energien, Gesetze der Natur ... Vorratskammern und Begrenzungen technischen Gestaltens sind«. Diese Quellen und Begrenzungen liegen nicht in den Dingen selbst; destruktiven Zwecken unterworfen, nehmen diese »Stoffe« und »Energien« Qualitäten und Größenordnungen an, die jedes ökologisch und menschlich vertretbare Maß übersteigen. Neuzeitliche industrielle Technik ist nicht »Handeln gemäß der Natur«, sie folgt vielmehr jenem naturwissenschaftlichen Rationalitätsbegriff, der sich als »Überlister- und Ausbeuterverhältnis« (Otto Ullrich) gegenüber Mensch und Natur kennzeichnen läßt. Dennoch wäre es ungerecht, den Autoren einen unkritischen Technikbegriff zu unterstellen. An vielen Stellen plädieren sie für Problematisierung unter umweltbezogenen, sozialen, moralischen usw. Gesichtspunkten, allerdings können sie sich diese Kritik nur als Anwendungskritik der vorfindlichen Technik vorstellen.

Soll technische Bildung zur »begreifenden Erkenntnis« etwa im Sinne Holzkamps führen, muß sie dazu beitragen, den Produzenten die geschichtliche Gewordenheit von Technik verständlich zu machen, müßten die Produzenten zur Gestaltung einer konvivalen Technik nach lebenserhaltenden Maßstäben befähigt werden. Nicht Anwendungs-, sondern Prägungskritik müßte geleistet werden: Warum hat sich gerade diese Technik durchgesetzt, welche Alternativen wurden unterdrückt oder vergessen, welche und wessen Interessen, Motive und Zwecke vergegenständlichen sich in dieser Technik, mit welchen Mitteln und Strategien wurde sie ökonomisch und politisch durchgesetzt, wie haben Produzenten und Konsumenten auf die Einführung der neuen Technik reagiert?

Daneben erscheint auch die Dreigliederung des Buches in naturwissenschaftliche Grundlagen, technologische Verfahren und neue Technologien problematisch. Der in den Lehrplänen für berufliche Schulen erfolgten Herauslösung der »naturwissenschaftlichen Grundlagen« aus den berufsbezogenen Fächern mit der fatalen Folge ihrer Entleerung und Entwertung wird in dem Buch beiläufig entsprochen. Damit muß aber bei den Schülern der Eindruck entstehen, als gäbe es von konkreter Technik losgelöste naturwissenschaftliche Gesetzmäßigkeiten, die dann bei der Entwicklung von Technik lediglich angewandt werden. So wird es möglich, eine Unterrichtseinheit zum isolierten Unterrichtsthema »Das Hebelgesetz« zu entwickeln und darzustellen. Bei dieser Unterrichtseinheit fällt es schwer, die theoretisch beanspruchten Prämissen (vor allem die Vermittlung von inhaltlicher Legitimation und lehr-/lerntheoretischem Ansatz) in der praktischen Umsetzung noch zu erkennen. Zwar ist an verschiedenen Stellen von »Handlungsorientierung«, »Berücksichtigung von Alltagserfahrungen der Schüler« die Rede, was aber sollte Berufsschüler dazu veranlassen, das Unterrichtsthema als einen für ihren Beruf und ihr Leben bedeutsamen Sachverhalt anzuerkennen? Im Unterrichtsentwurf zum Thema »Schweißverfahren« wird zwar auch von den Lernenden gefordert, »technische, ökologische und soziale Aspekte für einen Vergleich verschiedener Verbindungstechniken zu nennen«, in der konkreten Planung haben sich diese »Aspekte« dann aber gänzlich verflüchtigt.

Der Lehrer fragt, stellt vor, formuliert, präzisiert, führt vor, regt an, ergänzt und korrigiert — die Lernenden nennen, berichten, beobachten, beantworten, tragen vor, führen durch, nehmen Stellung. Was in diesem Unterricht tatsächlich abläuft, ist zunächst

die eindeutige Definition der »sozialen Situation Unterricht«, die Festlegung des Macht- und Autoritätsgefälles zwischen Lehrer und Schülern. Kann ernsthaft behauptet werden, daß mit derartigen rigiden Unterrichtskonzepten entwicklungsfördernde Lernbedingungen festgelegt werden? Waren fünfzehn Jahre Diskussion um schülerorientierten Unterricht, Projektmethode, Handlungslernen ganz umsonst?

Informativ und stringenter hinsichtlich der wechselseitigen Bezugnahme von theoretischem Konzept und Unterrichtseinheit ist das Kapitel »Unterrichtskonzepte für eine Auseinandersetzung mit neuen Technologien«.

Peter Gerds (Bremen)

Soziologie

Hauck, Gerhard: Geschichte der soziologischen Theorie. Eine ideologiekritische Einführung. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Hamburg 1984 (221 S., br., 14,80 DM)

Wer heute Ideologiekritik an der Soziologie betreibt, braucht die Fähigkeit, sich von der mit Recht in Verruf geratenen Tradition einer Aufteilung der Theoretiker in Advokaten der Wahrheit und notorische Falschmünzer zu lösen. Er braucht aber auch Mut, den damit einmal verbundenen Anspruch gegen jene Mode der Theoriesynthese aufrechtzuerhalten, mit der konfliktscheue Jungprofessoren heute die Studenten anöden. Der Heidelberger Soziologe Gerhard Hauck hat beides — die Fähigkeit, die Spannung zwischen »instrumentellen und ideologischen Erfordernissen« jeder Erkenntnis wahrzunehmen, und den Mut, »zwei Hauptrichtungen« der soziologischen Theorie zu unterscheiden: »eine, die Ausbeutung leugnet, und eine, die sie aufdeckt; eine, die mit der Bourgeoisie, und eine, die mit dem Proletariat verbunden ist« (14f.). Der Autor macht sich daran, die Entwicklung der wichtigsten soziologischen Theorien seit dem »naiven Evolutionismus« der »Gründerväter« Comte, Spencer und Morgan (26-44) zu beschreiben, zu sezieren und — meist in einem gesonderten Abschnitt — auf ihre Funktion und ihren Ertrag zu prüfen. Mit Weber und den späteren »Neopositivisten« teilt der Autor das Bemühen um die »intellektuelle Redlichkeit« (84), das hinter der Kennzeichnung von »Einschätzungen« steht. Schon Webers »Wissenschaftslehre« habe allerdings auf die bleibende Verflechtung von Werturteilen und Wissenschaft verwiesen (85), die Hauck mit dem griffigen Beispiel der Definition von »Entwicklung« als Steigerung des Bruttosozialprodukts oder als Abschaffung von Armut, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit (90f.) erläutert. In Haucks Parade der soziologischen Klassiker erscheint der »nüchtern-heroische Realismus« Webers, der »fraglos mehr als irgendein anderer bürgerlicher Soziologe zur Entmystifizierung der bürgerlichen Gesellschaft« beigetragen habe (92), fast als Variante und Ergänzung des Materialismus der Marxschen Gesellschaftstheorie (45ff.). Die Kritik an Weber ist kaum weniger mild als die an Marx: Marx — der gegen Ökonomismusvorwürfe verteidigt wird — habe die »ideologische Integrationsfähigkeit des Kapitalismus gegenüber den Arbeitern« unterschätzt (70); Webers Rationalisierungsbegriff sei zu allgemein, der »Antagonismus im Bereich der 'Werte'« sei von Weber überschätzt (88, 92). Die volle Schärfe der Kritik trifft Durkheims »pure und simple Bourgeoisie-Ideologie«, für die »nichts ernsthaft faul in der Gesellschaft« sei (92, 108). Durkheims Bücher strotzten vor Arroganz und »engstirnig-pharisäischem Moralismus« und seien »voll von plattesten Gemeinplätzen ... wie von primitiver Vulgärpsychologie« (109). Wenn dieses Auseinanderrücken von Durkheim und Weber so geballt auch nur in den »Einschätzungen« begegnet, hat es doch Folgen für die Präsentation: Webers peinlich antimaterialistische Klassentheorie wird ebenso wenig erwähnt wie Durkheims Kritik am französischen Chauvinismus. Eine Ergänzung der Werkinterpretation durch politisch-biographische Daten wäre hier nützlich gewesen.

Insgesamt jedoch zeichnet sich das Buch durch knappe und präzise Darstellung und

Kritik der wichtigsten Theorieränge aus. Hauck informiert sachlich über den Zusammenhang der Medientheorien (142-144) oder der Alltagskategorie (156-159), wenn auch schließlich sowohl Parsons (133-152) als auch die »interpretative Soziologie« von Schütz bis Goffman (153ff.) dem Verdikt verfallen, »den grundlegenden Antagonismen innerhalb der Gesellschaft (nicht) Rechnung zu tragen« (164). Von den Leistungen der »kritischen Theorie« stellt Hauck die Überwindung idealistischen Denkens und das Bemühen um eine Analyse der destruktiven und emanzipatorischen Potenzen des modernen Kapitalismus besonders heraus (165-178). Die neuere, »an Marx orientierte Diskussion« um Objektivismus und Subjektivität deutet Hauck in der Polarität von Althusser und Habermas. Hauck schwebt eine Soziologie vor, die hart wie Althusser daran festhält, daß die Überwindung des Kapitalismus eine Entwicklung seiner ökonomischen, politischen und ideologischen Widersprüche voraussetzt und nicht etwa durch einen »bloßen Willensakt« revolutionärer Gruppen zustandekommen kann (182-193). In dieses System integrierbar sei eine Theorie der Subjektivität, der »zweckmäßig-antizipatorischen Tätigkeit des Menschen als Schöpfer«, wie sie Habermas entwickelt habe (193ff.). Die könne fruchtbar sein, »wenn sich Habermas entschließen könnte, seine Idealtypen ... wirklich als Idealtypen in Webers Sinn, nämlich als Instrumente zur Messung der Realität zu behandeln, statt sie immer wieder mit dieser gleichzusetzen« (208).

Daß Habermas das nicht getan hat, ließe sich möglicherweise mit einer Untersuchung seiner »objektivistischen« Theorie gesellschaftlicher Evolution erklären, die er mit der (in diesem Buch leider nicht berücksichtigten) Systemtheorie Luhmanns teilt. Alles in allem: ein bemerkenswert offen und klar geschriebenes Buch, das zur Auseinandersetzung einlädt. Der Anfänger bekommt Werkzeug zur kritischen Aneignung soziologischer Theorien an die Hand. Der alte Hase kann im Gespräch mit dem Autor prüfen, wie selektiv sein theoretisches Wissen ist und wie es mit der eigenen Kritikfähigkeit bestellt ist.

Traugott Schöfthaler (Berlin/West)

Gleichmann, Peter, und Johan Goudsblom (Hrsg.): Macht und Zivilisation. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1984 (322 S., br., 18,- DM)

Mit dem zweiten Band der Materialien zu Norbert Elias' Zivilisationstheorie ist 45 Jahre nach ihrem Erscheinen die Endphase ihrer Rezeption erreicht. Elias kommt innerhalb des Buches mit längeren autobiografischen »Notizen zum Lebenslauf« selbst zu Worte. Er führt uns zurück in die Anfänge der deutschen Soziologie, das Umfeld, aus dem der ehemalige Student der Medizin und der Philosophie seine theoretische Grundentscheidung traf. Diese war eine gegen den »homo clausus«, der das abendländische Denken seines Erachtens bestimmte und heute noch bestimmt. Gefühlsäußerungen der Menschen stellen sich in seiner Perspektive zum Beispiel schon früh als Gradmesser der Zivilisiertheit existentiell gruppenbezogener Wesen dar. Elias besteht auf der Eigenständigkeit dessen, was für ihn Gegenstand der Theoriebildung ist: der Figuration, angesiedelt zwischen Individuum und Gesellschaft. Dieser Gegenstand ist für ihn weder mit dem Marxismus noch mit dem Liberalismus zu aggregieren. Dennoch wäre das Verhältnis von Elias zu Marx eines Beitrages wert gewesen, der sicherlich so interessant wäre wie das, was Goudsblom in seinem Beitrag über das Verhältnis zu Huizingas »Herbst des Mittelalters« oder zu den Theorien Webers und Freuds zutage fördert.

Das an einer Fülle möglicher Themen erst vollends einzulösende Programm des soziogenetischen Zugriffs, das es nach Christian Ferber erst ermöglicht, den Prozeß der Ausbildung bestimmter Persönlichkeitsstrukturen und der Ausdifferenzierung von Institutionen in einer gemeinsamen Perspektive zu untersuchen, wird in dem Sammelband recht anschaulich dokumentiert. Was haben Zigaretten- und Alkoholkonsum (Ferber u.a.), die gesellschaftliche Regulierung des Sexualverhaltens im Mittelalter (Schröter), die innerstaatliche Gewaltanwendung in den Niederlanden (Zwaan), Rüstung und Staa-

tenbildung (van Benthem van den Bergh), die Einstellung von Frauen in einem Frauenhaus gegenüber Versorgungsproblemen (van Stolk/Wouters) oder das Verhältnis von Deutschen und Ausländern (Korte) gemein? Sie sind, wie hier dokumentiert, alle Gegenstände figurationssoziologischer Betrachtungen.

Diese und andere Themen kamen auf einem am 17. und 18. Dezember 1981 in Amsterdam von der Arbeitsgruppe »Figurationssoziologie« der Vereinigung niederländischer Soziologen und Anthropologen veranstalteten Kongreß zur Sprache. Die Auswahl der Beiträge gibt einen hinreichenden Überblick über die Vielfalt der Themen und Forschungsrichtungen. Die im Anschluß daran dokumentierte Diskussion zeigt, daß Ehrfurcht und Euphorie, die zumindest hierzulande ein lange verdrängtes Buch begleiteten, einer kritischen Betrachtung gewichen sind. Doch werden die Zweifel bei aller gelegentlichen Radikalität noch recht zaghaft vorgebracht. Am fruchtbarsten sind bislang diejenigen, die aus einer strukturalistischen Perspektive vorgetragen werden: Inwiefern ist das, was Elias in seiner Schrift »Über den Prozeß der Zivilisation« ausgeführt hat, auf außer-europäische Gesellschaften übertragbar, und inwiefern wird der Zivilisationsprozeß aus unserer spätabendländischen Perspektive bewertet? Die Diskussion steckt noch in den Anfängen. Das Buch informiert über den Forschungsstand der Figurationssoziologie, ist jedoch auch eine gute Einführung für alle, die sich neu mit Norbert Elias auseinandersetzen wollen. Im Anschluß an den ersten Materialband zu Elias werden Rezeptionsgeschichte und Bibliographie aktuell ergänzt. Leo Haenlein (Berlin/West)

Mutz, Gerhard: Sozialpolitik als soziale Kontrolle am Beispiel der psychosozialen Versorgung. Profil-Verlag, München 1983 (355 S., br., 42,- DM)

Obleich das Buch sehr dicht geschrieben ist und mit sehr komplexen theoretischen Deutungsmustern arbeitet, war es für mich in seiner Argumentation durchgängig nachvollziehbar. Es knüpft an viele Diskussionsprozesse an, die aus sozialwissenschaftlichen Analysen der psychosozialen Versorgung bekannt sind, und führt sie weiter. Mutz hält sich nicht an tradierte Fachgrenzen. Voraussetzung dafür ist ein breites Wissen in den Bereichen Sozialpolitikforschung, theoretische Soziologie, Devianzforschung, Sozialgeschichte, psychosoziale Versorgung. In der Verknüpfung von Argumentationsketten aus diesen unterschiedlichen disziplinären Kontexten liegt der innovative Kern der Arbeit. Hauptanliegen ist die kritische Überprüfung und theoretische Ausarbeitung jenes Programms, das von Rödel und Guldemann in ihrem Aufsatz »Sozialpolitik als Sozialkontrolle« (1978) formuliert wurde. Wesentliche Impulse für eine Neuformulierung kommen aus der historisch ansetzenden Figurationssoziologie von Norbert Elias.

Mutz formuliert als leitendes Konzept: »Der Begriff der sozialen Kontrolle bezeichnet eine spezifisch gesellschaftliche Konstellation menschlicher Beziehungsgeflechte, die durch die reale Existenz von Machtungleichgewichten eine oder mehrere Personen, Gruppen und Institutionen in die Lage versetzt, ihre Position dahingehend zu nutzen, das Handeln, Denken und Fühlen anderer Menschen in oder außerhalb dieser Konstellation maßgeblich zu beeinflussen« (90). Ein wichtiger Schritt in der vorliegenden Analyse ist die von Elias abgeleitete Konstruktion von Kontrolltypen. Der Status als »zentraler gesellschaftlicher Kontrollmechanismus« (93) wird den ökonomischen Grundstrukturen eingeräumt, die als »Kontrollchancen über 'Natur' durch Produktion« bezeichnet werden (72). Der zweite Kontrolltypus wird durch »menschliche Figurationen« gebildet, die sich in »institutionellen Verflechtungen« (91) niederschlagen. Diese beiden Kontrolltypen erfährt das Individuum als »äußerliche« Zugriffe. Durch ihre Integration in die Persönlichkeitsstruktur als Selbstkontrollstruktur, als Modellierung des Trieb- und Affekthaushaltes konstituiert sich der dritte und für die Analyse psychosozialer Versorgungsmuster zentrale Typus. Für den theoretischen Ansatz von Mutz ist entscheidend, daß sich diese drei Kontrolltypen in einem konkreten Akt gesellschaftlicher Kontrolle eng

miteinander verknüpfen und dieser nie nur aus einem Typus abgeleitet werden kann. — Mutz legt im zweiten und dritten Teil eine ausführliche sozialgeschichtliche Rekonstruktion des institutionellen Umgangs mit desintegrativen Handlungsweisen vor. Dabei hat er die Materialien, wie sie in vorliegenden sozialgeschichtlichen Werken (etwa bei Foucault, Dörner, Blasis, Sachße, Tennstedt, Rosenbaum) aufbereitet wurden, noch einmal systematisch nachgezeichnet und dabei die historische Dimension seiner Kontrolltypen aufgezeigt. Gegenüber manchen oft überbordenden Pionierdarstellungen (etwa von Foucault) hat er sich das Recht auf Sekundärsystematisierung genommen und dabei wesentliche Einsichten in die »innere Logik« sozialgeschichtlicher Prozesse vermitteln können. Beeindruckend fällt die Zusammenfassung des historischen Teils aus (236ff.). — Im vierten Teil wird die Aufmerksamkeit darauf gelegt, daß sich im Bereich der psychosozialen Versorgung kein tiefgreifender Funktionswandel (etwa von der Kontrolle zur Hilfe) vollzogen hat, sondern eher eine Ausdifferenzierung eines Trends, der sich historisch längst herausgebildet hatte (etwa im Sinne von Kontrolle durch Hilfe). Die implizite Annahme von Mutz geht wohl dahin, daß sich der von ihm aufgewiesene »säkulare Trend« einer zunehmenden Verfeinerung und Verinnerlichung sozialer Kontrolle auch durch die aktuelle Krise hindurch halten wird. Ich hätte es allerdings für wichtig gehalten, diese — von mir vermutete — These auch ausführlich zu diskutieren. Unter Ökonomen (z.B. Hirsch, Altvater) wird ausführlich diskutiert, ob wir es gegenwärtig mit einer der »normalen« zyklischen Krisen zu tun haben oder mit einer »großen Krise«, als deren Folge mit einem durchgreifenden Umbau bisheriger Systeme sozialer Sicherheit zu rechnen ist. Wäre dieser zweite Fall zu erwarten, dann könnte man mindestens vermuten, daß der »säkulare Trend« gebremst würde, weil er doch sehr stark mit dem sozialdemokratischen Projekt des Wohlfahrtsstaates verknüpft ist. Gegenüber solchen Entwicklungen und Veränderungen, die innerhalb der Sozialpolitikforschung konzeptuelle Unsicherheit in der Einschätzung und Zweifel am vorhandenen begrifflichen Repertoire ausgelöst haben, ist mir Mutz zu abstinenter geblieben.

Heiner Keupp (München)

Hörning, Karl H., und Heinrich Bücker-Gärtner: Angestellte im Großbetrieb. Loyalität und Kontrolle im organisatorisch-technischen Wandel. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1982 (167 S., br., 36,- DM)

Die Soziologie der Angestellten konzentrierte sich lange Zeit auf die besondere Stellung dieser Berufsgruppe im Produktionsprozeß, auf spezifische Bewußtseinsformen oder auf Probleme der klassentheoretischen Einordnung. Wie die beiden Autoren hervorheben, lassen jedoch nicht nur zunehmende (arbeits- und sozialrechtliche) Nivellierungen zwischen Angestellten und Arbeitern, sondern ebenso die fortschreitende Heterogenität und Fragmentierung der Angestelltenschaft selbst derartige Forschungsfragen nunmehr wenig sinnvoll erscheinen.

Zum gesellschaftlichen Ausgangspunkt ihrer eigenen empirischen Untersuchung wählen Hörning/Bücker-Gärtner die in den 70er Jahren forcierten, technologisch bedingten Rationalisierungsmaßnahmen, deren Folgewirkungen sie für die berufliche Situation speziell der Angestellten im Bank- und Versicherungsgewerbe untersuchen wollen. Dabei setzen sie sich zunächst in der Entwicklung eines theoretischen Bezugsrahmens von einem »technologischen Determinismus« ab, der lediglich die Auswirkungen neuer bürotechnischer Systeme auf die Arbeitssituation der Beschäftigten betrachtet, ohne nach den — *betrieblich* verortbaren — Voraussetzungen und Verlaufsformen des Technikeinsatzes zu fragen. Dem stellen Hörning/Bücker-Gärtner als Argumentationsfolie ihrer Untersuchung einen »strategie-theoretischen Ansatz« gegenüber, der es erlauben soll, in differenzierter Form nach den jeweiligen *innerbetrieblichen* Bedingungen, Formen und Zielen des Technikeinsatzes sowie seinen Auswirkungen auf die Qualifikationsstruktur der Arbeitsplätze, die Arbeitsplatzsicherheit und die Interessenorientiertheit der betrof-

fenen Angestellten zu fragen. — Die empirische Datenbasis der vorliegenden Studie bildet eine im Jahre 1977 durchgeführte Befragung von 385 Angestellten aus insgesamt neun Bank-, Bausparkassen- und Versicherungsbetrieben sowie eine im gleichen Jahr durchgeführte Unternehmenserhebung, die vor allem über Veränderungen des Personalbestandes und über den betriebsspezifischen Einsatz der neuen Bürotechniken Auskunft geben soll.

Folgende Themenbereiche werden von den Autoren im einzelnen behandelt: die Einführung neuer Bürotechniken (EDV) als Instrument und Bedingungsfaktor betrieblicher Strategien im Kredit- und Versicherungsgewerbe (Kap. 4) und ihre Auswirkungen auf das Qualifikationsprofil und die Loyalität der Beschäftigten (Kap. 5), die Abhängigkeit der Angestellten von der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmarktlage (Kap. 6), zentrale Merkmale der beruflichen Interessenorientierung (Kap. 7), Determinanten gewerkschaftlicher Organisation (Kap. 8) sowie die besondere Problemlage der weiblichen Angestellten (Kap. 9). Dabei werden die Durchführung der Rationalisierungsmaßnahmen, die Arbeitsmarktsituation oder der gewerkschaftliche Organisationsgrad nicht nur anhand objektiver Strukturdaten, sondern ebenso in ihrer Einschätzung durch die befragten Angestellten dargestellt.

Es gelingt Hörning/Bücker-Gärtner, interessante Ergebnisse zu präsentieren. So führen sie an, daß die in den meisten Betrieben erfolgte breite Umstellung der Büroarbeit auf EDV nicht automatisch zu *Dequalifizierungsprozessen* geführt habe, da mit der Abqualifizierung von Tätigkeiten nicht unbedingt auch eine Abqualifizierung von Personen einhergehe. Vielmehr spreche einiges dafür, daß über Prozesse innerbetrieblicher Mobilität personale Dequalifikationen im breiten Maßstab abgefangen werden konnten, was auch erklärt, warum nur ein sehr kleiner Teil der befragten Angestellten die neuen Bürotechniken negativ beurteilt.

Ein anderer — auch im Hinblick auf das gewerkschaftliche Engagement — bemerkenswerter empirischer Befund zeigt, daß sich vor allem im Kredit- und Versicherungsgewerbe innerbetriebliche Teilarbeitsmärkte gebildet haben, die relativ unabhängig von der allgemeinen arbeitsmarktpolitischen Lage der »Stammebelegschaft« eine vergleichsweise hohe Arbeitsplatzsicherheit garantieren. Entsprechend schätzen die betreffenden Angestellten — entgegen einer negativen Beurteilung der allgemeinen Arbeitsmarktsituation — ihr eigenes Beschäftigungsrisiko als sehr gering ein, was die Bereitschaft zu gewerkschaftlichem Engagement eher beeinträchtigt.

Der Anspruch der Autoren, mit der vorliegenden Untersuchung eine differenzierte, komplex argumentierende und durch empirische Daten gedeckte Analyse zur Angestelltenarbeit vorzulegen, konnte nicht durchgehend realisiert werden. Insbesondere die (in der Methodik leider nirgends näher beschriebene) Unternehmenserhebung vermochte offensichtlich nicht immer die erforderlichen Informationen zu liefern, und das Alter der verwendeten Daten (1977) läßt es fraglich erscheinen, ob einige der subjektiven Indikatoren — wie die Einschätzung der eigenen Arbeitsplatzsicherheit — heute so noch ihre Gültigkeit besitzen. Doch liefert die Studie viele instruktive Hypothesen, methodisch anspruchsvoll gewonnene Informationen und weiterführende Argumente, die gerade für die Befruchtung der theoretischen Diskussion über die Zukunft der Angestelltenarbeit von Bedeutung sein könnten.

Christian Olscha (Bielefeld)

Amler, Robert W.: Analyse und Gestaltung strategischer Informationssysteme der Unternehmung. Ansätze zu einer Neuorientierung der Methodenkritik. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1983 (279 S., br., 75,- DM)

»Aufgrund der zunehmenden Dynamik in der sozio-gesellschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Umwelt sowie durch die Zunahme unternehmensrelevanter Umweltausschnitte steigt für die Unternehmung die Notwendigkeit, den Planungshorizont weit

auszudehnen.« (177) Dieser Notwendigkeit steht jedoch die Realität zahlreicher unternehmerischer Fehlentscheidungen gegenüber. Für den Autor stellt sich deshalb die Aufgabe, »einen systematischen Ansatz zur Beurteilung von Informationen bzw. Informationssystemen« (22) zu entwickeln, denn seines Erachtens muß »das Fehlentscheidungsproblem als Informationsproblem gesehen« (8) werden.

Der Autor entwickelt ein *semiotisches* Analysekonzept (33ff., 172ff.) und wendet es auf das *Marktportfolio* als das weitest verbreitete strategische Informationssystem an. Bei diesem Konzept wird ein »Zusammenhang zwischen ... dem zukünftigen Marktwachstum und dem Marktanteil des Unternehmens« (181) hergestellt, der es erlaubt, erfolgversprechende und weniger erfolgversprechende Produkte für das Unternehmen zu identifizieren und entsprechend zu investieren. Das Marktportfolio ist nach Ansicht des Autors syntaktisch richtig und auch semantisch fruchtbar. Doch die pragmatische Nützlichkeit wird in Zweifel gezogen, da nur kurzfristige Prognosen möglich sind. Erfäht werden nur bereits existierende Produkte, wobei deren Lebenszyklus die Basis der Prognose bildet. »Die ... wichtigen Phasen des ... Entstehungs- und Beobachtungszyklus (werden) außer acht« (212) gelassen, so daß letztlich langfristige Planungen nicht möglich sind. Hier, bei der Notwendigkeit des »Management(s) von zukünftigen Geschäftsfeldern« (239), setzt das vom Autor vorgeschlagene *Technologie-Portfolio* an. Dieses konzentriert sich auf den »Entstehungszyklus neuer bzw. in der Entstehungsphase befindlicher Produkte oder Produktionsverfahren« (214) und stellt somit eine sinnvolle Ergänzung des Marktportfolios dar. Jedem Produkt und jedem Produktionsverfahren liegen Technologien zugrunde, die auf ihre Attraktivität, Ressourcenabhängigkeit etc. untersucht werden müssen, um Empfehlungen für Investitionen geben zu können.

Bei aller gelungenen Kritik an »der wissenschaftlichen Unvollkommenheit der angebotenen betriebswirtschaftlichen Methoden« (90) — hier am Beispiel der Marktportfolio-Konzeption gezeigt — und bei aller ausführlichen, aber doch anschaulichen Entwicklung des semiotisch-pragmatischen Analyseansatzes bleibt ein Zweifel an der »Nützlichkeit« dieses Ansatzes. Denn die Ausklammerung der Menschen aus diesem Analyseschema führt zwar ganz im Sinne des Autors zu einer erhöhten Flexibilität des Ansatzes. Doch geht damit auch eine Verkürzung der Perspektive einher, die Gefahr läuft, die unternehmerische Realität zu verfehlen. In dem hier vorgestellten Analyseansatz verorten sich Innovationspotentiale ausschließlich in den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Unternehmung, die sich primär an der Unternehmensumwelt (Markt, Technik) orientieren. Innovationspotentiale auf der ausführenden Ebene der Unternehmung können nicht erfäht werden, auch wenn sie bei der Umstellung von Produktionsverfahren (Reorganisation) als Widerstandspotentiale in Erscheinung treten. Die Ausklammerung der Menschen und ihrer Interessen ist aber nicht eine totale. Vielmehr wird die »oberste Führungsebene« (214) als jenes Subjekt eingeführt, an dem sich die Analyse und ein daraus abgeleitetes Informationssystem zu orientieren hat. Damit kann die hier vorgelegte Analyse lediglich die Interessen der Unternehmensleitung erfassen, wobei diese mit dem »Interesse des Unternehmens« am eigenen Überleben identifiziert werden.

Gerd-Uwe Watzlawczik (München)

Bredow, Wilfried von: Moderner Militarismus. Analyse und Kritik. Kohlhammer Verlag, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1983 (132 S., br., 22,- DM)

Wer vom Autor, einem in militärisch-politischer Thematik vielfach ausgewiesenen Experten, eine griffig-zusammenfassende und für die aktuelle friedenspolitische Auseinandersetzung leicht handhabbare Definition dessen erwartet, was denn nun unter »Militarismus« zu verstehen sei, wird nicht erst am Ende der Lektüre dieses informativen und gut geschriebenen Buches bemerken, »daß es damit nichts geworden ist« (111).

Gegen die vom »hilflosen Antimilitarismus« (98) in seinen verschiedenen Formen und

Gruppierungen oft nur diffus und defensiv vorgebrachte moralische Verurteilung alles Militärischen schlechthin postuliert von Bredow eine sorgfältige empirische Auseinandersetzung mit den Strukturen und Funktionen, die Militär in verschiedenen Gesellschaftsformen und -ordnungen wahrnimmt. Wie könnte eine solche Militäranalyse aussehen? Im Anschluß an einen Aufriß der aktuellen Militarismusforschung und ihrer Probleme beschreibt von Bredow, ohne einen bestimmten Militarismusbegriff vorzugeben, in anschaulicher und überzeugender Weise Genese, Strukturen, Funktionen und verschiedenste gesellschaftliche Wirkungsweisen dessen, was er »den Wilhelminischen Militarismus« nennt. Auf der Grundlage einer differenzierten Darstellung der alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringenden militärischen Denkweisen und Handlungsmuster im Kaiserreich werden dann die Bedingungen und Techniken der Dominanz des Militärischen in der Weimarer Republik vorgestellt. An diese stark phänomenologisch angelegten Ausführungen und einige knappe Überlegungen zu den Implikationen globaler Militarisierungsprozesse im »Nuklearzeitalter« (59) und zum »Partisanen-Militarismus« (62) schließt sich ein Kapitel an, in dem der Autor aus seiner Perspektive die verschiedenen, mit dem Begriff des »militärisch-industriellen Komplexes« operierenden Konzepte auf ihre theoretische und empirische Konsistenz hin untersucht. Wenngleich der Autor insbesondere »den ideologisch durchgefeilten marxistisch-leninistischen MIK-Konzepten« (82) keine allzugroße Tragfähigkeit zugestehen möchte und die rhetorische Frage aufwirft: »Stehen wir also vor nichts als einem analytischen Scherbenhaufen?« (83), so kommt er doch nicht umhin, zu konzedieren, daß »wir« der MIK-Diskussion immerhin »eine große Zahl relevanter Informationen verdanken« (83).

Der nächste Abschnitt, der »Militarismus und Gewalt in den Staaten der Dritten Welt« (85) überschrieben ist, gibt einen Einblick in den Diskussions- und Forschungsstand zu diesem Themenkomplex und markiert mit den Fragen nach Möglichkeiten einer neuen internationalen Militärordnung und der »Zukunft des Militarismus in der Dritten Welt« (96) zentrale Forschungsprobleme für die aktuelle Friedensforschung.

Leider verbleibt von Bredow auf der Ebene 'reiner Wissenschaft', von der aus keine Handlungsorientierungen außer der, sorgfältige Militäranalyse zu betreiben, formuliert werden. Das befreit den Antimilitarismus nicht aus seiner »Hilflosigkeit«. Es bleibt zum Schluß des Buches, in das ein Abschnitt über die effektive Rolle des Militärs in der Bundesrepublik gut hätte integriert werden können und sollen, der Hinweis auf die Notwendigkeit zur Entwicklung umfassender »alternative(r) Vorstellungen« in dem Bemühen um reale, »weltgesellschaftliche Tatbestände« reflektierende Schritte in Richtung auf einen umfassenden Frieden (108). Fakt, so der das Buch abschließende Satz, ist jedoch: »Militarismus ist ubiquitär ... — mit der Tendenz zu wachsen« (113).

Rolf Schellhase (Münster)

Geschichte

Heinsohn, Gunnar: Privateigentum, Patriarchat, Geldwirtschaft. Eine sozialtheoretische Rekonstruktion zur Antike. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1984 (219 S., br., 16,- DM) Heinsohn wendet sich vor allem gegen die Methode, »die Entstehung der Institutionen der Privateigentumsgesellschaft aus ökonomischen Kategorien, also organisch-evolutionistisch herzuleiten« (16). Er greift den Aufbau des Marx'schen Kategoriensystems und das Tauschwertparadigma an. Durch Verfahren, welche die Entstehung des Privateigentums aus Ware, Tausch, Geld und Akkumulation erklären, würden diese Begriffe »am falschen historischen Ort verbraucht« (16), da sie erst *nach* dem Privateigentum historisch auftauchen (ebd.).

Im ersten Kapitel entwickelt Heinsohn, die antiken Mythen interpretierend, wie es zur

Entstehung des individuellen Privateigentums am Boden kam. Da keine Gesetzmäßigkeit für den Übergang von matrilinearen Stammesgesellschaften zu privatem, patriarchalischem Bodeneigentum gefunden werden konnte (39), mußten besondere Umstände den im Normalfall balancierten Konflikt zwischen den Geschlechtern überspitzt haben (38). Als einen solchen Umstand nennt Heinsohn die auch von Geologen und Klimahistorikern bezeugten erdgeschichtlichen Katastrophen zu Beginn des ersten Jahrtausends v.u.Z. (41). Nach einer solchen Katastrophe könnte es infolge massenhafter Verstoßung der Männer durch ihre Frauen oder dadurch, daß nun bei zur Wanderung gezwungenen Stämmen die Männer die Frauen in Scharen verließen, zu jenen im Mythos genannten Kriegerhaufen gekommen sein, die als Errichter des Patriarchats in Frage kommen (47).

Den Berechnungen der Ägyptologen, die den Untergang der mykenischen Gesellschaft auf das 13. Jahrhundert v.u.Z. datierten, liegt ein Kalenderdekret aus dem Jahre 238 v.u.Z. zugrunde. Durch Neuinterpretation dieses Dekrets, das heißt durch den Übergang von der »Sirius- zur Venuszeitrechnung«, datiert Heinsohn den Untergang der mykenischen Kultur auf das 8. Jahrhundert v.u.Z. (49ff. u. 179ff.) und glaubt damit zeigen zu können, daß die griechische Eigentümerpolis direkt der in jener Katastrophe untergegangenen mykenischen Gesellschaft (die er mal als hierarchische Abgabewirtschaft, mal als Feudalismus (8) oder als zentrale Befehlswirtschaft (48) bezeichnet), folgt (vgl. 7 u. 49ff.). Das »dunkle Zeitalter« (zwischen dem 13. Jahrhundert und dem 8. Jahrhundert v.u.Z.), wie von den Historikern angenommen, wird damit »weggerechnet«. In den in diesen Abgabewirtschaften unterjochten Männern sieht Heinsohn die Hauptakteure für die neue Gesellschaftsordnung. Männer, »die mit Frauen und Männern und selbst mit 'Mutter Natur' existenzbedrohende Erfahrungen hinter sich hatten« (67), suchten »nunmehr einen Zusammenschluß, der das Mißtrauen minimiert ... und unterteilten das errungene Land« (ebd.), über das nur der neue Eigentümer disponieren darf, »auf dem er also vor existentiellen Entscheidungen anderer und vor Ausbeutung sicher ist« (69f.). Diese »Aufteilung ... konstituiert die neue Gesellschaft« (96).

Am Übergang zum IV. Kapitel wird der Schnitt durch die Geschichte deutlich, wie ihn Heinsohn legt. Die »feudalen« Abgabewirtschaften bezeichnet er als nicht-staatlich (98). Daß es bereits vor dem individuellen Privateigentum an Boden Arbeitsteilung, Verfügung über fremde Arbeitskraft und damit Eigentum gab (vgl. MEW 3, 32), zeigt er zwar auf, zum Beispiel wenn er von der »intern geldlosen Feudalgesellschaft« (44) Spartas spricht, in »der die Arbeitsleistung und Gefolgschaft der vorgefundenen Landbebauer gewaltsam erzwungen wird« (ebd.). Aber von diesem Eigentum, dieser Arbeitsteilung und Klassenteilung (vgl. 98 u. 151) führt bei ihm kein Weg zur neuen Gesellschaft. Die Entscheidung für das individuelle Privateigentum an Boden wird uns als Ergebnis bewußter, rationaler Überlegung und freiwilliger Übereinkunft (vgl. 67 u. 69f.) dargestellt. »Für den Patriarchen, der sich auf seinem Privateigentum nicht mehr erhalten kann, gelten die *Abmachungen* der Gründung ... nicht mehr, da diese ... [nur für Männer] mit Gewalt über eigenen Boden *ausgehandelt* wurden« (107). Heinsohn unterstellt folglich ein »pactum unionis«, wie wir es von der Vertragstheorie kennen. Große Teile seiner Aussagen belegt er mit Zitaten von griechischen Klassikern, so zum Beispiel seine These, daß die Privateigentümer am Anfang gleich waren, also nicht in Klassen (einerseits mächtige Adlige oder reiche Großhäuptlinge und andererseits Leibeigene oder einfache Stammesmitglieder, vgl. 103) geteilt wurden, mit Hesiod (*Werke und Tage* 298-316): »Arbeite, Perses, erlaucht von Geburt ... denn der Hunger ist reuer Kumpan dem trägen Gesellen« (zit. n. G.H. 104). Daraus folgert er weiter, daß Reichtum ursprünglich aus Fleiß entspringt (103). Nicht nur seine Zitatenauswahl und seine Interpretationen werfen Fragen auf; problematisch bleibt, daß er nie hinterfragt, wieweit diese Schriften als Rechtfertigungsschriften für die neue Gesellschaft angelegt sind.

Erst diese neue, nach Heinsohns Auffassung ursprünglich egalitäre Gesellschaftsord-

nung bringt wieder Klassenteilung (150f.) und Klassenkampf (156) hervor (150). Deshalb werden diese erst im V. Kapitel, also nach der Erklärung des Privateigentums, analysiert (17). Garant der neuen Gesellschaftsordnung ist der Staat, der *uno actu* mit dem Privateigentum entsteht (98). »Die Maßnahmen [der] Perpetuierung [des Privateigentums] bilden den Staat« (ebd.). Er bringt die Institutionen hervor, die das Eigentum nach innen und nach außen schützen (96). Er ist der Ort, an dem die die Frauen unterdrückenden Gesetze erlassen werden (75). Gleichwohl bleibt Heinsohn hier unbestimmt. Er verweist zwar auf die Gesetzgebung des Romulus (ebd.), spricht aber sonst nur davon, »daß die Frauen in den patriarchalischen Gesetzen ausschließlich der Strafgewalt ihres Mannes ... unterstellt« werden (ebd.). In welchen Formen das geschieht, analysiert Heinsohn nicht.

Im IV. Kapitel unternimmt Heinsohn den Versuch, mit Hilfe von Begriffen aus der Geldtheorie von Keynes die antike Ökonomie zu rekonstruieren. Der an Marx gerichtete Vorwurf des falschen historischen Orts — die Übertragung von Kategorien aus dem entwickelten Kapitalismus auf frühere Gesellschaften — kann damit an ihn zurückgegeben werden. Heinsohns These ist, daß das Geld nicht aus dem Verhältnis von Käufer und Verkäufer, sondern aus dem Verhältnis von Gläubiger und Schuldner entspringt. Nach seiner Auffassung belegt der antike Privateigentümer seinen durch eigene Mehrarbeit erwirtschafteten Sicherheitsvorrat mit einer Liquiditätsprämie. »Sie drückt eine Einschätzung für jenen Sicherheitsertrag aus, der sich einstellt, wenn der Vorrat unangetastet bleibt, und gibt dem Zins das Maß, das einer aufzubringen hat, wenn er aus diesem Sicherheitsvorrat des Privateigentümers einen Kredit herausziehen möchte« (101f.). Der Zins wird hier gefaßt als Entgelt für das »Verleihrisiko des Gläubigers für seine Gefahr, [selbst] vor Fälligkeit des Darlehens illiquide zu werden« (118). Der Zins führt dann »zu einem Anspruch auf in der Wirklichkeit noch nicht vorhandene Güter« (123), die der Schuldner zusätzlich produzieren muß, der damit die »geldwirtschaftliche Arbeitsteilung« (129) und Warenproduktion in Gang setzt (ebd.). Der vom Privateigentümer zusätzlich erwirtschaftete Sicherheitsertrag wird von Heinsohn als Liquidität und als Geld bezeichnet (100). Zusammen mit der Liquiditätsprämie als Voraussetzung für den Zins sind »alle wesentlichen Elemente einer Geldwirtschaft« (112) gegeben. Sind die Schuldverträge zwischen Gläubiger und Schuldner bewertet und transferierbar, so stellen sie »substituierbare Zahlungsgüter dar« (119). Geld kommt also als zu verzinsende Schuld in Umlauf (vgl. 120) und wird erst »dann auch in Kauf und Wertmessung und Wertaufbewahrung verwendet« (ebd.). Nachdem das Geld auf diese Weise entstanden ist, schaffen die Schuldner, die jetzt gezwungen sind, ihre Schuld und Zinsen in Geld zurückzuerstaten, den Markt. Er ist »der Ort, auf dem die Schuldner ihre Produkte in dasjenige Medium umzuwandeln trachten, in dem die Schuldentilgung vereinbart wurde« (129).

So entwickelt Heinsohn aus dem Privateigentum den Zins, daraus das Geld und die geldwirtschaftliche Warenproduktion (123 u. 129) sowohl für die Antike als auch für die Entwicklung der »neuen geldwirtschaftlichen Produktion« (158), die ihren Ausgangspunkt im 14. Jahrhundert hat und bis heute andauert (158ff.). Indem Heinsohn das Geld aus dem Zins und nicht, wie Marx, umgekehrt den Zins als die entwickeltste Form der Ausbeutung aus dem Geld entwickelt (vgl. MEW 25, 351 ff.), läßt er die Ausbeutung verschwinden. Die Lohnarbeiter faßt er analog zum Schuldner: Sie »tilgen also das als Lohn erhaltene Geld durch die bezahlte Arbeit und begleichen in gewisser Weise die Zinsen auf dieses Lohngeld durch unbezahlte Mehrarbeit« (162). Die Aneignung des Mehrprodukts ist nicht Ausbeutung, sondern wird als Risikorücklage des Unternehmers für seine eigene mögliche Verschuldung aufgefaßt (163).

Mißtrauen gegen Frauen und Männer (61, 67, 70), die Enttäuschungen und Erschütterungen aus der Vergangenheit (67) und die Empörung der leibeigenen Bauern (98) führten zum Privateigentum und zur patriarchalischen Familie. Im Gegensatz zu der so-

zionalen Sicherung in der blutsverwandten Stammesgesellschaft wirft das Privateigentum aber »nur einen äußerst geringen Ertrag an Sicherheit ab (...), die Versuche zu seiner Erhöhung werden ... zum zentralen Antrieb und Verhaltensregler der neuen Gesellschaft« (99). »Ihr zentraler wirtschaftlicher Antrieb besteht in der Angst der Privateigentümer, auf ihrem Privateigentum nicht überleben zu können« (111). Aus der Existenzangst und dem daraus resultierenden Versuch, die Sicherheit zu erhöhen, entwickelt Heinsohn über die Liquiditätsprämie und den Zins das Geld und den Markt. An die Stelle einer von ihm abgelehnten ökonomischen Herleitung der Privateigentumsgesellschaft tritt damit eine psychologistische Erklärung für die Entstehung dieser Gesellschaftsordnung und für die Handlungsmotive der in ihr tätigen Patriarchen. Während Heinsohn im V. Kapitel zeigt, daß die Privateigentümergeinschaft ihrem Anspruch auf Existenzsicherheit nur in ihren Anfängen genügte, dann aber an den Folgen der Klassenkämpfe, die in ihr »unausweichlich angelegt« (150) waren und die zu Schuldknechtschaft (vgl. 105ff.) und Sklaverei (vgl. 109ff.) führten, unterging (vgl. Marx: »Der Klassenkampf der antiken Welt z.B. bewegt sich hauptsächlich in der Form eines Kampfes zwischen Gläubiger und Schuldner ... MEW 23, 149f.), vermeidet er es, für das heutige Wirtschaftssystem überhaupt einen Ausblick zu geben.

Klaus Knecht (Berlin/West)

Welwei, Karl-Wilhelm: Die griechische Polis. Verfassung und Gesellschaft in archaischer und klassischer Zeit. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1983 (328 S., br., 49,80 DM)
Schuller, Wolfgang (Hrsg.): Studien zum attischen Seebund. Universitätsverlag Konstanz, Konstanz 1984 (103 S., br., 58,50 DM)

Der Problematik seines Unterfangens bewußt, versucht *Welwei* zunächst einmal »Begriff und Wesen der Polis« zu bestimmen (9-19). Das muß aber schon deshalb mißlingen, weil er die einseitigen Vorstellungen eines Aristoteles über die Polis verknüpft mit modernen Termini wie Staat, Gesellschaft und Verfassung. Sein Klärungsversuch führt daher eher zur Verwirrung, zumal er immer wieder einschränkende und widersprechende Fakten mitheranzieht. So kommt es auch, daß seine Darstellung mit dem 2. Jahrtausend beginnt, obwohl er den Beginn der Polis ins 8./7. Jahrhundert legt, und daß sie mit dem Ende des 5. Jahrhunderts aufhört, weil ihm die Verhältnisse des 4. Jahrhunderts zu komplex erscheinen (»Eine Darstellung ... hätte ... eine Fülle von Einzelproblemen zu beachten«, 19). Das ist insofern zu bedauern, weil gerade die Klärung des Prozesses, wie die griechischen Poleis im 4. Jahrhundert in großflächige Staatsgebilde aufgegangen sind, Entscheidendes über das Wesen der Polis hätte zutage fördern können.

Was der Verfasser unter Gesellschaft heute und besonders in der griechischen Antike versteht, bleibt unklar (14ff.). Die Problematik, für die griechische Polis, die keine Verfassung kannte, von einer Verfassung zu sprechen, sieht er wohl auch (11), was ihn nicht hindert, den Begriff ständig zu verwenden. Es scheint, daß er der Versuchung erlegen ist, seinen Gegenstand mittels moderner Termini zu »aktualisieren«, ein völlig ahistorisches Vorgehen. So spricht er zum Beispiel von »Machthabern«, »Machtergreifung«, den »zwei Großmächten«, »Parteilinie«, »Funktionärselite«, von »Koalition«, »Aufrüstung«, »sozialer Mobilität«, »Synode« usw. Wenn solche Vokabeln auch manchmal von ihrer lexikalischen Bedeutung her zutreffend sind, so liegt es doch auf der Hand, daß sie beim heutigen Leser Vorstellungen hervorrufen, die irreführend sind. Schon die Bezeichnung einer griechischen Flotte als »Seestreitkräfte« — athenische Kampfschiffe waren Ruderboote von etwas mehr als 30m Länge — ergibt ein völlig verzerrtes Bild.

Eine Verfassungstypologie (12) oder eine feste Terminologie zur Polis, von der der Verfasser spricht, hat es nie gegeben. Selbst Platon und Aristoteles verstehen unter *demokratia* Grundverschiedenes. Die Vokabel kommt ohnehin erst um 425 v.u.Z. auf, freilich als Schimpfwort im Sinne von »Herrschaft der unteren Schichten«. Somit bleibt das Buch eine griechische Geschichte, die sich am Politischen und den führenden Per-

sönlichkeiten orientiert. Der Hauptteil der athenischen Geschichte ist schon in den Überschriften nach »großen Männern« gegliedert (Solon, Peisistratos, Kleisthenes, Kimon, Ephialtes und Perikles). Ansonsten steht im Mittelpunkt die Geschichte Spartas (95-150) und Athens (150-270).

»Das Buch«, so heißt es, »wendet sich vornehmlich an Studenten und Lehrer der alten Sprachen und der Geschichte sowie an einen historisch interessierten breiteren Leserkreis.« (17) Diesem Leserkreis wäre zu raten, sich anhand anderer reichlich vorhandener Literatur zu informieren, zumal neben den erwähnten grundsätzlichen Mängeln der Stil des Verfassers verwirrend ist. Neben nichtssagenden Feststellungen (z. B. 44: »Schlechte Wirtschaftsführung, aber auch Unglück und Mißernten konnten leicht zur sozialen Deklassierung führen. Andererseits bot sich dem tüchtigen und planenden Landwirt auch die Möglichkeit, durch Erwerb weiterer Grundstücke seinen Kleros zu vergrößern.«) verunsichert der Verfasser seine Leser durch ständiges Zurücknehmen von Behauptungen und das Vermeiden präziser Aussagen. Schließlich finden sich schwer verständliche Passagen, zum Beispiel folgende: »Die Tendenz der Ausweitung persönlicher Macht durch Ausdehnung des Eigenbesitzes wurde durchkreuzt von einem Entwicklungsprozeß, der im Zuge der Einführung weiterer 'Magistrate' und einer präziseren Regelung ihrer Aufgaben und ihrer Einsetzung sowie auch durch die Formalisierung des Verfahrens bei Rechtsstreitigkeiten zu einer zunehmenden Verfestigung der die Polisgemeinschaft konstituierenden sozio-politischen Strukturen führte, so daß die personengebundenen Ordnungsfunktionen des adligen Herrn außerhalb seines Oikos gegenüber den Kompetenzen der übergeordneten Institutionen des Gemeinwesens sich wieder zurtückentwickelten.«

Seinem Anspruch wird das Buch nicht gerecht. Nützlich sind die Literaturangaben im Anmerkungs- (302-320) und die Auswahl der Monographien (323-326). Das Register (327f.) ist zu knapp, um das Buch als Nachschlagewerk benutzen zu können.

Einen Teilaspekt der griechischen Geschichte behandeln die »Studien zum attischen Seebund«. *Jack Martin Balcer* (Miletos [IG².22 I³.21] and the Structures of Alliances) beleuchtet anhand einer Neuinterpretation dieser fragmentarisch erhaltenen Inschrift aus der Mitte des 5. Jahrhunderts v. u. Z. die Frage, warum Milet, das sich zunächst gegen die Perser erhoben und zum Verbündeten Athens geworden war, später gegen Athen rebellierte, was zu den strengen athenischen Reglementierungen führte, die in der Inschrift festgehalten sind. — *Hans Joachim Gehrke* behandelt in seinem Beitrag (Abfall und Stasis. Zur Interdependenz von innerer und äußerer Politik in einigen Seebundstaaten) als Teilergebnis einer künftigen Monographie das Verhältnis zwischen den inneren Machtverhältnissen der Bündnisstädte Kolophon, Torone, Samos, Thasos und Milet und ihrem Widerstand gegen die athenische Vorherrschaft im Attischen Seebund, wobei er — hauptsächlich gestützt auf Thukydides — zu dem Ergebnis kommt, daß diese Rebellion nie in politischen Programmen begründet waren, sondern von politischer Zweckmäßigkeit diktiert wurden. — *Kurt A. Raaflaub* zeigt in einer lesenwerten Analyse (Athens »Ideologie der Macht« und die Freiheit des Tyrannen) die Entstehung und Propagierung der ideologischen Rechtfertigung Athens für seine tyrannische Herrschaft über seine Bündner. Das Streben nach Freiheit sei verabsolutiert worden, frei könne aber nach Athens Auffassung nur ein Tyrann sein, der zwar brutal, aber mit uneingeschränkter Macht herrsche. Aufgrund dieser Argumentation habe Athen sogar bereitwillig den Vorwurf seiner Gegner, eine tyrannische Stadt zu sein, aufgenommen. — *Wolfgang Schuller* (Wirkungen des Ersten Attischen Seebundes auf die Herausbildung der athenischen Demokratie) geht der vieldiskutierten Frage nach, inwieweit die Existenz dieses Seebundes und vor allem die Beteiligung unterer sozialer Schichten Athens an der Herrschaft den Demokratisierungsprozeß in Athen beschleunigt habe. Er kommt zu dem Schluß, daß die demokratischen Institutionen älter seien als die Ausweitung des

Seebundes, so daß kein ursächlicher Zusammenhang bestehe. Lediglich die Ausformung der Demokratie sei dadurch beschleunigt und intensiviert worden.

Alois Dreizehnter (Berlin/West)

Hieber, Lutz, und Rudolf Wolfgang Müller (Hrsg.): Die Gegenwart der Antike. Zur Kritik bürgerlicher Auffassungen von Natur und Gesellschaft. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1982 (256 S., br., 38,- DM)

Der Sammelband vereint elf Beiträge einer Tagung in der Universität Hannover, bei der es darum ging, die Antike aus jenem selektiven Zugriff zu befreien, den wir aus der Schule kennen. Die klassische Antikerezeption, so die Herausgeber, »diente der Bildung ... des bürgerlichen Menschen, der mit der Fähigkeit zu rationaler Selbstdisziplinierung zugleich die Fähigkeit zu sachlicher, berechnender Herrschaft über Dinge und Menschen erwarb. Die Antike ist wesentlich etwas sehr anderes ...« (7). Dies zu zeigen, gelingt den Autoren in vielfältigen, spannend zu lesenden Aufsätzen zu Sexualität, Wissenschaftsbegriff, Cäsarismus und Cicero, Medizin und schließlich zur Renaissance des altsprachlichen Unterrichts. Vorweg muß man sich verdeutlichen, daß der Begriff »bürgerlich« hier ganz weit gefaßt wird, wie Adolf Holl in seinem Beitrag über den Heiligen Augustinus und den »Zug nach unten« (sozusagen den Drang der Bürgersöhne zum Spielen mit den Schmuttelkindern) auch ausführt (61).

Man möchte an vielen Stellen einhaken und mitdiskutieren, zum Beispiel bei der präzisen und umsichtigen Erarbeitung der Beschränkungen Ciceros bei der Analyse der Krise der Republik, die Callies beisteuerte. Herausgegriffen sei der Aufsatz von Cancik-Lindemaier/Cancik über »Gesellschaftliche Bedingungen der römischen Erotik«. Ausgehend von dem Zitat »in pudicitia ... in servo necessitas« — »bei einem Sklaven ist Schamlosigkeit eine Notwendigkeit« — wird die spezifische Form der doppelten Moral in Rom herausgearbeitet: die Differenzierung der sexuellen Arbeiten zugunsten des pater familias — Prostitution — Erzeugung von Nachkommenschaft durch die Ehefrau — »delicatio« durch Sklaven, zum Beispiel im Bereich der Homoerotik durch »pueri delicati«. Wichtig der Nachweis, daß es in der römischen Gesellschaft keine religiös motivierte Askese gab — verblüffend aber dann, daß trotz der vorzüglichen Darstellung der sozialen Bedingungen dieser Askeselosigkeit die Überlegung angestellt wird, Sadismus und Masochismus seien vielleicht christlichen Ursprungs, da sie in der vorchristlichen römischen Literatur nicht belegt seien (46). Was träumten denn die pueri delicati, die ja keine Chance hatten, ihre Ängste und Zwänge literarisch zu dokumentieren?

Fraglich bleibt insgesamt, ob die Rekonstruktion der Antike als Modell des möglichen Anderen, so wichtig sie als Ideologiekritik ist, in der Bildungspolitik nicht doch letzten Endes jenen in die Hände arbeiten wird, die den Sammelband nicht wirklich lesen, aber in ihr Arsenal zur Verteidigung des Lateinunterrichts aufnehmen werden. So gelingt es R.W. Müller überzeugend, die Zurichtung des Zeitbegriffs auf Vergangenheit / Gegenwart / Zukunft im Lateinunterricht vom Griechischen her als gemacht, als historisch zu kritisieren. Man hätte diese Kritik allerdings auch vom Aspekt in den slawischen Sprachen her begründen können — und damit hätte man zugleich in literarische Kontexte lebender Sprachen eingeführt, zu denen eine Vielfalt von Interpretationen vorliegt. Der Lateinschüler muß ja doch erst einmal durch den ganzen, in Jahrhunderten kanonisch gewordenen Zugang hindurch, bevor er beim Griechischen zu solchen Einsichten kommen kann. Eine persönliche Erinnerung des Rezensenten: Da wir einen ausgezeichneten Lehrer hatten, wurde uns im Griechisch-Unterricht in der Sekunda der Vergleich der Verbformen mit dem Lateinischen zur Entdeckung. Aber wir waren 9 (neun) Gymnasiasten eines Jahrgangs in einer Stadt von über 200 000 Einwohnern! Trotzdem: Für alle, die sich durch ihr Latein hindurchgeackert haben, bietet das Buch eine erhellende, befreiende Sicht auf die Antike.

Hans-Heinrich Nolte (Hannover)

Soziale Bewegungen und Politik

Jessop, Bob: The Capitalist State. Martin Robertson & Company Ltd., Oxford 1982 (296 S., br., £ 5.95)

Dieses Buch enthält eine ausgezeichnete Aufarbeitung marxistischer Theorien über den kapitalistischen Staat. Der Schwerpunkt liegt auf nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten Konzeptionen: Stamokap-Theorien, Ableitungsdebatte und im Anschluß an Gramsci entworfene Positionen; eingeleitet mit einer Relektüre Marx-Engelscher Beiträge zur Staatstheorie, beschlossen mit einem Projektvorschlag für künftige Forschung in diesem Feld, deckt dieses Buch alles Verfügbare zur Theorie des kapitalistischen Staates ab. Hier sollen Jessops Eingriffe in die aktuellsten Diskussionen vorgestellt werden. Dies betrifft vorwiegend Ansätze, die Gramscis Hegemonietheorie für staatstheoretische Konzeptionen ausgewertet haben. Neben einer diskursanalytischen Untersuchung des Staates von Laclau und Mouffe steht die Staatstheorie von Nicos Poulantzas — ihm ist diese Arbeit gewidmet — im Mittelpunkt. »Mein eigener Ansatz zur Staatstheorie beabsichtigt die Mittel bereitzustellen, um marxistische Perspektiven mit anderen Bezugspunkten und Erklärungsprinzipien zu verbinden, so daß konkrete, komplexe Erscheinungen adäquat theoretisiert und erklärt werden können.« (228)

Das Politische und den Staat bestimmt Poulantzas durch ihre Funktion als Kohäsivfaktoren klassengeteilter Gesellschaftsformationen. Jede besondere Funktion eines besonderen Staates wird durch diese allgemeinste Funktion überdeterminiert. Die *Verdichtung der Klassenverhältnisse* im Staat ermöglicht es ihm, zwischen den Klassen vermittelnd, dennoch zugunsten der herrschenden Klassen zu agieren (158-160). Als charakteristische Struktur der kapitalistischen Produktionsweise bezeichnet er die Trennung des Politischen vom Ökonomischen. Sie ist ein Effekt der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, der unmittelbare, außerökonomische Macht zur Aneignung von Mehrarbeit und damit die Anwesenheit des Staates in der Ökonomie überflüssig macht. Staatsmacht dient nunmehr zur Aufrechterhaltung der äußeren Produktions- und Ausbeutungsbedingungen. Die politischen Interessen der Klassen sind im Staat repräsentiert. Daraus ergebe sich — so mit Poulantzas auch Jessop — die Möglichkeit, »sui generis Konzepte« des kapitalistischen Staates ökonomischen Ableitungen vorzuziehen (160-162).

Poulantzas untersucht, wie der kapitalistische Staat den Zusammenhalt der Gesellschaftsformation gewährleistet. Im juristisch-politischen Bereich findet er die *Individualisierung* als beständigen Prozeß der Desartikulation von Klassenantagonismen. Die ökonomischen Agenten werden nicht als Mitglieder einer Klasse, sondern als Rechtssubjekte und daher als wechselseitig isolierte Individuen oder fragmentierte Gruppen von Arbeitern und Kapitalisten angerufen, im Feld des politischen Klassenkampfes als individuelle Bürger oder politische Gruppierungen. Komplementär steht hierzu der *Vereinheitlichungseffekt*, der die Individuen als Bürger des nationalen Staats zusammenfaßt. Die Anordnung der Staatsapparate bewirkt hierarchisch zentralisierte Entscheidungsprozesse, partielle Nicht-Entscheidungen, Funktionsverschiebungen zwischen Machtzentren und verfügt über Praktiken der politischen Repräsentation, die sich als *strukturelle Selektivität* gegenüber Interessen bemerkbar machen; einerseits zur Sicherung der Hegemonie der herrschenden Klassen, andererseits zur unterordnenden Einordnung der beherrschten Klassen in den Staatsapparat. Der Kampf um Hegemonie seitens der beherrschten Klassen muß die Reorganisation der Anordnung und Wirkungsweise der Staatsapparate betreiben (162-167).

Den Ansatz von Laclau und Mouffe zur Hegemonietheorie referiert Jessop und untersucht ihn auf seine Brauchbarkeit für eine materialistische Staatstheorie. Laclau und Mouffe argumentieren, *alle* gesellschaftlichen Verhältnisse leiteten ihren gesellschaftlichen Charakter aus *diskursiver Konstitution* ab. Daher könne auch der Zusammenhalt

der Gesellschaftsformation nicht mehr als notwendige Korrelation von Basis und Überbau gedacht werden, sondern er hänge von der Artikulation in diskursiven Praxen ab. So seien Klassenantagonismen nicht in die Produktionsverhältnisse eingeschrieben, sondern sie seien als Resultat einer klassenspezifischen Anrufung von Subjekten zu begreifen. Klassenkampf bedeute zunächst Kampf *zur Konstitution* von Klassensubjekten, bevor er Kampf *zwischen* Klassensubjekten sein könne (195/196). Der Kampf um Hegemonie werde um die Artikulation diskursiver Elemente in einem ideologischen Ensemble geführt, das den Interessen der Hauptklassen diene. Als Arten diskursiver Konstitution werden die *differentielle Artikulation* und die Bildung von *Äquivalenzketten* vorgestellt. Die erste beruhe auf der Strategie, ideologische Antagonismen in bloße Differenzen zu desartikulieren (z.B. die Desartikulation des Klassenantagonismus im national-popularen Diskurs), die zweite baue umgekehrt bloße Differenzen zu unversöhnlichen Gegensätzen um (z.B. der Apartheidisdiskurs verwandelt Unterschiede der Hautfarbe in rassistische Antagonismen). Für staatstheoretisch besonders relevant hält Jessop, daß eine a-priori-Bevorzugung der Klassen als soziale Kräfte verworfen wird und daß, wenn jede Gesellschaft eine Vielfalt von Subjekten umfaßt, Hegemonie in Begriffen der diskursiven Artikulation von Subjekten gefaßt werden muß. Für die Hegemoniefähigkeit der Klassen ist damit ausschlaggebend, wie die Interessen anderer sozialer Subjekte in den Klassendiskurs eingebaut werden können. Weiter hebt er hervor, daß sich politische Strategien auf die verschiedenen diskursiven Mechanismen richten müssen, die den politischen Kräften zur Artikulation ihrer Interessen zur Verfügung stehen (195-199). Allerdings merkt Jessop auch den latenten Textreduktionismus dieser Position an. Obwohl Laclau und Mouffe ausdrücklich bemerken, »Diskurs« bedeute mehr als Text, beschränkt sich ihre Arbeit auf Texte. Und: »Tatsächlich findet es wenig Beachtung, daß außerdiskursive Bedingungen nicht nur durch die vorherige Vermittlung durch den Diskurs wirksam sind, sondern auch nachträglich durch empirische Notwendigkeiten ...« (199/200).

Kontrovers zu ökonomistischen und klassenreduktionistischen Theoretisierungen, entlang einer Auseinandersetzung mit Poulantzas einerseits, Laclau und Mouffe andererseits, entfaltet Jessop seinen eigenen Ansatz. Dabei orientiert er sich an vier Leitlinien, die eine marxistische Staatstheorie berücksichtigen sollte. Der Staat wird als »... ein Satz von Institutionen, der nicht qua institutionellem Ensemble Macht ausüben kann« (221), definiert. Den Vorteil einer solchen Bestimmung sieht Jessop darin, daß der Staat einer Gesellschaftsformation mit kapitalistischer Produktionsweise nicht notwendig mit einer kapitalistischen Natur versehen oder als Instrument der herrschenden Klasse begriffen werden muß. So könnten vielmehr bei wechselnden Anordnungen der Staatsapparate komplexe, wechselnde Dominanzverhältnisse von sozialen Kräften im Staat gedacht werden. Diese politischen Kräfte »... existieren nicht unabhängig vom Staat: sie werden teilweise durch seine Repräsentationsformen, seine interne Struktur und seine Interventionsformen gestaltet« (221). Diese These bezieht sich auf den von Poulantzas eingeführten Begriff der strukturellen Selektivität der Staatsapparate zugunsten der herrschenden Klassen. Jessop bemüht sich dagegen, wechselnde Auswirkungen wechselnder institutioneller Anordnungen auf die politischen Kräfteverhältnisse zu denken. Während Poulantzas dazu neigt, die herrschenden Klassen mit einem Garantiemechanismus für die kapitalistische Natur des Staates auszurüsten, will Jessop die Institutionenanordnungen als sich verändernde Bedingungen des Konstitutionsprozesses aller im Staat repräsentierter sozialen Kräfte begreifen (221-224).

Die These, Staatsmacht sei »... ein komplexes gesellschaftliches Verhältnis, das das wechselnde Verhältnis der sozialen Kräfte in einer konkreten Situation widerspiegelt« (221), zielt auf eine Unterscheidung von Staatsmacht und ökonomischer Macht und auf die Differenzierung von Staatsformen. Der »institutionell formbestimmte« Vermitt-

lungsprozeß der Staatsmacht entscheidet einerseits über das Gewicht ökonomischer Macht im Staat und ermöglicht andererseits, Staatsformen gemäß dem relativen Gewicht der verschiedenen Zweige des Staatssystems zu unterscheiden. In einer letzten Leitlinie formuliert Jessop das Verhältnis von Staatsmacht und Produktionsweise unter Berücksichtigung der Effekte von Staatsinterventionen auf den kapitalistischen Akkumulationsprozeß: »... Staatsmacht ist kapitalistisch, soweit sie die für den kapitalistischen Akkumulationsprozeß erforderlichen Bedingungen in einer gegebenen Situation schafft, erhält oder wiederherstellt, und nicht-kapitalistisch, soweit sie diese Bedingungen nicht realisiert« (221). Auf diese Weise soll den widersprüchlichen, uneinheitlichen Politiken Rechnung getragen werden, deren Auswirkungen auf einen ebenso widersprüchlichen und wendigen Akkumulationskurs unkontrollierbar sind und daher keine Garantie für den kapitalistischen Charakter der Staatsmacht ausstellen können (225/226).

In Ausführung seiner Leitlinien erläutert Jessop, wie er sich den politischen Prozeß im institutionellen Ensemble des Staats vorstellt. Staatsformen und Regimetyperen werden als variable Fügungen von Formen politischer Repräsentation, interner Organisation und Intervention beschrieben. Die Verfügbarkeit des Staates für unterschiedliche politische Kräfte hängt von der spezifischen Konstellation dieser Formen ab. Als *Formen der Repräsentation* nennt er Klientelismus, Korporatismus, Parlamentarismus und Pluralismus. Während der Parlamentarismus die politische Zersetzung der ökonomischen Kategorien fördere, indem er die Angehörigen ökonomischer Klassen als individuelle Bürger anruft, dränge der Korporatismus zur Organisation der ökonomischen Klassen im Staatsapparat; während Klientelismus und Korporatismus die partikularistische Reproduktion von ökonomisch-korporativen und bürgerlich-korporativen Interessen unterstütze, steile Parlamentarismus ein Medium dar, durch das politische Parteien Unterstützung für ein hegemoniales Projekt mobilisieren können. Entscheidend für deren Umsetzung sei die *interne Organisation* der Staatsapparate zur Koordination ihrer teils widersprüchlichen Aktivitäten. Um dem Projekt zuwiderlaufende Interessen von seiten der Staatsangehörigen auszuschließen oder unwirksam zu machen, erfordere jeder Wechsel einer hegemonialen Strategie die Reorganisation der internen Struktur der staatlichen Institutionen. Für die Unterscheidung von Regimetyperen bekommt die interne Organisation besondere Bedeutung; während »normale Regime« durch eine relative Dominanz der Repräsentationsformen gekennzeichnet seien, zeichneten sich »außergewöhnliche Regime« durch Vorherrschaft von Militär, politischer Polizei, faschistischer Partei oder Bürokratie aus. Als letzter Aspekt des Staatsgefüges werden *Formen der Intervention* ausgeführt: formelle und substantielle Erleichterung der allgemeinen Produktionsbedingungen des Kapitalismus, formelle und substantielle Unterstützung vereinzelter ökonomischer Agenten und Lenkung durch unmittelbaren Eingriff in die Autonomie ökonomischer Subjekte. Die Analyse einer konkreten ökonomischen Situation erfordere nun die Untersuchung der komplexen Verbindung von Interventionsstrategien und unterschiedlichen Formen der Kapitalzirkulation und ermögliche so auch eine Periodisierung der kapitalistischen Produktionsweise. Ob *laissez-faire*, monopolistischer oder staatsmonopolistischer Kapitalismus, hänge von der Dominanz dieser oder jener Eingriffsstrategie des Staates im Rahmen widersprüchlicher und vielfältiger ökonomischer Mikropolitiken ab (228-241).

In Anlehnung und Erweiterung der Mouffe-Laclauschen Hegemoniekonzeption untersucht Jessop die Fragen, wie Unterstützung hinter Politiken, Programmen und hegemonialen Projekten mobilisiert wird und wie Widerstand gegen sie organisiert werden kann. Hier hebt er zum einen das Problem des Verhältnisses ökonomischer und politischer Klassenkonstitution hervor und argumentiert, daß für den Klassenkampf die Determination im Feld der Produktionsverhältnisse lediglich *ein* Bezugspunkt des Klassendiskurses sei und sie Grenzen für Interaktion und Bündnisse verschiedener sozialer Kräfte

te darstellen könne. Wichtig für den Erfolg von Projekten sei aber auch, wie Klassenkräfte angerufen und organisiert werden und wie auch Nicht-Klassenmitglieder in den Klassendiskurs integriert werden können. »In diesem Sinn kann gesagt werden, daß die Ausübung von Hegemonie Nicht-Klassenkräften eine Klassenrelevanz zuweist ...« (243). Erfolgreiche Mobilisierung sei aber nur dann möglich, wenn es gelinge, die Einzelinteressen durch die Repräsentation des Allgemeininteresses, etwa vermittels eines national-popularen Programms, zu befriedigen. Zum anderen komme es für ein politisches Projekt darauf an, wie Widerständen oder alternativen Projekten begegnet werde. Dies könnte zum Beispiel durch die institutionelle Einbindung solcher Kräfte im Rahmen einer Reorganisation der Repräsentationsformen erreicht werden (241-247).

Im Anschluß an seine Definition des Staatsapparates bestimmt Jessop Staatsmacht, entgegen der Poulantzaschen Definition, nicht als formbestimmte Verdichtung von Kräfteverhältnissen zwischen *Klassen*, sondern als formbestimmte Verdichtung *aller* gesellschaftlichen Kräfte. Zu den Nicht-Klassenverhältnissen werden insbesondere die Verhältnisse zwischen Volk und Obrigkeit (officialdom) gerechnet. »Wenn wir uns auf die Verhältnisse zwischen den politischen Gruppierungen beziehen, ist es möglich, eine Determinationsachse 'Volk — Obrigkeit' parallel zur Klassenachse ... zu errichten.« (248) Als »Volk« werden die den Staatsinterventionen Unterworfenen, wie Steuerzahler, Kriminelle, Bürger etc., als »Obrigkeit« die Staatsagenten bezeichnet. Die Unterscheidung von Klassen- und Volk-Obrigkeitsverhältnissen wird auf die Differenzierung von Regimetypen bezogen: Jessop sieht *bürokratischen Despotismus* dort, wo Volk-Obrigkeitsverhältnisse, *demokratische Regierungen* dort, wo die Repräsentationsorgane dominant sind. In sozialistischer Perspektive geht es ihm um die Bedeutung popular-demokratischer Kämpfe zwischen Volk und Obrigkeit, die eine Unterscheidung von *reiner Demokratie* und *Klassendemokratie* notwendig machen. In letzterer werde der demokratische Prozeß durch klassenbedingte Ungleichheiten begrenzt und behindert. Ihre Überwindung erfordere den popular-demokratischen Kampf, der in sozialistischen Strategien berücksichtigt werden müsse (247-252).

Die Überwindung von Ökonomismus, Klassenreduktionismus und Instrumentalismus in der Staatstheorie kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die eigentliche Stärke Jessops muß aber darin gesehen werden, in dieser Front nicht in den entgegengesetzten Fehler zu verfallen: ökonomische Verhältnisse, Klassenverhältnisse und die Materialität staatlicher Institutionen zu vernachlässigen. Die Erweiterung der Staatstheorie um die Volk-Obrigkeitsverhältnisse, die Theoretisierung wechselnder Anordnungen des Staatsgefüges, die Hinweise auf die Feinmechanik staatlicher Organisation, die Vorarbeit für eine differenzierte Analyse der Beziehungen zwischen unterschiedlichen und widersprüchlichen Repräsentationsformen nehmen dem Staat den monolithischen Charakter und zeigen neue Eingriffsmöglichkeiten.

Thomas Faust (Berlin/West)

Süllow, Bernd: Korporative Repräsentation der Gewerkschaften. Zur institutionellen Verbandsbeteiligung in öffentlichen Gremien. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1982 (146 S., br., 34,- DM)

Nach einem kurzen Überblick über die historischen Wurzeln und die Entwicklung des Korporatismusbegriffs entfaltet Süllow sein Konzept des »parzellierten Korporatismus«. Darunter versteht er »eine institutionalisierte Form der Beteiligung von Interessenverbänden in ständigen Gremien, Ausschüssen, Arbeitskreisen, Beiräten u.ä.« (37), in denen durch fachliche Kompetenz ausgewiesene Vertreter über Sach-, Einzel- und Detailfragen verhandeln (39). Dabei leitet ihn die Hypothese, »daß korporative Vermittlungsversuche, die auf eine Einbeziehung der Gewerkschaften zielen, dann mit erhöhten Erfolgsaussichten ausgestattet sind, wenn sie sich auf parzellierter und spezialisierter Ebene bewegen« (14), vor allem, weil sie durch ihre Funktionsweise (Fachkompetenz, Sachdis-

kussion und äußerst geringe Öffentlichkeitswirkung, 131) zur Verminderung der daraus resultierenden innerverbandlichen Spannungen beitragen (130f.). Eine — bislang unterbliebene — systematische Erfassung »korporativer Gremien«, des Ausmaßes gewerkschaftlicher Beteiligung und ihrer Arbeitsweise erfolgt durch Befragungen und Quellenauswertung. Dabei stellt Süllo fest, daß bis auf eine Ausnahme alle Gremien der staatlichen Administration zugeordnet sind (55), der durchschnittliche Anteil der gewerkschaftlichen Gremiensitze 16,4% beträgt (84) — was Heterogenität und Selektivität der Beteiligungsstruktur deutlich machen soll (77, 85) — und daß die Gewerkschaften »nicht akquisitiv, sondern protektiv« (110) tätig sind, d.h. in erster Linie Vetopositionen einnehmen.

Die vorliegende Arbeit bringt zwar einiges Licht in eine »offensichtliche 'Grauzone' des politischen Institutionensystems der Bundesrepublik Deutschland« (6), trägt aber zur aktuellen Neokorporatismus-Diskussion nur insofern bei, als sie zu einer stärkeren begrifflichen Klärung und Abgrenzung nötigt. Gerade die Betonung der institutionalisierten Form und der Parzellierung der Thematik erschweren eine Unterscheidung vom pluralistischen pressure-group-Verhalten und widersprechen sowohl den Erkenntnissen aus dem »Musterfall« Österreich (Verallgemeinerung des Geltungsbereiches und formelle und inhaltliche Unterdeterminiertheit als Kennzeichen der Paritätischen Kommission [B. Marin, Wie ist die »Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft« möglich?, in: ÖZP 3/1983]) als auch der vom Autor gewählten Linie in der Neokorporatismus-Diskussion. So betont Lehmsbruch (Wandlungen der Interessenpolitik im liberalen Korporatismus, in: Alemann/Heinze, Verbände und Staat, Opladen 1979) die »Logik des Austauschs« als Grundlage korporatistischer Arrangements, für die eine organisatorische Konzentration und simultane Verarbeitung verschiedener Problembereiche notwendig sind. Aus der Sicht des Staates dient dabei die Einbeziehung der Gewerkschaften primär nicht der Gewinnung von Sachinformationen, sondern der Instrumentalisierung ihrer Steuerungs- und Konsensressourcen. Mit der Feststellung der Relevanz staats- und gesellschaftstheoretischer Überlegungen (128f.) greift Süllo in seinen Schlußbemerkungen ein zentrales Defizit der Neokorporatismustheorie auf; ein Mangel, der auch auf seine Arbeit zutrifft.

Josef Schmid (Konstanz)

Mielke, Siegfried (Hrsg.): Internationales Gewerkschafts-Handbuch. Verlag Leske + Budrich, Opladen 1983 (1263 S., br., 98,- DM)

Dieses Buch füllt eine jener sprichwörtlichen Lücken, die zuletzt das von Ludwig Heyde 1931/32 herausgegebene »Internationale Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens« geschlossen hatte. Mielke verfolgt ein kaum weniger ambitiöses Ziel als Heyde mit dem früheren Handwörterbuch. Im *ersten* Teil werden die Internationalen Bünde der freien, kommunistischen und christlichen Gewerkschaftsorganisationen sowie die Internationalen Berufssekretariate und der Europäische Gewerkschaftsbund abgehandelt. Der zweite Teil umfaßt acht Übersichtsartikel über die Gewerkschaften in kapitalistischen Industriestaaten (K. v. Beyme), in staatssozialistischen Ländern Osteuropas (H. Horn), in Afrika (F. Ansprenger), in Lateinamerika (P. Waldmann), in Asien (R. Hanisch und O. Weggel) sowie in Nahost (H. Kruse). Der *dritte* Teil des Buches, der fast 90 Prozent (über tausend Seiten) des Volumens ausmacht, umfaßt 162 Ländermonographien (Ägypten bis Zypern) sowie 14 weitere Länderstudien abhängiger Gebiete. Berücksichtigt wurden, heißt es im Vorwort, »alle Länder — bis auf Andorra, Bhutan und die Malediven, wo es keinerlei Ansätze für eine Gewerkschaftsbewegung gibt«. Ich muß gestehen, daß das Buch bei mir eine kuriose Neugier auf Gewerkschaftsbewegungen von Zwergstaaten wie Tuvalu (8000 Einwohner) oder Vanuatu (112000 Einwohner) weckte. Wer hätte schließlich vor einigen Monaten daran gedacht, daß ein Zwergstaat wie Grenada ins Zentrum der Weltöffentlichkeit rücken würde. Jetzt können wir in Mielkes

Handbuch nachlesen, daß — vor der US-amerikanischen Invasion — die grenadischen Arbeiter zu 80 Prozent in 12 Einzelgewerkschaften organisiert waren.

Die 130 Autoren, die Beiträge zu diesem Handbuch schrieben, haben eine Menge von Fakten, Daten und Hintergrundinformationen zusammengetragen. Jeder einzelne Beitrag ist mit Gewinn zu lesen. Allein wenn man sie miteinander vergleicht, fällt nicht nur die unvermeidliche Heterogenität der Darstellung ins Auge, sondern auch das ungleiche Maß an Informationen, das sie bieten. Trotz des vorgegebenen Rasters mit neun Haupt- und diversen Unterpunkten fallen selbst die Monographien vergleichbarer Länder wie die der großen westeuropäischen Industrienationen höchst unterschiedlich aus. Ich habe die Artikel über die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien und Schweden in einem Seminar über europäische Gewerkschaften benutzt und dabei festgestellt, daß die Fülle nützlicher Informationen nicht von der Seitenzahl abhängig ist. Der Artikel über Schweden (C. Fenner) beispielsweise bietet auf knappem Raum (14 Seiten) einen ausgezeichneten Überblick über die wesentlichen Zusammenhänge und geschichtlichen Ereignisse des Modells Schweden; der Leser erfährt die wichtigsten Daten und Fakten über die drei großen Gewerkschaftsbünde und erkennt — en passant —, worauf der erstaunlich hohe Organisationsgrad von durchschnittlich 80 Prozent (Arbeiter 95%, Angestellte 75%) beruht: auf der Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung durch die Gewerkschaften. Als vorbildlich für einen Handbuchartikel fand ich den Beitrag über Frankreich (P. Jansen / G. Kirsch). Nach einer informativen historischen Einleitung stellen die Autoren Organisationsstruktur und Mitgliederentwicklung, Programmatik und betriebliche Interessenvertretung detailliert und anschaulich mit Hilfe von Tabellen, Schaubildern und vergleichenden Übersichten dar. Die Beiträge über Großbritannien (G. Degen) und Italien (R. Klaus) lassen Arbeitsschwerpunkte der Verfasser erkennen — als Handbuchartikel sind sie lückenhaft. So erfahren wir im Falle Großbritanniens weder etwas über die gewerkschaftliche Programmatik noch über den Organisationsgrad und die Mitgliederzusammensetzung. Im Beitrag über Italien wird die Gewerkschaftsgeschichte nach 1945 mit vielen, zum Teil unnötigen Details abgehandelt, auf der anderen Seite endet die Darstellung der Programmatik mit dem Jahr 1970 und bleiben die Angaben über Mitgliederentwicklung, Mitgliederbestand und Organisationsgrad lückenhaft und ungenau. Mir ist unverständlich, warum die Autoren sich nicht des umfangreichen Datenmaterials bedienen, das über die Mitgliedschaft sowohl der britischen wie der italienischen Gewerkschaften vorliegt.

Ein Manko, das fast alle Artikel aufweisen, ist die stiefmütterliche Behandlung der Tarifpolitik sowohl in ihren formalen als auch inhaltlichen Aspekten. Ich vermute, daß dies mit der Tatsache zusammenhängt, daß die meisten Autoren aus der Politikwissenschaft kommen. Insgesamt betrachtet, ist das Handbuch ein wichtiges Nachschlagewerk, das eine schnelle (wenn auch nicht immer umfassende) Information über historische Entwicklungen und gegenwärtige Strukturen der Gewerkschaften in allen Ländern der Erde bietet.

Walther Müller-Jentsch (Paderborn)

Strübel, Michael: Neue Wege der italienischen Kommunisten. Zur Außen- und Sicherheitspolitik der KPI (1973-1981). Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1982 (424 S., br., 49,- DM)

Strübels zentrales Thema ist die »Verflochtenheit der KPI in das globale Beziehungsnetz«. Diese analysiert er auf verschiedenen Ebenen: Europa-Politik, internationale Politik, ideologisch-programmatische Vorstellungen, institutionalisierte und nichtinstitutionalisierte praktische Kooperation. Die KPI ist für ihn mehr als bloß eine eurokommunistische Partei; durch die Propagierung des »Neuen Internationalismus«, der ohne die Polyzentrismus-These Togliattis und die eurokommunistische Wende undenkbar wäre, hat sie einen wertvollen Beitrag zur Weiterentwicklung und Neugestaltung der interna-

tionalen Beziehungen geleistet. — Strübel hebt die enge Begrenzung der Ausarbeitung und Formulierung der Außenpolitik der KPI auf einen kleinen Kreis von Experten hervor. Neben dem Generalsekretär sind dies vor allem G.C. Pajetta, R. Ledda, S. Segre und Procacci. Obwohl nach den Parteistatuten die Definition der außenpolitischen Grundpositionen dem Parteitag obliegt, nehmen die Parteitagsdelegierten keinen Einfluß auf außenpolitische Entscheidungen. Aufgrund der stark entwickelten Kooptationsmechanismen, die zum Vorherrschen eines bestimmten Politikerstammes führen, erhebt sich zu Recht die Frage nach der Kontrolle dieser »Experten«, um der Gefahr einer Beeinträchtigung der Variationsbreite der außenpolitischen Willensbildung vorzubeugen.

Zu den innenpolitischen Determinanten der internationalen Politik der KPI gehört an erster Stelle die historisch gewachsene Hegemonialstellung einer Partei (DC) bei wechselnden Koalitionen sowie das Fehlen einer starken sozialistischen Partei. Außerdem wird ein Regierungswechsel in Italien durch das herrschende Wahlsystem erschwert, das ein modifiziertes Verhältniswahlrecht vorsieht und das eher personen- als programmorientiert ist. Die KPI steht seit Jahrzehnten vor dem Dilemma, wie eine Regierungsbeitragung zu erreichen ist, ohne dabei den Rückhalt bei den Wählern und Mitgliedern zu verlieren. Die Oppositionsrolle der KPI ist stark durch die Einbindung in den parlamentarischen Entscheidungsprozeß geprägt. Einzelne Parlamentsausschüsse und Kammern haben Gesetzgebungsbefugnisse, außerdem sind die Erfolgsaussichten für Oppositionsentwürfe im europäischen Vergleich in Italien am höchsten.

Bei der außenpolitischen Relevanz des innerparteilichen Wandels in den 70er Jahren hebt der Autor an erster Stelle die Neueinschätzung des Realen Sozialismus hervor, die zu einer Ablehnung des Vorbildcharakters der Sowjetunion führte sowie zu einer Autonomie auf internationalem und internationalistischem Gebiet. Die KPI sei inzwischen so stark mit den Strukturen und Prozessen des westlichen Systems verflochten, »daß dies nicht ohne Rückwirkungen auf ihre Gesamtpolitik, einschließlich modifizierter Positionsbestimmungen im Verhältnis zur UdSSR bleiben kann« (73). Bei der Formulierung einer realistischen Innenpolitik stellt die KPI bewußt die internationalen Rahmenbedingungen in Rechnung. Dies zeigte sich deutlich 1974/75, als die KPI ihre Bereitschaft bekundete, im Falle einer Machtbeitragung die internationalen Bündnisverpflichtungen Italiens zu akzeptieren.

In seiner Untersuchung der parlamentarischen Praxis der KPI zu Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik kommt der Autor zu dem Ergebnis, daß die KPI ihren programmatischen Anspruch bisher nicht eingelöst habe. Als Beispiele nennt er die Stimmenthaltung der KPI beim MRCA-Projekt, die positive Beurteilung von KPI-Sicherheitsexperten, in Europa hochentwickelte Waffen herzustellen, ihre unschlüssige Haltung zur Frage der Waffenexporte sowie ihre mangelnde nationale Mobilisierung gegen US-Stützpunkte. Auf supranationaler Ebene verhält sich die KPI nicht anders: So tritt sie ein für die Standardisierung und Interoperabilität der Waffensysteme und für die Schaffung einer europäischen Rüstungsagentur. Die Akzeptierung der NATO führte die KPI logischerweise zu einer größeren Distanz zu den sicherheitspolitischen Vorstellungen der Sowjetunion.

Außerst interessant für das sicherheitspolitische Verhalten der KPI ist ihre Entscheidung bei der Einführung neuer eurostrategischer Waffen durch die NATO. Nachdem die KPI zunächst eine stark moralisierende Haltung in dieser Frage eingenommen hatte, die die neuen eurostrategischen Waffen als »Gefahr für die westeuropäische Sicherheit« bezeichnete, da sie eine einseitige Verschiebung des Gleichgewichts durch eine erhöhte Nuklearrüstung zugunsten der USA bedeute, wurde bald Besorgnis über die Gefährlichkeit der SS 20 laut. R. Ledda forderte eine rasche Ratifizierung von SALT II, die sofortige Aufnahme von Rüstungskontrollverhandlungen unter Einbeziehung der eurostrate-

gischen Waffen sowie den Aufschub der Produktionsentscheidung des NATO-Rates. Eine klare Konzeption in der Raketenfrage war in der Partei zu diesem Zeitpunkt (Oktober 1979) nicht erkennbar. In einer KPI-Resolution zur aktuellen Sicherheitspolitik (18.10.1979) sprach sich die KPI für Direktverhandlungen zwischen NATO und WVO aus, »die den tatsächlichen Status der Nuklearwaffen in Europa verifizieren, und die dort, wo das Gleichgewicht verändert ist, dies korrigieren und auf das kleinstmögliche Niveau bringen.« In der ZK-Sitzung vom 15.11.1979 sprach sich Pajetta ebenfalls für sofortige Verhandlungen zwischen NATO und WVO aus, forderte die Aufschiebung des NATO-Beschlusses zu Pershing und Cruise-Raketen sowie ein Moratorium für die SS-20. In einer zweiten Resolution vom 29.11.1979 lehnte die KPI die NATO-»Nachrüstung« eindeutig ab, ebenso verhielt sie sich bei der Abstimmung im italienischen Parlament.

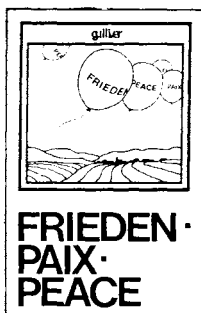
Man hätte sich in dieser Fallstudie auch einen Rekurs auf die italienische Friedensbewegung erhofft, um festzustellen, ob der sicherheitspolitische Entscheidungsprozeß zur Frage der neuen eurostrategischen Waffen auch durch die Bewegungen an der Basis mitbeeinflußt wurde. Ein Verweis auf die Auseinandersetzungen zu dieser Frage in der Parteipresse reicht m.E. nicht aus, um die KPI von dem Odium der »Experten-Partei« zu befreien. An anderer Stelle macht der Autor dieses Manko jedoch wett, indem er in recht anschaulicher Weise am Beispiel der Kommune Reggio Emilia zeigt, wie die Internationalismus-Arbeit der KPI von der Basis entscheidend mitgetragen wird (Unterstützung von FRELIMO und Swapo).

Ähnlich wie bei der Formulierung des »historischen Kompromisses«, bei der die CGIL eine entscheidende Vorreiterrolle spielte, tat sie dies auch bei der Durchsetzung einer neuen Europa-Politik der KPI. Die CGIL wurde zum »umgekehrten Transmissionsriemen« für die KPI (239). Bereits 1957 sprach sie sich für eine offene, positive und flexible Haltung in der EWG-Frage aus und sah den Integrationsprozeß als »objektive Notwendigkeit« an. Die KPI vollzog diesen Umdenkungsprozeß erst mit dem Einzug von KPI-Vertretern ins Europäische Parlament (1969), obwohl ein tatsächliches Umdenken in der Europa-Politik erst im Zeichen des »historischen Kompromisses« erfolgte. Die wichtigste programmatische Festschreibung der Europa-Politik der KPI findet sich im »Programmvorschlagn zur Umgestaltung Italiens« (1977). Er beinhaltet ein grundsätzliches Bekenntnis zur Reaktivierung des Integrationsprozesses, das Eintreten für eine Demokratisierung der Gemeinschaftsinstitutionen, für eine neue Außenpolitik der EG gegenüber den Ländern des Mittelmeerraumes, der Dritten Welt und der Großmächte; ferner fordert die KPI eine Revision der Agrarpolitik, die Beseitigung struktureller Ungleichgewichte durch eine gemeinsame Finanzpolitik der Sozial-, Regional- und Entwicklungsfonds, eine europäische Energiepolitik, die die Entwicklung alternativer Energiequellen betreiben soll sowie unmittelbare Verhandlungen der EG mit den erdölproduzierenden Ländern, eine Kontrolle der Politik der multinationalen Konzerne, die »Möglichkeit zunehmender Interventionsfähigkeit von seiten der Gemeinschaft«, eine Reform des internationalen Währungssystems sowie die Ausweitung des Handels der EG mit den Comecon-Ländern. Das europäische Parlament ist für die KPI kein propagandistisches Forum zur Selbstdarstellung, sondern ein »Ort zur Durchsetzung eines umfassenden politischen Konzepts, und zwar in Gemeinschaft mit anderen politischen Kräften« (258). Der Autor betont immer wieder die Übereinstimmungen zwischen KPI und deutschen Sozialdemokraten in Fragen der Außenpolitik, besonders der Entspannungspolitik, während sie zunehmende Differenzen mit der KPF aufweist, besonders in der Frage der Süderweiterung der EG. Da sich die KPI bei ihrer Europa-Politik »weder auf eine parteioffizielle marxistische oder auch nur polit-ökonomische Analyse« stützt, überrascht ihr eher pragmatisches Verhalten in wichtigen Fragen der Europapolitik keineswegs.

Am Verhalten der KPI bei internationalen Konflikten, wie dem Konflikt am Horn von Afrika, dem Indochina-Konflikt und der sowjetischen Invasion in Afghanistan, verdeutlicht der Autor die Wandlung des »Imperialismus«-Verständnisses der KPI. Während sie in den Auseinandersetzungen am Horn von Afrika (1978/79) noch eine taktisch bedingte Einstellung einnahm, die vietnamesische Kambodscha-Invasion ohne allzu großes Engagement aus prinzipiellen Gründen verwarf und den Angriff Chinas in den Vordergrund stellte, verurteilte sie die Sowjetunion bei der Invasion Afghanistans nicht nur als treibende Kraft im Hintergrund, sondern als »Hauptfaktor friedensgefährdender Militäraktionen gegen ein verbündetes Land« (306). Neben der Sowjetunion nennt die KPI jedoch stets die USA als Auslöser von internationalen Krisensituationen. »Afghanistan ist für die KPI über die sowjetische Völkerrechtsverletzung hinaus ein Symptom für die Unfähigkeit der Supermächte, die internationalen Beziehungen auf der Basis vertrauensvoller Zusammenarbeit zu organisieren.« (307)

In seiner Schlußbetrachtung betont der Autor das außenpolitische Ziel der KPI: die »Lagermentalität« in Europa und in der Welt zu überwinden, ihre mangelnde Bereitschaft, den Bipolarismus der Weltpolitik zu akzeptieren und ihr Eintreten für einen »universalen Polyzentrismus«. Die Studie zeigt sehr deutlich, wie groß die Gefahr für die KPI ist, ihr hochgestecktes Ziel aufgrund der Einbindung in die politischen Zwänge des bestehenden westeuropäischen Systems unter Aufgabe ihrer Prinzipien zu verwirklichen.

Ulrike Borchardt (Hamburg)



Hoerder/Mayer (Hrsg.)
Frieden, Paix, Peace

In diesem Band geht es um die anglo-amerikanischen Friedensbewegungen und das friedenspolitische Engagement in der bundesrepublikanischen Lehre und Forschung

Argument-Sonderband AS 122
17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)



Ein Vierteljahrhundert
San Francisco Mime Troupe 1959-1984

Dokumente, Materialien und Analysen zur wichtigsten freien Theatergruppe des amerikanischen Polittheaters, die im März 1985 eine Tournee durch die Bundesrepublik macht.

Argument-Studienheft SH 62
122 S., br., 9,80 DM

Verfasser/innen

A: = Arbeitsgebiete; **V:** = Veröffentlichungen; **M:** = Mitgliedschaften

- Alemann, Heine von*, 1941; Dr.rer.pol., Wiss. Mitarb. am Forschungsinst. f. Soziologie der Univ. Köln, Redaktionssekretariat der *Kölner Zeitschr. f. Soziologie u. Sozialpsychologie*. V: *Der Forschungsprozeß* (1984), *Sozialwiss. Forschungsinstitute* (1983). A: Kultur- und Wissenschaftssoziologie; Methodologie.
- Ammon, Ulrich*, 1943; Dr.phil., Prof. an der Universität Duisburg — Gesamthochschule. V: *Schulschwierigkeiten von Diaklektisprechern* (1978); *Perspektiven der Deutschdidaktik* (Mithrsg., 1981). A: Soziolinguistik, Sprachdidaktik.
- Anders, Günther*, 1902; promovierte 1923 bei E. Husserl; Mitinitiator der internat. Anti-Atombewegung. V: *Der amerikan. Krieg in Vietnam oder philosophisches Wörterbuch heute*, in Arg. 45 (1967); *Die Antiquiertheit des Menschen* (Bd.1.: 1960; Bd.2.: 1980); *Ketzereien* (1982). M: PEN Wien, Akademie d.Künste Berlin.
- Bindseil, Ilse*, 1945; Dr.phil., Lehrerin. V: *Deutsche Stichworte* (Mitautorin, 1984); *Faschismus, Literatur und bürgerlicher Staat* (Mithrsg., 1981). A: Ästhet. Theorie und Triebtheorie, Faschismus und Warenästhetik.
- Borchardt, Ulrike*, 1952; Dipl.-Pol. V: Buch- und Zeitschriftenaufsatz zur KP Spaniens, Spanien und die NATO, Span. Militar., PSOE, Friedensbewegung. A: NATO, Militarismustheorien. M: DFI.
- Brockner, Ulf-H.*, 1948; Dipl.-Päd., Bildungsreferent beim Berufsbildungswerk des DGB und Mitarbeiter im Kölner Wissenschaftsladen. A: Probleme der Arbeitslosigkeit; Nahverkehr; Bewußtseinsphänomene bürgerlicher Praxis; Wissenschaftstheorie. M: GEW, HBV; BdWi, Öko-Institut.
- Dreizehnter, Alois*, 1935; Dr.phil., Studienrat. V: *Aristoteles' Politika* (1970); *Die rhetorische Zahl* (1978). A: Alte Geschichte.
- Ellerbrock, Jürgen*, 1949; BAT-Lehrer, derzeit Studium der Erwachsenenbildung. V: *Vom alltäglichen Sprachverständnis* (Mitautor, 1979). A: Sprachwissenschaft und -didaktik, Medienwissenschaft, Wissenschaftstheorie. M: GEW.
- Faust, Thomas*, 1957; Studium der Germanistik und Politologie.
- Fried, Erich*, 1921; floh 1938 nach der Besetzung Österreichs nach England, seit 1946 freier Schriftsteller, lebt in London. Letzte V: *Lebensschatten. Gedichte* (1981). *Das Unmaß aller Dinge. Erzählungen* (1982); *Beunruhigungen. Gedichte* (1984).
- Gerdts, Peter*, 1941; Studienrat, Wiss. Mitarb. an der Univ. Bremen. V: *Handlungslernen in der beruflichen Bildung* (Mitautor, 1984). A: Didaktik beruflichen Lernens, Evaluationsforschung.
- Göbel, Eberhard*, 1951; Dr.phil., Angestellter an der FU Berlin. A: ÖTV, Berliner Gesundheitsladen.
- Haenlein, Leo*, 1953; Dr.phil., Wiss. Mitarb. an der TU Berlin. V: *Der Denk-Gestus des aktiven Wartens im Sinn-Vakuum der Moderne* (1984). A: Kultursociologie, Soziologie der Medien.
- Hasselblatt, Olaf*, 1958; studiert Musikwissenschaft in Hamburg. Mitarbeit bei der Volksunt Hamburg.
- Haug, Frigga*, 1937; Dr.phil.habil., wiss. Mitarbeiterin an d. Hochschule f. Wirtschaft u. Politik Hamburg; Hrsg. d. *Argument*, Mitglied der Frauenredaktion. V.: *Argument-Sonderbände zur Automationsforschung* 7, 19, 31, 43, 55, 67 (zus. mit Projekt Automation und Qualifikation, 1975ff.); *Frauenformen*, AS 45 (Hrsg., 1980), AS 90 (Hrsg., 1983); *Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik*, AS 110 (Mitautorin, 1984). M: BdWi, ÖTV und SFB Westberlin und Hamburg.
- Hausser, Kornelia*, 1954; Studium der Soziologie. V: *Frauenformen 1 und 2*, AS 45 und 90 (Mitautorin, 1980 u. 1983); *Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik*, AS 110 (Mitautorin, 1984). A: Ideologietheorie, Subjekttheorie, Frauenbewegung. M: SFB Hamburg.
- Held, Jutta*; Dr.phil., Prof. für Kunstgeschichte an der Universität Osnabrück. V: *Kultur zwischen Bürgertum und Volk*, AS 103 (Hrsg., 1983). A: Kunstgeschichte 17.-20. Jahrhundert.
- Jacobs, Kurt*, 1956; Studium der Germanistik und Philosophie.
- John, Eckhard*, 1959; Studium der Musikwissenschaft, Volkskunde und Geschichte.
- Keupp, Heiner*, 1943; Dr.phil., Prof. für Sozialpsychologie. V: *Abweichung und Alltagsroutine* (1976); *Psychosoziale Praxis* (Mithrsg., 1982). A: Sozialepidemiologie, Gemeindepsychologie, Sozialpolitik. M: GEW, DGSP.
- Knecht, Klaus*, 1947; Dipl.-Pol., Reiseberater (freiberuflich). A.: *Auslandsverschuldung Lateinamerikas; Probleme selektiver Förderung in Entwicklungsländern; Diskursstrategien bei Entscheidungen über Entwicklungsprojekte*.
- Knobloch, Clemens*, 1951; Dr.phil., wiss. Ass. an der GHS Siegen. V: *Orientierung und Koordination* (1980). A: Sprache und Kommunikation, Sprachpsychologie, dt. Grammatik. M: GEW und BdWi.
- Kunstmann, Wilfried*, 1949; Wiss. Mitarbeiter. V: *Gesellschaft — Emanzipation — Diskurs* (1977); *Kritische Theorie von der Geschichtstheologie bis zur Evolutionstheorie* (Hrsg., 1981). A: Kritische Gesellschaftstheorie, Erwachsenenbildung, Elternbildung, Militärpolitik.
- Metscher, Thomas*, 1943; Dr.phil., Prof. f. Literaturwiss. an der Univ. Bremen. V: *Kunst — Kultur — Humanität* (1982); *Ideologie, Literatur, Philosophie*, in: *Argument* 137:1983; *Der Friedensgedanke in der europäischen Literatur* (1984). M: BdWi, DKP, GEW, Naturfreunde.
- Müller-Jentsch, Walter*, 1935; Dr.rer.pol., Prof.f.Sozialwissenschaft an der Univ.-Gesamthochschule Paderborn. V: *Gewerkschaften in der Bundesrepublik* (Mitautor, 1975 u. 1977); *Anpassung an die Krise: Gewerkschaften in den 70er Jahren* (Mitautor, 1982). A: Arbeits- und Industriesociologie; Industrielle Beziehungen; Sozialgeschichte 19. Jh.
- Nemitz, Rolf*, 1948; M.A., erwerbslos. Mitglied der Forschungsprojekte »Automation und Qualifikation« und »Projekt Ideologietheorie«. V: Mitautor von *Theorien über Ideologie* (1979), *Faschismus und Ideologie* (1980), *Automationsarbeit: Empirische Untersuchungen* (1980, 81), *Zerreißproben. Automation im Arbeiterleben* (1983). A: Automationsarbeit; Erziehung und ideologische Vergesellschaftung.
- Nolte, Hans-Heinrich*, 1938; Prof. f. Geschichte an der Univ. Hannover. V: *Die eine Welt. Abriss d. Geschichte des internationalen Systems* (1982); *Ziviler Widerstand und Autonome Abwehr* (Mitautor, 1984). A: Osteuropäische Geschichte im Weltsystem. M: HDS, GEW.
- Olscha, Christian*, 1956; Dipl.-Soz., Wiss. Angestellter an der Univ. Bielefeld. A: Kultur- und Organisationssoziologie.
- Parmentier, Hanno*, 1949; Studium der Musik- und Theaterwissenschaft, Journalist. A: Musikgeschichte, Neue Musik.

- Pinkus, Theo*, 1909; 1927-33 in Berlin in verschiedenen Verlagen tätig, u.a. bei der AIZ (Münzenberg); bis 1939 Redakteur des Tagespressendienstes (Komintern); Buchhändler, Verleger, 1971 Vergenossenschaftlichung seines Verlags; Verwandlung seiner privaten Bibliothek in die Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Quellenstr.25, CH-8031 Zürich); seit 1927 Mitglied der Gewerkschaft, langjährige Tätigkeit in der PdA und in der Selbstverwaltungsbewegung. Mitbegründer des *Zeitdienstes*. V: *Gespräche mit Lukács* (Mithrsg., 1966).
- Popp, Wolfgang*, 1935; Dr.phil., Hochschullehrer an der GH Siegen. V: *Die Suche nach dem rechten Mann*, AS 128 (Hrsg., 1984); *Lexikon homosexueller Belletristik* (Hrsg., 1983); *Reform am Ende?* (Mithrsg., 1984). A: Deutschlehrausbildung; Friedenserziehung; Homosexualität und Literatur
- Pratorius, Gerhard*, 1954; Studium der Germanistik, Politik, Volkswirtschaftslehre, Doktorand. A: Literatur- und Theatertheorie, Literatur der DDR.
- Rang, Adalbert*, 1928; Dr.phil., Prof. f. theoret. Pädagogik an der Univ. Amsterdam. V: *Der politische Pestalozzi* (1967); *Schule und Ideologie, in Die Wertfrage in der Erziehung*, AS 58 (Mitautor, 1981).
- Rang, Brita*, 1941; Dr.phil., Dozentin f. hist. Pädagogik an der Univ. Amsterdam. V: *Pädagogische Geschichtsschreibung in der DDR* (1982); *Schule und Ideologie, in Die Wertfrage in der Erziehung*, AS 58 (Mitautorin, 1981). A: Wissenschaftsgeschichte und Geschichte der Mädchenausbildung.
- Reuter, Peter W.*, 1940; Dr.phil., Lehrbeauftragter am Hist. Sem. der Univ. Hamburg. V: *Die Balkanpolitik des französischen Imperialismus 1911-1914* (1979); *Entstehung der Arbeiterbewegung*, AS 63 (Mitautor, 1981). A: Franz. Geschichte; Arbeiterbewegung.
- Ruoff (Kramer), Kuren*, 1945; PhD, Direktorin des Berlin Study Center der Stanford University. V: *Tui oder Weiser? Zur Gestalt des Philosophen bei Brecht*, AS 11 (1976); *Aktualisierung Brechts*, AS 50 (Mithrsg., 1980); *Rückblick auf die Wende zur Neuen Subjektivität, in Argument* 142/1983; *New Subjectivity: Third Thoughts on a Literary Discourse* (Ph.Diss., Stanford 1984).
- Schellhase, Rolf*, 1951; Dr.phil. Lehrbeauftragter am Inst. f. Soziologie der Univ. Münster. V: *Soziologie im Arbeitnehmerinteresse* (1977); *Die industrie- und betriebssoziologischen Untersuchungen der Sozialforschungsstelle Dortmund in den 50er Jahren* (1982). A: Geschichte der Soziologie, Industriesoziologie, Militärsociologie.
- Schmid, Josef*, 1956; Studium der Politikwissenschaften und der Soziologie. A: Neokorporatismus, konservative Parteien.
- Schofthaler, Traugott*, 1949; Dr.phil., Forschungsstipendiat am MPI f. Bildungsforschung, Berlin. V: *Kulturelle Identitäten in der Weltgesellschaft* (Diss., 1984); *Soziale Struktur und Vernunft* (Hrsg., 1984); *Im Schatten des Fortschritts* (Mithrsg., 1985). A: Kulturvergleichende Bildungsforschung; Religions- und Kulturosoziologie. M: AL; ÖTV.
- Schwedrzik, Bernd*, 1938; Wiss. Dir. am Bundesinst. f. Berufsbildung. V: *Kooperation und Blocksystem* (1980); *Lernbuch Deutsch* (Mitautor, 1980). A: Kooperation Berufsschule — Betrieb, Betrieblicher Ausbildungsverbund. M: GEW.
- Tiedemann-Bartels, Hella*, 1936; Dr.phil.habil., Privatdozentin. V: *Versuch über das artistische Gedicht* (1971); *Walter Benjamin, Gesammelte Schriften, Bd.3* (Hrsg., 1972), *Die Dilettanten, in Argument* 139/1983.
- Treack, Werner van*, 1943; Dr.phil., Mitgl. der Forschungsprojekte »Verwaltungsautomation« an der GH Kassel und »Automation und Qualifikation« an der FU Berlin. V: zur Industrie- und Verwaltungssoziologie, zur Bildungsplanung und Kulturosoziologie. M: ÖTV.
- Wärzluweik, Gerd-Uwe*, 1956; Dipl.-Soz., Doktorand, Wiss. Mitarb. an der Univ. München. V: *Soziologie des Wohnens* (Mitautor, 1981). A: Arbeits- und Berufssoziologie; Staats- und Verwaltungstätigkeit; Stadtsoziologie.
- Wiese, Bern*, 1952; M.A., Wiss. Mitarbeiter an der FU Berlin. A: Syntax; Semantik.
- Ziefuß, Horst*, 1939; Dr.phil., Ing.grad. V: *Arbeitslehre: Stand und Entwicklungstendenzen aus Lehrersicht* (Mitautor, 1984). A: Industriesociologie, Technikgeschichte, Berufsbildungsforschung.
- Zimmer, Gerhard*, 1943; Dipl.-Psych. und Ing.grad., Wiss. Mitarbeiter an der GH Kassel, Mitglied im Projekt Automation und Qualifikation. V: *Automationsarbeit* (Mitautor, 1975ff.); *Persönlichkeitsentwicklung und Gesundheit im Schulalter* (Hrsg., 1981). A: Arbeitswissenschaft; Bildungsforschung; Gesundheitsforschung.
- Zufle, Manfred*, 1936; 20 Jahre Gymnasiallehrer für Deutsch und Philosophie; seit 1982 freier Schriftsteller. 1967 Dissertation über die Sprache Hegels (»Prosa der Welt«). V.: *Der Löwe im Kloster. Geschichten aus Europa* (1984). Roman, Theaterstücke, Gedichte. Mitarbeiter der Zürcher Volksuni.
- Zürn, Sabine*, 1956; Dipl.-Soz., Lehrauftrag an der Univ. Hamburg. Mitarbeit im Projekt Frauengrundstudium und im SFB Hamburg.



Marxismus und Theorie der Parteien

Marx/Engels, Lenin, Gramsci,
Poulantzas. Das kleine Einmaleins der
Macht und die Integrationsfunktion der
Parteien. Staatsgenese und Parteien.

Argument-Sonderband AS 91, 1983

17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

DÜSSELDORFER
DEBATE
 Zeitschrift für Politik · Kunst · Wissenschaft

1'85

P. Rühmkorf: Briefe, Gedichte, Rede
 H. Kipphardt: Zergliederung einer Zerstörung
 F. Deppe: Wege ins Paradies
 Th. Neumann: Grüne Hegemonie — Anmerkungen zu drei Büchern

Harakiri — neueste Selbstmordversuche unter Freunden

A. Raeithel: Das Lebendige, das Tote und die Symbolmaschinen

M. Otto: Kunst und Wissenschaft — oder Die individuell beförderte Einsicht in allgemeine Zusammenhänge

J. Schenk: Die Tante aus Calcutta und ...

H. Ridder: Nach dem Nichtbesuch oder Der Name des Andreotti

K. Simonow: Das Vernichtungslager

Zeitschriftenschau: Hinter dem Rücken der Avantgarde

1. Jg. 1985

Demokratie und Recht

3 '84

J. Gerloff, K. Meyer-Degenhardt, W. Steinmüller: Personaldatenverarbeitung Handlungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer

H. Mattfeld, K. Tonner: Wirtschaftsverfassung und Vierjahresplan

Forum

K.-H. Ladeur: Vorüberlegungen zu einer ökologischen Verfassungstheorie

U.F.H. Rühl: Bemerkungen zu Ladeurs »Vorüberlegungen«

Kommentare/Berichte

F. Steinmeier, B. Zypries: Informationsgesellschaft oder Überwachungsstaat. Bericht vom Symposium der Hessischen Landesregierung 1984

G. Struck: Friedenserziehung als Problem des bürgerlichen Familienrechts

K. Sieveking: Probleme einer Rechtsbildungstheorie

Chr. Nix: Theatralik der Justiz — Eine Fortbildungsreihe des Republikanischen Anwaltsvereins

Entscheidungen/Bücher

12. Jg. 1984

Redaktion: Michael Ben, Peter Maiwald, Thomas Neumann — Erscheint monatlich 10 mal im Jahr (außer Juli/Aug.), Einzelheft 15,- DM, im Abo 12,- DM + Versandkosten. Redaktions- und Bestelladresse: Karl-Anton-Straße 16, 4000 Düsseldorf 1, 0211-361 33 60

Redaktion: Prof. Dr. Helmut Ridder — vierteljährlich — Einzelheft im Jahresabo 7,60 DM, für Studenten 6,55 DM zuzüglich Versandkosten. Pahl Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

JOURNAL FÜR SOZIALFORSCHUNG

kürbiskern

LITERATUR, KRITIK, KLASSENKAMPF

4 '84

E. Andrlik: Die Sozialpartnerschaft in der Wirtschaftskrise: Der Fall VEW (1975-1984)

P. Knötig, R.H. Reichardt: Videospiele und Freizeitverhalten — Bericht über eine empirische Studie

F. Müller-Rommel: Zum Verhältnis von neuen sozialen Bewegungen und neuen Konfliktdimensionen in den politischen Systemen Westeuropas: Eine empirische Analyse

SWS-Meinungsprofile

Europa 1984

Das Image der verstaatlichten Industrie Österreich 1964-1983

Erwartungen an die Bundesregierung Österreich 1974-1984

Empirische Sozialforschung zu Konsum und Museumskultur

K. Kollmann: Mosaiksteine zum Verbraucherverhalten

A. Belschan, G. Buzeczki, J. Loidl, G. Norden: Zwei »Februar 34«-Veranstaltungen« und der österreichische Bürgerkrieg aus der Sicht der Ausstellungsbesucher

24. Jg. 1984

4 '84

Logiken des modernen Todes

A. Baumann, B. Bogdan, R. Bussmann, G. Bolaender, V. d'Adamo, E. Däbritz, W. Dürrson, K. Ehlers, Zs. Gahse, S. Grundmann, F. Hodjak, J. Hoßfeld, D. Kittner, K. Krack, F. Kusz, E. Menzler, N. Ney, E.S. Sharon, D. Scherf, W.P. Schnetz, K. Taefler, A. Troppmann, B. Wollersheim, P. Würfl

R. Hesse: In der Logik des modernen Todes

K. Dede: Bürgertum zwischen den Mahlsteinen

G. Elsner: Die Beseitigung der Probleme der Menschheit

S. Michalkow: Rede in Kiel

W. Scheller: »Das graue Frankreich«

P. Durand: Frankreich, der Antikommunismus, die Besatzung ...

G. Bollenbeck: Gespenstische Gegenständigkeit

S. Cramer: Legende von der in der Kunst sitzenden Hoffnung

W. Jung: Zu Wellershoffs »Der Sieger nimmt alles«

S. Bierbichler: Hommage à Oskar Maria Graf

Wenn Pillen allein nicht helfen

J.-P. Stössel im Gespräch mit K. Konjetzky

Hrsg.: Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft. Redakt. Leitung u. f. d. Inhalt verantwortl.: Bernd Marin. Erscheinungsweise: Vierteljährlich — Einzelheft ÖS 95,-; Jahresabo: Institutionen, Bibliotheken ÖS 360,-; Einzelpersonen ÖS 300,-; Mitgl. wirtschafts- und sozialwissenschaftl. Berufsvereinigungen, Journalisten/Lehrer ÖS 240,-; Stud. ÖS 120,-. — Redaktionsadresse: Maria-Theresien-Straße 9/8B, A-1090 Wien

Hrsg. Friedrich Hitzer, Oskar Neumann, Conrad Schubler, Hannes Stutz. Redaktion: Friedrich Hitzer (verantwortl.), Elvira Högemann-Ledwohn, Klaus Konjetzky, Oskar Neumann. Erscheint vierteljährlich, Einzelheft 8,50 DM, Jahresabo 32,- DM, Studentenabo 27,- DM. Darnitz-Verlag, Hohenzollernstr. 144, 8000 München 40.

mehrwert

beiträge zur kritik der politischen ökonomie

25 '84

H.-G. Backhaus: »Zur Marxsschen Revolutionierung« und »Kritik« der Ökonomie: die Bestimmung ihres Gegenstandes als Ganzes »verrückter« Formen

G. Stamatis: Probleme einer fehlenden Wertanalyse

U. Krause: Über Geld als eine soziale Form

R. Künzel: Probleme und Perspektiven der marxistischen Krisentheorie

J. Glombowski: Kritische Kommentare zur Akkumulationstheorie

K. Busch: Die bundesrepublikanische Weltmarktdiskussion — eine kritische Bestandsaufnahme ihrer grundlegenden Theoreme und Kontroversen

S. Herkommer: Klassenstruktur im Spätkapitalismus

J. Bischoff, K. Maldaner: Alltagsbewußtsein

J. Berger: Marx, soziologische Problemlagen der Gegenwart und neue soziale Bewegungen

neue Die Neue Gesellschaft
Zeitschrift für den demokratischen Sozialismus

12 '84

P. Glotz: Der Schritt in die falsche Richtung — FOFA und die deutschen Möglichkeiten

Arbeit und soziale Sicherung in der Krise

W. Roth: Himmel und Hölle liegen nahe beieinander

R. Grätz: Strukturentwicklungen im Bildungs- und Beschäftigungssystem

D. Otten: Die Aktualität der Genossenschaftsidee für die Bewältigung der dritten industriellen Revolution

U. Schöler, K. Weinhofer: Sozialabbau ohne Konzept?

W. Zeisig: Konservativer Angriff auf den Sozialstaat

W. Adamy, J. Steffen: Kassenüberschüsse bei Massenarbeitslosigkeit

SPD

B. Kreisky: Stein ins Rollen gebracht

I. Hauchler: »Sozial gesteuerte Innovation« — Arrangement mit dem Kapital?

G. Schwan: Gegen bürokratische Engstirnigkeit — für eine faire Auseinandersetzung um den zukünftigen Kurs der SPD

J. Boberg: Sozialdemokratie, Gesellschaft und Kultur

M. Steffen: Was ist Feminismus?

H. Horn: Warum eigentlich keine Volksentscheide?

Berichte aus europäischen Ländern

31. Jg. 1984

Verein zur Herausgabe des mehrwerts e.V.: H. Arndt, Oldenburg; R. Dombos, Bremen; G. Fanulla, Bielefeld; H.-U. Foerderreuther, Berlin; L. Heiligenstadt, Berlin; H. Heseler, Bremen; S. Hundt, Bremen; D. Ipsen, Darmstadt; R. Künzel, Osnabrück; J. Mendner, Berlin; G. Ortmann, Oldenburg; W. Rammert, Göttingen; H. Riese, Berlin; T. Siegel, Berlin; I. Steinfeld, Berlin; D. Timmermann, Bielefeld; H. Wiemann, Bielefeld. — Erscheint unregelmäßig. — Redaktion u. Verlag: H.-U. Foerderreuther, Herderstr. 21, 1 Berlin 41

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Johannes Rau, Heinz O. Vetter, Hans-Jochen Vogel, Herbert Wehner. Redaktion: Peter Glotz (Chefredakteur), Rainer Diehl, Hans Schumacher (verantwortl.). — Erscheint monatlich. Einzelheft 7,- DM, Jahresabo 57,- DM zzgl. Versand. — Verlag Neue Gesellschaft, Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2.

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT
PERIPHERIE

Forum theoretisch orientierter Analyse und
 Diskussion zu Fragen der Dritten Welt.

15/16 '84

Weltwirtschaftskrise

H. Asche/L. Ramalho: Die Schwellenländer in der Weltwirtschaftskrise

D. Ernst: Die Auswirkungen der Mikroelektronik auf die weltweite Neustrukturierung der Elektronikindustrie — Implikationen für die Dritte Welt

D. Mezger: Das Problem der nichterneuerbaren Ressourcen oder die ökonomische Krise der Rohstoffexportländer

T. Mutter: Rohstoffabkommen — ein zweischneidiges Schwert

V. Bennholdt-Thomsen: Auch in der dritten Welt wird die Hausfrau geschaffen — Warum?

17 '84

Kleinbauern und Agrarentwicklung

U. Hoering: Indien: Operation Flood

C. Sepúlveda: Nicaragua: Agrarkapitalismus, Weltmarktintegration und Staat in einer Übergangsökonomie

C. Sigrist: Die soziale Rolle der technischen Kader in der ländlichen Entwicklung

K. Kampeter: Marginalität in der BRD. Zur sozialen Lage der kleinbäuerlichen Bevölkerung

J. Ensignia: Chile: Der gewerkschaftliche Widerstand und der Kampf für die Demokratie. Ein Bericht

5. Jg. 1984

Herausgegeben von der »wissenschaftlichen Vereinigung für Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik e.V.« — Redaktion: D. Haude, W. Hein, R. Kößler, I. Lenz, U. Luig, H. Melber, Th. Mutter. — Erscheint viermal im Jahr. — Einzelheft 9,- DM, Jahresabo 30,- DM Förder Institutionsabo 60,- DM. — Redaktion: c/o Institut für Soziologie, Bismarckhof 5-6, 4400 Münster. — Verlag und Vertrieb: c/o FDCL, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, D-1000 Berlin 61

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
 und sozialistische Politik. ★

57 '84

P. Mattick: Wert und Kapital

G. Rohwer, R. Künzel, D. Ipsen: Marx und die gegenwärtige Akkumulationskrise: Überlegungen zur Theorie der Profitratenentwicklung

J. Glombowski, M. Krüger: Profit-Squeeze und Fall der Profitrate als Elemente eines integrierten Überakkumulationsansatzes

A. Kleinknecht: Innovationsschübe und Lange Wellen: Was bringen »Neo-Schumpeterianische« Kriseninterpretationen?

R. Coombs: Die Verbreitung von Mechanisierungstechniken und Theorien der Längen Wellen

U. Traber: Monetäre und reproduktive Akkumulation — Anmerkungen zu Hyman P. Minsky

M. Stanger: Kapitalakkumulation und Arbeitsmarktsegmentation — Zur Dynamik von Arbeitsmarktstrukturen

U. Becker: Zum Status der Klassentheorie und der klassentheoretisch fundierten Politikanalyse — heute

14. Jg. 1984

Herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.« — Redaktion: E. Altwater, G. Gensior, S. Heimann, K. Hübner, J. Hoffmann, Th. Hurtienne, U. Jürgens, B. Mahnkopf, W. Spohn, W. Suß, Ch. Watkinson, F.O. Wolf. — Erscheint viermal im Jahr. — Einzelheft 12,- DM, im Jahresabo 8,- DM. — Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30. — Redaktionsadresse: Postfach 100 529, 1000 Berlin 10



25 '84

J. Egert: Politik als Ware oder das Elend der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

J. Blume, A. Westphal: Die Beweglichkeit des Tankwarts — Zu Peter Glotz' »Arbeit der Zuspitzung«

O. Scholz, W. Zellner: Die Friedensbewegung braucht eine langfristige Strategie
Chr. Schmidt: »Rot-Grünes Chaos« und staatsmonopolistische Regulierung

Imperialismus und Befreiung in der Dritten Welt

M. Lucas: Die Verantwortlichkeit der Vereinigten Staaten in der gegenwärtigen Krise der Dritten und Ersten Welt

S. Krüger: Die internationale Finanzkrise

D. Muth-Kerth: Probleme der Agrarrevolution in Nicaragua

R. Röhrig: Reagans »Hinterhof«-Politik und das Streben nach Übermacht

B. Gransow: Ist die chinesische Revolution am Ende?

Berichte

A. Kroms: UNIDO IV — »Freie Marktwirtschaft als Problemlösung«

R. Winler: »Konservatismus in der Strukturkrise« — Kongreß der Frankfurter Juso-Hochschulgruppe

G. Beling, K. Fieguth: Konferenz »Strategien der SPD« am 26./27.10.84 in Hamburg

7. Jg. 1984

Hrsg. Detlev Albers, Heinz Albrecht, Erhard Eichert, Josef Hindels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Werner Loewe, Klaus Thusing, Klaus-Peter Wolf. Redaktion: K. Gauer-Krusewitz, F. Heidenreich, K. Krusewitz, G. Mackenthun, H. Raßmes, C. Rix-Mackenthun, D. Scholz, A. Westphal. *spw* erscheint in 4 Hefen jährlich. Jahresumfang 516 S. Einzelheft DM 9,80, im Jahresabo DM 7,— zuzügl. Postversand. Bestellungen über *spw*-Vertrieb, Motzstr. 65, D-1000 Berlin 30

vorgänge

Zeitschrift für Bürgerrechte
und Gesellschaftspolitik

71 '84

Zeitfragen, Kommentare

K. Vack: »Fotografierverbot« in der Friedensbewegung

G. Pflaumer: Antiamerikanismus in Amerika?

D. Sölle: Nicaragua

E. Fischer: Kirche und Staat in katholischer Sicht

I. Drewitz: Fragen zur sozialen Situation der Künstler

Wider den repräsentativen Absolutismus

M.Th. Greven: »Sachzwang« und demokratische Entscheidung. Überlegungen zur überfälligen Verfassungsreform

J. Seifert: Entscheidungen neuer Art und rationale Entscheidungsfindung im öffentlichen und demokratischen Verfahren

K.-H. Hansen: Entscheidungen im parlamentarisch-»repräsentativen« System. Das Beispiel Tornado

A.A. Guha: Sicherheitspolitik und Öffentlichkeit

R. Geitmann: ABC-Waffen und kommunale Selbstverwaltung. Urteile des Verwaltungsgerichtshofes

H. Peter: Das Petitionsrecht

R. Blumenberg: Wer gewährleistet die Medikamentensicherheit?

W.-D. Narr: Strukturdefizite der parteienstaatlich/parlamentarischen Demokratie und mögliche Alternativen

23. Jg. 1984

Herausgegeben vom Vorgänge e.V. in Zusammenarbeit mit der Gustav Heinemann-Initiative, der Humanistischen Union und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie. — Redaktion: Gerd Hirschauer, Anton-Andreas Guha. — Erscheint in der Regel zweimonatlich. Einzelheft 12,— DM (Doppelheft 18,— DM); Jahresabo 52,— DM zuzügl. Versand. — Verlag: Vorgänge e.V., Bräuhausstr. 2, 8000 München 2

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im
Bildungs-Gesundheits-u. Sozialbereich

12 '84

N. Diemer: Von den Schwierigkeiten einer sozialpolitischen Diskussion unter konservativer Herrschaft

W.-D. Narr: Ökologische Sozialpolitik — Nur ein modischer Sprachumhang?

Sozialistische Studiengruppen: Umbau des Sozialstaats — Systemveränderung wohin?

M. Brumlik: Industrialismus und soziale Frage. Fallstricke grüner Sozialpolitik

R. Schwendter: Notate zur ökologischen Sozialpolitik

M. Opielka: Alternativen zum Sozialstaat. Elemente einer ökologischen Sozialpolitik

A. Cassebaum: Ökologische Gesundheitspolitik?

R. Laux: Harmonie und Ganzheitlichkeit. Anmerkungen zur ökologischen Gesundheitspolitik

G. Vobruba: Die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen

Magazin

H. Pfützte: Armut und Undank

H. Ortner: Peter Schult: Gestorben an der Logik des strafenden Systems

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

8 '84

Formierung nach rechts — Macht und Dissens

W. Schöni: Neoliberalismus: eine Konterrevolution der Marktkräfte

H. Kleger: Streit um die Position politischer Aufklärung

M. Lucas, F.O. Wolf: Ökologiebewegung und Klassenkampf

M. Finger: Die Militarisierung der Sozialwissenschaften

R. Binswanger: Engineering of Cosent

Th. Heilmann: Dissens mit Haken und Ösen

M. Wicki: Vom bunten Dissens zum alten Konsens?

Jürgmeier: Ein Atomkrieg wäre die »natürlichste« Sache der Welt

M. Bondeli: Vom Natur-Konservatismus in der grünen Politik

Diskussion

Ch. Schmid-Cadalbert: Gibt es eine Kriegssprache?

F. Hochstrasser: Die Auflösung der Kriegssprache durch Linguistik

W. Sieg: Resignation, Gleichgültigkeit, Stillstand?

B. Weisshaupt: Selbstbewußtsein und Selbstbestimmung von Frauen

Berichte/Rezensionen/Zeitschriftenschau

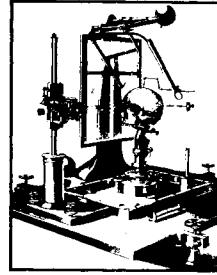
4. Jg. 1984

Herausgeber: Sozialistisches Büro, Redaktion: W. Volker, N. Diemer, E. Schmid, D. Rieser, C. Sonnenfeld, A. Hofmann, C. Schön, J. Gottschalk-Scheibenpflug, P. Schmitt, Th. Kimmich, T. Kunstreich, F. Düchting, R. Laux, B. Rose, C.W. Macke, H. Dorn, M. Trinkl, K. Blanc, D. Hail, G. Pabst, A. Wagner. — Jährlich 3-4 Hefte. Jahresabo 39.- DM; Einzelheft zwischen 9.- und 15.- DM incl. Versand. — Redaktion Widersprüche, G. Pabst, Postfach 591, 6050 Offenbach 4. Vertrieb: Verlag 2000, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

Herausgeber: Redaktionskollektiv *Widerspruch*. — Erscheint unregelmäßig. Heft Nr. 2, 168 S., Fr. 9.—. *Widerspruch* Postfach, 8026 Zürich.

Im Labyrinth der Kriminologie

*Peter Strasser
Verbrechermenschen
Zur kriminal-
wissenschaftlichen
Erzeugung des
Bösen*



Campus

Peter Strasser
Verbrechermenschen

Zur kriminalwissenschaftlichen
Erzeugung des Bösen

Campus 1984. 228 Seiten
mit 5 Abb., DM 36,-
ISBN 3-593-33420-8

Was macht den Verbrecher zum Verbrecher? Strasser geht der Geschichte dieser Frage nach und läßt so das Spannungsverhältnis von Mythos und Aufklärung sichtbar werden, in dem eine Wissenschaft vom Verbrechen sich bewegt. Sie schickt sich an, das Böse zu bannen, und bleibt gerade dadurch einer Archaik verhaftet, die das Verbrechen als Totalität des Bösen faßt.

In ihren Anfängen steht das Bild des Verbrechermenschen, der bloßes Zeichen des Fremden ist, Zeichen ungebändigter Natur. Solcher Mythologie versucht sie sich zu entwinden durch Aufnahme der Thematik des freien Willens. Doch ihr Bemühen, die böse Tat dem Einzelnen als freiem Menschen zuzurechnen, scheitert. Heißt es noch bei Lombroso, dem Begründer der modernen Kriminalwissenschaft: »Das Böse hat böse Ursachen im Subjekt«, so konstatiert H.M. Enzensberger angesichts des Eichmann-Prozesses die Unverortbarkeit der Schuld: »Die Zelle von Jerusalem steht leer.«

In der heutigen Kriminologie leben sowohl die Archaik des Bösen, wie auch die Antinomien des freien Subjektes noch fort. Würden beiden Motive nicht beständig aufgenommen, es gäbe Lombrosos »Verbrechermenschen« nicht mehr. Daß er aber durch die »Verbrechenswissenschaftler« erzeugt wird, ist kriminalpolitisch gefordert. Und so spukt der homo delinquens nach wie vor durch eine Kriminologie, die im Grunde eine Law-and-Order-Wissenschaft ist.

Campus Verlag – Bei Ihrem Buchhändler

Neu!

Neue Medien und Technologien

wie damit Beiträge
zu einer
Strategiedebatte



Verlag Die Arbeitswelt

19,80 DM, 192 Seiten, 1984

ANALYSEN, UTOPIEN UND
STRATEGIEN AUS DEM
GEWERKSCHAFTLICHEN UND
ALTERNATIVEN BEREICH.

Es wird nachgedacht und gestritten über:
Linke und Neue Medien
Elektronische Heimarbeit
Betrieblicher Widerstand gegen
Computereinsatz zur Leistungserfassung
Politikfähigkeit von Bürgerinitiativen
u. a.

Beiträge von:
U. Briefs (WSI)

D. Cornelius/L. P. Schardt (DGB)
E. Emenlauer-Blömers (KOMMEDIA)
Th. Muntschik

Frauengruppe gegen Computer-herr-schaft
F. Manske/W. Wobbe-Ohlenburg (SOFI)
Erich Mohn (BIKK)
Bernd Schütt

Verlag Die Arbeitswelt
Grimmstraße 27 — 1000 Berlin 61

Ernst-Ullrich Pinkert
DER KRIMI ALS MITTEL ZUM ZWECK.
Die politischen Kriminalromane von
Maj Sjöwall und Per Wahlöö -
Ansprung und Verwirklichung.
67 p., D.Kr. 24,50

Ernst-Ullrich Pinkert
FREIHEIT, DIE BRECHT MEINTE -
Aufsätze zur deutschen Literatur.
192 p., D.Kr. 50,-

Axel Fritz
ZEITTHEMATIK UND STILISIERUNG
In der erzählenden Prosa Ödön
von Horváths (1901-1938)
160 p., D.Kr. 60,-

Alfred Opitz & Ernst-Ullrich Pinkert
HEINE UND DAS NEUE GESCHLECHT
Von der "Poesie der Lüge" zur
"politischen Satire".
Die Rezeption von Heines Lyrik in der
Literaturkritik der Junghegelianer.
262 p., D.Kr. 75,-

Rolf Czeskleba-Dupont
AKTUALISIERUNG VON NATURGAS-
RESSOURCEN IN DEN USA SEIT
1883.
73 p., D.Kr. 62,-

Ernst-Ullrich Pinkert
SCHRIFTSTELLER UND STAATS-
GEWALT IN DEUTSCHLAND
Zur Geschichte der Polizei und
deren Sicht in der deutschen Literatur
515 p., D.Kr. 43,-



Aalborg Universitetsforlag
Langagervej 2 - Postbox 159
9100 Aalborg - (08) 15 50 31
Danmark

mehrwert

ist eine sozialwissenschaftliche Schriftenreihe, welche seit Beginn der siebziger Jahre erscheint und

- Beiträge zur Kritik der Politischen Ökonomie liefert,
- sich mit herrschenden ökonomischen Theorien der Volks- und Betriebswirtschaft auseinandersetzt,
- gesellschaftliche Veränderungen, neue Formen der Ökonomie, der Politik, des Arbeitens und Lebens zu beschreiben und zu erklären versucht.

mehrwert wendet sich an Studenten und Lehrer der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und an alle Interessenten der Politischen Ökonomie.

Jährlich erscheinen jeweils zwei Hefte, welche besonderen thematischen Schwerpunkten gewidmet sind.

Im Jahre 1984 sind erschienen:

mehrwert 24 Politische Ökonomie der Bildung – Revision und neue Perspektiven.

mehrwert 25 Was bleibt von Marx?
Eine Rückschau der Marx-Rezeption nach der Studentenbewegung (November 1984).

Weiterhin sind Hefte zu folgenden Schwerpunkten geplant:

- Neue Internationale Arbeitsteilung – Theoretische und empirische Auseinandersetzung mit dem Konzept der Neuen Internationalen Arbeitsteilung (Frühjahr 1985);
- Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik (Herbst 1985);
- Bildungsökonomie II (Frühjahr 1986).

Die Hefte haben im Regelfall einen Umfang von 144 Seiten und kosten weniger als 15,- DM.

mehrwert ist zu beziehen über:

Vereinigte Verlagsauslieferung,
Karl-Bertelsmann-Straße 161, 4830 Gütersloh.

**Roger Garaudy
Gott ist tot**

Das Problem, die Methode
und das System Hegels
486 S., 48,00 DM

Neben Lukacs und Marcuse
die beste marxistische In-
terpretation der Philosophie
Hegels (Alfred Schmidt)

**Hans-Jürgen Krahl
Vom Ende der abstrakten Arbeit**

Die Aufhebung der sinnlosen Arbeit ist
in der Transzendentalität des Kapitals
angelegt und in der Verweltlichung der
Philosophie begründet.
220 S., 29,80 DM

Bisher unveröffentlichte Werke des Ge-
sellschaftsphilosophen der Studenten-
bewegung.

Materialis Verlag Rendeler Str. 9-11 D-6000 Frankfurt 60

extrabuch Verlag Rotlintstr. 45 H 6000 Frankfurt 1

**Ernest Jouhy
Nicht auf Tafeln
zu lesen...**

Ausgewählte Schriften
248 S., DM 29,80

Die wichtigsten Texte
des bekanntesten Reformpäd-
agogen, Lehrers und Psy-
chologen.

**Karin Q.
Wahnsinn, das
ganze Leben ist
Wahnsinn**

Ein Schülertagebuch
127 S., DM 14,80



**Iris Mann
Die Kraft geht von
den Kindern aus**

Eine neue, als eine Befreiung von der
Lehrerrolle

**Iris Mann
Die Kraft
geht von den
Kindern aus**

Die stufenweise Befreiung
von der Lehrerrolle,
5. Aufl., 120 S., DM 14,80

**Iris Mann/Lisa Wittmann
Lesen lernen
ohne Angst**
Buch und Musik-Cassette
48 Seiten Großformat mit
Cassette, DM 24,80



Sprach- und Literaturwissenschaft

Duden — Grammatik der deutschen Gegenwartssprache (<i>B. Wiese</i>).....	123
<i>Clyne, Michael</i> : Language and Society in the German Speaking Countries (<i>U. Anmon</i>)..	124
<i>Kühnert, Walter</i> : Die Aneignung sprachlicher Begriffe und das Erfassen der Wirklichkeit (<i>C. Knobloch</i>).....	125
<i>Kaempfert, Manfred (Hrsg.)</i> : Probleme der religiösen Sprache (<i>J. Ellerbrock</i>).....	126

Kunst- und Kulturwissenschaft

<i>Sennett, Richard</i> : Verfall und Ende des öffentlichen Lebens (<i>K. Hauser</i>).....	127
<i>Schleuning, Peter</i> : Geschichte der Musik in Deutschland (<i>H. Parmentier</i>).....	128
<i>Heister, Hanns-Werner</i> : Das Konzert. Theorie einer Kulturform (<i>H. Parmentier</i>).....	128
<i>EGgebrecht, Hans Heinrich (Hrsg.)</i> : Orgel und Ideologie (<i>E. John</i>).....	131
<i>Scherchen, Hermann</i> : Aus meinem Leben. Rußland in jenen Jahren (<i>H. Parmentier</i>).....	132
<i>Borchmeyer, Dieter</i> : Das Theater Richard Wagners (<i>G. Prätorius</i>).....	133

Erziehungswissenschaft

<i>Lipsmeier, Antonius (Hrsg.)</i> : Berufsbildungspolitik in den 70er Jahren (<i>U.-H. Brockner</i>)	134
<i>Projektgruppe Handlungslernen (Hrsg.)</i> : Handlungslernen in der beruflichen Bildung (<i>B. Schwiedrzik</i>).....	136
<i>Wascher, Uwe</i> : Das Schülerbüro als Lernort der Arbeitslehre (<i>H. Ziefuß</i>).....	137
<i>Theuerkauf, Walter E.</i> : Technikunterricht und Berufsorientierung (<i>H. Ziefuß</i>).....	138
<i>Martin, Wolf, und Felix Rauner (Hrsg.)</i> : Mikroelektronik und berufliche Qualifikation (<i>P. Gerds</i>).....	139
<i>Meyer-Wolters, Hartmut</i> : Arbeiterbildung — Aufgabe der freien Erwachsenenbildung (<i>W. Kunstmann</i>).....	140
<i>Otto, Volker, und Klaus Senzky (Hrsg.)</i> : Volkshochschule in der Großstadt (<i>W. Kunstmann</i>).....	140
<i>Tulodziecki, Gerhard, u.a.</i> : Konzepte für das berufliche Lehren und Lernen (<i>P. Gerds</i>)...	141

Soziologie

<i>Hauck, Gerhard</i> : Geschichte der soziologischen Theorie (<i>T. Schöfthaler</i>).....	143
<i>Gleichmann, Peter, und Johan Goudsblom (Hrsg.)</i> : Macht und Zivilisation (<i>L. Haenlein</i>).....	144
<i>Mutz, Gerhard</i> : Sozialpolitik als soziale Kontrolle am Beispiel der psychosozialen Versorgung (<i>H. Keupp</i>).....	145
<i>Hörning, Karl H., und Heinrich Bücken-Gärtner</i> : Angestellte im Großbetrieb (<i>C. Ol-scha</i>).....	146
<i>Amler, Robert A.</i> : Analyse und Gestaltung strategischer Informationssysteme der Unternehmung (<i>G.-U. Watzlawczik</i>).....	147
<i>Bredow, Wilfried von</i> : Moderner Militarismus (<i>R. Schellhase</i>).....	148

Geschichte

<i>Heinsohn, Gunnar</i> : Privateigentum, Patriarchat, Geldwirtschaft. Eine sozialtheoretische Rekonstruktion zur Antike (<i>K. Knecht</i>).....	149
<i>Welwei, Karl-Wilhelm</i> : Die griechische Polis. Verfassung und Gesellschaft in archaischer und klassischer Zeit (<i>A. Dreizehnter</i>).....	152
<i>Schuller, Wolfgang (Hrsg.)</i> : Studien zum attischen Seebund (<i>A. Dreizehnter</i>).....	152
<i>Hieber, Lutz, und Rudolf W. Müller (Hrsg.)</i> : Die Gegenwart der Antike. Zur Kritik bürgerlicher Auffassungen von Natur und Gesellschaft (<i>H.-H. Nolte</i>).....	154

Soziale Bewegungen und Politik

<i>Jessop, Bob</i> : The Capitalist State (<i>Th. Faust</i>).....	155
<i>Süllow, Bernd</i> : Korporative Repräsentation der Gewerkschaften (<i>J. Schmid</i>).....	158
<i>Mielke, Siegfried (Hrsg.)</i> : Internationales Gewerkschafts-Handbuch (<i>W. Müller-Jentsch</i>).....	159
<i>Strübel, Michael</i> : Neue Wege der italienischen Kommunisten (<i>U. Borchardt</i>).....	160

Summaries

Rolf Nemitz: Family and schooling as the deployment of the educational

Nemitz suggests that the process of »education« should be viewed as an invention of bourgeois society. Firstly, education presupposes a dualism between children and grown ups which is only created by modern law with its fundamental opposition »of age« / »under age«. Secondly, education presupposes the interaction of two distinctly modern institutions, the family and the universal state school systems. Nemitz argues that relations of domination are not only reproduced by school, but transformed and rearranged along the lines of matrices of normalization.

Adalbert and Brita Rang: The Subject of Pedagogy

Pedagogy differs from philosophy of consciousness by dealing with empirical, genetical and sensual aspects of child development. It is this which makes pedagogy more resistant against ideology. In pedagogy we find a *Me-World-Relationship* earlier than in philosophy. On the other hand pedagogy participates in ideological practices by the social production of consensus: 1) by the social division of subject autonomy (*sum cuique*) and by adjusting subjects to social hierarchies; 2) by the reconstruction of social relations in terms of »From the inside to the outside«. Thus, starting from the French Revolution, social change has been thought a process of education. Pedagogy adopts dichotomies like community and society, »Lebenswelt« and system, and presents itself as a mediator between these contradictions.

Gerhard Zimmer: Self-Positioning in the World of Occupations

To prepare pupils of general educational schools for work requires not only the teaching of action abilities related to work, but further the support in choosing an occupation. Pupils are very adaptable due to the difficulties in the educational occupation-market, but they still adhere to their occupational ideas. Their adaptability is influenced by their entanglement in the dominating esthetics of the places of employment. The author introduces the term »self-positioning« for a process of choosing occupations which causes an isolation of pupils. How to cancel this isolation and yet take into account the individual interests in occupations?

Karen Ruoff: Texas-Think — Thoughts on the Popularity of Ronald Reagan

The evident popularity of Ronald Reagan does not necessarily express a consensus for political reaction on the part of the sizable majority of American voters who re-elected him. The author argues that the appeal of the President is linked to a new, a »refracted« subjectivity which is emerging as life in the United States becomes increasingly contradictory and complex.

Werner van Treeck: Machiavelli and Sociology under Fascism

Three mutually exclusive works on Machiavelli are discussed: by Hans Freyer, René König and Antonio Gramsci, written around the same time under German and Italian Fascism. They can be related to each other, in that they may be considered as contributions to the struggle in the area of political theory. Why does Machiavelli become the object within such a struggle? It is mainly because of the question of *principe*, of how new rule is attained and sustained, that under fascism, thus contradictorily, socio-political attempts towards a heritage discussion are brought into being.

Hella Tiedemann-Bartels: In Defense of a Critical Concept of Ideology

Literature and literary heritage attain ideological power by means of the contradictory experiences which they »ideally« — removed from the real oppositions of interest — communalize. The distinction, as the Project Ideology Theory conceives it — culture as a communal, horizontal interrelation of humans, ideology as their expropriation and as state-formed vertical superordination — is compelling if conceived of as a critical distinction. The thesis of this article is that culture and ideology, differentiated in this way, constitute moments of a contradictory unity on which and with which literature and tradition work. This thesis is tested on two analyses — of Jacob Grimm's »Von der Poesie im Recht« and Flaubert's »Bouvard et Pécuchet«.

Buchhandlungen

die das Argument-Verlagsprogramm vollständig am Lager haben

- Aachen: babula Buchhandlung, Pontstr. 133; Tel.: 0241/27555
- Augsburg: »probuch« GmbH, Gögginger Str. 34; Tel.: 0821/579173
- Berlin 12: Buchladen am Savignyplatz, Carmerstr. 9; Tel.: 030/3134017
das europäische buch, Knesebeckstr. 3; Tel.: 030/3135056
Buchhandlung Kiepert, Hardenbergstr. 4-5; Tel.: 030/310711
- Berlin 19: Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29; Tel.: 030/3417432
- Berlin 33: das europäische buch, Thielallee 32; Tel.: 030/8324051
Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40; Tel.: 030/8315089
Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11; Tel.: 030/8511509
- Berlin 41: Elwert & Meurer, Hauptstr. 101; Tel.: 030/784001
- Berlin 62: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Feilenstr. 10; Tel.: 0521/63518
- Bielefeld: Politische Buchhandlung, Unistr. 26; Tel.: 0234/300266
- Bochum: Buchladen 46, Kritische Politik, Kaiserstr. 46; Tel.: 0228/223608
- Bonn: Georg-Büchner-Buchhandlung, Vor dem Steintor 56; Tel.: 0421/72073
- Bremen 1: Buch International, Königswall 22; Tel.: 0231/140880
- Dortmund: Buchladen kollektiv gmbh, Oststr. 194; Tel.: 0203/372123
- Duisburg: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8; Tel.: 0201/231923
- Essen: Buchladen Verlag 2000 GmbH, Jügelstr. 1; Tel.: 0611/775082
- Frankfurt: Wiss. Buchhandlung Theo Hector, Gräferstr. 77; Tel.: 0611/777303
Sofa, Friedrichstr. 24; Tel. 0661/74934
- Fulda: Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10; Tel.: 0551/42128
- Göttingen: ARGUMENTE, Rappstraße 2; 040/443871
Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26; Tel.: 040/449778
Buchladen Gegenwind, Grindelhof 45; Tel.: 040/453801
Internationale Buchhandlung, Johnsallee 67; Tel.: 040/4104572
- Hannover: Internationalismus Buchladen, Königsworther Str. 19; Tel.: 0511/17173
- Kassel: Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Werner Hilpert Str. 5; Tel.: 0561/15642
ABC-Buchladen, Goethestr. 77; Tel.: 0561/77704
- Köln 41: Der Andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; Tel.: 0221/420214
- Krefeld: Der andere Buchladen, Dionysiusstr. 7; Tel.: 02151/66842
- Mainz: Anna Seghers Buchhandlung, Bilhildisstr. 15; Tel.: 06131/24916
- Marburg: Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28; Tel.: 06421/24787
Collectiv-Buchhandlung Wilhelm Liebknecht, Wettergasse 19; 06421/63662
- München 40: BASIS, Sozialwiss. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b; Tel.: 089/2809522
- Münster: Collectiv Buchhandlung, Roggenmarkt 15-16; Tel.: 0251/51414
ROSTA-Buchladen, Spiekerhof 34; Tel.: 0251/44926
- Oldenburg: Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Kurwickstr. 14/15; Tel.: 0441/13949
- Schwerte: Buchhandlung Hubert Freistühler, Holzener Weg 31; Tel.: 02304/80033
- Stuttgart: Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 14; Tel.: 0711/223287
aktion politischer buchladen, Nauklerstr. 20; Tel.: 07071/212929
- Tübingen: Sisyphos — Der andere Buchladen, Friedrichstr. 1; Tel.: 0202/442036
- Wuppertal 1: Bern: Münstergass-Buchhandlung, Münstergasse 41; Tel.: 031/228218
Zürich: Limmatbuchh., Pinkus-Genossenschaft, Froschaugasse 7; Tel.: 01/2512674
- Niederlande Den Haag: Spui 231, Noordeinde 122; Tel.: 070/658755
- Osterreich Wien 1: Buchhandlung Heinz Kolisch, Rathausstr. 18; Tel.: 0222/433221
Wien 10: Karl Winter OHG, Landesgerichtstr. 20; Tel.: 0222/421234